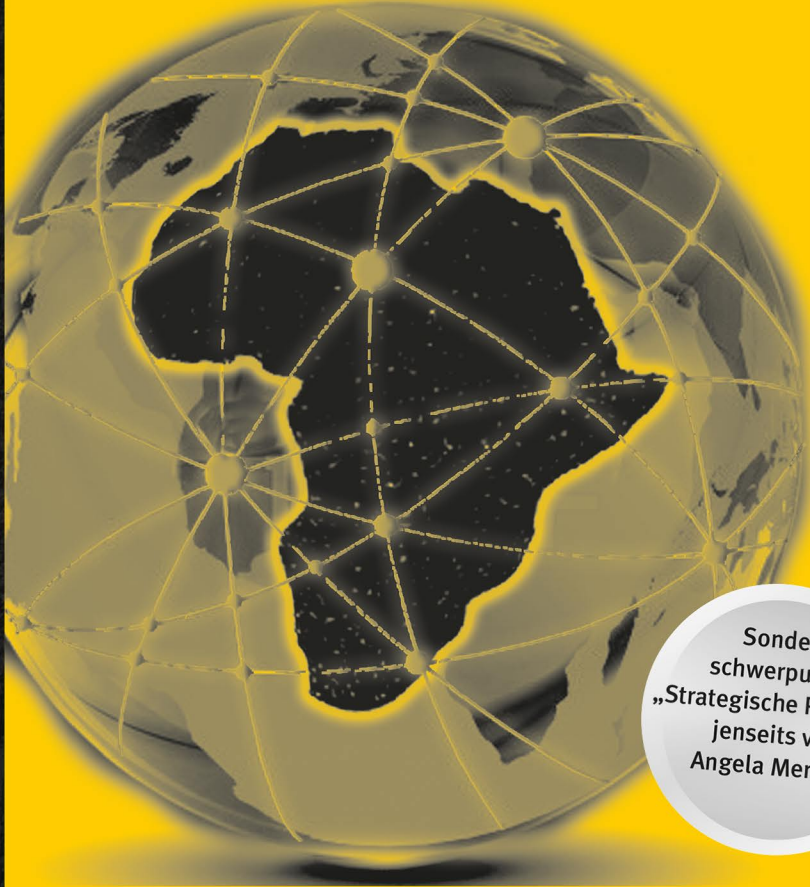


Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



Sonder-
schwerpunkt:
„Strategische Probleme
jenseits von
Angela Merkel“

**GLOBAL, LOKAL UND VERNETZT –
Soziale Bewegungen in Afrika**

Heft 3 – September 2014 € 19,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 3 Global, lokal und vernetzt –
Soziale Bewegungen in Afrika

AKTUELLE ANALYSE

- 7 *Ulrich Frey*
Friedensbewegung und Politik in Deutschland – Ansätze und Selbstverständnisse der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten
- 24 *Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich*
Montagsmahnwachen für den Frieden Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos?

THEMENSCHWERPUNKT

- 32 *Walter Eberlei*
Afrikanische Soziale Bewegungen vs. Zivilgesellschaften in Afrika?
- 38 *Daniel Kaiser*
Transnationale Dimensionen antikolonialen Widerstands in Mosambik
- 45 *Antje Daniel*
Der Streit um Deutungen: Kenias Frauenbewegung im Kontext sich pluralisierender transnationaler Normen
- 53 *Melanie Müller*
Nach der Klimakonferenz in Südafrika: Lokale Deutungen von Klimagerechtigkeit
- 61 *Bettina Engels*
„Glokale“ Kämpfe: Konflikte um hohe Nahrungsmittelpreise in Burkina Faso
- 69 *Frauke Banse*
Wess Brot ich ess, des Lied ich sing? Effekte zivilgesellschaftlicher Kooperation zwischen Peripherie und Zentrum: Gewerkschaftsbewegungen in Ghana und Benin und die Friedrich-Ebert-Stiftung

- 77 *Anna Deutschmann*
Studierendenbewegungen in Mali und Kenia

SONDERSCHWERPUNKT

- 85 *Michael Kellner*
Grüner Aufbruch
- 88 *Volker Wissing/Hartmut Höppner*
Der Liberalismus ist tot! Lang lebe der Liberalismus!
- 93 *Thorsten Schäfer-Gümbel*
Gewinnen als Juniorpartner
- 97 *Yasmin Fahimi*
„Jenseits von Angela Merkel“ Die strategischen Herausforderungen der SPD in der großen Koalition
- 101 *Gregor Gysi*
Strategische Überlegungen der LINKEN – Selbstverständlichkeiten, Modelle, Rahmenbedingungen
- 105 *Ralf Tils/Joachim Raschke*
Blockade der Kleinparteien

PULSSCHLAG

- 109 *Cathrin Klenck*
„Uran ist ein Thema internationaler Kooperation und Solidarität“. Der kongolesische Aktivist Golden Misabiko im Interview
- 115 *Melanie Müller/Bettina Engels*
„Southern Struggles, Northern Theory?“ - Debatten aus dem Arbeitskreis „Soziale Bewegungen in Afrika“
- 118 *Louisa Prause*
Afrikanische soziale Kämpfe und das Weltsozialforum in Tunis
- 122 *René Breiwe*
(Keine) Politik im Stadion: Fußballfans als politische Akteur_innen

TREIBGUT

129 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 135 *Franza Drechsel*
Selbst Geschichte schreiben (AfricAvenir e.V. (Hrsg.) 2013: „Widerstand, Revolutionen, Renaissance – Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika“)
- 137 *Stefan Skupien*
„Informal agency“: Das Verhältnis zwischen afrikanischen Gesellschaften und ihren Staaten (Ebenezer Obadare/Wendy Willems 2014: Civic agency in Africa: Arts of Resistance in the 21st Century.
- 139 *Matthias Freise*
Heilsbringer Partizipation? Demokratische Innovationen im europäischen Vergleich (Brigitte Geißel/ Marko Joas (Hg.) 2013: Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?)
- 141 *Felix Pabl*
Sowohl als auch statt entweder oder (Peter Ullrich 2013: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt – Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs.

144 ABSTRACTS**151 IMPRESSUM****FJSBPLUS**

- Nikolai Brandes/Bettina Engels*
Mehr als Zivilgesellschaft: Soziale Bewegungen in Afrika südlich der Sahara
- Walter Eberlei*
African Social Movements vs. Civil Societies in Africa?
- Patrick Bond*
Africans uprising
- Kehinde Olusola Olayode*
Interrogating the Transnational Context of Democratic Movements in Africa
- Ulrich Frey*
Zur Entwicklung friedensethischer Positionen in den evangelischen Kirchen der alten Bundesrepublik und der DDR
- Gudrun Hentges/Gürcan Kökgiran/
Kristina Nottbohm*
Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?

Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de

Global, lokal und vernetzt: Soziale Bewegungen in Afrika

Die Weltsozialforen in Nairobi (2007), Dakar (2011) und Tunis (2013), die enorme Mobilisierung sozialer Bewegungen in Südafrika (etwa anlässlich der Fußball-WM 2010 (vgl. FJNSB 2/2010), die Kämpfe von Shack-Bewohner_innen oder der „wilde“ Streik in der Marikana-Mine) und natürlich der „arabische Frühling“ (vgl. FJSB 3/2012): Proteste und soziale Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent machen seit einigen Jahren verstärkt Schlagzeilen. Für die deutschsprachige Bewegungsforschung spielen afrikanische Bewegungen bisher allerdings kaum eine Rolle – obwohl die Bewegungslandschaft in Afrika groß, aktiv und vielfältig ist, obwohl sich die englisch- und französischsprachige Forschung bereits intensiv mit ihr befasst, und obwohl auch deutschsprachig zu afrikanischen Bewegungen geforscht wird. In den Afrikastudien liegen einige Publikationen vor, die gezielt den Anschluss an die Bewegungsforschung suchen (etwa *Review of African Political Economy* 2010, Stichproben – Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 2011 und Ellis/van Kessel 2009). Auf Seiten der Bewegungsforschung stehen hierzulande solche Heftschwerpunkte und Bücher zu sozialen Bewegungen in Afrika – anders als beispielsweise in Bezug auf Lateinamerika – noch aus. Mit der vorliegenden Ausgabe des Forschungsjournal zu Bewegungen in Afrika, deren Konzept von Melanie Müller und Bettina Engels erarbeitet wurde, möchten wir dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Diese Lücke ist in der deutschsprachigen Debatte besonders auffällig: Die bestehenden Publikationen zu sozialen Bewegungen in Afrika sind fast alle englischsprachig (eine Ausnahme bildet die Prokla 170/2013).

Ein deutschsprachiges Heft bringt vor dem Hintergrund geringer Kapazitäten für Übersetzungen den Nachteil mit sich, dass hier vor allem *über* Bewegungen und Proteste in Afrika, aber kaum *von* afrikanischen Forscher_innen

und Aktivist_innen geschrieben wird. In den Beiträgen zu diesem Heft kommen Mitglieder afrikanischer sozialer Bewegungen jedoch zumindest insofern zu Wort, als alle hier vorgestellten Forschungen auf Interviews mit Aktivist_innen sowie Flugblättern, Bewegungspublikationen etc. beruhen. Der kongolesische Umweltaktivist *Golden Misabiko* berichtet in einem Interview, das Cathrin Klenck mit ihm führte (Pulsschlag), von seinen Aktivitäten gegen den Uran-Abbau im Kongo. Die Probleme im Kongo werden nicht zuletzt durch europäische Unternehmen verursacht. Im Online-Supplement zu diesem Heft (www.fjnsb.org) finden sich darüber hinaus zwei englischsprachige Beiträge von Autoren afrikanischer Universitäten. Der Beitrag von *Kehinde Olayode* (Ile-Ife, Nigeria) diskutiert, unter welchen Bedingungen emanzipatorisch-demokratische Entwicklungen in Afrika möglich sind. Der Autor sieht die neoliberale Weltordnung in einer aktuellen Krise und betont vor diesem Hintergrund die Potenziale emanzipatorischer Kräfte innerhalb der afrikanischen Staaten. Denn Demokratie könne und müsse sich aus den jeweiligen Gesellschaften heraus entwickeln. Darüber hinaus berichtet *Patrick Bond* (Durban, Südafrika) in seinem Beitrag „Africa uprising“ über die Zunahme von Protesten in afrikanischen Ländern, die er mit den ökonomischen Entwicklungen auf dem Kontinent erklärt. Im Online-Supplement wollen wir zudem eine Debatte anstoßen: *Nikolai Brandes und Bettina Engels* analysieren in ihrem Beitrag die Bedeutung sozialer Bewegungen in Afrika südlich der Sahara („Mehr als Zivilgesellschaft: Soziale Bewegungen in Afrika südlich der Sahara“). Darauf antwortet *Walter Eberlei*, dass eine normativ-emanzipatorische Perspektive auf soziale Bewegungen den Blick auf Teile der empirischen Realität (nicht nur in Afrika) verstelle. Eine Trennung von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen, wie sie Brandes und Engels vornehmen, sei weder analytisch noch politisch hilfreich, argumentiert Eberlei („Zivilgesellschaft in Afrika, Antwort auf Engels und Brandes“). Eine ausführlichere Version des

Textes von *Walter Eberlei* findet sich zusätzlich in der Printversion. Die große Chance unserer deutschsprachigen Publikation liegt darin, Beiträge von Forscher_innen in Deutschland in einem Band zu vereinen und die Erkenntnisse, die bislang häufig eher vereinzelt in verschiedenen Fachdisziplinen – vor allem der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Ethnologie – bestehen, zusammen zu bringen.

Unter dem Titel „Lokal, global und vernetzt“ widmet sich dieses Themenheft der Frage, welche Bedeutung Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse für soziale Bewegungen in Afrika haben. Alle Beiträge zeigen dabei, dass globale Prozesse keineswegs „top down“ auf afrikanische Bewegungen wirken. Soziale Bewegungen, in Afrika wie anderswo, eignen sich (vermeintlich) globale Normen und Diskurse an, übersetzen und nutzen sie für ihre Zwecke oder rahmen ihre Forderungen strategisch, um die Unterstützung von internationalen Organisationen, von Nichtregierungsorganisationen oder transnationalen Aktivist_innen-Netzwerken zu gewinnen. Dass soziale Kämpfe in vielen Fällen dennoch zuvorderst zwischen Regierungen und oppositionellen Bewegungen auf lokaler und nationaler Ebene ausgetragen werden, zeigen *Melanie Müller* für die südafrikanische Umweltbewegung und *Bettina Engels* für Proteste gegen hohe Lebenshaltungskosten in Burkina Faso. *Antje Daniel* untersucht die kenianische Frauenbewegung und stellt dabei fest, dass die Vielfalt transnationaler Normen und politischer Akteure afrikanischen Aktivist_innen unterschiedliche Referenzen anbietet, die diese für ihre jeweiligen politischen Forderungen nutzen können. Transnationalisierung ist zudem keineswegs ein neues Phänomen für soziale Bewegungen, wie *Daniel Kaiser* am Beispiel der mosambikanischen Befreiungsbewegung FRELIMO zeigt. Der Einfluss internationaler Akteure und insbesondere die teilweise Abhängigkeit von externer Finanzierung sind für afrikanische Bewegungen ein zentrales Thema, dem sich der Beitrag von *Frauke Banse* widmet. Sie vergleicht den Einfluss der Förderung durch

die Friedrich-Ebert-Stiftung auf die Aktivitäten von Gewerkschaften in Ghana und Benin und stellt dabei fest, dass unterschiedliche gewerkschaftliche Identitäten – ideologische Ausrichtungen, Koalitionstraditionen und dergleichen – entscheidend dafür sind, wie sich externe Einflüsse in der gewerkschaftlichen Arbeit niederschlagen. Vergleichend ist der Beitrag von *Anna Deutschmann* angelegt. Die Autorin macht deutlich, welche zentrale Rolle Studierende als politische Kraft in Afrika spielen, wobei ihre Organisierung und die Institutionalisierung der jeweiligen Bewegungen unterschiedlich verlaufen. Wie afrikanische Bewegungen und ihre Organisationen in globale Foren eingebunden sind, berichtet *Louisa Prause* in ihrem Beitrag zum Weltsozialforum 2013 in Tunis im Pulsschlag.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe des Forschungsjournal ist Teil einer Reihe von Aktivitäten zum Thema soziale Bewegungen in Afrika. Hierzu zählen der Workshop „Theorizing social movements: Challenges and contradictions in a contested field of Southern struggles and Northern theories“, der im Juni 2014 an der Universität Bayreuth stattfand, das Panel „Soziale Bewegungen im Globalen Süden“ bei der Konferenz „Technik und Protest“ im September 2014 an der TU Berlin und die Weingartener Afrika-Gespräche zum Thema „Globale Krisen – lokale Konflikte? Soziale Bewegungen in Afrika“ vom 5.-7. Dezember 2014. Im letzten Jahr hat sich am Institut für Protest- und Bewegungsforschung (i.Gr.) in Berlin der „Arbeitskreis Afrika“ als Netzwerk an der Schnittstelle von Bewegungs- und Afrikaforschung gegründet. Interessierte sind herzlich willkommen und finden dazu mehr Informationen im Pulsschlag-Artikel von *Melanie Müller und Bettina Engels*.

Sonderschwerpunkt Politische Strategie

Darüber hinaus dokumentieren wir in diesem Heft den 9. Strategie-Workshop, den die Agentur für Politische Strategie (APOS) in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung am

20. Februar 2014 durchgeführt hat, in einem Sonderschwerpunkt. In diesem Jahr versammelten sich hochrangige Vertreter_innen aus Politik, Medien und Wissenschaft im Rahmen der Workshop-Reihe, die wir bereits in der Vergangenheit dokumentiert haben, unter dem Titel „Strategische Herausforderungen jenseits von Angela Merkel“. Dokumentiert werden die Impulse, welche die Funktionsträger_innen der verschiedenen Parteien im Rahmen des Workshops gegeben haben, sowie eine Gesamtanalyse der strategischen Gemengelage.

Für Bündnis 90/Die Grünen legt der politische Geschäftsführer *Michael Kellner* dar, inwiefern für die Partei durch die Bundestagswahl eine Zäsur stattgefunden hat und welche strategischen Konsequenzen daraus resultieren. *Volker Wissing* und *Hartmut Höppner* machen deutlich, dass für die FDP – die zumindest fürs Erste aus dem Bundestag ausgeschieden ist – sich nicht Fragen nach Koalitionen und Machtperspektiven stellen, sondern zunächst in erster Linie die Neuausrichtung der Programmatik angegangen werden müsse. Daher werben sie für eine liberale Idee, die sich von der von Grünen und SPD, die ebenfalls für sich in Anspruch nehmen, liberal zu sein, unterscheidet und parteipolitisch nicht repräsentiert sei. Für die SPD erläutern der stellvertretende Parteivorsitzende *Thorsten Schäfer-Gümbel* und die Generalsekretärin *Yasmin Fahimi*, welche Lehren die SPD aus der vergangenen Wahl gezogen habe, worin ihre strategischen Herausforderungen bestünden und wie sie zu bewältigen seien. *Gregor Gysi*, Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE, lotet die Rahmenbedingungen für Rot-Rot-Grün aus und verweist vor allem darauf, dass nicht nur eine rechnerische Mehrheit, sondern auch inhaltliche Übereinstimmungen und persönliches Vertrauen für eine erfolgreiche Koalition notwendig sei. Abgerundet wird der Sonderschwerpunkt durch den Beitrag von *Jochim Raschke* und *Ralf Tils*. Sie analysieren die strategische Gesamtlage der Parteien in ihren einzelnen Facetten und zeigen detailliert auf, welche Partei über welche strategi-

schen Optionen verfügt. Nicht zuletzt gilt es Dank auszusprechen: Er gilt der IG Metall, die die Dokumentation des Workshops in einem Sonderschwerpunkt des Forschungsjournals ermöglicht hat.

Aktuelle Analyse und Online-Supplement

In der Aktuelle Analyse präsentieren *Priska Daphi*, *Dieter Rucht*, *Wolfgang Stuppert*, *Simon Teune* und *Peter Ullrich* die Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmenden an den „Montagsmahnwachen für den Frieden“. Untersucht werden Ziele, Mobilisierungswege, Protesterfahrungen und politische Einstellungen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Rechts-Links-Verortung und der Prüfung rechts-extremer Einstellungen. Es demonstrieren vor allem relativ gut gebildete junge Menschen mit vielfältigen Anliegen. Sie sind zu großen Teilen politisch links geprägt, aber tendieren teilweise zu rechtsautoritären Einstellungen und Verschwörungsideologien.

Im Online-Supplement zu Heft 3 berichten *Christoph Bongard* und *Ulrich Frey* in ihrem Beitrag „Verantwortung Deutschlands in der Welt – Hintergrund und ausgewählte Reaktionen aus Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Entwicklungspolitik“ über Reaktionen aus der Zivilgesellschaft zu den Reden des Bundespräsidenten Gauck und der Bundesminister_in Steinmeier und von der Leyen bei der 50. Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2014 sowie auf die Studie „Neue Macht – Neue Verantwortung – Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund of the United States. Die hier geäußerten Positionierungen haben in Anknüpfung an den Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD vom 27. November 2013 eine lebhaft politische Diskussion ausgelöst. Aspekte der im Beitrag zusammengefassten Reaktionen aus Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Entwicklungspolitik sind u.a. das Friedensgebot des Grundgesetzes und die Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr.

In der Aktualen Analyse dieses Heftes schreibt *Ulrich Frey* „Zur Entwicklung friedensethischer Positionen in den evangelischen Kirchen der alten Bundesrepublik und der DDR“. Die Teilung Deutschlands ab 1949 im Kalten Krieg und konkret die Integration beider Staaten in die NATO bzw. den Warschauer Pakt einschließlich des Systems der gegenseitigen atomaren Abschreckung führten 1962 auch zur Aufhebung der kirchlichen Einheit der EKD. Die Kirchen in Ost und West entwickelten unterschiedliche Positionen zur Friedensethik und Friedenspolitik. In der BRD bestätigten die EKD-Kirchen 1981 die Heidelberger These VIII von 1959, durch das „Dasein von Atomwaffen“ sei „noch“ ein „Frieden in Freiheit zu sichern.“ Die reformierten Kirchen verkündeten dagegen den „status confessionis“, unterstützt von den christlichen Gruppen der Friedensbewegung. In der DDR gelang es den evangelischen Kirchen, ihre Eigenständigkeit gegenüber dem real-sozialistischen Staat zu erhalten. Sie wandten sich gegen „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ und unterstützen alle Bemühungen um „gemeinsame Sicherheit“ zwischen Ost und West.

Gudrun Hentges, Gürcan Kökgiran und Kristina Nottbohm analysieren in ihrem Beitrag „Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?“ die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) und fragen danach, ob die „Identitären“ als Bewegung einzustufen sind oder ob es sich bei ihnen eher um ein virtuelles Phänomen handelt. Nach einer Rekonstruktion der deutsch-französischen Ideologiebezüge skizzieren Hentges, Kökgiran und Nottbohm die Entstehungsgeschichte der „Identitären“ in Deutschland und Frankreich. Sie diskutieren, welche Rolle die Bewegungskriterien (Kontinuität des Protestgeschehens, Anspruch auf Gestaltung des

gesellschaftlichen Wandels, kollektive Identität, Narrative und Organisationsstruktur) mit Blick auf das Phänomen der „Identitären“ spielen. Anschließend untersuchen sie die Rolle des Internet und der sozialen Medien im Prozess der politischen Mobilisierung und befassen sich mit der Frage, inwieweit das virtuelle Kommunikationsdispositiv neue Mobilisierungs- und Ideologisierungsmöglichkeiten generiert. Der Artikel will dazu beitragen, den vermeintlichen Widerspruch zwischen Bewegung und virtueller Welt aufzulösen und zeigen, wie sich Mobilisierung im Internet aktuell mit Blick auf die Ideologisierung und Ausgestaltung junger Bewegungen auswirken kann.

Melanie Müller (Berlin); *Bettina Engels* (Bayreuth/Berlin); *Tobias Quednau* (Berlin) und *Ansgar Klein* (Berlin)

Literatur

Ellis, Stephen/van Kessel, Ineke (Hg.) 2009: *Movers and Shakers: Social Movements in Africa*. Leiden: Brill.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2010: Abseits des Fußballs – Gesellschaftspolitische Dimensionen des Volkssports Nr. 1, Jg. 23, Heft 2.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2012: Früchte des Zorns. Was bleibt von der arabischen Revolution? Jg. 25, Heft 3.

Review of African Political Economy 2010: „Social movement struggles in Africa“, Jg. 37, Nr. 125.

Prokla 2013: Soziale Kämpfe in Afrika, Nr. 170, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Stichproben – Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 2011: Social Movements in Africa, Jg. 11, Heft 20.

Friedensbewegung und Politik in Deutschland

Ansätze und Selbstverständnisse der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten

Ulrich Frey

Frieden war ein zentrales Thema deutscher Politik in Ost und West mit jeweils eigenen deutlichen Profilen – und zwar sowohl auf der staatlichen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Welches sind die Lehren daraus für das vereinte Deutschland? Diese Frage ist in der Aufarbeitung des Ost-West-Konfliktes in Deutschland und in seiner Folge von Trennung, Leid und Tod bisher zu kurz gekommen. Der folgende historische Beitrag versucht eine Antwort. Obwohl jeder Konflikt unterschiedlich zu behandeln ist, können Lehren aus dem deutsch-deutschen Ost-West-Konflikt auch für andere Fälle gegenseitiger Blockaden gezogen werden. Zu prüfen wäre dies für den Fall der Auseinandersetzungen in der Ukraine und um die Ukraine.¹

Beide deutsche Staaten, die alte Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR), sind getrennt aufgewachsene Kinder gegensätzlicher weltanschaulicher, politischer und militärischer (Bündnis-)Systeme im Kalten Krieg zwischen Ost und West gewesen. Sie verdanken sich im historischen Rückblick auch der von den deutschen Nazis ausgelösten Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, der mit dem Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 endete. Die Dimensionen dieses zweiten großen Krieges des 20. Jahrhunderts sind 69 Jahre nach seinem Ende nicht vergessen: Weltweit millionenfacher Tod (meistens Zivilisten) an vielen Fronten, Sterben in Bombennächten, Völkermord an den europäischen Juden und an Sinti und Roma. Zu beklagen sind aus gleichem Anlass die Opfer

der „Euthanasie“, die ermordeten Homosexuellen, Vertreter der politischen Opposition und religiöser Gruppen wie z.B. der Zeugen Jehovas.

Zurück blieb eine zerstörte Staatenwelt, und was am stärksten belastet: Fast unüberwindliche Feindbilder, die „Entfeindung“ fordern, sowie der Zusammenbruch von friedensgeneigter Ethik und politischer Moral. Die pazifistische Parole aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg „Nie wieder Krieg!“ wandelte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Parole „Nie wieder Militär!“. Im Grundgesetz des nun gemeinsamen Staates Bundesrepublik Deutschland (Artikel 4 Absatz 3) stehen deshalb das schon bis 1991 überwältigend in Anspruch genommene Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung², außerdem die bitter bezahlte Lehre aus dem deutschen Angriffskrieg 1939 bis 1945: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig“. Sie stehen unter Strafe (Artikel 26 Absatz 1 Grundgesetz). Auch die Forderung „Nie wieder Auschwitz!“ bestimmte Jahrzehnte lang die breite öffentliche Meinung und damit die Ablehnung von Rassismus. Die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen mit ihrer Charta vom 26. Oktober 1945 und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 bedeuteten einen weltpolitischen Neuanfang. Der Ost-West-Konflikt und der Nord-Süd-Konflikt veränderten das Welt-

bild sehr schnell, insbesondere an der Schnittstelle, dem Eisernen Vorhang, der Deutschland und Europa teilte.

Es ist sinnvoll, sich der leitenden politischen Koordinaten der beiden deutschen Staaten zu vergewissern, weil diese auch die Rahmenbedingungen für ihre Politik setzten. Die BRD ist nach den Kriterien der Demokratietheorie eine liberale, repräsentative Demokratie mit einem System der Gewaltentrennung und einem Katalog von justiziablen Grundrechten im Grundgesetz vom 23. Mai 1949. Sie ist als „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Artikel 20 Absatz 1) verfasst. Das Grundgesetz garantiert das Eigentum und das Erbrecht mit der Einschränkung: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Artikel 14 Absätze 1 und 2). Artikel 15 des Grundgesetzes sieht die „Vergesellschaftung“ von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“ in „Gemeineigentum oder andere Formen von Gemeinwirtschaft“ nur auf der Basis eines Gesetzes zur Entschädigung vor. Die BRD trat 1955 der NATO bei. Die Friedensbewegung in diesem deutschen Teilstaat war zivilgesellschaftlich als eine neue „soziale Bewegung“, also strikt nicht-staatlich und pluralistisch, verfasst.

Der Gründungstag der Deutschen Demokratischen Republik war der 7. Oktober 1949. Ihre erste Verfassung wurde am 6. April 1968 in eine „sozialistische“ überführt. Die Präambel sprach sich gegen die „westdeutschen Monopolkapitalisten“ und den „Imperialismus unter Führung der USA“ aus. Artikel 1 Absatz 1 lautete: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklicht.“ Die zweite Verfassung von 1968 strebte die „Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten“ an. Artikel 1 Absatz 1 der dritten Verfassung der DDR vom

7. Oktober 1974 lautete dagegen nur noch: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ Die DDR trat 1956 der Warschauer Vertragsorganisation, dem im Westen so bezeichneten Warschauer Pakt, bei. Die offizielle Friedensbewegung der DDR war der „Friedensrat der DDR“ (1953 bis 1963: „Deutscher Friedensrat“) und wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gesteuert. Die DDR grenzte sich ideologisch nach den Lehren des historischen Materialismus gegen die BRD ab (Eichhorn et al. 1960: 15 ff, 26 ff, 99).

Die Vorstellungen von Demokratie der beiden deutschen Staaten waren unvereinbar. Die DDR verweigerte sich den Grundlagen einer liberalen repräsentativen Demokratie nach dem Grundgesetz. Die BRD war aus der Sicht der real-sozialistischen DDR ein kapitalistischer und imperialistischer Staat. Das hatte Folgen für die Entwicklung von Friedensarbeit und Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten.

1 | Die wichtigen Stationen der Friedensbewegung in der BRD

1.1 | Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, Verstärkung des Feindbildes „Kommunismus“

Die Westzonen Deutschlands (amerikanische, britische und französische Zone) standen von 1945 bis 1949 völkerrechtlich unter Kriegsverbot, die alte Bundesrepublik von 1949 bis 1955 unter Besatzungsrecht. Sie konnte also in wichtigen außenpolitischen Angelegenheiten nur mit den westlichen Siegermächten USA, Großbritannien und Frankreich, aber nicht gegen sie handeln. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer wollte für den jungen deutschen Teilstaat die Wiedergewinnung der Souveränität erreichen. Zur Herstellung dieses „machtpolitischen Status“ (Wette 2008: 12) strebte er die Wiederbewaffnung an. Eine

Wiedervereinigung mit kriegerischen Mitteln lag nicht in seiner Absicht, wohl aber die feste Integration der Republik in das westliche Bündnis und eine mögliche Wiedervereinigung mit dessen Hilfe. Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, aber mit der Mehrheit des Bundestages konnte Adenauer seine Politik der Wiederbewaffnung und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1956) durchsetzen. Die Bundestagswahlen 1949 und 1953 gewann Adenauer mit der CDU/CSU, weil das aufziehende Wirtschaftswunder den primären Wunsch der Bevölkerung nach Überwindung der Nachkriegsnot erfüllte. Die „Remilitarisierung“ löste erheblichen Widerspruch in den Regierungsparteien, in der parlamentarischen Opposition und in der breiten Öffentlichkeit aus. Erstmals machte sich die Friedensbewegung unter dem Kürzel „Ohne-mich-Bewegung“ bemerkbar. Gustav Walter Heinemann, Innenminister unter Adenauer und damals noch Mitglied der CDU, 1952 Gründer der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), später Mitglied der SPD und Bundespräsident (1969 bis 1974), trat 1950 wegen seiner Opposition zu Adenauers Plänen der Bewaffnung der BRD zurück. Vorstellungen für ein entmilitarisiertes neutrales Gesamtdeutschland als Brücke zwischen Ost und West im Kalten Krieg setzten sich nicht durch. Grund dafür war eine große Breite der Motive für die Ablehnung der Wiederbewaffnung, die „eine gemeinsame, strategisch organisierte Widerstandsaktion praktisch unmöglich“ (Wette 2008: 12 ff) machte.

Auch die von der KPD in Gang gesetzte „Volksbefragung“ zur Wiederbewaffnung (Januar 1951 bis März 1952) schuf keine einheitliche Bewegung. Im Gegenteil: Die Friedensinitiativen gerieten im Kalten Krieg unter den Verdacht, den Kommunismus sowjetischer Prägung zu unterstützen. Denn „die US-amerikanischen Nachkriegsregierungen instrumentalisierten den Anti-Kommunismus als tragendes Element ihrer Innen- und Außenpolitik“, um ihre „eigene Weltmachtposition“ auszubauen. Bei der westdeutschen Bevölkerung stieß die Wiederbewaffnung im Laufe der weiteren

machtpolitischen Entwicklungen auf immer weniger Widerstand. Zu Beginn der 1950er Jahre noch lehnte eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die Wiederbewaffnung ab. Unter dem Eindruck des Koreakrieges (1950 bis 1953), des Aufstandes 1953 in der DDR und des sowjetischen Einmarsches in Ungarn 1956 schrumpfte die Mehrheit zu einer starken Minderheit. „Frieden“ und „Friedensarbeit“ wurden im Kalten Krieg als „kommunistisch“ denunziert und negativ bewertet. Dieses Feindbild blockierte mental eine realitätstüchtige alternative Deutschlandpolitik. Es reaktivierte negative Muster aus der Zeit der Weimarer Republik und der Nazizeit. Erst mit der Überwindung des Kalten Krieges konnte es wieder eingedämmt werden.

1.2 | Friedensbewegung gegen den „Atomtod“

Der „Stockholmer Appell“ des „Weltfriedensrates“ forderte schon 1950, alle Atomwaffen zu vernichten und ihre Produktion einzustellen. Die Atomwaffen spielten in der bundesdeutschen Debatte um die Wiederbewaffnung ab 1949 jedoch noch keine Rolle. Erst als 1954 bekannt wurde, dass die USA „taktische“ Atomsprenkköpfe auf Kurz- und Mittelstreckenflugkörpern sowie nuklearfähige Geschütze in Westeuropa, u.a. in Westdeutschland, gegen das sowjetische Übergewicht bei konventionellen Panzer- und Truppenverbänden im Zuge ihrer neuen Strategie der „flexible response“ statt der früher gültigen Strategie der „massiven Vergeltung“ bei einem Angriff der UdSSR aufstellten, rührten sich Kräfte gegen das atomare Wettrüsten. Das geschah u.a. in der damals noch gesamtdeutschen evangelischen Kirche, im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und in der KPD, die im August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten wurde. 1954 hatte die Bundesrepublik die Pariser Verträge unterzeichnet und war auf deren Basis ein Jahr später der NATO beigetreten. 1955 begann die Aufstellung der Bun-

deswehr, und 1956 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Bundeskanzler Adenauer gab im April 1957 bekannt, die Bundeswehr solle mit „taktischen“ Atomsprengköpfen und Abschusseinrichtungen für atomare Kurzstreckenraketen ausgerüstet werden. Adenauer verharmloste diese Raketen als eine „Weiterentwicklung der Artillerie“, obwohl das NATO-Manöver „CARTE BLANCHE“ 1955 für Deutschland ergeben hatte, dass der Einsatz von 171 Atomwaffen 1,7 Millionen Menschen töten und 3,5 Millionen Menschen verletzen würde – die Folgen der radioaktiven Verseuchung nicht mitgerechnet. Noch im April 1957 protestierten 18 Göttinger Naturwissenschaftler unter der Federführung von Carl Friedrich von Weizsäcker mit dem „Göttinger Appell“ gegen die Atombewaffnung. Im März 1958 rief ein breites Bündnis von SPD, Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB), FDP, der neu gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und kritischen Katholiken, Wissenschaftlern und Schriftstellern unter dem Namen „Kampf dem Atomtod“ zum Widerstand auf. Lokale und regionale Initiativen mit Demonstrationen, Mahnwachen, Gottesdiensten und Massenkundgebungen vereinten 1958 ca. 1,5 Millionen Menschen. Prominente Unterstützer der Kampagne waren Martin Niemöller³, Helmut Gollwitzer, Albert Schweitzer, Karl Barth, Gustav Heinemann und Heinz Kloppenburg (Heipp 1965).

Die Bundesregierung förderte den Antikommunismus zur Beeinflussung der Bevölkerung in ihrem Sinne. Wer gegen die Atomraketen war, galt als Handlanger Moskaus. Der von der CDU beherrschte Bundestag billigte die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Einsatzmitteln mit Mehrheit im März 1958. Die Synode der EKD im April 1958 konnte sich nicht zu einer Ablehnung der Atomraketen entschließen. Sie bat die Bundesregierung nach heftigen Diskussionen lediglich, „eine atomare Bewaffnung deutscher

Streitkräfte zu vermeiden.“ (van Norden 2001: 63). Das Bundesverfassungsgericht erklärte Gesetze der Länder Hamburg und Bremen für eine Volksbefragung über eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr im Juli 1958 für verfassungswidrig und damit für nichtig, weil das Grundgesetz wegen des Grundsatzes der repräsentativen Demokratie Plebiszite einschränke und allein der Bund die Zuständigkeit für die Außenpolitik habe. Auch die Mehrheit der Bevölkerung unterstützte die Kampagne nicht wie erwartet. Das spiegelte sich auch in der Landtagswahl im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen wider, die die CDU mit absoluter Mehrheit im Juli 1958 gewann.⁴ Die organisatorischen Träger der Kampagne, DGB und SPD, beendeten die Kampagne daraufhin. Weil sie organisatorisch im Wesentlichen von diesen beiden Großorganisationen abhing, brach die Kampagne zusammen (Jäger/Schmid 17; Wette 2008: 22 ff). Auch der unmittelbare Anlass für sie entfiel, weil die stationierten atomaren Kurzstreckenraketen letztendlich unter dem Oberbefehl der USA blieben und die Atombewaffnung der Bundeswehr unterblieb.

Aus kleinen Anfängen gegen die atomaren Waffen etablierte sich dann die Ostermarschbewegung als Aktion. Es begann 1958 in Großbritannien mit dem Marsch zum britischen Atombombenzentrum Aldermaston, den Lord Bertrand Russel und die britische Campaign for Nuclear Disarmament (CND) organisiert hatten. Seit 1960 fand auch in der Bundesrepublik jährlich ein Ostermarsch statt (Vack 1985: 160 ff).

1.3 | Friedensbewegung gegen Marschflugkörper Cruise Missile und Pershing 2 (1979-1989)

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre in der alten Bundesrepublik war Teil einer internationalen Bewegung und hat deutsche Geschichte geschrieben (Hauswedell 1997: 65 ff). Sie hat zusammen mit der Ökologie- und der Frauenbewegung eine ganze Generation politisch so-

zialisiert. Bei Gesprächen fällt oft der Satz: „Ich war ja auch 1981 im Bonner Hofgarten“.

Worum ging es der Friedensbewegung, wie arbeitete sie?

Von 1981 bis zur Entscheidung des Bundestages über die Stationierung der neuen nuklearfähigen Mittelstreckenraketen am 22. November 1983 war der vereinbarte und sichere Minimalkonsens der ansonsten pluralistischen Friedensbewegung, die sogenannte „Nachtrüstung“⁵ der NATO zu verhindern. Sie ist ohne den Vorlauf der aus den Niederlanden übernommenen Friedenswochen an der Basis nicht zu verstehen (Deile/Frey 1981; 13 ff; Kirchhoff 1981; Kirchhoff 1982). Diese Friedensbewegung war eine Ein-Punkt-Bewegung und strikt basis- und zivilgesellschaftlich orientiert. Rüstungspolitisch ging es darum, das eine weltweite Zerstörung und Tod ermöglichende irrationale Wettüsten⁶ des „Westens“ gegen den „Osten“ und umgekehrt zu stoppen und Abrüstung auf beiden Seiten in Gang zu setzen – gegen die im Rahmen der westlichen Abschreckungsdoktrin verfolgte Strategie der „flexible response“ mit der gegenseitig angedrohten Vernichtung durch einen „Zweitschlag“. Der zentrale Satz im Aufruf zur Demonstration und Kundgebung 1981 verlangte keine einseitige Abrüstung, sondern folgte dem Konzept des Gradualismus und dem Prinzip der „gemeinsamen Sicherheit“ im Sinne des schwedischen Ministerpräsidenten S. Olof J. Palme: „Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluss über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozess in Gang zu setzen.“ (Deile/Frey 1981:7). Ähnlich formulierte der Aufruf zu den Herbstaktionen 1983 das zentrale Anliegen.

Die Friedensbewegungen in Europa wandten sich seit dem Doppelbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 zur atomaren Bewaffnung mit Großdemonstrationen und anderen

Aktionen, einschließlich des zivilen Ungehorsams, gegen die Stationierung von Cruise Missile und Pershing-2-Raketen (letztere nur in der BRD) in europäischen Ländern. Einen großen Anteil daran hatten die christlichen Gruppen der Friedensbewegung. Die Kampagne „Umkehr zum Leben – Die Zeit ist reif für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen“ färbte den evangelischen Kirchentag in Hannover 1983 mit ihren Halstüchern, die zum Zeichen für entschiedene Gewaltfreiheit wurden, violett ein.

Nach der Bonner Kundgebung und Demonstration am 10. Oktober 1981 „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen! Für Abrüstung und Entspannung in Europa!“ mit 300.000 Teilnehmenden, die von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) allein verantwortet wurde (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1981; Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1980, 1981, 1982)⁷ und die die Unterstützung von 800 Organisationen und Gruppen fand, bildete sich zur Vorbereitung auf die zweite große Bonner Demonstration aus Anlass des Besuches von USA-Präsident Ronald W. Reagan in Deutschland am 10. Juni 1982 (ca. 500000 Teilnehmende) ein größerer Trägerkreis, der „Koordinationsausschuss der Friedensbewegung“ (KA). Zur Vorbereitung der dritten großen Bonner Demonstration am 22. Oktober 1983 – einen Monat vor der Abstimmung des Bundestages über die Stationierung von Cruise Missile und Pershing 2 am 22. November 1983 – entstand ein neuer Koordinationsausschuss, der bis 1984 sechs „Aktionskonferenzen“ mit bis zu 1200 Teilnehmenden aus den Gruppen im Lande und den „Aktionsherbst 1984“ organisierte. Nach einer „Aktionspause“ wegen des kritisierten „Aktions-Automatismus“ organisierte der KA erst im Juni 1985 wieder einen „Großen Ratschlag“ mit 800 Teilnehmenden zur strategischen Diskussion der Weiterarbeit. Die Aktionskonferenzen und der Große Ratschlag waren spannend und voller Überraschungen bis

zur letzten Minute. Der KA handelte durch eine gewählte Geschäftsführung und ein Büro in Bonn. Die außerordentliche starke Basis der Friedensbewegung wuchs rapide in über 5000 bis 6000 lokalen und regionalen, tatsächlich aber nie gezählten Gruppen heran. Diese waren in der Regel ähnlich pluralistisch wie der KA verfasst.

Die bis zu 30 Mitgliedsorganisationen des KA repräsentierten sehr unterschiedliche und auch gegensätzliche programmatische Aussagen, Zielgruppen und politische Kulturen: Parteien und parteinahe Organisationen, Jugendverbände, Koordinationsgruppen und Zusammenschlüsse, Frauen, Kriegsdienstgegner, Antifaschisten, Dritte-Welt-Gruppen, Ökologiegruppen, christliche Gruppen und Personenbündnisse. Sie ordneten sich jeweils einem oder mehreren der sechs „Spektren“ des KA zu: Christen, Unabhängige, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), Sozialdemokraten/Jungsozialisten, Grüne und „Sonstige“. Diese „Spektren“ strukturierten die konfliktreiche und deshalb komplizierte Arbeit des KA (Leif 1985 und 1989).

Den Beschluss des Bundestages vom 22. November 1983 zur Stationierung der Raketen bewerteten Teile der Bewegung als frustrierende, in den Methoden auch radikalisierende politische Niederlage, andere als Herausforderung für eine nachhaltig antimilitaristische Politik. Die Frage „Wie weiter?“ fand keine gemeinsame Antwort mehr. Vielmehr löste sich die Ein-Punkt- in eine Mehr-Punkt-Bewegung auf, die sich je nach Ausrichtung der Gruppe oder Fachorganisation (z.B. Wissenschaftler für den Frieden, Darmstädter Signal kritischer Soldaten [Liebsch 2003]) speziellen Aufgaben widmete, die der Rüstungswettlauf bisher überdeckt hatte. Im Dezember 1989 löste sich der KA zugunsten eines neu gegründeten „Netzwerkes Friedenskooperative“ auf. Heute versteht es sich als „Dachverband der Friedensbewegung“. Ihm gehören mehr als 50 friedenspolitische Organisationen und Initiativen an (Kooperative für den Frieden).

Der Konsens der im KA aktiven Organisationen zur Frage der Gewalt gegen Personen oder Sachen bei den vom KA verantworteten Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Maßnahmen war: „Die Friedensbewegung ist und bleibt gewaltfrei“ (Leif 1990: 79). Das war nicht nur taktisch begründet, sondern aus dem Verständnis von Frieden heraus gedacht und aus gegebenem Anlass immer wieder aktualisiert. Diese Haltung korrespondierte mit dem Verständnis eines demokratischen Versammlungsrechtes nach Artikel 8 Grundgesetz und als Ausdruck der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz. In der Konsequenz gab es zwischen den Verantwortlichen der Maßnahmen, die nach dem Demonstrationsgesetz nur angemeldet, aber nicht genehmigt werden mussten, und der Polizei planmäßige Kontakte zur Absprache z.B. von Marschrouten und Sicherheitsfragen.⁸

Immer wiederkehrende Themen der heftigen internen Auseinandersetzungen im KA⁹ und in der Friedensbewegung dieser Jahre allgemein waren u.a. die Strategien zur Abrüstung (Gradualismus, einseitige Abrüstung¹⁰), der Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles, das Verhältnis Westeuropas zur Vormacht USA, das Verhältnis der Friedensbewegung zum Staat, staatlicher Gewalt und zu politischen Parteien, neue Methoden des Protestes und des Widerstandes (ziviler Ungehorsam, Hungerstreik), die Zusammenstellung der Liste der Redner und Rednerinnen¹¹ und die konkrete Planung und Verantwortlichkeit (Abläufe, Finanzierung) der Aktionen. Vor allem mit dem KOFAZ-Spektrum gab es Konflikte zum Kriegsrecht in Polen, zur unabhängigen DDR-Friedensbewegung und zur Rolle der Sowjetunion in der internationalen Politik (Leif 1990: 142). Der Doppelbeschluss der NATO und der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan erfolgten im Abstand von nur zwei Wochen im Dezember 1979. Mit Friedensgruppen in dem „anderen Amerika“ bestand ein reger Austausch einschließlich einer Vortragsreise von Rednern und Rednerinnen in die USA, um dem Vorwurf des „Anti-

amerikanismus“ zu wehren. Jeweils besondere Beziehungen zur eigenständigen Friedensarbeit der Kirchen und Friedensgruppen in der DDR pflogen die westdeutschen Organisationen über ihre eigenen offiziellen und inoffiziellen Verbindungen.

Was bleibt aus heutiger Sicht?

Die Friedensbewegung, zu der sich 8 Prozent der Bevölkerung zählten und mit der 61 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung sympathisierten (Wenger 1984: 51), bewirkte zwar nicht die Aufhebung des Doppelbeschlusses von 1979, ebnete aber als eine soziale Bewegung durch eine breite, tiefgehende Mobilisierung späteren Abrüstungsabkommen und antimilitaristischen Positionen (mehrheitliche Ablehnung des Irakkrieges 2003!) den politischen Weg. Die Grüne Partei entstand auch deshalb, weil die SPD die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt hatte. Die EKD entschied im Gegensatz zur Friedensdenkschrift von 1981 bezüglich der VIII. Heidelberger These erst im Jahre 2007: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ (EKD 2007: 103). Die Aufgabe blieb: Immer noch lagern 20 atomare Sprengköpfe im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands in Büchel/Rheinland-Pfalz. Die Raketenabwehrpläne der USA für Polen und Tschechien veranlassten Russland dazu, mit der Kündigung des 1987 unterschriebenen Vertrages über die Liquidierung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite der USA und der UdSSR (INF-Vertrag) zu drohen (Mutlanger Manifest 2008: 67).

Die Friedensbewegung half, den dogmatischen Antikommunismus des Kalten Krieges zu überwinden, der ein reales Hindernis zukunftsfähiger Politik war. Sie suchte intern und öffentlich das Gespräch und die Auseinandersetzung mit jenen, die den „realen Sozialismus“ in der DDR oder der Sowjetunion und seine Politik vertraten. Im KA gelang es auch, SPD- und DKP-Vertreter, die gemäß einem Abgren-

zungsbeschluss der SPD zur DKP nicht mit deren Anhängern im KA kooperieren durften, miteinander ins Gespräch zu bringen. Viele ins Persönliche gehende Unterredungen fanden statt. Feindbilder wurden friedenspädagogisch und in Seminaren und Aktionen (z.B. Kontaktgespräche in Moskau mit Vertretern des Außen- und Verteidigungsministeriums, des Instituts für USA- und Kanada-Studien der russischen Akademie der Wissenschaften [„Arbatow-Institut“]) aufgearbeitet.

Anspruchsvoll war die Aktion „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ im Hinblick auf den Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Ab 1987 begannen in der BRD Friedensgruppen und Kirchen (Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe 1987; Konsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und der christlichen Friedensdienste 1987; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1990), diese bisher in der deutschen Öffentlichkeit nicht aufgearbeitete Katastrophe zu thematisieren. Mehrere bis heute nachwirkende Kontaktreisen, deutsch-sowjetische Friedenswochen 1989 und 1990 (schon gesamtdeutsch mit Teilnehmenden aus verschiedenen Friedensinitiativen in der DDR) und längerfristige Engagements (Tschernobyl-Initiativen, Bildungseinrichtungen) fanden statt. Die Friedensbewegung untermauerte mit ihrem breiten Fächer von Aktivitäten den KSZE-Prozess für Entspannung in Europa. Der Streit über Ideologien und gemeinsame Sicherheit zwischen der Bundesrepublik und der DDR, von großer Bedeutung für die innere Bereitschaft zur Vereinigung beider deutscher Staaten, und vorangetrieben durch das „SPD:SED-Papier“ von 1987 (Brinkel/Rodejohann 1988)¹², fand auch in der Friedensbewegung statt.

Versuche des damaligen Innenministers Friedrich Zimmermann, die Friedensbewegung als kommunistisch unterwandert und gesteuert zu diskreditieren, z. B. durch eine „Bürgerinformation“ über die Einflussnahme „Moskaus“ auf Mitglieder des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung, sind heute

Geschichte. Das Bundesinnenministerium hatte eine Broschüre „Moskaus getarnte Helfer“ veröffentlicht, in dem die „Einwirkungsorganisationen“ der vom Zentralkomitee der KPD-SU angeleiteten Organisationen aufgeführt werden, „die die in Budapest, Prag oder Helsinki gefassten, letztlich aber immer in Moskau befohlenen Beschlüsse in die Tat umsetzen“ (Bundesminister des Innern 1987: 3). Einer der wesentlichen Gründe für die Implosion der Sowjetunion 1989 war die Entspannungspolitik und die Helsinki-Schlussakte von 1975, nicht die westliche Politik der Stärke oder das „Niederrüsten“, wie von einschlägig interessierter Seite oft behauptet wird.

Die Friedensbewegung hatte in all ihren Phasen Erfolg, weil sie gewaltfrei agierte – auch gegen die Bemühungen von gewaltbereiten Gruppen und gegen die geradezu hysterischen Erwartungen der konservativen Bundesregierung sowie von Medien. Im Jahre 1981 war dies ein ernsthaftes öffentliches Problem. Eine Anekdote macht es deutlich: Die Bonner Geschäftsleute hatten aus Angst vor Krawallen durchweg ihre Schaufenster mit Brettern vernageln lassen. Ein Demonstrant schrieb darauf: „Jetzt bin ich extra aus Moskau gekommen, um hier einzukaufen.“ Familien konnten Demonstrationen mit Kindern ohne Angst besuchen. Verantwortliche der Friedensbewegung und Innenminister und Polizeiverantwortliche trafen sich zu „Deeskalationsgesprächen“, um vertrauensbildende Maßnahmen und demonstrationsnützliche Kooperation zu beraten. In seinem Brokdorf-Beschluss vom 14. Mai 1985 (Aktenzeichen 1 BvR 233, 341/81) würdigte das Bundesverfassungsgericht den Gorleben-Treck 1979, die Bonner Friedensdemonstration 1981 und die süddeutsche Menschenkette 1983 als beispielhaft für die Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 Grundgesetz. In der juristisch und politisch höchst strittigen Frage, ob Sitzblockaden des zivilen Ungehorsams als nötige Gewalt im Sinne von § 240 Strafgesetzbuch zu verfolgen seien, beschloss das Bundesverfassungsgericht am 10. Januar 1995 (Aktenzeichen 1 BvR 723/

89) ein „Nein“, weil der Gewaltbegriff des § 240 Strafgesetzbuch nicht mehr „bestimmt“ im Sinne des Art. 103 Abs. 2 Grundgesetz gebraucht würde und deshalb „eingegrenzt“ werden müsse. Damit waren die Prozesse gegen die Teilnehmer an Sitzblockaden obsolet.

Die Friedensbewegung war auf lange Sicht politisch erfolgreich, weil sie, ehe die etablierte Politik der politischen Parteien und der Bundesregierung(en) dies zu realisieren in der Lage war, die Idee des „Wandels durch Annäherung“ (Egon Bahr), der „gemeinsamen Sicherheit“ (Palme), und des „Neuen Denkens“ (Michael S. Gorbatschow) vorwegnehmend popularisierte und eine Mehrheit der Bevölkerung für diese miteinander verwandten Maximen von Friedenspolitik gewann (Hauswedell : 91 ff, 108). Die Friedensbewegung handelte im Sinne des zuerst vom ehemaligen Bundesverfassungsrichter Helmut Simon in die Debatte gebrachten „Friedensgebotes des Grundgesetzes“ (Simon: 50 ff; Deiseroth 2010). Aber was hat sie konkret erreicht, besonders für den Fall der Mauer 1989 und das Ende der Blockkonfrontation?

2 | Welche Rolle spielte die Friedensbewegung für den Fall der Mauer 1989 und das Ende der Blockkonfrontation?

Haben die westeuropäische und die westdeutsche Friedensbewegung gegen die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-2-Raketen in Westeuropa (1983) nach dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 sowie die Friedensengagierten in der DDR politisch versagt? Welche Rolle spielte die Friedensszene beim Fall der Mauer 1989 und für das Ende der Blockkonfrontation? Das sind wesentliche Fragen zum Selbstverständnis der Friedensbewegungen nach 1979. Über Antworten wird gestritten.

Marcin Zaborowski, Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten, diskutiert Alternativen: Westeuropa und die Russen sähen die Ursache für den Fall der

Mauer als eine Folge von Gorbatschows Perestroika und dem Wunsch der sowjetischen Führer, die Ost-West-Spaltung zu überwinden. Mittel- und Osteuropäer hielten die dramatisch schlechte ökonomische Situation der UdSSR und die Dissidentenbewegungen in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei für den Auslöser. Auf US-amerikanischer Seite würde angeführt, die Sowjetunion habe im Wettrüsten des Präsidenten Reagan, insbesondere in Gestalt der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), nicht mithalten können und habe deshalb politische Konzessionen machen müssen (Zaborowski 2009).

Die westdeutsche war Teil der westeuropäischen Friedensbewegungen gegen die Stationierung von 108 Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik und 464 Marschflugkörpern (Cruise Missiles) in Großbritannien (160), Italien (112), Bundesrepublik (96), Belgien (48) und den Niederlanden (48). Der Minimalkonsens der Ein-Punkt-Bewegung richtete sich über politische, gesellschaftliche und konfessionelle Grenzen hinweg ausschließlich gegen die atomaren Waffen. Als der Deutsche Bundestag am 22. November 1983 die Stationierung der Mittelstreckenwaffen bestätigte, qualifizierten viele in der Friedensbewegung dies – nach bisher einmaligen Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Kundgebungen¹³, gar Fastenaktionen – als eine Niederlage, weil die damalige CDU-FDP-Regierung unter Helmut Kohl gemäß dem Motto „Ihr demonstriert – wir regieren“ den NATO-Beschluss gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung ausführte.

Diese Ohnmacht als Niederlage einzustufen, ist jedoch eine historische Fehleinschätzung. Denn die neuere Friedensbewegung ab 1979 gestaltete bis zum Ende der Blockkonfrontation eine nachhaltige, wertorientierte und grundlegende Zivilisierung europäischer Politik mit. Ihre Akteure hatten indirekt politisch Erfolg damit, wirksam die außen- und sicherheitspolitische Linie einer Entspannungspolitik „von unten“ (Hauswedell 1997: 162 f) zu unterstützen.

Die Entspannungspolitik zielte auf die Überwindung der gefährlichen Konfrontation im Kalten Krieg zwischen den Staaten des Westens in der NATO und denen des Ostens im Warschauer Pakt. Der Systemkonflikt behinderte die Lösung der europäischen Nachkriegsprobleme, u.a. der „deutschen Frage“, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen, und die Beendigung des atomaren und des konventionellen Wettrüstens. Egon Bahrs in Tüzing 1963 dargelegte Formel „Wandel durch Annäherung“ zur Anerkennung des status quo in der Perspektive einer europäischen Friedensordnung wurde die Grundlage der Ostpolitik von Willy Brandt (SPD). Die Entspannungspolitik setzte sich in Gestalt der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE am 1. August 1975 durch. Sie verankerte Grundwerte und Maßstäbe der Menschen- und Bürgerrechte in mittel- und osteuropäischen Staaten und etablierte „vertrauensbildende Maßnahmen“ gegen wechselseitige Bedrohungsvorstellungen. So wurden die Blockgrenzen durchlöchert und ganz ohne militärische Gewalt schleichend unterminiert (Bald 2005: 77).

Die Friedensbewegung hat die Verhandlungen über den Abbau von Raketen in Ost und West politisch unter Druck gesetzt und damit die Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur mitbestimmt. In den Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik, in der NATO und zwischen den Vormächten des Kalten Krieges, den USA und der Sowjetunion mobilisierte die Friedensbewegung die Mehrheit der bundesdeutschen Gesellschaft gegen die so genannte Nachrüstung, die mit dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 ihren Lauf nahm. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hatte schon in seiner Londoner Rede vom 28. Oktober 1977 darauf aufmerksam gemacht, das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner der NATO werde bei den Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion beeinträchtigt, wenn es nicht gelänge, die

Westeuropäer gegen die in Europa durch die SS-20 überlegene Sowjetunion zu schützen (Risse-Kappen 1988: 35). Entsprechend sah der Doppelbeschluss militärisch die Aufstellung von US-amerikanischen Pershing 2 und Cruise Missiles in Westeuropa vor, aber – von gleicher Bedeutung – parallel und komplementär dazu das Angebot an die Sowjetunion zu rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen über Raketen mittlerer und größerer Reichweite. Die westlichen Mittelstreckenraketen sollten nur stationiert werden, wenn die Verhandlungen scheiterten. Der damals gültige strategische Rahmen war die NATO-Strategie der „flexiblen Erwidern“ (flexible response)¹⁴. Die Friedensbewegung folgerte aber der durch die Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ (Afheldt et al. 1972) und andere durch Wissenschaftler belegte Erkenntnisse, die Bundesrepublik sei mit Kernwaffen nicht zu „verteidigen“, ohne sie vollständig zu zerstören. Diskutiert wurde das Konzept der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ (Weizsäcker 1971; Lutz 1981). Die Friedensbewegung stellte die Tabufrage: „Was ist, wenn die Abschreckung fehlschlägt?“

Erregte, scharfe öffentliche Debatten dominierten in Gesellschaft und Politik. Die Friedensbewegung nutzte die Widersprüche (Risse-Kappen 1988: 74) des NATO-Doppelbeschlusses für ihre Argumente. Sie wandte sich aus grundsätzlichen ethischen und friedenspolitischen Gründen – ebenso wie die evangelischen Kirchen in der DDR – gegen die Abschreckung als Instrument von Sicherheitspolitik. Kampagnen wie „Umkehr zum Leben – Die Zeit ist reif für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen“ von Christenmenschen und Kirchen gingen so weit, den status confessionis¹⁵ gegen die Atomwaffen auszurufen (Moderamen des Reformierten Bundes 1982; Kirchhoff 1982). Der gradualistisch konzipierte Aufruf von Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern zu der ersten der großen Demonstrationen und Kundgebungen unter dem Motto „Gegen die ato-

mare Bedrohung gemeinsam vorgehen! Für Abrüstung und Entspannung in Europa!“ zum 10. Oktober 1981 in Bonn forderte: „Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa. Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluss über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozess in Gang zu setzen. Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden. (...) Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.“ (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/ Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1981: 7) Die gemäß dem Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses Ende 1981 begonnenen Verhandlungen zwischen Ost und West scheiterten. Trotz eskalierter Protestformen im „heißen Herbst“ 1983 wurden die neuen Mittelstreckenraketen auf Beschluss des Bundestages in der Bundesrepublik ab dem 10. Dezember 1983 stationiert. Danach stagnierten zunächst weitere Rüstungskontrollverhandlungen.

Als „wichtigstes Verdienst“ attestiert Thomas Risse-Kappen der neuen Friedensbewegung, eine „gründliche Veränderung der sicherheitspolitischen Kultur“ „erstmal seit den fünfziger Jahren“ angestoßen zu haben. „Die aufkommende Friedensbewegung war 1981 der eigentliche Grund, warum sich USA und NATO nach langem internem Streit auf den Vorschlag einer weltweiten Null-Lösung bei den weitreichenden Systemen einließen.“ (Risse-Kappen 1988: 198).

Dies hätte „ohne die Massendemonstrationen der neuen Friedensbewegung“ nicht geschehen können (Risse-Kappen 1988: 90, 104, 194). Die Aktiven der Friedensbewegung demokratisierten auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie präsentierten „Gegenexperten“ (Hauswedell 1997: 170 ff). Besonders

bedeutsam wurden Fachinitiativen wie das Darmstädter Signal, das die Auseinandersetzung unter dem Schutz der Grundrechte in die Bundeswehr hineintrag (Liebsch 2003). Über Teile der SPD und die neu entstandene Partei der Grünen drang die Friedensbewegung tief in den parlamentarischen Raum vor. Die Mitglieder der Kirchen votierten zum allergrößten Teil gegen die „Nachrüstung“. Unabhängig davon diskutierte die Friedens- und Konfliktforschung die zerstörerischen Folgen von Abschreckungspolitik. Frieden bedeutete nicht mehr nur negativ die „Abwesenheit von Krieg“, sondern wurde positiv besetzt.¹⁶

Nachdem Gorbatschow 1985 Generalsekretär der KPdSU geworden war, kam wieder Bewegung in die bisher ergebnislosen Verhandlungen.¹⁷ Er brachte entgegen der Position seines langjährigen Vorgängers Leonid I. Breschnew eine Null-Lösung für Mittelstreckenraketen (einschließlich der SS-20) in Europa ins Gespräch und kam damit westeuropäischen Interessen entgegen. Maßgeblich dafür sind nach Risse-Kappen die innenpolitischen Entwicklungen im Zeichen des so bezeichneten Neuen Denkens und der Perestroika, also eines gesellschaftlichen Umbaus, der nicht nur die Innen- und Wirtschaftspolitik, sondern auch die Außen- und Sicherheitspolitik veränderte (Risse-Kappen 1988: 196). „Ohne das Signal eines gesellschaftlich breit getragenen Entspannungswillens nach Osten, dass die Friedensbewegung katalytisch bewirkt hatte, hätte Gorbatschow seinen neuen Kurs nicht durchhalten können; ohne diesen Kurswechsel der sowjetischen Führung andererseits wäre kein hinreichender Spielraum für grenzüberschreitende Demokratiebewegungen entstanden“ urteilt Hauswedell (Hauswedell 1997: 163).

Das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow vom 10. bis 12. Oktober 1986 in Reykjavik erbrachte zwar in Sachen Mittelstreckenraketen in Ost und West einen Durchbruch, scheiterte aber zunächst daran, dass die sowjetische Seite ein Junktim zwischen einem Vertrag über Mittelstreckenwaffen und der Weltraumrüstung in

Gestalt der SDI der USA herstellte. Nach schwierigen Verhandlungen unterzeichneten die USA und die UdSSR am 8. Dezember 1987 in Washington den Vertrag über die Intermediate-range Nuclear Forces (INF-Vertrag), betreffend Raketen zwischen 500 und 5500 km Reichweite. Das war also eine Doppel-Null-Lösung. Der Abbau der Raketen begann in Ost und West. Das entsprach annähernd den Forderungen der Friedensbewegung ab 1979.

Nach dem INF-Vertrag von 1987 zerfiel der Minimalkonsens der Friedensbewegung gänzlich und damit ihre Mobilisierungskraft in Sachen Abrüstung. Der Wille, die Entspannung im „europäischen Haus“ zu fördern, fiel aber in der Bundesrepublik und in der DDR, wo die Ökumenische Versammlung Dresden – Magdeburg – Dresden 1988/1989 die „Friedliche Revolution“ ab 1989 mental vorbereitete, auf fruchtbaren Boden. Die komplizierten deutsch-deutschen und die Verhandlungen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges kamen voran. Sie führten zum Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, der die vollständige Souveränität Deutschlands wiederherstellte. Ohne die „Friedliche Revolution“ in der DDR, die maßgeblich von den dortigen Kirchen und Friedensgruppen getragen wurde, wäre das nicht möglich geworden. Die Unterzeichnung des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes vom 19. November 1990 markierte dann das Ende des Kalten Krieges.

So lässt sich in der dialektisch wirksamen und streitigen Interaktion zwischen Zivilgesellschaft (Friedensbewegung) und Staat sowie zwischen Staaten und Bündnissen zur Abrüstung eine erfolgreiche konstruktive Rolle der Friedensbewegten und ihrer Organisationen in der Zeit von 1979 bis 1990 erkennen. Die Abschreckung als sicherheitspolitische Maxime staatlicherseits bleibt aber doch leider wahrscheinlich so lange in Kraft, wie die Atomwaffen nicht abgerüstet sind.

3 | Welche Lehren sind aus der Entwicklung von Friedensbewegung und Politik in der alten Bundesrepublik Deutschland zu ziehen?

Über die oben schon genannten Ergebnisse zur Friedenspolitik hinaus lassen sich ganz allgemein folgende Lehren für die Zukunft ziehen:

1. Bemühungen der Friedensbewegung in der alten Bundesrepublik um Frieden haben dazu beigetragen, Freiräume für die Politik geschaffen und damit geholfen, ideologisch zementierten Immobilismus aufzubrechen. Jegliche Friedensarbeit sollte deshalb strategisch darauf angelegt sein, Freiräume für alternative Lösungen auch in verblockten Konstellationen und gegen Zwänge zu öffnen.
2. Die gegenseitige Abschreckung mit der Drohung des Einsatzes von Atomwaffen ist durch Abrüstungsverträge gemindert worden, aber für die gesamte Menschheit weder qualitativ noch quantitativ beseitigt. Weiter notwendig ist der Kampf gegen die Bereithaltung und die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln sowie deren Proliferation.
3. Mentale Festungen zur Aufrechterhaltung der Abschreckung waren im deutsch-deutschen Verhältnis gegenseitig ab- und ausgrenzende, ideologisch aufgeladene Feindbilder des Antikommunismus und des Imperialismus. Sie konnten durch Friedensziehung, Begegnungen und Gespräche so reduziert werden, dass darüber miteinander gestritten werden konnte und kann. Sowohl innerstaatlich als auch zwischen- und überstaatlich bleibt Friedensziehung eine ständige vorrangige Aufgabe.
4. Spannungen und Konflikte sind zwar der Normalfall zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Beziehungen. Aber Friedenslogik soll eine militärisch orientierte Sicherheitslogik zwecks ihrer Überwindung auflösen. Als leitend erwies sich in Ost und West die Einsicht, dass eine nichtmilitärische Sicherheit nur gemeinsam und in Partnerschaft zu erreichen ist. Dafür sind Bemühungen zu unterstützen, die Spannungen und Konflikten durch Kooperation vorbeugen (Krisenprävention). Gewalt bei der Austragung von Interessengegensätzen muss verhindert werden. Institutionen und Instrumente für Mediation auch auf institutionell politischer Ebene sind zu fördern. Dabei sind zivilgesellschaftliche Akteure zu beteiligen (Partizipation als demokratischer Grundsatz).
5. Gewaltfreiheit hat sich in Konfliktsituationen als unabdingbare Voraussetzung für das gegenseitige Zugehen von Konfliktparteien erwiesen, um eine spiralförmige Eskalation von Gewalt anzuhalten, zu vermindern oder zu verhindern.
6. Politische Erfolge haben soziale Bewegungen wie z.B. die Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung am ehesten in Kooperation mit anderen Akteuren bei thematischer Konzentration auf wenige Ziele bewirkt. Je komplexer das Ziel ist, desto mehr Fachwissen und Fähigkeiten zu seiner Anwendung müssen sich die Akteure aneignen. Die unausweichlichen Auseinandersetzungen zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten und die Suche nach Kompromissen in solchen Kooperationen sind Schulen der Demokratie.
7. Zur Entwicklung einer partizipativen Demokratie ist es wichtig, die betroffene Bevölkerung und die Mitakteure rechtzeitig in die Informations- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Sonst sterben Initiativen ab oder degenerieren zu einer ineffektiven Bürokratie oder Nomenklatura.

Ulrich Frey, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) 1972-2000, publiziert zu Friedensethik und Friedenspolitik. Kontakt: ulrich.frey@web.de

Anmerkungen

¹ Der Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages bei dem Symposium „Friedensbewegung und Politik in Deutschland aus zeithistorischer Sicht – Erfolge, Erfahrungen, Probleme“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Potsdam am 8. November 2013. Dabei sind Defizite in der gegenseitigen Wahrnehmung des jeweils anderen friedensbewegten Engagements in der alten Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) deutlich geworden.

² Von 1956 bis 1983 wurden 684266 junge Männer von Ausschüssen und Kammern als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Bis zum 30. Juni 2006 haben 2309664 anerkannte Kriegsdienstverweigerer ihren Zivildienst angetreten (Knebel 2007: 29ff).

³ Martin Niemöller, Begründer des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche gegen die Deutschen Christen im so genannten „Dritten Reich“, persönlicher Gefangener Adolf Hitlers und KZ-Häftling bis 1945, einer der Verfasser des Stuttgarter Schuldbekennnisses (1946), das den verfeimten Deutschen nach der Katastrophe wieder den Zugang zur Ökumene und in die Völkergemeinschaft erleichterte, war als Theologe, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und Vertreter der EKD einer der Brückenbauer zwischen Ost und West. Er forderte 1950 in Sorge vor der Eskalation des Kalten Krieges statt zweier deutscher Staaten einen gesamtdeutschen Staat unter UNO-Kontrolle, um die Blöcke zu trennen. Beim Frankfurter Kirchentag 1950 sagte Niemöller über die Repräsentanten der BRD und der DDR: „Weder Dr. Adenauer noch Herr Grotewohl können das (für die Freiheit des ganzen Volkes ihre Stimmen zu erheben – d. Verf.) tun, sie haben die Vollmacht nicht, und sie wissen, dass sie sie nicht haben. Und wenn heute das ganze deutsche Volk in Freiheit wählen könnte, dann stünde

keiner von diesen beiden Männern an seiner Spitze.“ (van Norden 2001: 54). Niemöller wehrte sich gegen den Missbrauch des Glaubens an Jesus Christus nicht nur durch die Nazis, sondern auch im Kalten Krieg als Waffe des „christlichen Abendlandes“ und deshalb gegen das undifferenzierte Freund-Feind-Denken und die Remilitarisierung der Bundesrepublik. Deshalb redete und verhandelte er, selber kein Kommunist, auch mit Kommunisten in Moskau und Ost-Berlin (van Norden 47 ff).

⁴ Eine der Folgen der Niederlagen der SPD im Bund und in Bundesländern war die programmatische Erneuerung der Partei in Gestalt des Godesberger Programms 1959.

⁵ Im Koalitionsausschuss der Friedensbewegung wurde über die Terminologie „Nachrüstung“ mit Cruise Missile und Pershing 2 auf Seiten der NATO und „Gegenmaßnahmen“ der UdSSR mit der Aufstellung von SS-22 und SS-23 in der DDR und der αSR gestritten. Andreas Zumach und Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste) sagten am 29. Februar 1984: „Die Bezeichnung der Stationierung von SS-21 und SS-22 (gemeint sind SS-22 und SS-23 – U.F.) in der DDR und αSR und andere Maßnahmen als ‚Gegenmaßnahmen‘ oder ‚Antwort‘ folgt der inneren Logik des Rüstungswettlaufs bzw. der Abschreckung. ... Die Dynamik des Wettrüstens kann an keinem Punkt von der Friedensbewegung befürwortet werden. ... Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile war keine, die Stationierung von SS 21-23 ist auch keine. ... Deshalb müssen wir die Stationierung von SS 21/22 (gemeint sind SS-22 und SS-23 – U.F.) in der DDR/αSR eindeutig verurteilen ... Tun wir es nicht, so zerstören wir den Grundkonsens der Friedensbewegung. Daran werden wir uns nicht beteiligen. Die Friedensbewegung darf keine Partei im Abschreckungs-Gegeneinander werden – sie ist der Feind des Abschreckungssystems.“ (Leif 1990: 88 f.).

- ⁶ Die damals in Ost und West lagernden Atomwaffen hatten zusammen eine Sprengkraft von 1 Million Hiroshimabomben. In Mitteleuropa standen pro Kopf der Bevölkerung eine Sprengkraft von 16 Tonnen Trinitrotoluol (TNT) bereit.
- ⁷ Die Aktionshandbücher zu den bundesweiten Friedenswochen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) erhellten den zeitgeschichtlichen Hintergrund der Friedensbewegung (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1980, 1981 und 1982).
- ⁸ Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) setzte für die Bonner Demonstration und Kundgebung vom 10. Oktober 1981 in der angespannten und konfliktiven Situation jener Tage beispielhaft die deeskalierende „Bonner Linie“ durch. Danach trat die Polizei nach außen zurückhaltend und mit weißen Mützen, ohne Helm und Schlagstock auf. Für den Fall von Gewalt, dem die anmeldenden Akteure vorzubeugen hatten, standen allerdings auch entsprechend ausgerüstete Polizeikräfte im Hintergrund bereit. Darüber waren sich beide Seiten einig. Schnoor lud die Gegner und Befürworter der Stationierung ein, in der Polizeikaserne Münster-Hiltrup den für den Einsatz bei der Demonstration vom 10. Oktober 1981 vorgesehenen Polizeibeamten ihre Positionen darzulegen. Deeskalationsgespräche gab es bundesweit auch auf der Ebene der Polizeipräsidenten mit den verantwortlichen Veranstaltern.
- ⁹ Volkmar Deile, Geschäftsführer der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und einer der Sprecher des christlichen „Spektrums“ des KA, sagte in einem Interview am 14. Dezember 1983: „Wer jemals die Sitzung des Koordinationsausschusses miterlebt hat, sieht doch, dass eigentlich fast alle politischen Widersprüche innerhalb der Friedensbewegung integriert sind, dass es eine erhebliche innere Auseinandersetzung gibt und dass die Kompromisse in Bezug auf das gemeinsame politische Handeln gar nicht so leicht zu bekommen sind, dass da ein erheblicher innerer Auseinandersetzungsprozess ist.“ (Leif 1990: 95)
- ¹⁰ Die unabhängige ökumenische Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ aus Politikwissenschaftlern, Juristen, Journalisten, Nationalökonomern, Pädagogen und Theologen unterfütterte die argumentative Auseinandersetzung mit theoretischen Schriften: 1981 zum Vorschlag für kalkulierte, einseitige Abrüstungsschritte des Westens, 1983 eine Konkretisierung im Blick auf die bevorstehende Stationierung, 1985 das weiterführende Heft „Von der Abschreckung zur Sicherheitspartnerschaft“ (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden/ Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/ Pax Christi 1985).
- ¹¹ So war z.B. bei der Vorbereitung der Bonner Demonstration 1983 heftig umstritten, wer aus der DDR eingeladen werden sollte. Einige bevorzugten einen Redner aus dem Bereich der „unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR. Entschieden wurde, Propst Heino Falcke, Erfurt, aus dem Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) einzuladen, der dann auch kam.
- ¹² Das „SPD:SED-Papier“ beschreibt „Ansätze für eine Kultur des politischen Streits“ in der ideologischen Auseinandersetzung: „Wir sind uns also einig darin, dass Friede die Grundvoraussetzung für die Verwirklichung unserer jeweiligen Werte und Prinzipien ist, dass Zusammenarbeit zur Wahrung des Friedens die Verleugnung dieser Werte weder verlangt noch ratsam erscheinen lässt. Es gibt also Fragen, in denen wir einig sind, andere, über die wir weiter streiten müssen. Wir werden in der Spannung von Konsens und Konflikt leben müssen.“ (Brinkel/Rodejohann 1988: 17 ff)
- ¹³ So z.B. Krefelder Appell zur Verhinderung der Stationierung (1980 bis 1983 ca. 4 Millionen Unterschriften), Demonstration beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg Juni 1981 unter der Losung „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle – Wehrt Euch!“, Demonstration und Kundgebung

„Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen! Für Abrüstung und Entspannung in Europa“ am 10. Oktober 1981 in Bonn (300000 Teilnehmende) mit der nachfolgenden Bildung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung, Kundgebung gegen den NATO-Gipfel in Bonn am 10. Juni 1982 (ca. 500000 Teilnehmende), Deutscher Evangelischer Kirchentag 1983 in Hannover mit dominierenden violetten Halstüchern „Umkehr zum Leben – die Zeit ist reif für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen“, Herbstaktionen der Friedensbewegung vom 15. bis 22. Oktober 1983 „Pershing II Cruise Missiles NEIN“ (große Demonstration am 22. Oktober 1983 in Bonn, Kundgebungen in Hamburg und Westberlin, Menschenkette in Süddeutschland von Ulm nach Stuttgart mit insgesamt 1,3 Millionen Teilnehmenden, Kundgebung am Stationierungsort Hasselbach im Hunsrück 1986 (200000 Teilnehmende), bundesweite Friedenswochen des christlichen Teils der Friedensbewegung, nicht gezählte Initiativen und Gruppen bundesweit, Ostermärsche, Bildung von zahlreichen friedenspolitischen Fachinitiativen, Aktionen des zivilen Ungehorsams.

¹⁴Die Strategie der „flexible response“, niedergelegt im Dokument des NATO-Militärausschusses MC 14/3 vom 16. Januar 1968, löste die Strategie der „massiven Vergeltung“ („massive retaliation“) ab. Sie galt bis zum Ende des Kalten Krieges als die Strategie der NATO gegen die militärische Bedrohung aus dem Ostblock. Sie sah ein abgestuftes Vorgehen im Falle eines Angriffes (gleichzeitig, nacheinander oder in beliebiger Reihenfolge) vor: a) direkte Verteidigung durch konventionelle Truppen, b) eine „vorbedachte Eskalation“ auch mit dem kontrollierten Einsatz von taktischen Nuklearwaffen für den Fall der konventionellen Unterlegenheit, c) die Androhung der allgemeinen nuklearen Reaktion und bei Fehlschlag der Androhung auch Einsatz von strategischen Kernwaffen gegen gegnerische Waffensysteme und andere militärische, industrielle oder kriegswich-

tige Ziele. Sicherheitspolitisch basierte diese Strategie auf dem von der NATO-Konferenz der Außenminister am 14. Dezember 1967 gebilligten Bericht des belgischen Außenministers Pierre Ch.J.M. Harmel. Der Harmel-Bericht orientierte die Sicherheitspolitik neu auf die Elemente Verteidigung *und* Entspannung. Militärische Stärke sollte zusammen mit politischer Entspannung ein Klima der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens“ schaffen (Afheldt 2009; Bald 2005: 70 ff).

¹⁵Der status (oder casus) confessionis ist ein theologischer Begriff. Er markiert den Fall des Bekenntnisses des Glaubens. Er enthält drei Elemente: a) Der Anlass des status confessionis muss theologische Grundartikel, also die „Substanz des Glaubens“ tangieren; b) Er bezeichnet „ethisch eine Situation, in der der für Christen normalerweise gegebene Ermessensspielraum für das sittlich erlaubte Handeln außer Kraft gesetzt ist“; c) Er wirft (ekkleziologisch) die Frage der Kirchengemeinschaft gemäß der theologischen Lehre von der christlichen Kirche auf (Huber/Reuter 1990: 182).

¹⁶Auf den Anteil bei der Überwindung eines dumpfen Antikommunismus mit starren Freund-Feind-Bildern wurde schon unter 2.3 hingewiesen.

¹⁷Gorbatschow hatte über die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und die Pugwashkonferenzen von dem Konzept der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ gehört und griff dieses Thema auf (Afheldt 2009).

Literatur

Afheldt, Horst/Potyka, Christian/Reich, Utz-Peter/Sonntag, Philipp/Weizsäcker, Carl Friedrich von 1972: Durch Kriegsverhütung zum Krieg? Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. München: Hanser.

Afheldt, Horst 2009: Kalter Krieg, Rüstung, Rüstungskontrolle und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. In: Albrecht, Stephan/Bieber, Hans-Joachim/Braun, Reiner/Croll,

Peter/Ehringhaus, Henner/Finckh, Maria/Graßl, Hartmut/Weizsäcker, Ernst Ulrich von (Hg.), Wissenschaft - Verantwortung - Frieden: 50 Jahre VDW, Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1990: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. Reader zur Reise in die Sowjetunion im Rahmen der 2. bundesdeutsch-sowjetischen Friedenswoche vom 31.8.-8.9.1990, Bonn.

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden/Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/Pax Christi 1985: Schritte zur Abrüstung. Von der Abschreckung zur Sicherheitspartnerschaft. Analysen und Vorschläge vorgelegt von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“, Bonn, Frankfurt/Main, Berlin. (In Fortsetzung der Vorschläge der Arbeitsgruppe für kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte des Westens (1981), Konkretisierung dieser Vorschläge angesichts der Stationierung [1983]).

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden 1981: Bonn 10.10.81. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Bornheim: Lamuv.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1980: Aktionshandbuch Frieden schaffen ohne Waffen, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1981: Frieden schaffen ohne Waffen. Aktionshandbuch, Bornheim: Lamuv.

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 1982: Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik. Aktionshandbuch 3 zur bundesweiten Friedenswoche „Frieden schaffen ohne Waffen“. Bornheim: Lamuv.

Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe 1987: Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Herausforderungen zur Umkehr, Gütersloher Verlagshaus.

Bald, Detlev 2005: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955 - 2005, München: Beck.

Brinkel, Wolfgang/Rodejohann, Jo 1988: Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i. Br.

Bundesminister des Innern 1987: Texte zur Inneren Sicherheit, Moskaus getarnte Helfer. Die Aktivitäten sowjetisch gesteuerter internationaler Einwirkungsorganisationen und ihrer Partner in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Deile, Volkmar/Frey, Ulrich: 1981. Wie es zur Demonstration vom 10.10.1981 in Bonn kam. In: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hg.). Bonn 10.10.81. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Bornheim: Lamuv, 13-20.

Deiseroth, Dieter 2010: Die zentralen Elemente des Friedensgebotes des Grundgesetzes. In: Vorgänge, Nr. 189. Januar 2010. 103-112.

Eichhorn, W./Heyden G./Kosing A./Schebler, H. 1960: Wissenschaftliche Weltanschauung. Teil II Historischer Materialismus. Heft 4: Klassen, Klassenkampf, Staat und Revolution, Berlin (Ost): Dietz.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 2007: Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloher Verlagshaus.

Hauswedell, Corinna 1997: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg, Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Baden-Baden: Nomos.

Heipp, Günther 1965: Es geht ums Leben! Der Kampf gegen die Bombe 1945-1965, Hamburg: Evangelischer Verlag

Huber, Wolfgang/Reuter, Hans-Richard 1990. Friedensethik. Stuttgart: Kohlhammer.

Jäger, Uli/Schmid, Michael: Die Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland von 1945-1982 (Teil II der Serie). Internet: www.lebenshaus-alb.de/maganzin/media/Kampf_dem_Atomtod.pdf. [10.4.2014].

Kirchhoff, Hans-Ulrich 1981: Kirche und Kernbewaffnung. Materialien für ein neues

Gespräch über die christliche Friedensverantwortung, Neukirchen-Vluyn: Neukirchener.

Kirchhoff, Hans-Ulrich 1982: Wort an die Gemeinden zur Kernbewaffnung. Brief, Erläuterung und Bericht. Neukirchen-Vluyn: Neukirchener.

Knebel, Günter 2007: Militärdienst bleibt Gewissensfrage, auch wenn die Erscheinungsformen von Krieg und Frieden sich wandeln. Vom Primat des Militärischen zum politisch gewollten Primat des Gewissens?! In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) (Hg.). NEIN zu Krieg und Militär JA zu Friedensdiensten. 50 Jahre evangelische Arbeit für Kriegsdienstverweigerer. Bremen, 15-63, 29 f.

Konsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und der christlichen Friedensdienste in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Baden 1987: Friede mit der Sowjetunion. Konsultation 17.-19.3.1987. Herrenalber Protokolle 43, Bad Herrenalb.

Kooperative für den Frieden: www.kooperfrieden.de.

Leif, Thomas 1985: Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von innen, Bonn: Forum Europa Verlag.

Leif, Thomas 1989: Die Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre. Themen und Strategien. In: Wochenzeitung „Das Parlament“. Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Bonn, 23. Juni 1989, B 26, S. 28-40

Leif, Thomas 1990: Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Liebsch, Lothar 2003: Frieden ist der Ernstfall. Die Soldaten des „Darmstädter Signals“ im Widerspruch zwischen Bundeswehr und Friedensbewegung. Kassel: Verlag Winfried Junior.

Lutz, Dieter S. 1981: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluss, Reinbek: rororo.

Moderamen des Reformierten Bundes 1982: Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung

des Moderamens des Reformierten Bundes, Gütersloher Verlagshaus.

Mutlanger Manifest 2008: In: Freiraum Nr. 1. Hamburg/Mutlangen; Wissenschaft und Frieden, Heft 1/2008, 67.

Norden, Günther van 2001: Martin Niemöller im Kalten Krieg. In: Düringer, Hermann/Stöhr, Martin, Martin (Hg.). Niemöller im Kalten Krieg. Die Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit damals und heute. Frankfurt a.M.: Haag + Herchen, 47-73.

Risse-Kappen, Thomas 1988: Null-Lösung. Entscheidungsprozesse zu den Mittelstreckenraketenwaffen 1970 -1987, Frankfurt/Main: Campus.

Simon, Helmut: Die Friedensverpflichtung im Grundgesetz. Anmerkungen nach und zum Kosovo-Krieg. In: Rechtsprechungs-Report, Nr. 1, herausgegeben von MARI und IALANA. Marburg, ohne Jahr.

Senghaas Dieter (Hg.) 1971. Kritische Friedensforschung. Frankfurt a.M: edition suhrkamp.

Vack, Klaus 1985: Versuch, Geschichte und Erfahrung. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.): Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten“. Für und über Klaus Vack, Sensbachtal, 151-225.

Weizsäcker, Carl Friedrich von (Hg.) 1971: Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München: Hanser.

Wenger, Helmut 1984: Sicherheitspolitik – Bündnispolitik – Friedensbewegung. In: Die Neue Gesellschaft. Bonn, Heft 1/1984, 47-53.

Wette, Wolfram 2008: Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges (1945-1955). In: Bald, Detlev/Wette, Wolfram (Hg.), Alternativen zur Wiedervereinigung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945-1955, Essen: Klartext, 9-23.

Zaborowski, Marcin 2009: How did the wall fall? European Institute for Security Studies. ISS Analysis November 2009, Internet: <http://www.iss.europa.eu/de/publikationen/article/how-did-the-wall-fall> [4.4.2014].

Montagsmahnwachen für den Frieden Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos?¹

Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich

Hintergrund: Die Mahnwachen für den Frieden

Im Frühjahr 2014 bildete sich in der Bundesrepublik eine neue Protestbewegung: die „Mahnwachen für den Frieden“ bzw. „Montagsmahnwachen“. Der erste Protest dieser Art fand am 16. März 2014 in Berlin statt. Dazu aufgerufen hatte der Unternehmer Lars Mährholz, der in den folgenden Wochen und Monaten zum Gesicht der Bewegung avancierte. Die Idee der Mahnwachen breitete sich von Berlin auf andere Städte in Deutschland, Österreich und in der Schweiz aus. Nach Selbstauskunft der Organisator/innen gibt es mittlerweile Montagsmahnwachen in über 100 Städten.² Die Bezeichnung als „Montagsmahnwachen“ reiht diese Aktivitäten in die Tradition früherer Montagsproteste ein (1989 in der DDR, ab 2004 gegen die Agenda 2010 sowie zu verschiedenen lokalen Themen, etwa gegen das Projekt Stuttgart 21). Der Bezug darauf spielt jedoch inhaltlich – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Rolle.

Die Montagsmahnwachen entstanden während der Zuspitzung der Ukraine Krise: Der Sturz der ukrainischen Regierung unter Präsident Janukowitsch durch eine sehr heterogene Protestbewegung auf dem Maidan-Platz, die Einsetzung einer neuen Regierung unter Beteiligung der rechtsextremen Partei Swoboda, das Auftreten russisch-nationalistischer Separationsbewegungen und schließlich die Annexion der bis dato ukrainischen Halbinsel Krim durch die Russische Föderation sowie die Bestrebungen Russlands sowie der NATO und der EU zur Aufrüstung der Region. Die Deutung des Konfliktes kommt im ursprünglichen, über Facebook verbreiteten Aufruf zu den Montagsmahnwachen zum Ausdruck:

AUFRUF ZUM FRIEDLICHEN WIDERSTAND! FÜR FRIEDEN! IN EUROPA! AUF DER WELT! FÜR EINE EHRLICHE PRESSE! & GEGEN DIE TÖDLICHE POLITIK DER FEDERAL RESERVE (einer privaten Bank)!
(Die Orthographie entspricht hier und in allen folgenden Zitaten dem Original.)

Die Federal Reserve (US-Notenbank Federal Reserve System, kurz FED) wird als zentraler Akteur im Ukraine Konflikt benannt. Sie stehe hinter der kriegerischen Außenpolitik der USA und verantworte als „private Bank“ ein „Schuldengeldsystem“. Diese Deutung war von Anfang an umstritten. In der 3sat-Sendung Kulturzeit spitzte Jutta Ditfurth die Kritik an den Montagsmahnwachen zu. Sie erklärte, die Demonstrierenden bedienten sich antisemitischer Argumentationsmuster und gingen auf ein loses Netzwerk von Personen mit antizionistischer und antiamerikanischer Agenda zurück. Andere Medien machten sich diese Kritik weitgehend zueigen; Netzwerke aus der Friedensbewegung, Attac und die LINKE rieten von einer Beteiligung an den Mahnwachen ab. Die Kritik wurde auch dadurch befeuert, dass rechtsextreme Kader sowie Reichsbürger/innen und Chemtrail-Aktivist/innen an den Mahnwachen teilnahmen.³ Gegen diese Kritik stellten sich linke Verteidiger der Bewegung, so in einem Aufruf „Für eine solidarische Auseinandersetzung mit den Montagsmahnwachen“.⁴

Umstritten waren vor allem Organisatoren der Mahnwachen und einige Redner, die dort in Erscheinung traten. Über die meisten Teilnehmer/innen der Mahnwachen wissen wir dagegen wenig. Welche Anliegen bringen Menschen zu den Mahnwachen? Wie sind sie politisch eingestellt? Wie schätzen sie die aktuelle Situation ein? Aus welchen politischen

oder sozialen Netzwerken heraus werden sie mobilisiert? Aus welchen sozialen Schichten und Milieus stammen Sie? Wie unterscheiden sie sich von den Teilnehmenden anderer Proteste und der Gesamtbevölkerung?⁵

Die Studie

Um solche Fragen zu beantworten, riefen wir die Protestierenden bei Mahnwachen in sieben Städten zur Beteiligung an einer Online-Befragung auf. Zuerst verteilte das Forschungsteam an die rund 1000 Teilnehmer/innen der Berliner Montagsmahnwache am 26. Mai 2014 Handzettel mit einem Link zum Fragenkatalog und einem individuellen Code, um die Befragung freizuschalten. Eine Woche später folgten Erfurt, Jena, Frankfurt, Dortmund, Bonn und Bremen. Von den 953 Teilnehmer/innen, die in Berlin einen Handzettel erhielten, füllten 330 (35 %) den Online-Fragebogen aus. Da der Rücklauf in den anderen Städten deutlich geringer war, eine erste Prüfung aber keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Städten erkennen ließ, beziehen wir uns im Folgenden nur auf die Befragten aus

Berlin. Abzüglich distanzierter (gegenüber den Mahnwachen explizit kritischer) Befragter ergibt sich eine Fallzahl von 306 als Grundlage der Auswertungen.

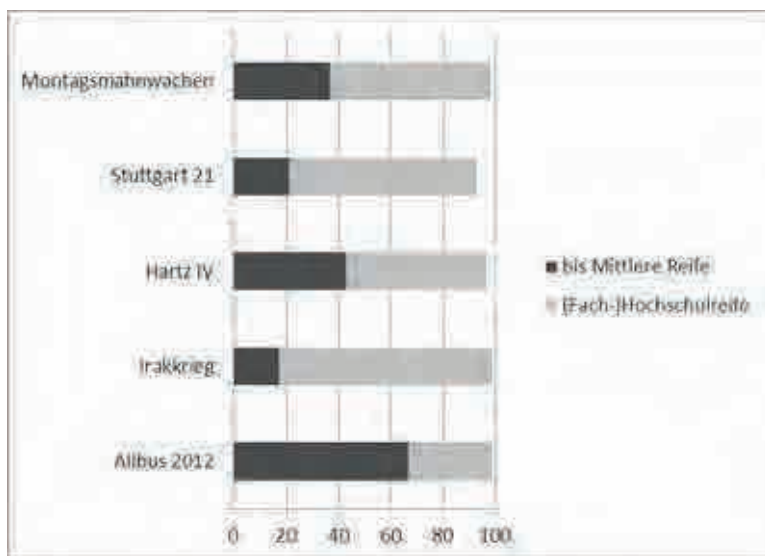
Soziale Zusammensetzung und Mobilisierung

Vergleicht man die Ergebnisse der Befragung mit denen bei vorangegangenen Protesten, springen zwei soziodemographische Kennwerte sofort ins Auge: Männer sind mit knapp 70 Prozent deutlich überrepräsentiert, und der Anteil der 25-39-Jährigen (fast 50 %) ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (20 %⁶). Auch wenn man von einer Verzerrung zugunsten der intensiven Internetnutzer/innen ausgeht, die im Schnitt eher jünger als die Gesamtbevölkerung und eher männlich sind, werfen beide Werte ein Schlaglicht auf die Montagsmahnwachen. Der hohe Männeranteil korrespondiert mit der Rolle von Frauen bei den Mahnwachen: In der Organisation und auf den Bühnen geben Männer klar den Ton an.

Wie bei vielen Protesten ist der Bildungsgrad der Befragten im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung relativ hoch; aber ähnlich wie die Hartz-IV-Proteste erreichen die Mahnwachen eher als andere Proteste auch Menschen ohne (Fach-)Hochschulreife (Abbildung 1).

Die Mobilisierung zu den Mahnwachen fand zu einem erheblichen Teil in sozialen Netz-

Abb. 1: Bildungsabschlüsse bei verschiedenen Protesten und in der Gesamtbevölkerung (Allbus 2012), in Prozent



werken im Internet statt (z.B. Facebook, YouTube u.a.). Für 80 Prozent der Befragten bildeten diese Netzwerke eine wichtige Informationsquelle, die sie zur Teilnahme an den Mahnwachen bewegte. Bestehende politische Organisationen scheinen dagegen kaum Einfluss zu haben. Der Protest formierte sich eher spontan. Darin gleichen die Montagsmahnwachen den Occupy-Protesten des Jahres 2011 und unterscheiden sich deutlich von den Protesten gegen Stuttgart 21. Nur wenige Befragte sind „gestandene“ politische Aktivist/innen. Mit 42 Prozent ist der Anteil derjenigen, die sich noch nie (oder zumindest nicht in den letzten fünf Jahren) an Protesten beteiligt haben, auffällig hoch. Bei den Montagsmahnwachen drängen also diejenigen auf die Straße, die eher im Internet politisch angesprochen werden und bis dato auch nur dort aktiv waren (beispielsweise bei Petitionen).

Die Ziele der Protestierenden

In einer offenen Frage wurden die Teilnehmenden um eine Einschätzung gebeten, für welche Themen die Montagsmahnwachen ihrer Meinung nach stehen. „Frieden“ kommt in den Antworten die größte Bedeutung zu, wurde jedoch meist nur als abstraktes, unkommentiertes Stichwort benannt (oft im Dreiklang „Frieden – Freiheit – Gerechtigkeit“). Doch die Montagsmahnwachen sind keine reine Friedensbewegung. Viele andere Themen spielen eine Rolle. Von herausragender Bedeutung ist das Thema Medien und Information. Viele Befragte sehen die Medien sehr kritisch. Dies zeigen zahlreiche Forderungen nach „freier Presse“ bis hin zu Charakterisierungen der aktuellen Medien als „gleichgeschaltete Presse“. Beispielhaft dafür soll dieses Zitat stehen:

„darum gehe ich auch jedes mal und jedes weitere mal dorthin weil es RICHTIG ist denn Krieg egal wo er statt findet Falsch ist und auch keine Freiheit oder Gerechtigkeit bringt dieser tauscht nur die Unterdrücker aus und die Presse verbreitet wie gewohnt dann nur andere Lügen“ (Rechtschreibung wie im Original).

Viele Befragte verstehen die Bewegung und ihre Treffen deshalb als Ort und Medium der „Aufklärung“ – auch über sonst im Verborgenen bleibende Dinge. Die thematische Breite der Bewegung reicht von umweltpolitischen und globalisierungs- bzw. kapitalismuskritischen Anliegen (die sich von der in der Bewegung stark vertretenen Zins- und Geldkritik unterscheiden lassen) bis hin zu einer Vielzahl weiterer Themen, darunter auch spirituelle und auf Beziehungs- und Persönlichkeitsveränderung gerichtete Anliegen.

Links und rechts – überholte Kategorien?

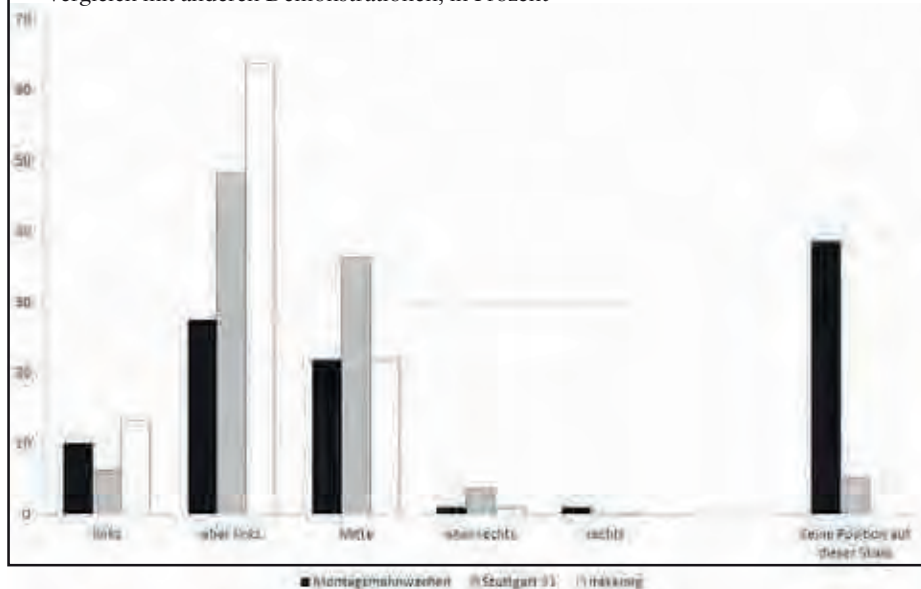
Wie bei vorangegangenen Befragungen von Demonstrierenden bestätigt sich auch bei den thematisch eher heterogenen Montagsmahnwachen, dass die Proteste eine starke linke Prägung aufweisen. Auf einer Links-Rechts-Skala verorteten sich nur zwei Prozent der Befragten rechts von der Mitte; 22 Prozent sehen sich in der politischen Mitte und 38 Prozent ordnen sich links ein (Abbildung 2). Aber: 39 Prozent der Befragten wollen sich, ähnlich wie in der Occupy-Bewegung, überhaupt nicht auf der Links-Rechts-Skala einstufen (Brinkmann/Nachtwey/Décieux 2013: 19). Hierzu passt, dass gut zwei Drittel der Befragten der Meinung sind, die Unterscheidung zwischen links und rechts sei überholt. Dafür steht auch folgendes Zitat über die Ziele des Protests:

„Abschaffung des Schuldgeldes; Abschaffung des Kapitalismus; parteienlose, dezentrale ‚Demokratie‘; Gesellschaftswandel; Abschaffung altpolitischer Paradigmen und Bauernfängerphrasen wie beispielsweise ‚links‘ und ‚rechts‘...“

Die Ablehnung des Links-Rechts-Schemas geht mit einem starken antipolitischen Wunsch nach einer Gesellschaft ohne Widersprüche und Konflikte einher.

Zur Prüfung der Vorwürfe rechtsextremer Einflüsse wurden mit dem leicht modifizierten Instrumentarium der Leipziger „Mitte-Studien“ („FR-LF“, Decker u. a. 2013) vier Di-

Abb. 2: Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala (Montagsmahnwachen im Vergleich mit anderen Demonstrationen, in Prozent)



mensionen des Rechtsextremismus abgefragt (Diktaturbefürwortung, Chauvinismus, Antisemitismus und NS-Verharmlosung, vgl. Tabelle 1).

Alle Aussagen, die im Leipziger Fragebogen genutzt werden, um rechtsextreme Einstellungen abzubilden, wurden mehrheitlich abgelehnt. Nur zwei Befragte haben nach diesem Instrument ein konsistentes rechtsextremes Weltbild. Ist der Vorwurf, die Mahnwachen seien zur extremen Rechten hin offen, angesichts dieser Ergebnisse zerstreut?

Eine Ausnahme lässt Zweifel aufkommen: 34 Prozent sind folgender Ansicht: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ Auch die Frage nach der Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl zeigt ein ambivalentes Ergebnis: Drei Parteien erzielten Werte über dem Berliner Durchschnitt: die LINKE (42,6%), die Piratenpartei (15,4%) und die Alternative für Deutschland (12,8%). Immerhin 35 Prozent haben an den Wahlen nicht teilgenommen oder ungünstig gewählt.

Darüber hinaus gibt es weitere Indizien für die Verbreitung antizionistisch-antisemitischer, antiamerikanischer und verschwörungstheoretischer Ansichten. Den Befragten wurden dahin gehende Aussagen vorgelegt, die von Organisator/innen der Mahnwachen und Redner/innen geäußert wurden (Tabelle 2).

Die zum Teil deutliche Zustimmung zu einer manichäischen, ressentimentgeladenen Kritik ist nicht eindeutig links oder rechts zu verorten. Aber sie erlaubt eine Integration von linken und rechten Positionen. Insofern scheint das Szenario der Herausbildung einer Querfront-Bewegung durchaus plausibel. Die Koexistenz linker und rechter Inhalte wird auf den Mahnwachen anscheinend kaum als problematisch empfunden.

Eine Bewegung in der Postdemokratie – Einstellungen zu Demokratie und Institutionen

Einer großen Zustimmung der Befragten zur Idee der Demokratie (96,9 %) steht die starke Unzufriedenheit mit der Realität des poli-

Tabelle 1: Fragen zu vier Dimensionen des Rechtsextremismus (Angaben in Prozent)

Aussage	Lehne völlig ab	Lehne überwie- gend ab	Stimme teils zu/ teils nicht zu	Stimme überwie- gend zu	Stimme ganz zu
Befürwortung rechtsautoritäre Diktatur					
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	79,8	12,1	5,7	2,0	0,3
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	21,7	15,5	29,0	14,5	19,3
Chauvinismus					
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	86,4	8,5	2,7	1,4	1,0
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	70,2	12,9	11,0	3,7	2,2
Antisemitismus					
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	85,6	9,0	3,2	1,4	0,7
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	57,5	17,8	15,8	6,8	2,1
NS-Verharmlosung					
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	69,0	18,1	9,6	1,8	1,4
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	65,5	21,4	8,2	3,2	1,8

Tabelle 2: Zustimmung zu Aussagen von den Mahnwachen (in Prozent)

Aussage	Lehne völlig ab	Lehne überwie- gend ab	Stimme teils zu/ teils nicht zu	Stimme überwie- gend zu	Stimme ganz zu
Amerika bzw. das amerikani- sche Militär ist nur der Knüp- pel der FED (US-Notenbank).	1,4	7,5	39,4	30,5	21,1
Die BRD ist kein souveräner Staat.	5,1	9,5	24,0	24,4	37,1
Die Zionisten haben sich welt- weit an die Hebel der Macht gesetzt und lassen nun Politik, Börse und auch die Medien nach ihrer Pfeife tanzen.	37,5	15,5	19,7	14,0	13,3
Friedensaktivisten werden der- zeit von einer nahezu gleichge- schalteten Presse in die rechte Ecke gestellt.	3,0	0,7	7,4	37,1	51,8

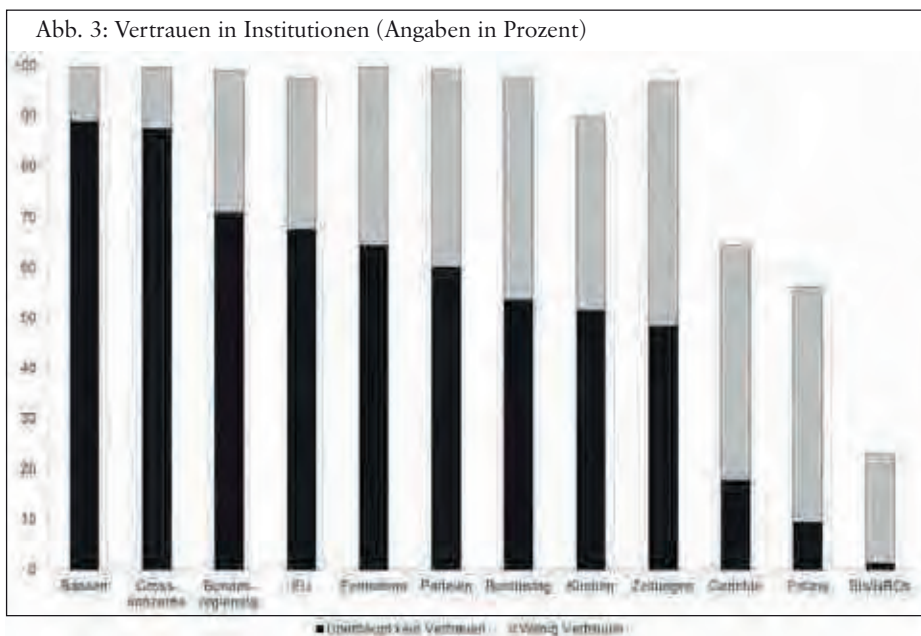
tischen Systems in Deutschland gegenüber. So zeigt sich ein enorm hohes Maß an Misstrauen in beinahe sämtliche etablierte gesellschaftliche Institutionen. Relevante ökonomische und politische Akteure, aber auch Kirchen und Medien genießen fast kein Vertrauen. Die Befragten fühlen sich politisch nicht repräsentiert. Etwas besserer schneiden dagegen Gerichte und Polizei ab, die wohl eher als Ordnungsinstanzen denn als interessengeleitete Akteure wahrgenommen werden. Allein die Bürgerinitiativen/Nicht-Regierungsorganisationen stehen dem Gesamtbild entgegen (Abbildung 3).

Der Mangel an Vertrauen geht mit einer enormen Unzufriedenheit mit politischen Prozessen einher. Die überragende Mehrzahl der Befragten widerspricht eher oder völlig der Ansicht, das politische System der Bundesrepublik funktioniere gut (93,9 %). In der Gesamtbevölkerung liegt diese Zahl deutlich unter 50

Prozent. Gut drei Viertel der Demonstrierenden (76,2 %) meinen zudem, keine oder nur geringe Einflussmöglichkeiten auf das Tun der Regierung zu haben. Die Befragten sind vom politischen System der Bundesrepublik stark entfremdet und fühlen sich nicht vertreten. In der neuen Bewegung finden sie stattdessen eine politische Heimat, die gegen Kritik weitgehend abgeschottet wird. Trotz der umfangreichen Dokumentation problematischer Äußerungen im Kontext der Mahnwachen stimmen nur acht Prozent der Aussage zu, „es gibt berechtigte Kritik an den Reden der Montagsmahnwachen“.

Fazit: ein ambivalentes Protestphänomen

Insgesamt bleibt ein ambivalenter Eindruck. Dies betrifft die Unterschiede zwischen einzelnen Teilgruppen der Befragten wie auch das teilweise widersprüchliche Antwortverhalten einzelner Personen. Es gibt deutliche Anzei-



chen einer politischen Entfremdung. Diese äußert sich, bei hoher Wertschätzung der Idee der Demokratie, in einem nahezu totalen Misstrauen gegenüber etablierten politischen Institutionen, Medien und gesellschaftlichen Großorganisationen, in einer deutlichen Kritik an der Selbstbezogenheit der politischen Klasse und in der Anfälligkeit für rechtsautoritäre Einstellungen und verschwörungsideologische Weltdeutungen.

Eine Teilmenge der Demonstrierenden scheint einen Nährboden für populistische Instrumentalisierungen zu bieten. Dem entsprechen auch Eindrücke vom Geschehen auf der Bühne, bei dem Authentizität und politische Naivität Hand in Hand gehen und gerade in diesen Momenten beklatscht werden. Vieles erinnert an Occupy: das rasche, fast unvermittelte Aufblühen der Proteste, die Unsortiertheit der Teilnehmer/innen, das Fehlen fester Bindungen und Strukturen, die zuweilen regelrechte Inszenierung von Spontaneität, Gefühlsausdruck und Unprofessionalität, das Fernhalten aller Insignien bekannter politischer Organisationen, die dominante Mobilisierung

über neue Medien und damit verbundene soziale Netze, die Distanz gegenüber etablierten politischen Repräsentationsgremien (Décioux/Nachtwey 2014).

Bleibt es bei der fehlenden strategischen Ausrichtung und beim Nebeneinander widersprüchlicher Positionen, so ist es durchaus denkbar, dass die Montagsmahnwachen auch ein ähnlich schnelles Ende wie Occupy finden werden.

Dr. Priska Daphi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin sowie an der Goethe-Universität Frankfurt (Main) im DFG-Projekt „Alternativlos? Gesellschaftlicher Protest in der Globalisierungskritischen Bewegung zwischen Opposition und Dissidenz“.

Prof. em. Dieter Rucht ist Vorsitzender des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung und Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Wolfgang Stuppert ist Doktorand an der Berlin Graduate School of Social Sciences, HU Berlin.

Dr. Simon Teune ist Postdoc-Stipendiat am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin

Dr. Dr. Peter Ullrich ist Ko-Leiter des Forschungsbereichs „Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte“ am Zentrum Technik und Gesellschaft und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Anmerkungen

¹ Die Befragung wurde durchgeführt vom Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, Bereich „Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte“, in Kooperation mit dem Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. Ein ausführlicher Forschungsbericht steht zum Download zur Verfügung: bit.ly/SCIWBt (<http://protestinstitut.eu/projekte/demonstrationsbefragungen/befragung-montagsmahnwachen/>).

² <http://netzwerkvolksentscheid.de/2014/06/16/aktuell-118-montagsmahnwachen-friedensmahnwachen-montagsdemos-am-16-06-2014-in-deutschland-oesterreich-und-schweiz/> [28.06.2014]

³ Die erste Gruppe bestreitet die legitime Existenz der Bundesrepublik. Sie verstehen sich stattdessen als Bürger/innen des Deutschen Reichs. Die zweite Gruppe ist davon überzeugt, dass Kondensstreifen nur mit der Ausbringung von Chemikalien zu erklären sind, die in manipulativer Absicht gegen die Bevölkerung eingesetzt werden.

⁴ <http://diefreiheitsliebe.de/bewegungen-2/fuer-eine-solidarische-auseinandersetzung-mit-den-montagsmahnwachen> [02.07.2014]

⁵ Zum Vergleich mit der Gesamtbevölkerung werden Daten des Statistischen Bundesamtes, der ALLBUS, Daten der Mitte-Studien (Decker/Kiess/Brähler 2014) und Demonstrationsbefragungen zu Stuttgart 21 (Baum-

garten und Rucht 2013) und dem Irakkrieg (Rucht 2003) herangezogen.

⁶ Die Vergleichsdaten beruhen auf Werten des Statistischen Bundesamtes.

Literatur

Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter 2013: Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ – einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, S. 97-125.

Brinkmann, Ulrich/Nachtwey, Oliver/Décieux, Fabienne 2013: Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste, hgg. von der Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitspapiere 6, Frankfurt am Main, http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/Arbeitspapier_06_Occupy_01.pdf.

Décieux, Fabienne/Nachtwey, Oliver 2014: Occupy: Protest in der Postdemokratie, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (1), S. 75-88.

Decker, Oliver u. a. 2013: Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF), in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Kiess, Johannes (Hg.): Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose, *Forschung psychosozial*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 197-213.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2014: Die stabilisierte Mitte Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, hg. vom Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig, Leipzig, https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf.

Rucht, Dieter 2003: Die Friedensdemonstranten – wer sind sie, wofür stehen sie?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16 (2), S. 10-13.

Afrikanische Soziale Bewegungen vs. Zivilgesellschaften in Afrika?

Walter Eberlei

Die Bewegungsforschung hat den sozialen Bewegungen in Subsahara-Afrika in jüngerer Zeit wieder vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. u.a. Ellis/van Kessel 2009; Manji/Ikine 2012 sowie die Schwerpunkte in Zeitschriften wie Stichproben 2011, Prokla 2013 und auch in der vorliegenden Ausgabe des FJSB). Eine der auffälligen Gemeinsamkeiten vieler neuerer Beiträge dieses Forschungsstrangs ist ein konstruierter Gegensatz von sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaften in Subsahara-Afrika. Soziale Bewegungen seien „mehr als Zivilgesellschaft“, schreiben Bettina Engels und Nikolai Brandes (2014). Anders als die Bewegungsforschung gehen viele Forscher_innen aus der Demokratie- und Entwicklungsforschung zu Afrika davon aus, dass die politischen Transformationen in vielen Ländern der Region dazu geführt haben, dass sich originäre gesellschaftliche Phänomene entwickelt haben bzw. entwickeln, die mit dem Begriff der Zivilgesellschaft erfasst werden können – *einschließlich* sozialer Bewegungen (als jüngste Beispiele vgl. Beiträge in Obadare 2014 und Eberlei 2014). Wie kommen die unterschiedlichen Ansätze der beiden Diskursstränge zustande?

Einige Autor_innen aus der Bewegungs- oder Protestforschung diskutieren vor allem Ansätze kollektiven Handelns, die nach ihrer Wahrnehmung darauf abzielen, bestehende Herrschaftsverhältnisse grundlegend in Frage zu stellen und zu überwinden. Die auf Afrika bezogene Demokratie- und Entwicklungsforschung beschäftigt sich hingegen überwiegend mit zivilgesellschaftlichem Handeln, das eine systemimmanente Transformation von Verhält-

nissen anstrebt. Soziale Bewegungen zeichnen sich, so Vertreter_innen der Bewegungsforschung, vor allem durch ihr protestförmiges Handeln aus. Zivilgesellschaftliche Akteure hingegen ließen sich in formaldemokratische Prozesse verwickeln – und wirkten damit systemstabilisierend (Gould 2005; Larmer 2010; Brandes/Engels 2011; de Waal/Ibreck 2013). Die Form des Handelns ist damit nicht der eigentliche Stein des Anstoßes, sondern die Frage, ob die politische Arbeit im Rahmen des bestehenden politischen Systems stattfindet oder es zu überwinden trachtet. Entsprechen diese unterschiedlichen Perspektiven den politischen Wirklichkeiten in Subsahara-Afrika? Bilden sie also zwei real nebeneinander existierende politische Phänomene ab? Oder sind die unterschiedlichen Sichtweisen durch theoretische Vorentscheidungen der Autor_innen beeinflusst, also konstruiert?

Einige Forscher_innen nehmen Zivilgesellschaften in Afrika als Produkte und Instrumente westlicher Akteure, insbesondere der Protagonisten einer neoliberalen Globalisierung, wahr (z.B. Gould 2005; Brandes/Engels 2011; Williams/Young 2012). Sie stellen diesen Akteuren nun die vermeintlich originär afrikanischen sozialen Bewegungen gegenüber, die tief in ihren Gesellschaften verwurzelt seien und grenzen diese von zivilgesellschaftlichen Akteuren ab. Andere Forscher_innen bemühen sich eher um ein umfassendes, inklusives Verständnis der zivilgesellschaftlichen Akteurslandschaft in Afrika, die natürlich – wie sollte es im 21. Jahrhundert anders sein? – auch internationale Impulse aufnimmt und teilweise durch diese

mitgeprägt wird. In einem erhellenden Aufsatz hat David Lewis schon 2002 die unterschiedlichen Interpretationen des Phänomens Zivilgesellschaft im afrikanischen Kontext diskutiert. Er kritisiert einerseits die unreflektierte Übernahme eines westlichen Verständnisses auf die afrikanische Zivilgesellschaft, hält aber auch die undifferenzierte Kritik an Zivilgesellschaft als Erfüllungsgehilfe einer unheiligen Allianz von Staatsklassen und Gebern für falsch. Tatsächlich hätten sich in Afrika über einen langen Zeitraum zivilgesellschaftliche Formationen ausgebildet, die das westlich generierte Konzept erfolgreich adaptiert hätten. Diese spielten heute de facto eine wichtige Rolle in den politischen Aushandlungsprozessen zwischen Bürger_innen und staatlichen Strukturen (Lewis 2002: 582).

Viele Forschungsarbeiten scheinen nicht nur durch theoretische Vorentscheidungen, sondern mehr noch durch normative Prämissen geprägt zu sein. Vorgeworfen wird dies mit Recht jenen Ansätzen, die davon ausgehen, dass afrikanische Zivilgesellschaften praktisch genauso funktionieren müssten wie dies in westlichen Ländern der Fall sei (zu dieser Diskussion vgl. Lewis 2002, auch Larmer 2010). Ebenso kritisch zu reflektieren ist jedoch die in vielen Beiträgen der Bewegungsforschung anzutreffende Prämisse, dass soziale Bewegungen grundsätzlich einen emanzipatorischen Charakter besäßen und sich für demokratische Beteiligungsformen einsetzten (vgl. z.B. Brandes/Engels 2011: 9f). Diese grundsätzliche Wahrnehmung wird bislang nicht hinreichend empirisch untermauert. Empirische Beiträge der Bewegungsforschung – z.B. Fallstudien zu einzelnen sozialen Bewegungen – verweisen eher auf die Notwendigkeit einer differenzierenden Analyse des Phänomens (z.B. Salem 2009; Olayode 2011). In Beiträgen der Demokratie- und Entwicklungsforschung sind überwiegend Ansätze erkennbar, die sich mit den empirischen Phänomenen in den zivilgesellschaftlichen Arenen der jeweiligen Länder auseinandersetzen und weder eine per se Demokratie förderliche Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren un-

terstellen, noch eine grundsätzlich negative. Der konstruierte Gegensatz von Zivilgesellschaften und sozialen Bewegungen erscheint daher wenig fruchtbar, die Diskussion empirischer Ergebnisse beider Forschungsstränge ist hingegen wünschenswert. Dies gilt umso mehr, wenn auch die vermeintlich theoretischen Gräben überbrückt werden – deshalb hier ein Plädoyer für die inklusive Interpretation und Nutzung des Begriffs Zivilgesellschaft als analytische Kategorie.

Der Begriff der Zivilgesellschaft wird in der Analyse politischer Phänomene in Afrika erst seit den späten 1980er Jahren verwendet. Wichtig zu unterscheiden ist die *Verwendung des Begriffs* von der *realen Existenz einer gesellschaftlichen bzw. politischen Sphäre*, die heute als Zivilgesellschaft beschrieben wird, die zuvor aber nicht so bezeichnet wurde. Der in Europa entstandene Begriff der Zivilgesellschaft (basierend u.a. auf Arbeiten von Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Alexis de Tocqueville und – später – Antonio Gramsci) erlebte im Kontext der osteuropäischen Demokratisierungsbewegungen in den 1970er und 1980er Jahren politische Konjunktur, wurde in jenen Dekaden auch in Lateinamerika verwendet und tauchte dann als analytische Kategorie zur Erklärung politischer Prozesse in Afrika auf (als Beispiele Bayart 1986; Bratton 1989; vgl. auch Bratton 1994). Nichtsdestotrotz gibt es eine lange Geschichte zivilgesellschaftlichen Handelns in Afrika, auf die insbesondere auch afrikanische Autor_innen verwiesen haben (etwa Gyimah-Boadi 1996; Mamdani 1996; Cheru 2012; vgl. auch Ekeh 1975). Beispiele solcher politischer Kämpfe – zum Beispiel gegen die Kolonialmächte und für die Unabhängigkeit, gegen korrupte postkoloniale Regime, gegen Menschenrechtsverletzungen und für Frauenrechte, gegen sozialpolitische Kahlschläge in Zeiten neoliberaler Strukturanpassung und ab Ende der 1980er Jahre für politische Liberalisierung und Demokratie – sind auch in jüngeren Beiträgen der Forschung zu afrikanischen Zivilgesellschaften aufgenommen worden (vgl. z.B. Apusigah 2014; Teshome 2014; Meyns 2014).

In der afrikabezogenen Literatur zu sozialen Bewegungen werden die Begrifflichkeiten selten genau definiert und abgegrenzt. Gegenstand solcher Publikationen sind zwei Typen politischen Handelns, die zwar häufig verzahnt auftreten, aber gleichwohl zu differenzieren sind. In Anlehnung an Dieter Rucht und Friedhelm Neidhardt (2001) lassen sich Proteste und soziale Bewegungen unterscheiden. Proteste – „öffentliche, kollektive Handlungen nicht-staatlicher Träger, die Widerspruch oder Kritik zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen bzw. politischen Anliegens verbunden sind“ (ebd.: 537) – setzen zunächst keine organisierten Akteure voraus. Spontane Aufstände, z.B. wegen deutlich gestiegener Lebensmittelpreise in Burkina Faso (Engels 2013) oder in Mosambik (Fiege 2014), lassen sich mit diesem Konstrukt erfassen und stellen zivilgesellschaftliches Handeln dar. Im Verlauf von Protesten entstehen daraus häufig soziale Bewegungen – „mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen, die auf der Grundlage einer kollektiven Identität mit Mitteln des Protests sozialen Wandel herbeiführen oder verhindern wollen“ (Rucht/Neidhardt 2001: 555).

Die Definition von Rucht und Neidhardt lässt dabei offen, was mit „sozialem Wandel“ gemeint ist. Dieser Begriff kann System- oder Herrschaftswechsel umfassen, ebenso aber systemimmanente Veränderungsprozesse. In der Geschichte sozialer Bewegungen in Afrika hat es grundlegende Veränderungen in den Herrschaftsverhältnissen anstrebende soziale Bewegungen gegeben, zum Beispiel gegen die Kolonialmächte, gegen das Apartheid-Regime in Südafrika sowie gegen nachkoloniale autokratische Regime. Die Analysen von sozialen Bewegungen der letzten beiden Jahrzehnte verweisen jedoch auf viele Beispiele sozialer Bewegungen, die – ggf. auch motiviert durch grundsätzliche Gesellschaftskritik und ein anderes Gesellschaftsbild – systemimmanente, realpolitische Veränderungen anstreben und entsprechende Interventionen organisieren. So analysiert Bettina Engels die Hungeraufstände

in Burkina Faso und schildert auch, wie Vertreter_innen der die Proteste tragenden sozialen Bewegung mit der Regierung über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen verhandeln (2013: 13). Zekeria Ould Ahmed Salem (2009) setzt sich mit der Anti-Sklaverei-Bewegung in Mauretania auseinander und beschreibt die fast fließenden Übergänge zwischen Widerstand, Protest, politische Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu parlamentarischer Arbeit. Baba Aye (2013) untersucht die Proteste gegen Benzinpreiserhöhung in Nigeria und die Frage, weshalb die Gewerkschaften als wichtigste organisatorische Säule der Bewegung schließlich die Streiks aussetzten und mit der Regierung einen Kompromiss aushandelten (zu den nigerianischen Gewerkschaften und ihrem Spagat zwischen Protestbewegung und realpolitischem Akteur vgl. auch Obono 2011). Agnes Atia Apusigah analysiert die Proteste von Frauenbewegungen in Sierra Leone gegen den Bürgerkrieg und zeigt auf, wie daraus eine kontinuierliche politische Arbeit erwuchs. Peter Meyns (2014) und Christof Hartmann (2014) beschreiben die Proteste gegen das verfassungswidrige Begehren von Präsidenten in Sambia und im Senegal, sich dritte Amtszeiten zu erschleichen und verdeutlichen darin, wie sich spontane oder auch organisierte Proteste, breite soziale Bewegungen und von einzelnen Organisationen oder zivilgesellschaftlichen Netzwerken getragene politische Aushandlungsprozesse ergänzten. Soziale Bewegungen sind also nicht „mehr als Zivilgesellschaft“, sondern ein spezifischer Teil zivilgesellschaftlicher Landschaften in Subsahara-Afrika.

Wie kann der Begriff Zivilgesellschaft unter Einschluss sozialer Bewegungen definiert werden? Teilweise in direkter Anlehnung an Gramsci, teilweise in Aufnahme anderer theoretischer Arbeiten, zum Beispiel von Jürgen Habermas zur Öffentlichkeit, gehen inzwischen eine Reihe von Autor_innen davon aus, dass Zivilgesellschaft mehr ist als die Summe von kollektiven nicht-staatlichen Akteuren. So definiert Orvis Zivilgesellschaft als „a public sphere of formal or informal, collective activity

autonomous from but recognizing the legitimate existence of the state“ (2001: 20). Und Lewis stellt fest, was in dieser Sphäre zu beobachten ist, nämlich „increasingly universal negotiations between citizens, states and market“ (2002: 582). Dieses Verständnis von Zivilgesellschaft schließt soziale Bewegungen mit ein, solange diese die Existenz des Staates an sich nicht ausdrücklich in Frage stellen bzw. keinen gewaltsamen Umsturz des Staates herbeiführen wollen. Letztgenannte Absicht mag bei manchen religiös-fundamentalistischen oder ethno-nationalistischen sozialen Bewegungen der Fall sein, nicht aber bei der großen Mehrzahl der in der Literatur beschriebenen gegenwärtigen sozialen Bewegungen in Afrika, die in der Regel innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen für Veränderungen eintreten, sich in manchen Fällen geradezu als Hüter der Verfassungen erweisen (siehe breite Protestbewegungen gegen nicht verfassungskonforme dritte Amtszeiten von Präsidenten).

Die theoretische Vorstellung einer öffentlichen Sphäre, in der im Habermas'schen Sinne (Habermas 1992) durch den Austausch und Widerstreit der Argumente, auf deliberativem Wege also, eine kommunikative Macht entsteht, beschreibt einen Idealtypus, in Europa wie in Afrika. Näher an der Realität scheinen solche Theoretiker_innen zu sein, welche die öffentliche Sphäre in Anlehnung an Antonio Gramsci als eine umkämpfte Arena beschreiben, als „contested terrain“ (Narsoo 1991). Ähnlich hat Michel Foucault formuliert: „I prefer to see the public sphere as spaces of conflict and contestation“ (zitiert nach Willems 2012: 24). Es liegt auf der Hand, dass in dieser Arena keine Chancengleichheit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren besteht. Die postkolonialen Staaten Afrikas haben – mit starker Unterstützung internationaler Akteure – die kolonialen hierarchischen Herrschaftsregime weiter ausgebaut. Kritische Oppositionelle wurden mehr oder minder kalt gestellt, oft unter Beifall oder mit Unterstützung westlicher oder östlicher Regierungen. Mittels Repression, aber auch durch den nahezu

unbegrenzten Zugriff auf ökonomische Ressourcen, war die staatliche Hegemonie in der politischen Arena über Jahrzehnte weitgehend unangefochten (Gyimah-Boadi 1996: 125f). Das hat sich Anfang der 1990er Jahre nicht schlagartig geändert. Im Gegenteil ist die Kontinuität bestimmter politischer Muster afrikanischer Staaten auch nach dem Wandel längst festgestellt worden (vgl. z.B. van de Walle 2001: 264-267). Auch wenn staatliche Macht seit den 1990er Jahren durch die Öffnung der politischen Systeme beschnitten wurde, so sind die Kämpfe in den politischen Arenen doch weiterhin höchst ungleich.

In einem neueren Forschungsprojekt zu makropolitischen Interventionen zivilgesellschaftlicher Akteure in Subsahara-Afrika mit über 20 Fallstudien zu Interventionen in sechs Ländern wurde herausgearbeitet, dass zivilgesellschaftliche Akteure trotz dieser Machtungleichgewichte wirkungsvolle politische Arbeit leisten (vgl. Eberlei 2014). Die empirischen Untersuchungen belegen vielfältige Wirkungen in vier großen gesellschaftlichen Feldern: Kampf gegen Krieg und Gewalt; Beeinflussung von gesellschaftlichen Leitbildern wie Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit, Menschliche Entwicklung; Mitgestaltung der Transitionsprozesse in Richtung Demokratie sowie Einforderung entwicklungsorientierter Politik. In dem Forschungsvorhaben wurde Zivilgesellschaft im oben skizzierten Sinne als öffentlicher politischer Raum verstanden, als Arena, in der gesellschaftspolitische Aushandlungsprozesse stattfinden. Zivilgesellschaftliche Akteure und ihre politischen Handlungen wurden jeweils im Kontext gesellschaftlicher Debatten analysiert, seien es Aushandlungsprozesse um Verfassungsreformen, um eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik, um Frauenrechte, um demokratische Verfahren oder um die Verteilung staatlicher Ressourcen. Dieser doppelte Blick lässt unterschiedliche Aggregatzustände von Zivilgesellschaft erkennbar werden: Zivilgesellschaftliche Akteure sind die kollektiven, nicht-staatlichen, nicht-kommerziellen Akteure, die in Auseinandersetzung mit

staatlichen, kommerziellen und auch mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften anstreben, kommunikative Macht zu entwickeln, um gesellschaftspolitische Entwicklungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu zählen auch soziale Bewegungen und Akteure informeller kollektiver Proteste. Mit ihrem politischen Handeln, ihrer politischen Kommunikation und den von ihnen geführten Debatten prägen diese Akteure „die Zivilgesellschaft“ im abstrakteren Sinne, die selbst zum umkämpften Feld wird, auf dem auch staatliche, kommerzielle und internationale Akteure um Einfluss, um Hegemonie ringen.

Die vielschichtigen und in vielen afrikanischen Ländern immer lebhafter werdenden, geradezu vibrierenden Zivilgesellschaften als Marionetten der internationalen Entwicklungsagenturen zu etikettieren, überschätzt die Möglichkeiten von Weltbank & Co. und vor allem: unterschätzt und unterbewertet die politische Selbstorganisation afrikanischer Gesellschaften. Letztere hat in den vergangenen 25 Jahren erheblich zugenommen. Aufbauend auf den politischen Umbrüchen der späten 1980er und frühen 1990er Jahren, die wesentlich von zivilgesellschaftlichen Akteuren mitgeprägt wurden, haben sich viele der rund 50 Staaten in Subsahara-Afrika Verfassungen mit zahlreichen freiheitlichen Grundrechten gegeben. Meinungs-, Presse-, Vereinigungs-, Versammlungsfreiheiten sind überall auf dem Kontinent verfassungsrechtlich verankert worden. Die politische Wirklichkeit ist leider nicht so freundlich. Die langwierigen und steinigen Transitionsprozesse von autokratischen oder autoritären nachkolonialen Regimen hin zu demokratisch verfassten Gesellschaften sind seither in vielen Staaten nur langsam vorangekommen und durch zahlreiche Rückschläge gekennzeichnet. Dies hat die politischen und rechtlichen Bedingungen für zivilgesellschaftliches politisches Handeln vielerorts geprägt. Es gibt positive Beispiele: In Ländern wie Ghana oder Tansania sind signifikante Spielräume für zivilgesellschaftliche Akteure entstanden und gefestigt worden. Auf

der anderen Seite gibt es Staaten wie Eritrea, Äthiopien oder Simbabwe, die das Handeln kritischer Akteure mit repressiver Gewalt unterbinden bzw. behindern. Zwischen diesen beiden Polen befinden sich die meisten afrikanischen Staaten (von Sambia bis Senegal, von Mali bis Uganda) in ständiger Bewegung, in einem permanenten Kampf um das zivilgesellschaftliche Terrain. Dies tritt nicht nur auf die offenen repressiven Regime in den genannten Staaten zu: Auch in Kenia, Uganda oder Sambia sind die demokratischen Handlungsspielräume in ständiger Gefahr, und ihre Beschneidung ist regelmäßig Gegenstand politischer Proteste und politischer Interventionen zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese Gefährdungen betreffen alle Akteure: die soziale Bewegung, die gegen neoliberal inspirierte Handelsabkommen mit der EU protestiert, ebenso wie die Frauenrechtsorganisation, die sich gegen häusliche Gewalt engagiert, oder das Netzwerk, das für demokratische Wahlen eintritt. Insofern ist ein Streit darüber, ob nun soziale Bewegungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu unterscheiden sind, nicht nur aus wissenschaftlich-theoretischen Perspektiven wenig fruchtbar. Er ist auch im Sinne derjenigen kontraproduktiv, die politisch für eine Ausweitung von Rechten und Handlungsmöglichkeiten für gesellschaftskritische Arbeit in Subsahara-Afrika kämpfen.

Walter Eberlei ist Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Düsseldorf. Kontakt: walter.eberlei@fh-duesseldorf.de

Literatur

Apusigah, Agnes Atia 2014: Frauenbewegungen und politischer Wandel in Westafrika. In: Eberlei, Walter (Hg.): Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer VS, 225-250

Aye, Baba 2013: Das Januarerwachen in Nigeria. In: Prokla, Jg. 43, Heft 1, 61-69.

Bayart, Jean-François 1986: Civil Society in Africa. In: Chabal, Patrick (Hg.): Politi-

cal Domination in Africa. New York: Cambridge University Press, 109-125.

Brandes, Nikolai/Engels, Bettina 2011: Social Movements in Africa. In: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien, Jg. 20, Heft 11, 1-15.

Bratton, Michael 1989: Beyond the State: Civil Society and Associational Life in Africa. In: World Politics, Jg. 41, Heft 3, 407-430.

Bratton, Michael 1994: Civil Society and Political Transition in Africa. IDR (Institute for Development Research) Reports 11, No. 6. Boston.

Cheru, Fantu 2012: Democracy and People Power in Africa: Still Searching for the 'Political Kingdom'. In: Third World Quarterly, Jg. 33, Heft 2, 265-291.

De Waal, Alex/Ibreck, Rachel 2013: Hybrid Social Movements in Africa. In: Journal of Contemporary African Studies, Jg. 31, Heft 2, 303-324.

Eberlei, Walter 2014: Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer VS.

Ekeh, Peter P. 1975: Colonialism and the Two Publics in Africa: A Theoretical Statement. In: Comparative Studies in Society and History, Jg. 17, Heft 1, 91-112.

Ellis, Stephen/van Kessel, Ineke 2009: Movers and shakers. Social Movements in Africa. Leiden/Boston: Brill.

Engels, Bettina 2013: Hungeraufstände und Kämpfe gegen hohe Preise. In: Prokla, Jg. 43, Heft 1, 5-22.

Engels, Bettina/Brandes, Nikolai 2014: Mehr als Zivilgesellschaft: Soziale Bewegungen in Afrika südlich der Sahara. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 27, Heft 3 (FJSB plus), Online Supplement. Web: <http://www.fjsb.org/fjsb-plus>.

Fiege, Karin 2014: Zivilgesellschaft in Mosambik zwischen Staat, internationaler Gebergemeinschaft und Selbstfindung. In: Eberlei, Walter (Hg.): Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer VS, 105-136.

Gould, Jeremy 2005: Conclusion: the politics of consultation. In: Gould, Jeremy (Hg.):

The New Conditionality. The Politics of Poverty Reduction Strategies. London/New York: Zed Book, 134-151.

Gyimah-Boadi, Emmanuel 1996: Civil Society in Africa. In: Journal of Democracy, Jg. 7, Heft 2, 118-132.

Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hartmann, Christof 2014: Zivilgesellschaft und politischer Wandel im Senegal. In: Eberlei, Walter (Hg.): Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer VS, 169-190.

Larmer, Miles 2010: Social Movement struggles in Africa. In: Review of African Political Economy, Jg. 37, Heft 125, 251-262.

Lewis, David 2002: Civil Society in African Contexts: Reflections on the 'Usefulness' of a Concept. In: Development and Change, Jg. 33, Heft 4, 569-586.

Mamdani, Mahmood 1996: Citizen and Subject. Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism. Princeton: Princeton University Press.

Manji, Firoze/Ekine, Sokari 2012: African Awakening. The Emerging Revolutions. Cape Town: Pambazuka.

Meyns, Peter 2014: Contested Terrain - Zivilgesellschaft in der nachkolonialen Entwicklung Sambias. In: Eberlei, Walter (Hg.): Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer VS, 35-71

Narsoo, Monty 1991: Civil Society - A Contested Terrain. In: Work in Progress (Südafrika), Heft 76, 24-27.

Obadare, Ebenezer (Hg.) 2014: The Handbook of Civil Society in Africa. New York u.a.: Oxford University Press.

Obono, Danièle 2011: Trade Unions as Social Movements and Political Actors in Nigeria (1994-2004). In: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien, Jg. 20, Heft 11, 95-113.

Olayode, Kehinde 2011: Ethno-nationalist Movements and Political Mobilization in Africa: The Nigerian Experience (1990-2003).

In: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien, Jg. 20, Heft 11, 69-93.

Orvis, Stephen 2001: Civil Society in Africa or African Civil Society? In: Journal of Asian and African Studies, Jg. 36, Heft 1, 17-38.

Rucht, Dieter/Neidhardt, Friedhelm 2001: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Joas, Hans (Hg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt/Main u.a.: Campus, 533-556.

Salem, Zekeria Ould Ahmed Salem 2009: Bare-foot activists: Transformations in the Haratine Movement in Mauretania, in: Ellis, Stephen/van Kessel, Ineke (Hg.): Movers and Shakers. Social Movements in Africa. Boston/Leiden: Brill, 156-177.

Teshome, Wondwosen. 2014: Äthiopien – Zivilgesellschaftliche politische Arbeit in au-

toritärem Umfeld. In: Eberlei, Walter (Hg.): Zivilgesellschaft in Subsahara Afrika. Wiesbaden: Springer VS, 73-103.

Van de Walle, Nicolas 2001: African Economies and the Politics of Permanent Crisis, 1979-1999. Cambridge: Cambridge University Press.

Willems, Wendy 2012: Interrogating Public Sphere and Popular Culture as Theoretical Concepts on their Value in African Studies. In: Africa Development, Jg. 37, Heft 1, 11-26.

Williams, David/ Young, Tom 2012: Civil Society and the Liberal Project in Ghana and Sierra Leone. In: Journal of Intervention and Statebuilding, Jg. 6, Heft 1, 7-22.

Transnationale Dimensionen antikolonialen Widerstands in Mosambik

Daniel Kaiser

1 | Einleitung

Antikoloniale Bewegungen waren ohne Frage eine der bedeutsamsten Erscheinungsformen von Protest und Widerstand im 20. Jahrhundert. Sie kämpften mit großer Überzeugung und notfalls auch mit dem Einsatz gewaltsamer Mittel für die Unabhängigkeit der jeweiligen Kolonialgebiete. Trotz dieses dezidiert „nationalen“ Befreiungskampfes waren sie stets mehr oder weniger stark in transnationale Zusammenhänge eingebunden. Wie jede Form von contentious politics fanden auch die antikolonialen Befreiungskämpfe vor dem Hintergrund spezifischer internationaler Opportunitätsstrukturen statt. So dienten beispielsweise internationale Organisationen und Konferenzen in den 1950er und 1960er Jahren als Plattform für den gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Beispiele hierfür

sind zahlreich: Angefangen 1927 mit der „League against Imperialism“ in Brüssel, bei der erstmals antikoloniale Aktivist_innen aus der ganzen Welt zusammenkamen, bis hin zu den großen internationalen Konferenzen in Bandung 1955 oder „Trikontinentale“ in Havanna 1966.

Es ist deshalb erstaunlich, wie wenig Beachtung diesem historischen Phänomen in der aktuellen Debatte um „neue“ transnationale Bewegungen wie Occupy geschenkt wird. Wie „transnational“ waren diese historischen Bewegungen? Welche Rolle spielten transnationale Zusammenhänge schon damals für lokalen Protest und nationale Bewegungen? Was lässt sich aus ihrer Geschichte lernen? Um diesen Fragen nachzugehen, untersucht der vorliegende Beitrag die transnationalen Dimensionen der antikolonialen Befreiungsbewegung in Mosambik (Frelimo – Frente de Libertação de Moçambique).

Die Frelimo wurde 1962 in Daressalam (Tansania) gegründet und erlangte 1975 nach 13 Jahren bewaffneten Kampfes gegen das faschistische Kolonialregime Portugals die Unabhängigkeit. Die politische Führung der Frelimo bestand zum größten Teil aus einer Gruppe Intellektueller, die in unterschiedlicher Weise in einem transnationalen Netzwerk des Antikolonialismus vernetzt waren. Hierzu zählte nicht nur die weithin bekannte, insbesondere militärische Unterstützung der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten, sondern auch Verbindungen zu den „portugiesischen“ antikolonialen Bewegungen in Angola, Guinea-Bissau, Goa oder Osttimor, zu antifaschistischen Bewegungen in Portugal und Brasilien, bereits unabhängigen afrikanischen Staaten, studentischen Solidaritätsbewegungen in Europa und kirchlichen Organisationen in den USA oder der Schweiz. Im Folgenden wird diskutiert, welche Bedeutung die genannten transnationalen Aspekte für den Befreiungskampf auf nationaler Ebene hatten.

Vor der historischen Darstellung wird zunächst der theoretische Ansatz erläutert. Ich beziehe mich auf eine Theorie transnationaler Widerstandsdynamiken, welche die Rolle individueller „Bewegungsentrepreneure“ als Schnittstelle für Transnationalisierungsprozesse in sozialen Bewegungen hervorhebt. Die sich anschließende Analyse zeigt, dass die Frelimo stark von der Einbindung in transnationale Netzwerke geprägt war. Diese Netzwerke garantierten nicht nur die Mobilisierung von externen Ressourcen, sondern spielten auch bei der Mobilisierung der Bevölkerung und deren nationaler Identitätsbildung, bei strategischen und taktischen Entscheidungen sowie bei internen Konflikten eine entscheidende Rolle.

2 | Transnationalisierung als politisches Austauschverhältnis

Der Zusammenhang von transnationalen Netzwerken und nationalem Widerstand sollte nicht als linearer, von internationalen politischen Oppositionsstrukturen bedingter Prozess ver-

standen werden. Vielmehr muss er als relationales, über einzelne Akteure vermitteltes Verhältnis begriffen werden. Einen theoretischen Ansatz für eine solche Perspektive bietet Clifford Bob (2005). Seinem Ansatz folgend, den er anhand von Fallstudien der Ogoni-Minderheit in Nigeria und den „Zapatistas“ in Mexiko entwickelte, wird das Verhältnis zwischen transnationalen Netzwerken und nationalem Widerstand als relationales Austauschverhältnis konzipiert: Nationale Bewegungen passen dabei eigenes Handeln und Identitäten an transnationale Netzwerke und im Austausch mit materiellen und ideellen Ressourcen an.

Dieser Austausch findet über bestimmte Diffusionsmechanismen statt, für die Individuen (Bewegungsentrepreneure) eine wichtige Rolle spielen. In interpersonalen transnationalen Netzwerken vernetzte und sozialisierte Akteure nutzen diese als Opportunitäten für ihre persönlichen Vorteile und für die Interessen der Bewegungen, die sie repräsentieren. So kommt es zu transnationaler Diffusion, verstanden als die Verbreitung von politischen Handlungsweisen, Institutionen und Überzeugungen über Grenzen hinweg, die ihren Ausdruck zum Beispiel in der Mobilisierung persönlicher, materieller und/oder symbolischer Unterstützung oder der Verbreitung einzelner Protestformen findet (Checkel 2013: 10ff).

3 | Antikolonialismus in den portugiesischen Kolonien

Nachdem die Kolonien Süd- und Mittelamerikas bereits im 19. Jahrhundert ihre formale Unabhängigkeit von Spanien und Portugal erkämpft hatten, strebten in den 1950er und 1960er Jahren immer mehr asiatische und afrikanische Länder unter Berufung auf das Recht auf Selbstbestimmung der Völker (UN Charta Art. 73) nach der Unabhängigkeit. Dies drückte sich in diversen Konferenzen, Organisationen und informellen Foren aus. Angefangen mit der „League against Imperialism“ 1927 in Brüssel über die Ban-

dung-Konferenz 1955 bis zur Trikontinentale 1966 in Havanna dienten sie zur Etablierung und Koordination eines gemeinsamen antikolonialen Kampfes der „Dritten Welt“ und zur Bildung eines Gegengewichts gegen die dominierenden Mächte im Kalten Krieg. Eine ihrer zentralen Funktionen war die Anerkennung und Unterstützung antikolonialer Bewegungen und neuer unabhängiger Staaten (Prashad 2008).

Vor diesem Hintergrund begann sich auch aus den portugiesischen Kolonien Widerstand gegen die Kolonialmacht zu formieren. Zwar hatte es diesen schon immer gegeben, er bekam jedoch Mitte des 20. Jahrhunderts im Zuge der weltweiten Dekolonialisierungswelle eine neue Dimension: Erstmals ging es nicht um lokale Kämpfe durch ethnische Gruppen oder vereinzelte soziale Aufstände, sondern um einen gemeinsamen, „nationalen“ Kampf für das endgültige Ende des Kolonialismus in all seinen Ausprägungen. Nach dem Vorbild der sich bereits seit 1961 im Kampf befindlichen bewaffneten Gruppen in Angola und Guinea-Bissau führte die 1962 in Daressalam gegründete Frelimo von September 1964 an einen bewaffneten Guerillakampf gegen das faschistische Kolonialregime Salazars. Erst 1975 wurde dieser Kampf mit der Unabhängigkeit belohnt. Zwar herrschten in der Frelimo von Anfang an sozialistische Ideen vor. Erst nach dem Mord an ihrem ersten Präsidenten Eduardo Mondlane 1969 radikalisierte sie sich jedoch zunehmend und verfolgte schließlich eine Strategie, die sich an marxistisch-leninistischen und maoistischen Vorbildern orientierte. Diese Ausrichtung führte letztendlich zur Gründung eines sozialistischen Einparteiensstaates, welcher erst 1992 mit der Beilegung eines langen Bürgerkriegs sein Ende fand (Newitt 1995). Im nächsten Abschnitt wird dargestellt, wie die skizzierten Entwicklungen in Mosambik vor der Unabhängigkeit mit den erwähnten transnationalen Dynamiken zusammenhingen.

4 | Frühe Sozialisation und akademische Netzwerke

Es ist zunächst auffällig, dass sich der angesprochene antikoloniale Widerstand meist nur außerhalb des von Portugal beherrschten Territoriums entwickeln konnte. Dies kann vor allem mit dem hohen Repressionsgrad des faschistischen Regimes erklärt werden.¹ Besonders in Lourenço Marques, der Hauptstadt Mosambiks, sorgte die äußerst effektive Arbeit der portugiesischen Geheimpolizei (PIDE) dafür, dass sich keine offiziellen politischen Vereinigungen bilden und organisieren konnten (Isaacman/Isaacman 1983: 39ff). Dennoch gab es weiterhin kulturelle Vereinigungen und Gruppen, die häufig von späteren Eliten der Befreiungsbewegung frequentiert wurden. Dort wurden relevante Kontakte und Freundschaften geknüpft und antikoloniale Ressentiments geschürt (Mondlane 1969: 113ff). Darüber hinaus besuchten sie mit ein paar Ausnahmen fast alle das Licéu Salazar, zu jener Zeit die einzige (staatliche) weiterführende Schule des Landes, deren erster schwarzer Schüler 1951 der spätere Präsident Joaquim Chissano war. Die anderen, meist älteren seiner Kolleg_innen² im Licéu und später in der Frelimo waren entweder Brancas/-os, Mestiças/-os oder asiatischer Herkunft (Monteiro 2012: 26; Chissano 2010: 123).

Schon Anfang des 20. Jahrhunderts kann dabei im städtisch geprägten Süden der Kolonie die transnationale Diffusion eines spezifischen Deutungsrahmens für die alltäglichen Erfahrungen im kolonialen System ausgemacht werden. Zeitzeugen berichten von einem wachsenden antikolonialen und antifaschistischen Bewusstsein unter einigen Schüler_innen des Licéu (Martins 2001: 17). Dieses habe sich vor allem im heimlichen Konsum verbotener ausländischer Literatur oder Radiosendungen von „Radio Moskau“ ausgedrückt. Nicht selten wurde dies mit Verhaftungen durch die PIDE sanktioniert (Derluguian 2012: 86). Ein solches Bewusstsein konnte sich jedoch nur unter einer privilegierten Schicht von Assimilados/-

as verbreiten, welche das nötige soziale und kulturelle Kapital mitbrachten. Sie kamen aus Familien, die eine gewisse soziale Stellung erlangt hatten und Positionen in der kolonialen Administration bekleiden durften. Tatsächlich rekrutieren sich die späteren politischen Eliten der Frelimo bis heute vorwiegend aus diesem Kreis.

Bereits entsprechend sozialisiert, brachen diese Personen für ihr Studium nach Europa auf. Die europäischen Metropolen dienten dabei nicht nur für die mosambikanischen Studierenden als Rahmen für das Aufeinandertreffen mit dortigen Intellektuellen und Aktivist_innen. In diesem akademisch-aktivistischen Kontext wurden die (theoretischen) Grundlagen für den späteren Befreiungskampf gelegt (Derluguian 2012: 88). Mit Beginn der 1950er Jahre waren afrikanische Studierende in Portugal bereits in politischen und teils klandestinen Gruppen wie der „Bewegung für demokratische Einheit“ (MUD), der kommunistischen Partei Portugals (PCP) und der „antikolonialen Bewegung“ (MAC) aktiv (Martins 2001: 25ff; Mateus 1999: 65). Die Aktivitäten in einem solchen Umfeld führten zu einer Verbindung antikolonialer und antifaschistischer Dissidenz und schufen somit ein Gefühl des gemeinsamen Kampfes gegen das imperiale Regime in Lissabon (Monteiro 2012: 74; MacQueen 1997: 19). Politische Sozialisation und Überzeugung durch direkte Einflussnahme hatten also den Wandel bestimmter Denk- und Handlungsweisen und später die Umsetzung bestimmter Strategien und Taktiken zur Folge.

Im Umfeld des Casa dos Estudantes do Império (CEI, Haus der Studenten des Imperiums) und anderer kultureller oder akademischer Einrichtungen (vor allem in Lissabon, vereinzelt auch in Coimbra und Porto) bildete sich eine Elite von afrikanischen Intellektuellen, die sich immer vehementer für die nationale Unabhängigkeit der kolonialen Territorien einsetzte. Gedichte, persönliche Aufzeichnungen und Interviews zeigen, dass sie sich dabei mit den Afroamerikaner_innen in den USA und den in

Paris entstandenen Ideen der Negritude auseinandersetzen und im Zuge dessen eine „schwarze“, pan-afrikanische Identität entwickelten (Mateus 1999: 100ff). „Die Casa war eine große Schule des afrikanischen Nationalismus [...]. In der Casa lernten wir, die Studenten aus den diversen Kolonien, uns gegenseitig und die geteilten Erfahrungen kolonialer Herrschaft und Ausbeutung kennen.“ (Martins 2001: 54, Übersetzung des Autors)

5 | Weitere Transnationalisierung durch Bewegungsentrepreneure

Entscheidend für die Etablierung eines transnationalen Netzwerks über Portugal hinaus waren zentrale Persönlichkeiten wie Eduardo Mondlane (1920-1969). Er wurde in Mosambik geboren, wuchs bei presbyterianischen Missionaren aus der Schweiz auf und studierte anschließend Soziologie und Anthropologie in Südafrika. Nach nur einem Jahr wurde er 1949 in Folge der Verschärfung der Apartheid aus Südafrika vertrieben und schrieb sich zunächst in Lissabon ein. Dort lernte er die zukünftigen antikolonialen Führer Amílcar Cabral (Guinea-Bissau) und Agostinho Neto (Angola) kennen. Nach nur anderthalb Jahren setzte er seine Studien in den USA fort. Nach seiner Promotion übernahm er die Position als Forschungsdirektor im Treuhandrat der UN. Er nutzte seine zahlreichen Geschäftsreisen, die ihn unter anderem 1961 zurück nach Mosambik brachten, zur Etablierung und Erweiterung seines Netzwerks. Aufgrund seines politischen Aktivismus musste er seinen Posten jedoch bald wieder aufgeben. Er wurde erster Präsident der Frelimo und widmete sein Leben ab 1963 vollständig dem bewaffneten Widerstand. 1969 starb er in Daressalam durch eine Paketbombe, deren Absender bis heute nicht endgültig geklärt ist (Cossa 2012; Jesus 2010).

Mondlanes Werdegang zeigt beispielhaft, wie Bewegungsentrepreneure dazu beitragen, über ein vermitteltes Gefühl der Gleichzeitigkeit und das Teilen paralleler individueller Erfahrungen eine transnationale Identität als an-

tikoloniale Aktivist_innen zu etablieren. Ihre kosmopolitische Lebensweise ermöglichte es ihnen, als direkte Vermittler_innen von Ideen zwischen zuvor unverbundenen Knotenpunkten innerhalb eines sich formierenden Netzwerks zu wirken. Andere solcher Persönlichkeiten waren z.B. der Führer und intellektuelle Kopf des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau, Amílcar Cabral, der aus Goa stammende Journalist und Sozialwissenschaftler Aquino de Bragança, und Marcelino dos Santos, eine der zentralen Figuren des mosambikanischen Befreiungskampfes und während seines Studiums in Paris eng vernetzt mit (frankophonen) antikolonialen Aktivist_innen.

Diese sich entwickelnde transnationale Gemeinschaft bestand sowohl aus afrikanischen Aktivist_innen, die direkt vom Kolonialismus betroffen waren, als auch solchen aus anderen Kontexten, die z. B. im faschistischen portugiesischen Regime oder dem weltweiten Imperialismus einen gemeinsamen Feind identifizieren konnten. Die Sozialisation solcher Kosmopoliten des Antikolonialismus in transnationalen Netzwerken übte einen entscheidenden Einfluss auf Formation, Ausrichtung und Erfolg der Frelimo aus.

6 | Institutionalisierung der Netzwerke

Wie bereits angedeutet, kamen im Laufe der Zeit auch Kontakte zu antikolonialen Führungspersönlichkeiten anderer Länder zustande, die kürzlich ihre Unabhängigkeit erlangt hatten oder kurz davor standen. Zugleich waren sie mit westeuropäischen und nordamerikanischen Bürgerrechts- und Solidaritätsbewegungen, kirchlichen Organisationen und sozialdemokratischen Regierungen vernetzt (Reno 2011: 5ff).

Diese vielfältige transnationale Vernetzung lässt sich exemplarisch anhand der Flucht aus Portugal zeigen: Im Zuge der Militarisierung der Konflikte in den Kolonien (vor allem in Goa und Angola) nahm die Repression und Verfolgung der afrikanischen Aktivist_innen auch in Portugal zu. Im Juni 1961 kam es deshalb mit Hilfe der CIA und protestantischer

Hilfsorganisationen zur Flucht von mehr als 70 afrikanischen Studierenden, unter ihnen auch Teile der späteren Führungselite der Frelimo. Unter anderem dank der guten Kontakte Mondlanes gelang es ihnen, über Frankreich nach Marokko zu fliehen. Im gleichen Jahr gab es auch noch weitere erfolgreiche Fluchtversuche, die jedoch von der PCP und wohl mit sowjetischer Unterstützung durchgeführt wurden (Mateus 1999: 109ff; Martins 2001: 83ff; Mondlane 1969: 115).

Das unabhängige Marokko stellte zu dieser Zeit für einige Jahre den wichtigsten Anziehungspunkt für afrikanische Revolutionär_innen dar. Somit zog es auch Anfang der 1960er Jahre viele der aus Portugal geflohenen Studierenden dorthin. Sie erhielten Unterstützung durch die marokkanische Regierung und trafen auf eine Vielzahl von Gleichgesinnten aus der ganzen Welt (Mateus 1999: 109ff). Mit der Schaffung der „Konferenz der nationalistischen Organisationen der portugiesischen Kolonien“ (CONCP) in Rabat im April 1961 wurde Marokko zum Zentrum des Widerstands gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Die CONCP war von diesem Moment an auf allen internationalen Foren und Konferenzen vertreten und koordinierte den gemeinsamen Befreiungskampf (Martins 2001: 130ff; Mondlane 1969: 212ff; Jesus 2006). Durch diese Präsenz sicherten sich die in der CONCP organisierten Bewegungen internationale Anerkennung: zunächst als legitime Vertreterinnen des Unabhängigkeitskampfes, später als Regierungen der unabhängigen Staaten. Auffällig ist, dass es sich bei den Vertreter_innen in der CONCP, ganz gleich aus welcher Kolonie stammend, ausschließlich um ehemalige Studierende aus den oben beschriebenen Zusammenhängen handelte. Die Sozialisation einzelner Akteure in einem transnationalen Netzwerk verfestigte sich also in institutionalisierter Form und reproduzierte eine gemeinsame, transnationale Identität.

Nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 unter Ben Bella verschob sich das Zentrum der antikolonialen Bewegungen dorthin. Bella setzte sich nicht nur erfolgreich in der OAU

für die finanzielle und militärische Unterstützung der im CONCP organisierten Bewegungen ein, sondern schuf auch ein militärisches Ausbildungslager, in dem viele der ersten Frelimo-Kämpfer_innen ausgebildet wurden (Mateus 1999: 116ff; Martins 2001: 160ff; Garcia et al. 2003: 152ff). Hier zeigen sich Mechanismen transnationaler Diffusion: Auf materieller Ebene ermöglichten die transnationalen Verbindungen zunächst die Versorgung mit Gütern wie Geld und Waffen, die einerseits für eine erhöhte Legitimität an der Basis sorgten, andererseits aber auch als Mittel zur Unterdrückung interner Kritik eingesetzt wurden. Gleichzeitig führten die in den Netzwerken gesammelten Erfahrungen über die Ausbildungslager zu einer Nachahmung des aus anderen Kontexten bekannten strategischen Handelns.

Diese Erfahrungen konnten sowohl in Form von Literatur zu Taktiken des Guerillakampfes als auch über die direkte Überzeugung seitens Anderer vermittelt werden und zum Wandel der Ziele, Strategien oder Taktiken führen. Die Frelimo adaptierte in erster Linie maoistische Ideen, die neben Mao-Lektüre vor allem durch chinesisches Personal in den militärischen Ausbildungscamps in Algerien und Tansania direkt vermittelt wurden (Mondlane 1969: 128f.). Auch diese Mechanismen transnationaler Diffusion konnten ihre Wirkung aber erst über die agency transnational sozialisierter Akteure entfalten.

7 | Lokale Implikationen

Am 25. Juni 1962 gründete sich die Frelimo in Daressalam (Tanganjika, heutiges Tansania). Es handelte sich um einen Zusammenschluss von drei kleineren Vorgängerorganisationen, deren Zusammensetzung größtenteils mit der regionalen Arbeitsmigration in die jeweils nächstgelegenen Nachbarländer korrespondierte. Ihre politischen Führer waren meist protestantische Geistliche oder traditionelle Stammeshauptlinge aus den Ursprungsregionen der Migrant_innen (Cahen 2012: 23). Auf den ersten Blick und im bis heute vorherrschenden

offiziellen Diskurs erscheint die Gründung der Frelimo als ein freiwilliger Zusammenschluss dieser Gruppen zur effektiveren Bekämpfung des portugiesischen Kolonialregimes. Tatsächlich handelte es sich aber um eine von außen forcierte und als einvernehmliche Vereinigung getarnte Machtübernahme. Mit Unterstützung der Präsidenten Ghanas (Nkrumah) und Tanganjikas (Nyerere) wurden Mondlane und andere Assimilados aus dem Süden in Führungsrollen der neu gegründeten Bewegung installiert. Dennoch waren die lokalen Führer nicht vollständig bereit, ihre prominente Stellung ohne Widerstand aufzugeben. Die daraus resultierenden Spannungen führten schließlich zu teils gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der Frelimo (Derluigan 2012: 84).

Der entbrannte Konflikt entzündete sich in erster Linie an Fragen der nationalen Identität, rassistischen Diskursen gegenüber „weißen“ Mosambikaner_innen und „Ausländer_innen“ und der leitenden politischen Ideologie. Letztendlich konnten sich die Kräfte um die Gruppe der kosmopolitischen Intellektuellen mit Hilfe ihrer internationalen Verbündeten durchsetzen. Unabhängig davon, ob es aus politischer Überzeugung oder strategischem Kalkül geschah, ist hier deutlich zu erkennen, wie sich die nationale Bewegung in fast allen Belangen an zentralen Diskursen des oben beschriebenen transnationalen Netzwerks orientierte – und diese wenn nötig mit Gewalt gegen innere Widerstände durchsetzte. Im Gegenzug garantierte dieses Netzwerk die Versorgung mit Gütern, Geld und Waffen und sicherte so Machtpositionen innerhalb der Bewegung ab.

8 | Schlussfolgerungen

Der Konstitutionsprozess der Frelimo zeigt deutlich die Bedeutung transnationaler Beziehungen für den nationalen Widerstand. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten griffen verschiedene Mechanismen transnationaler Diffusion. Die weitverzweigten Beziehungen in einem transnationalen Netzwerk hatten nicht nur

entscheidenden Einfluss auf die Formierung der Führungseliten, sondern ebenso auf die ideologische Ausrichtung und die politische und militärische Strategie.

Aus dem beschriebenen Prozess erklärt sich somit die Dominanz der im Vergleich kleinen Gruppe von Assimilados aus dem Süden Mosambiks. Als transnational vernetzte und sozialisierte Bewegungsentrepreneure formten sie Ziele und Strategien der Bewegung so, dass sie den Vorstellungen internationaler Akteure entsprachen. Sie waren Produkte einer spezifischen, transnational vermittelten sozialen Formation. Die im Gegenzug erhaltene internationale Anerkennung und materielle Unterstützung trugen einerseits zum erfolgreichen Widerstandskampf bei, andererseits verfestigten sie die lokalen Machtverhältnisse zu Gunsten eines nationalistisch und sozialistisch geprägten Diskurses und zu Ungunsten der traditionellen Eliten. Hier wird eine „Extraversion des Protests“ (Pommerolle 2010) deutlich: Die Transnationalisierung der Bewegung hatte sowohl emanzipatorische als auch paternalistische Effekte.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass transnationale Netzwerke und Identitäten entscheidende Konsequenzen für die Konstitution und Entwicklung der Frelimo hatten. Wie sich diese letztlich im Einzelnen auf den (gewaltsamen) Widerstand auswirkten und ob die in diesem Artikel vorgestellten Erkenntnisse verallgemeinerbar sind, muss an anderer Stelle geklärt werden. Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass die „Transnationalität“ heutiger sozialer Bewegungen gar nicht so neu ist wie gedacht, sondern durchaus historische Vorläufer hat. Diese wussten ihre Transnationalität deutlich erfolgreicher zu nutzen, zeigen aber auch die große Gefahr der Extraversion durch die Transnationalisierung von Protest und Widerstand.

Daniel Kaiser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Mitglied im Verein für Protest- und Bewegungsforschung. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Phänomenen der Trans-

nationalisierung (gewaltsamen) Widerstands in und zwischen portugiesischsprachigen Ländern. Kontakt: daniel.kaiser@soz.uni-frankfurt.de

Anmerkungen

- ¹ Trotz der Repression entwickelten sich Anfang der 1920er Jahre, beeinflusst von panafrikanischen Ideen und ermöglicht durch den Liberalismus der ersten Republik in Portugal (1910-1926), vereinzelte Gesellschaften in Lissabon und Lourenço Marques (Maputo), welche die strukturelle Unterdrückung im Kolonialismus zu kritisieren begannen. Die Etablierung des faschistischen Estado Novo (1926) durch António Salazar bereite te dieser aufkeimenden Kritik jedoch ein jähes Ende (Isaacman/Isaacman 1983: 73ff; Mondlane 1969: 104ff).
- ² Bis auf sehr vereinzelte (portugiesisch stämmige) Ausnahmen handelte es sich hierbei ausschließlich um Männer.

Literatur

- Bob, Clifford* 2005: The Marketing of Rebellion. Insurgents, Media, and International Activism. Cambridge: Cambridge UP.
- Caben, Michel* 2012: Anticolonialism & Nationalism. Deconstructing Synonymy, Investigating Historical Processes. In: Morier-Genoud, Éric (Hg.): Sure road? Nationalisms in Angola, Guinea-Bissau and Mozambique. Leiden: Brill, 1-30.
- Checkel, Jeffrey T. 2013: Transnational Dynamics of Civil War. In: Checkel, Jeffrey T. (Hg.): Transnational Dynamics of Civil War. Cambridge: Cambridge UP, 3-30.
- Chissano, Joaquim A. 2010: Vidas, lugares e tempos. Alfragide: Texto.
- Cossa, José 2012: Reviving the Memory of Eduardo Mondlane in Syracuse. Links between Syracuse and a Mozambican Liberation Leader. In: Syracuse Peace Council Newsletter, Heft 819, 11-13.
- Derluigan, Georgi 2012: The Social Origins of Good and Bad Governance. Re-inter-

preting the 1968 Schism in Frelimo. In: Morier-Genoud, Éric (Hg.): *Sure road? Nationalisms in Angola, Guinea-Bissau and Mozambique*. Leiden: Brill, 79–102.

Garcia, Francisco P./Moreira, Adriano/Monteiro, Amaro 2003: *Análise global de uma guerra. Moçambique, 1964-1974*. Lisboa: Prefácio.

Isaacman, Allen F./Isaacman, Barbara 1983: *Mozambique. From Colonialism to Revolution, 1900-1982*. Boulder, CO: Westview.

Jesus, José M. D. d. 2006: *Casablanca, o início do isolamento: Memórias diplomáticas. Marrocos 1961-1963*. Lisboa: Gradiva.

MacQueen, Norrie 1997: *The Decolonization of Portuguese Africa. Metropolitan Revolution and the Dissolution of Empire*. London: Longman.

Martins, Helder 2001: *Porquê Sakrani? Memórias dum médico numa guerrilha esquecida*. Maputo: Editorial Terceiro Milénio.

Mateus, Dalila C. 1999: *A luta pela independência. A formação das elites fundadoras da FRELIMO, MPLA e PAIGC*. Mem Martins, Portugal: Editorial Inquérito.

Mondlane, Eduardo 1969: *The Struggle for Mozambique*. Baltimore, Md.: Penguin.

Monteiro, Oscar 2012: *De todos se faz um país*. Maputo: Associação dos Escritores Moçambicanos.

Newitt, Malyn 1995: *A History of Mozambique*. London: Hurst & Co.

Pommerolle, Marie-Emmanuelle 2010: *The Extraversion of Protest. Conditions, History and Use of the International in Africa*. In: *Review of African political economy*, Jg. 37, Heft 125, 263–279.

Prashad, Vijay 2008: *The Darker Nations. A People's History of the Third World*. New York: New Press.

Reno, William (Hg.) 2011: *Warfare in Independent Africa*. Cambridge: Cambridge UP.

Der Streit um Deutungen: Kenias Frauenbewegung im Kontext sich pluralisierender transnationaler Normen

Antje Daniel

1 | Einleitung

Transnationale Normen bilden für zahlreiche kenianische Aktivist_innen einen Deutungsrahmen für die Interpretation von geschlechtsspezifischen Problemen, sind handlungsanleitend für ihre Aktivitäten oder werden strategisch genutzt um Forderungen der Aktivist_innen zu legitimieren. Somit spielen transnationale Bezüge eine wesentliche Rolle für das Handeln der Aktivistinnen der Frauenbewegung. Im Allgemeinen hat die Transnationalisierung der Frauenbewegungen, seitdem die Vereinten Nationen (UN) 1975 die Frauenrechtsdekade ausriefen, an Bedeutung gewonnen, ebenso wie

die UN-Weltfrauenkonferenzen als transnationales Forum und die *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women* (CEDAW) als Frauenrechtskonvention. Einige Autorinnen interpretierten Transnationalisierung als Prozess globaler Vergemeinschaftung, welche ihren Ausdruck in einer „globalen Schwesternschaft“ fände (Berkovitch 1999: 123f; Wichterich 2000). Eine globale Schwesternschaft oder eine universelle Gültigkeit der Frauenrechtsnormen wurde jedoch rasch bezweifelt (Sikkink 2002: 304ff). Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen veranschaulichten, dass transnationale Normen nicht automatisch Gültigkeit in lokalen Kon-

texten entfalten (Zwingel 2012): Vielmehr werden transnationale Normen von lokalen Aktivistinnen angeeignet, umgedeutet oder abgelehnt. Zugleich sind neue Räume jenseits der UN entstanden, in denen transnational zirkulierende Normen verhandelt werden. Insbesondere das Weltsozialforum (WSF) hat als Raum für feministische Globalisierungskritik an Bedeutung gewonnen (Alvarez et al. 2004; Wichterich 2007). Vor dem Hintergrund sich pluralisierender transnationaler Normen veranschauliche ich in diesem Artikel, wie sich Aktivistinnen der kenianischen Frauenbewegung auf transnational zirkulierende Normen der UN und des Weltsozialforums beziehen. Dabei zeige ich einerseits die ideologische Bedeutung der Normen für die Aktivitäten der Frauenbewegung, andererseits ihre strategische Bedeutung für die Gewinnung finanzieller Ressourcen. Der Bezug zu transnationalen Normen geht zugleich mit Konflikten zwischen den Aktivistinnen einher, welcher sich als Streit um Deutungen und Zugang zu gesellschaftlichen Positionen manifestiert.

Das zugrunde liegende empirische Material basiert auf leidfadengestützten Interviews, informellen Gesprächen und teilnehmender Beobachtung mit kenianischen Aktivistinnen, Gebern der Entwicklungszusammenarbeit und weiteren Expert_innen aus Wissenschaft und Politik, das ich von März bis Juni 2009 sowie August bis September 2011 in Kenia erhoben habe. Vor diesem Hintergrund beschreibe ich im Folgenden zuerst die Pluralisierung transnationaler Normen, bevor ich die Frauenbewegung in Kenia charakterisiere und ihre Akteurinnen im Binnengefüge (Frauenrechts-NROs und -gruppen) darstelle. Schließlich zeige ich, wie sich Frauenrechts-NROs auf die Frauenrechtskonvention CEDAW beziehen und welche Dynamiken damit verbunden sind. Anschließend analysiere ich die Bedeutung der feministischen Globalisierungskritik für Aktivistinnen und veranschauliche, wie einige Frauengruppen sich strategisch dieser verbunden fühlen, um lokal die Legitimität der Frauenbewegung in Frage zu stellen.

2 | Pluralisierung transnationaler Normen

Die Weltfrauenkonferenzen sind seit den 1970er Jahren die bedeutendste transnationale Plattform für Frauenbewegungen. Parallel zu den Konferenzen der Regierungsvertreter_innen organisieren Aktivist_innen zivilgesellschaftliche Foren. Die erste Konferenz fand 1975 in Mexiko statt, die Folgekonferenzen 1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi und 1995 in Beijing. Letztere gilt als Meilenstein: In Beijing wurde erstmalig ein Konsens zu Frauenmensenrechten formuliert und durch ein Zusatzprotokoll die Implementation von CEDAW als *gender-mainstreaming* Prozess festgelegt (vgl. Pietilä 2007). Die Frauenrechtskonvention CEDAW ist bis heute maßgeblicher Deutungsrahmen für zahlreiche Frauenbewegungen, denn sie hat einen normativen Rahmen für die Anerkennung von Frauenrechten geschaffen (Ruppert 2005: 221). Die Frauenrechtskonvention CEDAW möchte die Grundrechte und Freiheiten der Menschen vor dem Hintergrund der Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte sichern. Zugleich verpflichtet CEDAW die UN und die ratifizierenden Staaten Maßnahmen zu ergreifen, um einen Wandel hin zur Gleichberechtigung von Mann und Frau anzustoßen (CEDAW 1979).

Auf den Post-Beijing-Konferenzen flammten Streitigkeiten auf: Frauen des globalen Südens kritisierten die Dominanz der Teilnehmer_innen aus dem globalen Norden sowie die Professionalisierung der Beteiligten. Zudem kritisieren Frauen des globalen Südens die vermeintliche universelle Gültigkeit der Frauenrechtsnorm, indem sie die dort postulierte Zielsetzung, die Gleichheit der Geschlechter zu erreichen, in Frage stellten. Frauen des globalen Südens hoben die Unterschiede zwischen den Geschlechtern hervor und zielten darauf ab, geschlechtsspezifische feminine Rollen und Praktiken aufzuwerten (Amadu 2006). Zugleich beklagten viele Kritiker_innen, dass sich CE-

DAW zu wenig mit den Auswirkungen der globalen Wirtschaft auf die Lebensrealitäten von Frauen beschäftigte, da diese vielerorts für eine Feminisierung der Armut ursächlich sei (vgl. Klingebiel/Randeria 1998). Nicht zuletzt wurde CEDAW zwar von zahlreichen Staaten ratifiziert, vielerorts aber nicht in nationales Recht umgesetzt oder CEDAW schlug sich trotz nationaler Normimplementation nicht in einer prinzipiellen Verbesserung der Lebensrealitäten von Frauen nieder (vgl. Sikkink 2002: 304ff; Wichterich 2007). Somit schien der 30jährige Versuch, über die internationale Anerkennung von Frauenrechten und die nationale Ratifizierung entsprechender Abkommen Geschlechtergleichheit zu erzielen, an seine Grenzen zu stoßen. Infolge entstand 1998 eine transnationale Frauenbewegung namens *World March of Women* (WMW), die im Widerstand zur UN agiert, die Forderungen nach Frauenrechten durch Protest äußert und damit einen alternativen Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft bot (Wichterich 2007). In Abgrenzung zur Professionalisierung der Weltfrauenkonferenzen möchte der WMW den Selbstvertretungsanspruch von sozio-ökonomisch marginalisierten Frauen stärken und Geschlechterdisparitäten im Zusammenhang mit weltwirtschaftlichen Verhältnissen betrachten (Conway 2007: 67). Dabei orientiert sich der WMW auf normativer Ebene am marxistischen Feminismus und der globalisierungskritischen Bewegung (Dackweiler 1999: 85f). Die Frauenbewegung interpretiert neoliberale Strukturen als Ausdruck einer patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft, welche sich in geschlechtsspezifischer Benachteiligung zementieren (Dackweiler 2007: 91). Sowohl der WMW als auch die globalisierungskritische Bewegung nutzten das Weltsozialforum, um ihren Forderungen Geltung zu verleihen.

Lokale Frauenbewegungen beziehen sich auf diese transnational zirkulierenden Normen: Sie lehnen diese ab, deuten sie um, nutzen sie strategisch oder erkennen sie als wesentlich für ihr Handeln an (vgl. Keck/Sicking 1998, Sicking 2005). Häufig werden transnationale

Normen von den Frauenbewegungen genutzt, um ihre Forderungen zu legitimieren und Druck auf die Regierungen zur Umsetzung der Normen auszuüben (Khagram et al. 2002: 15f). Frauen- oder Menschenrechtsorganisationen helfen, Normen Geltung zu verleihen und Widersprüche zu klären, indem sie über die Normen informieren und ihre Verbreitung fördern (Keck/Sicking 1998: 893; Finnemore/Sikkink 1998). Im Rahmen des Framing-Ansatzes, werden Deutungsprozesse transnationaler Normen und ihre Wirkung für soziale Bewegungen untersucht (vgl. Finnemore/Sikkink 1998). In Anknüpfung an diese Studien zeige ich im Folgenden welche Aktivistinnen der Frauenbewegung sich in welcher Art und Weise auf die vorgestellten Normen beziehen.

3 | Die kenianische Frauenbewegung und ihre Transnationalisierung

In Kenia lässt sich die Frauenbewegung als temporär im Handeln und dominiert von zentralistischen Entscheidungen charakterisieren. Der temporäre Charakter der Frauenbewegung wurde beispielsweise im Vorfeld des Verfassungsreferendums 2010 deutlich, als Bewegungsorganisationen Frauen mobilisierten, um der Verfassung zuzustimmen (Daniel 2011: 126). Nach dem Referendum löste sich die Frauenbewegung auf. Die Kurzlebigkeit der Frauenbewegung bezieht sich auch auf die Interaktionsdynamik im Binnengefüge der Frauenbewegung: Im Inneren der Frauenbewegung übernehmen institutionalisierte Frauen-Nichtregierungsorganisationen (Frauen-NROs) aus dem Frauenrechtsbereich die Agenda, die Strategiewahl und die Mobilisierung. Die spezifische Zusammensetzung des Bewegungskerns variiert jedoch, so dass dieser einen fluiden Charakter annimmt. Eine stetige Bewegungsorganisation ist allenfalls NRO *Federation of Kenya Women Lawyers* (FIDA), die zugleich eine zentrale, führende und fördernde Position unter den Aktivistinnen hat. Die Frauenbewegung ist in ihren Entscheidungsstrukturen hierarchisch, denn sie basiert auf Mobilisierung im Rahmen

von Projektkooperationen der Entwicklungszusammenarbeit. Hierbei erweisen sich die Bewegungsorganisationen (hier Frauen-NROs) als Projektverantwortliche, während Frauengruppen zu Projektdurchführenden und zugleich Mobilisierten werden. Frauen-NROs und -gruppen unterschieden sich aufgrund ihrer Struktur und ihrer gesellschaftlichen Basis: Frauen-NROs besitzen ein Statut, welches die Tätigkeiten, die Zweckbestimmung, die Arbeitsgliederung, die Hierarchien sowie die Rechte und Pflichten der Mitarbeiter_innen festlegt. Die Tätigkeiten der Mitarbeiter_innen sind professionalisiert und dienen in erster Linie den Zielen der NRO. Frauengruppen haben dagegen einen geringen Institutionalisierungsgrad, eine unwesentliche Arbeitsteilung und eine horizontale, wenig geregelte Entscheidungsfindungen. Strukturell ist die Mitgliedschaft von Frauengruppen limitiert und wird von persönlichen, verwandtschaftlichen und/oder ethnischen Beziehungen dominiert (Kihiu 2010: 155; Wölte 2008: 128ff). In der Regel werden die verschiedenen Funktionen von Frauen-NROs und -gruppen von den Aktivistinnen nicht als komplementär wahrgenommen, sondern als potentiell konfliktbehaftet. Die Unterschiede zwischen Frauen-NROs und -gruppen spiegeln sich nämlich auch in der sozialen Differenzierung der Aktivistinnen wider: Mittelschichtsfrauen organisieren sich in Frauen-NROs, während Frauen der Unterschicht vor allem in Frauengruppen zu finden sind (vgl. Neubert 2001: 58). Zugleich sind NROs vorwiegend im urbanen Gebieten verortet, während Frauengruppen in ländlichen Räumen und sozio-ökonomisch schwachen Stadtteilen tätig sind. Frauengruppen fühlen sich von den Frauen-NROs nur wenig vertreten, kritisieren Frauen-NROs als fernab ihrer Lebensrealitäten und stellen die Repräsentativität der Frauen-NROs sowie die Legitimität der Frauenbewegung in Frage. Dieses potentiell konfliktgeprägte Binnengefüge der Frauenbewegung hemmt die Herausbildung eines Wir-Gefühls unter den Aktivistinnen. Auch die Integration von Aktivistinnen in ethnisch-kli-

entelistische Politiknetzwerke erschwert in Kenia den Zusammenhalt der Aktivistinnen in der Frauenbewegung (vgl. Daniel 2011). Derzeit gelingt es den Bewegungsorganisationen Anhänger_innen zu mobilisieren, wenn sich die Forderungen der Frauenbewegung auf die Umsetzung der weitgehend Geschlechterparität postulierenden Verfassung beziehen (Kenyan Women 2014).

Der Fokus kenianischer Aktivistinnen liegt auf dem nationalen Engagement, während transnationale Aktivitäten in der Regel eine geringe Rolle spielen: Die kenianische Frauenbewegung handelt in transnationalen Netzwerken und Räumen nicht geschlossen; vielmehr sind einzelne Frauen-NROs in transnationale, zumeist ostafrikanische Frauenorganisationsnetzwerke integriert. Vor allem jene Frauen-NROs, welche zugleich als Bewegungsorganisationen agieren, sind häufig transnational tätig, während die überwiegende Anzahl der anderen Frauen-NROs und Frauengruppen nicht transnational aktiv sind. Letztere verfügen in der Regel nicht über die notwendigen finanziellen, personellen und medialen Ressourcen, um sich in transnationale Netzwerke zu integrieren. Trotz geringer Einbindung in Netzwerke zirkulieren transnationale Normen im kenianischen Kontext, vermittelt durch Frauen-NROs oder die Austragung von Konferenzen, wie die Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi oder des Weltsozialforums 2007. Der Bezug von Aktivistinnen zu den dort vermittelten Normen variiert: während sich die einen auf die Weltfrauenkonferenzen und die dort diskutierte Frauenrechtskonvention CEDAW beziehen, orientieren sich andere an dem Weltsozialforum und den Zielen des WMW.

4 | Frauenrechts-NROs und die Frauenrechtskonvention CEDAW

Die Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi weckte das Interesse der NROs an transnationaler Vernetzung und begünstigte die Entstehung zahlreicher Frauen-NROs wie FIDA 1985 oder des pan-afrikanischen Frauenrechtsnetzwerks *African*

Women's Development and Communication Network (FEMNET) im Jahr 1988. Die ideelle und finanzielle Unterstützung der Entwicklungshilfegeber ließ im damaligen autoritären System Aktionsräume für regierungsunabhängige Frauen-NROs entstehen. Damit bot die Weltfrauenkonferenz Frauen einen Handlungs- und Legitimitätsrahmen sich – trotz repressivem Regime – zu organisieren (Wölfe 2008: 134f). Die NROs, welche im Rahmen der Weltfrauenkonferenz entstanden, sind bis heute in transnationale Frauenorganisationsnetzwerke integriert und beteiligen sich an Aktivitäten auf internationaler Ebene. Diese Frauen-NROs übernehmen oft die Funktion der Normadvokatin, indem sie Kenntnisse über die Frauenrechtskonvention vermitteln und ihr Geltung unter den Aktivistinnen verleihen, so auch FIDA und FEMNET. Als pan-afrikanisches Netzwerk mit Sitz in Nairobi fördert FEMNET die Beteiligung von Aktivistinnen an internationalen Konferenzen. National ist FEMENT keine Bewegungsorganisation, agiert allerdings als ihr ideeller und finanzieller Förderer. Auch FIDA tritt für die Umsetzung der Frauenrechtskonvention CEDAW ein und übernimmt zugleich eine Führungsfunktion in der Frauenbewegung. Damit ergibt sich eine Schnittmenge zwischen Frauen-

NRO, welche in der Frauenbewegung aktiv, zugleich transnational tätig sind und damit Normgebungsprozesse mit prägen, während das breite Feld an Frauen-NRO und -gruppen als Mobilisierte und Adressatinnen der Frauenrechtsnormen auftreten.

Kenia unterzeichnete die Frauenrechtskonvention 1984 und hat sich damit verpflichtet, der UN *Commission on the Status of Women* regelmäßig über die Umsetzung der Frauenrechtskonvention zu berichten. Damit existiert ein stetiger Austauschprozess zwischen der UN als normgebender Institution, den normratifizierenden Staaten und lokalen Aktivistinnen der Frauenbewegung. Aktivistinnen unterstützen die Regierung nicht nur durch ihre Expertise bei der Berichterstattung gegenüber der UN, sondern verfassen darüber hinaus, unter der Leitung von FIDA, einen regierungsunabhängigen Schattenbericht. Für FIDA selbst ist CEDAW handlungsleitender Referenzrahmen, der zugleich ihre Forderungen gegenüber dem Staat legitimiert. FIDA referiert die Frauenrechtskonvention, um geschlechtsspezifische Probleme zu bewerten und zu beurteilen, um gegenüber dem Staat geschlechtsspezifische Forderungen zu rechtfertigen und staatliche Rechenschaftspflicht einzufordern. Die Frau-



enrechtskonvention ist auch für die Interaktion mit den Gebern der Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung: Frauen-NRO, welche nahezu hundertprozentig von einer Geberfinanzierung abhängig sind, folgen häufig deren thematischen Ausschreibungen und Vorgaben für die Projektfinanzierung. Diese wiederum beziehen sich auf die CEDAW und stärken damit die Bedeutung der Frauenrechtsnormen. Teilweise wird die Referenz der Frauenrechtskonvention zur Kondition für Aktivistinnen um Zugang zu Geldern der Geber zu erhalten. Für kenianische Frauen-NROs ist der Bezug zu CEDAW in doppelter Weise attraktiv: Er verleiht Frauen-NROs gegenüber dem Staat Legitimität und verspricht Zugang zu finanziellen Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit. Des Weiteren tragen Normadvokatinnen wie FEMNET oder FIDA in ihren Projekten dazu bei, Kenntnisse über die Frauenrechtskonvention zu vermitteln und ihre Anerkennung zu stärken. Dabei sind die Frauenrechtsnormen von CEDAW unter den Aktivistinnen selbst umstritten. Das mit der Norm verbundene liberal-feministische Gleichheitspostulat wird von einigen Aktivistinnen abgelehnt. Aktivistinnen sprechen sich gegen den im lokalen Kontext negativ konnotierten Begriff von Feminismus aus, den sie als Bedrohung der bestehenden sozialen und familiären Strukturen ansehen. Gleichzeitig wird Feminismus als „taking over men’s role“ und „feminism as an attack on culture“ aufgefasst (Interview Programm Koordinatorin, Daughters of Mumi Global Resource Centre, Nairobi, 5.9.2011). Damit die Frauenrechtsnorm gesellschaftlich anschlussfähig wird, beziehen sich Normadvokatinnen auf die Beijing-Konferenz. Dort wurde durch die Berufung auf geteilte Gewalterfahrungen erstmalig eine globale Solidarität unter Frauen zumindest diskursiv hergestellt. Gewalt gegen Frauen wurde zu einem Deutungsrahmen, der es ermöglichte, jenseits aller Asymmetrien und Unterschiede eine Zustimmung von Frauen zu den Dokumenten der Beijing-Konferenz zu erhalten (Keck/Sikkink 1998: 196). Kenianische Normadvokatinnen

handeln in ähnlicher Weise strategisch, indem sie sich auf lokal unumstrittene Deutungen geschlechtsspezifischer Probleme beziehen. Es wird beispielsweise über Gewalterfahrungen, Unrechtserfahrungen in der Ehe oder durch die Integration von Männern in die Debatten eine Brücke zur Frauenrechtsnormen geschlagen (Wölte 2008: 217ff); zugleich vermeiden Aktivistinnen der Frauenrechts-NROs den Begriff des Feminismus. Über diese Vorgehensweise erfährt die Frauenrechtsnorm über den Kreis der Frauenrechts-NROs hinaus Bedeutung, obwohl die liberale Gleichheitsauffassung nicht per se von kenianischen Frauen geteilt wird. Auch die Divergenzen zwischen Frauen-NROs und -gruppen erschweren die Vermittlung der Frauenrechtsnorm: Viele Frauengruppen bestehen aus Frauen sozio-ökonomisch benachteiligten Schichten und lehnen den Vertretungsanspruch der NRO-Mittelschichtsfrauen ab. Die Skepsis gegenüber den Norminhalten nutzen Frauengruppen daher als Strategie, um den Repräsentationsanspruch vieler Frauenrechts-NRO in Frage zu stellen. Einige Frauengruppen suchen den Anschluss an die feministische Globalisierungskritik, denn sie hoffen, über diese an Öffentlichkeit zu gewinnen und die Dominanz der CEDAW-orientierten Frauen-NROs in Frage zu stellen.

5 | Frauengruppen und die feministische Globalisierungskritik

Das WSF 2007 fand in Nairobi statt mit dem Ziel die globalisierungskritische Bewegung in Afrika zu verankern und auf die Probleme der Region aufmerksam zu machen (EAOC 2007: 6). An dem WSF nahmen etwa 57.000 Menschen teil, davon waren 59% aus Afrika (von diesem wiederum 69% aus Kenia), 7% aus Staaten des globalen Südens und 18,4% aus dem globalen Norden (EAOC 2007: 36f). Insgesamt waren 15 kenianische Frauen-NROs und -gruppen für das WSF registriert (WSF 2007), wobei eine höhere individuelle Teilnahme von Aktivistinnen wahrscheinlich ist. Das WSF in Nairobi bot Aktivistinnen der Frauenbewegung Anschluss

an die feministische Globalisierungskritik der Frauenbewegung WMW. Als übergreifender Deutungsrahmen wählten der WMW die geteilte Marginalisierungserfahrung und die Ausbeutung von Frauen des globalen Südens durch die kapitalistische Weltwirtschaft. Mit dem Verweis auf den Selbstvertretungsanspruch von marginalisierten Frauen und die Anerkennung ihrer Lebensrealitäten sind die Forderungen des WMW an jene der kenianischen Frauenbewegung anschlussfähig. Hingegen bezogen sich kenianische Aktivistinnen während und nach der Austragung des WSF 2007 kaum auf die Positionen des WMW. Marginalisierung als Deutungsrahmen erzeugte nicht die erwartete Solidarität unter den Beteiligten. Damit solidarisierten sich die beteiligten Aktivistinnen der Frauen-NROs und -gruppen nicht aufgrund einer geteilten Betroffenheit durch globale ökonomische Prozesse, sondern lehnten diese Perspektive ab. Aktivistinnen interpretierten makro-ökonomische Reformen als fern ab lokaler Lebensrealitäten. So erklärt eine kenianische Gender-Expertin: „Macro-economic discussions do not have roots here (...). Macro-economic discussion presumes a certain mind set, that you have a certain understanding of economics and you have an understanding of economics and you have an understanding of social epistemology (...) You will not find many organizations who deal with that (economics). (Interview Programm Direktorin, Heinrich-Böll-Stiftung, Nairobi, 6.4.2009). Statt einer Solidarität auf der Grundlage einer geteilten Marginalisierung, so veranschaulichen Marie Pommerolle und Johanna Siméant (2010: 87f), entstanden unter den Teilnehmer_innen neue Deutungen, welche die ausschließliche Marginalisierung Afrikas hervorhoben und Gegensätze zu anderen Weltregionen aufbauten: „‘Us‘ was used to represent Africa and You ‘The North‘. (...) To point out this cleavage is a way to prevent northern activists from dominating struggles for the South“ (ebd.). Im Sinne dieser gegensätzlichen Rhetorik wird der WMW als „nördlich“ wahrgenommen und tendenziell abgelehnt. Diese Tendenz wird verstärkt durch den marxistischen Feminismus des WMW, welcher lokal nicht anschlussfähig ist

aufgrund der negativen Konnotation des Begriffs. Es fehlte auch an kenianischen Aktivistinnen, welche eine Anknüpfung an die feministische Globalisierungskritik hätten vermitteln können. Dennoch gelang es dem WMW, kenianische Frauen für die Bildung einer nationalen Sektion des WMW Kenya zu begeistern: Während die feministische Position des WMW von der Sektion in Kenia nicht geteilt wird, ist für die Aktivistinnen des WMW Kenya der Selbstvertretungsanspruch von Frauen aus sozio-ökonomisch fragilen Lebensrealitäten grundlegend. Mit der Integration in den WMW boten sich für die Mitglieder des WMW Kenya neue Räume für Aufmerksamkeit und Anerkennung: Während in der medialen Öffentlichkeit FIDA und wenige andere Frauen-NROs dominieren, nutzte der WMW Kenya die Aktionen der internationalen Frauenbewegung um Sichtbarkeit, Zuspruch und Legitimität zu gewinnen. So beteiligte sich der WMW Kenya an der global ausgerichteten Kampagne des WMW International Action 2010. In Anschluss erhielt die lokal vergleichsweise wenig sichtbaren Protestaktivitäten des WMS Kenya eine relativ breite Berichterstattung durch die internationale Frauenbewegung (vgl. MMM 2010). Der WMW Kenya nutzt die Verbindung zur transnationalen Frauenbewegung auch, um die Dominanz der Frauen-NROs und damit die Legitimität der Frauenbewegung als Massenbewegung in Frage zu stellen.

6 | Fazit

Transnationale Normen bieten kenianischen Aktivistinnen unterschiedliche Anknüpfungspunkte und werden von diesen normativ referiert und/oder strategisch genutzt. Die Bedeutung der Frauenrechtskonvention für kenianische Aktivistinnen wird zudem durch die Deutungshoheit der UN und durch die Geber-Konditionalisierungen beeinflusst und ereignet sich damit nicht in einem machtfreien Raum. Vor diesem Hintergrund sind auch die Dynamiken unter den Aktivistinnen der Frauenbewegung zu sehen: Die Referenz kenianischer Aktivistinnen auf unterschiedliche Normen ist auch

als ein Streit um Deutungshoheiten in der Öffentlichkeit zu verstehen. Der WMW Kenya als Frauengruppe bezieht sich auf den Selbstvertretungsanspruch von sozio-ökonomisch marginalisierten Frauen und solidarisiert sich mit der gleichnamigen internationalen Frauenbewegung. Frauenrechts-NROs als Normadvokatinnen und *donor darlings* loten ihre Räume zwischen Anerkennung der Frauenrechtsnorm und lokaler Anschlussfähigkeit aus und stoßen dabei auf die Skepsis der Frauengruppen. Diese Divergenzen stehen in Zusammenhang mit der Herausbildung kollektiver Identitäten in der Frauenbewegung: Die Frauenbewegung ist durch Konfliktstrukturen zwischen Frauen-NROs und -gruppen geprägt, welche sich entlang der sozialen Differenzierung der Frauen vertiefen. Gegen die vermeintliche Dominanz der Frauen-NROs und ihre Präsenz in der Öffentlichkeit wehren sich manche Frauengruppen, indem sie den Repräsentationsanspruch der Frauen-NROs ablehnen. Transnationale Normen, so scheint es, werden hier strategisch genutzt, um gesellschaftliche Konflikte auszutragen und gesellschaftliche Räume zu besetzen.

Antje Daniel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Entwicklungssoziologie, Universität Bayreuth und promoviert an der Bayreuth International Graduate School of African Studies. Kontakt: antje.daniel@uni-bayreuth.de

Literatur

Alvarez, Sonia/Faria, Nalu/Nobre, Miriam 2004: Eine andere (auch feministische Welt ist möglich). In: Anand, Anita/Escobar, Arturo/Sen, Jai/Waterman, Peter (Hg.): Eine andere Welt. Das Weltsozialforum. Berlin: Karl Dietz Verlag, 268-275.

Berkovitch, Nitza 1999: The Emergence and Transformation of the International Women's Movement. Constructing World Culture. In: Boli, John/Thomas, Georg (Hg.):

Constructing World Culture. Stanford: Stanford UP, 100-127.

Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) 1979: Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18.12.1979. Resolution 34/180 der Generalversammlung der UNO. In Kraft getreten am 03.09.1981.

Conway, Janet 2007: Transnational Feminism and the World Social Forum. Encounters and Transformations in Anti-Globalization Spaces. In: Journal of International Women's Studies. Jg. 8, Heft 3, 49-70.

Dackweiler, Regina 2007: Frauenweltmarsch gegen Armut und Gewalt. In: Peripherie Jg. 105, Heft 106, 81-97.

Daniel, Antje 2011: Frauenorganisationen in der Post-Konflikt-Situation in Kenia. In: Engels, Bettina/Gayer, Corinna (Hg.). Geschlechterverhältnisse, Frieden und Konflikt. Baden-Baden: Nomos, 113-134.

East African Organizing Committee of the World Social Forum (EAOC) 2007: Narrative Report. People's Struggles, People's Alternatives. Nairobi: Organization Committee of WSF.

Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change. In: International Organization Jg. 52, Heft 4, 887-917.

Ferree, Myra Marx/Mueller Carol 2010: Feminism and the Women's Movement: A Global Perspective. In: Snow, David/Soule, Sarah/Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Blackwell, 576-607.

Khagram, Sanjeev/Riker, James/Sikkink, Kathryn 2002: From Santiago to Seattle. Transnational Advocacy Groups Restructuring World Politics. In: Dies. (Hg.): Restructuring World Politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms. Minneapolis, University of Minnesota Press, 3-24.

Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn 1998: *Activists Beyond Borders*. Ithaca, London: Cornell UP.

Kenyan Women 2014: Kenyan Women Advocating for the Rights of Women. Heft 45. African Women and Child Feature Service (AWC).

Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini 1998: Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz Verlag.

Kibiu, Faith 2010: Women as Agents of Democratisation. The Role of Women's Organisations in Kenya (1990-2007). Münster: Lit.

Marcha Mundial das Mulheres (MMM) 2010: 3a Ação Internacional. São Paulo: Marcha Mundial das Mulheres.

Neubert, Dieter 2001: Die Globalisierung eines Organisationsmodells. Nicht-Regierungsorganisationen in Afrika. In: Bauer, Ulrich/Egbert, Henrik/Jäger, Frauke (Hg.): Interkulturelle Beziehungen und Kulturwandel in Afrika. Beiträge zur Globalisierungsdebatte. Frankfurt am Main: Lang, 51-69.

Pietilä, Hilikka 2007: The Unfinished Story of Women and the United Nations. New York: UN-NGLS.

Pommerolle, Marie-Emmanuelle/Siméant, Johanna 2010: African Voices and Activists at the WSF in Nairobi: the Uncertain Ways of Transnational African Activism. In: American Sociological Association Jg. 16, Heft 1, 82-93.

Ruppert, Uta 2005: Die bessere Hälfte transnationaler Zivilgesellschaft? Frauen-NGOs und die Politik der Frauenmensenrechte. In: Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Wiesbaden: VS, 214-242.

Sikkink, Kathryn 2002: Restructuring World Politics and asymmetries of soft power. In: Khagram, Sanjeev/Riker, James/Sikkink, Kathryn (Hg.): Restructuring world politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms. Minneapolis: University of Minnesota Press, 301-319.

Sikkink, Kathryn 2005: Patterns of Dynamic Multilevel Governance and the Insider-Outsider Coalition. In: Della Porta, Donatella/Tarrow, Sidney (Hg.): Transnational Protest and Global Activism. Lanham: Rowman & Littlefield, 151-175.

Wichterich, Christa 2000: Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen. In: Lenz, Ilse/Mae, Michiko/Klose, Karin (Hg.): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen: Budrich, 257-281.

Wichterich, Christa 2007: Transnationale Frauenbewegung und Global Governance. <http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/wichterich/wichterich.pdf>. [07.03.14]

Wölte, Sonja 2008: International – national – lokal. *FrauenMenschenrechte* und Frauenbewegung in Kenia. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer.

World Social Forum (WSF) 2007: Programming. Nairobi. www.forumsocialmundial.org (Zugang 12.06.2010)

Zwingel, Susanne 2012: How do Norms Travel? Theorizing International Women's Rights in Transnational Perspective. In: International Studies Quarterly Jg. 56, Heft 1, 115-129.

Nach der Klimakonferenz in Südafrika: Lokale Deutungen von Klimagerechtigkeit

Melanie Müller

1 | Einleitung

Sie wurden als Orte von Global Governance gelobt und als neue Hoffnungsträger globaler Verrechtlichung auserkoren: die Weltkonferenzen der Vereinten Nationen. Trotz enttäuschen-

der Ergebnisse der internationalen Umweltgipfel ist die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an diesen Konferenzen nach wie vor ungebrochen. Für die internationalen Klimaverhandlungen sind mittlerweile über 1.000 Organisationen registriert, jährlich tummeln

sich um die 30.000 Akteur_innen im Austragungsort¹. Mit dem Wechsel der Austragungsorte wollen die Vereinten Nationen die Themen der Gipfel in den Mitgliedsstaaten verankern. Die These des vorliegenden Artikels ist, dass die internationale Aufmerksamkeit rund um die großen Gipfel Auswirkungen auf die sozialen Bewegungen vor Ort hat, da die erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema, aber auch die Unterstützung durch internationale Partner eine gute Gelegenheit bietet, eigene Positionen prominent zu bewerben. Ich erläutere dies am Beispiel der Klimakonferenz im südafrikanischen Durban und ihren Auswirkungen auf die dortige Umweltbewegung. Der Beitrag² basiert auf rund 50 Interviews mit Mitarbeiter_innen von südafrikanischen Umweltorganisationen, internationalen Gebern wie Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen und Expert_innen aus dem Umweltbereich, die ich in Südafrika in der Zeit zwischen Oktober 2011 und April 2014 geführt habe.

Gefördert durch internationale Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und andere

Geber engagierten sich lokale Organisationen erst im Vorfeld der Konferenz im Bereich der Klimapolitik. Festzustellen ist ein Wandel des Framings von Klimafragen nach der Konferenz: Während sich die Organisationen im Vorfeld und während der Konferenz auf die Mobilisierung von Protesten und die Konferenz als Protestereignis konzentrierten, sind sie seit Anfang 2012 verstärkt damit beschäftigt, das Thema Klima auch lokal zu verankern. Der Beitrag gliedert sich folgendermaßen: Zunächst gibt er einen kurzen Überblick über die südafrikanische Umweltbewegung, ihre zentralen Organisationen und Forderungen. Anschließend beschreibt er die Aktivitäten der südafrikanischen Umweltorganisationen im Vorfeld und während der Klimakonferenz in Durban. Im nächsten Kapitel wird analysiert, welche Rolle der Frame *Climate Justice* sowohl auf globaler Ebene seit 2009 als auch für die südafrikanische Umweltbewegung rund um die Austragung der Konferenz spielte. Wie genau die globale Forderung nach *Climate Justice* in Südafrika verankert wird, wird im nächsten



Abschnitt am Beispiel der Arbeit des *Alternative Information Development Center* (AIDC) in Kapstadt gezeigt. Es wird deutlich, wie lokale Organisationen unter dem *Climate Justice*-Frame neue Subframes entwickeln und sich dabei an unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen im Land richten.

2 | Die südafrikanische Umweltbewegung

In der Entwicklung der südafrikanischen Umweltbewegung lassen sich zwei Wellen identifizieren. Die erste Welle, deren Anfänge bis ins Jahr 1648 zurückreichen, setzt sich aus einigen wenigen Organisationen und Individuen zusammen, die analog zu den frühen Umweltbewegungen in Europa Natur- und Artenschutz in Südafrika verankern wollten. Diese Bewegung entstand vorrangig unter weißen Siedler_innen und ist eng mit der Kolonialisierung und der Apartheidspolitik verbunden. Arten- und Naturschutz spielte während der Kolonialzeit eine wichtige Rolle, da Produkte aus Südafrika ins Ausland exportiert wurden; somit wurde eine nachhaltige Bewirtschaftung des Landes insbesondere für englische Siedler_innen zum Thema (Beinart 2008). Umweltschutzargumente wurden später genutzt, um schwarze Südafrikaner_innen aus ländlichen Gebieten zu vertreiben. Diese Praxis wurde auch unter der Apartheid zwischen 1948 und 1994 fortgesetzt (McDonald 2005). Ein Symbol dieser weißen Dominanz wurde der Krüger-Nationalpark, den während der Apartheid nur weiße Südafrikaner_innen betreten durften. Nicht-Weißen war der Zutritt untersagt (Beinart 2003). Umweltfragen wurden vor allem von weißen Südafrikaner_innen aufgegriffen. Andere Gruppen im Land - in Südafrika zu der Zeit von der Apartheidsregierung als *Natives*, *Indians* und *Coloureds* kategorisiert³ - verstanden Umweltschutz sogar teilweise als „Werkzeug rassistischer Unterdrückung“ (McDonald 2005: 257).

Erst gegen Ende der Apartheid entstanden die ersten Umweltinitiativen im Land, die nicht nur aus der weißen Mittel- und

Oberschicht kamen. Ende der 1980er Jahre wurden Umweltfragen für die Anti-Apartheidsbewegung zum Thema, die sich zunächst mit den Umweltproblemen in Townships - verursacht durch die diskriminierende Umweltschutzgesetzgebung der Apartheidsregierung - beschäftigte (McDonald 2005). Angelehnt an das US-amerikanische „Environmental Justice Movement“ konnten Organisationen zeigen, dass während der Apartheidszeit Konzessionen an die Industriezweige, die besonders stark zur Umweltverschmutzung beitrugen, vor allem in die Wohngebiete von Nicht-Weißen vergeben wurden (Bond 2012). Die erste Umweltorganisation, die sich explizit an ärmere, schwarze und damit unter der Apartheidszeit marginalisierte Gruppen in den Townships und informellen Siedlungen richtete und sich mit Umweltverschmutzung in Townships beschäftigte, wurde 1988 von Studierenden in Südafrika gegründet: *Earthlife Africa* (Cock 2006). In den nächsten Jahren folgte die Gründung des *Environmental Justice Networking Forum* (EJNF), aus dem heraus sich weitere lokale Organisationen entwickelten. Hierzu gehören die *South Durban Environmental Community Alliance* (SDCEA) und *Groundwork*, die ihren Hauptsitz in Durban haben. In den letzten Jahren haben internationale Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace und 350.org Sektionen in Südafrika gegründet; der WWF sitzt bereits seit 1968 im Land⁴. Jacklyn Cock (2006) beschreibt die südafrikanische Umweltbewegung als sehr fragmentiert. Während sich einige Organisationen weiterhin um die traditionell „grünen“ Themen wie Umwelt- und Naturschutz bemühen, versuchen andere, soziale Fragen und die Umweltverschmutzung in städtischen Räumen zu bearbeiten. Teilweise ergänzen sich die Organisationen, in vielerlei Hinsicht stehen aber auch unterschiedliche Ansichten über die Ausrichtung des Wirtschaftssystems und über die Frage, wie wirtschaftsliberal die südafrikanische Politik ausgerichtet sein sollte, hinter den unterschiedlichen Themensetzungen.

3 | „United for Climate Justice“ in Durban

Die 15. UN-Klimakonferenz fand vom 28. November bis 21. Dezember 2011 in Durban statt. Klima war bis dahin kaum ein Thema für die südafrikanische Umweltbewegung, wie Interviews mit Aktivist_innen und eine Auswertung von Newslettern und anderen Publikationen lokaler Umweltorganisationen bestätigen. Erst als bekannt gegeben wurde, dass Südafrika die Klimakonferenz austragen würde, griffen die südafrikanischen Umweltorganisationen das Thema auf. Bereits im Zusammenhang mit der COP 15 in Kopenhagen wurde das Thema Klimawandel medial auf internationaler Ebene stärker sichtbar. Aber für die lokalen Umweltorganisationen in Südafrika eröffnete sich durch die Konferenz im eigenen Land eine Gelegenheit zur Mobilisierung auf nationaler Ebene.

Eines der wichtigsten Ziele südafrikanischer Organisationen im Jahr 2011 war es, die Konferenz in Durban kritisch zu begleiten. Durch die Organisationen eines Gegengipfels und einer großen Demonstration wollten südafrikanische Organisationen auch Druck auf die eigene Regierung ausüben, sich in Klimafragen stärker zu engagieren (Interview mit Tristen Taylor, *Earthlife South Africa*, Johannesburg, 14. März 2014). Bereits zu Beginn des Jahres wurde das so genannte C17-Komitee gegründet. Es setzte sich aus 17 Organisationen in Südafrika zusammen. Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Organisationen war in den Jahren zuvor eher schwach ausgeprägt. Durch regelmäßige Treffen sollten die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen verbessert und ein Zivilgesellschaftsgipfel als Alternative zur Konferenz organisiert werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung finanzierte dafür eine Moderation (Interview mit Tigere Chagutah, ehemaliger Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung Südafrika, Kapstadt, 24. Oktober 2011). Letztendlich fand parallel zur Konferenz der „People’s Space“ an der Universität in Durban statt, auf dem Alternativen und Ideen zu kon-

ventionellen Lösungsansätzen der Klimapolitik diskutiert wurden.

Ein weiteres Ziel war die Organisation eines gemeinsamen Marsches beim *Global Day of Action* (Interview mit Tristen Taylor, *Earthlife South Africa*, Johannesburg, 14. März 2014). Der Global Day of Action ist seit der COP in Montreal/Kanada im Jahr 2005 der Tag während der Klimakonferenzen, an dem soziale Bewegungen zu Demonstrationen und Straßenprotesten aufrufen. Ein Jahr zuvor bei der Klimakonferenz in Cancún standen sich verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen teilweise als Gegner gegenüber (Russell et al. 2012). Diese Spaltung der Bewegung sollte in Durban vermieden und stattdessen Einigkeit demonstriert werden, auch um ein Zeichen an die südafrikanische Regierung zu senden. Während der Konferenz mobilisierten Bewegungsorganisationen rund 10.000 Südafrikaner_innen unter dem Slogan „United for Climate Justice“. Vielfach wurde die schwache Forderung der Demonstration kritisiert, die einen Minimalkonsens abbildeten, auf den sich die beteiligten Organisationen einigen konnten (Hallowes et al. 2012).

Die Förderung durch Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und andere ausländische Geber spielt für die Bewegungsorganisationen in Südafrika eine wichtige Rolle (Interview mit Rashmi Mistry, *Oxfam*, Johannesburg, 16. März 2014). Zwar unterstützten die südafrikanischen Ministerien und lokale Verwaltungen Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen. Zudem wächst die Spendenbereitschaft von Privatpersonen (Interview mit Tristen Taylor, *Earthlife South Africa*, Johannesburg, 14. März 2014). Doch wird noch immer ein Großteil der Projekte von internationalen Partnern finanziert (Interview mit Rashmi Mistry, *Oxfam*, Johannesburg, 16. März 2014). Die Mobilisierung rund um den Gipfel war allerdings mit finanziellen Schwierigkeiten für südafrikanische Organisationen verbunden. Nur ein Bruchteil des Geldes, das den Umweltorganisationen durch ihre internationalen Partner zugesagt worden war, wurde im

Vorfeld ausgezahlt (Hallowes et al. 2012). Teilweise kamen die Gelder erst sehr spät an (Interview mit Tristen Taylor, *Earthlife South Africa*, Johannesburg, 14. März 2014). Die beteiligten Organisationen im C17-Komitee kompensierten diesen Mangel an finanziellen Ressourcen durch hohes persönliches Engagement der Mitarbeiter_innen. Letztendlich sprang sogar die südafrikanische Regierung finanziell ein und unterstützte die Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen. Diese finanzielle Unterstützung stand im Gegensatz zu den Repressionsversuchen der lokalen Regierung in Durban, die gewaltsam gegen die Demonstrant_innen vorging (Hallowes et al. 2012).

Ob sich die Mühe gelohnt hat? Die Einschätzung durch die südafrikanischen Aktivist_innen fällt sehr unterschiedlich aus. Positiv bewerten sie, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Umweltorganisationen in Südafrika gewachsen sei und seitdem gemeinsame Projekte leichter zu realisieren seien (Interview mit Ferrial Adam, ehemals *Greenpeace*, Johannesburg, 08. August 2012). Einige Interviewten sehen durch die Konferenz eine Art „Kick-Start“ für das Thema Klima ausgelöst. Eine Mitarbeiterin von *Oxfam* berichtet beispielsweise, dass die Organisation schon länger versucht habe, ein Bewusstsein für das Klima-Thema zu fördern, der Durchbruch allerdings erst mit der Klimakonferenz gelungen sei (Interview mit Rashmi Mistry, *Oxfam*, Johannesburg, 16. März 2014). Zudem starteten im Vorfeld der Konferenz mehrere Kampagnen mit Klimabezug. Hierzu gehören die *One Million Climate Jobs Campaign* (siehe unten), die *We have faith!*-Campaign der South African Faith Community Environmental Initiative (SAFCEI) oder die *Socially-owned Renewable Energy Initiative* der National Union of Metalworkers in South Africa (NUMSA). Allerdings bewerten fast alle Befragten die Beteiligung an der Konferenz mit Blick auf das schwache Abkommen in Durban kritisch. Ein Bericht, der Aktivitäten des C17-Komitees rund um die Klimakonfe-

renz evaluiert und auf einer Umfrage unter den beteiligten Organisationen basiert, kritisiert, dass die Mobilisierung rund um den Gipfel zu zeitintensiv gewesen sei und darüber hinaus politische Gelegenheiten auf nationaler Ebene, beispielsweise die kritische Beteiligung an Entscheidungen mit Klimabezug im südafrikanischen Parlament, versäumt worden seien (Hallowes et al. 2012).

4 | Übernahme und Anpassung globaler Frames

Die Konferenz hat nichtsdestotrotz in Südafrika ihre Spuren hinterlassen. Insbesondere die Verankerung des globalen Frames *Climate Justice* im lokalen und nationalen Diskurs wird seitdem von südafrikanischen Organisationen fortgeführt und in ihren Projekten mit lokalen sozialen Herausforderungen verbunden. In der Literatur zu sozialen Bewegungen wird die Übernahme von globalen Deutungsmustern (Frames) durch lokale Organisationen mit dem Begriff der Diffusion beschrieben. Der Fall der Klimapolitik ist für solche Diffusionsprozesse besonders interessant, da die internationale Klimabewegung eine relativ junge Bewegung darstellt, die etwa um 2009 entstanden ist. Die 15. Vertragsstaatenkonferenz des *International Panel on Climate Change* war die „Geburtsstunde“ der internationalen Klimabewegung (Bergfeld 2011), bei der erstmals auch der Frame *Climate Justice* bedeutsam wurde. Unter diesem Frame forderten die sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in Kopenhagen ein internationales verbindliches Abkommen, welches die Verantwortung der Länder des globalen Nordens für den Klimawandel benennen und Kompensationszahlungen für die Länder des globalen Südens enthalten soll (Schlichting/Schmidt 2012). Wie Donatella della Porta und Louisa Parks (2014) zeigen, versammelten sich unter dem *Climate Justice*-Frame schon damals unterschiedliche Akteure: globalisierungskritische Gruppen, linke Bewegungen und Entwicklungsorganisationen. Dies wird dadurch möglich, dass der Frame

sehr breit interpretiert werden kann. Wie im vorigen Abschnitt beschrieben ermöglichte dies auch die Mobilisierung in Südafrika.

Was genau die Forderung nach Klimagerechtigkeit dann für Südafrika bedeutet, musste und muss erst noch von südafrikanischen Umweltorganisationen und Bewegungen definiert werden. Einige Organisationen führen vor Ort Projekte zu Klimagerechtigkeit durch und werden dabei von internationalen Partnern gefördert. Hierzu zählen auch die Projekte deutscher Stiftungen wie die der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftungen sowie von internationalen Nichtregierungsorganisationen wie *Oxfam International*. Deutsche Stiftungen profitierten dabei vom Klima- und Energiefonds, dessen Mittel über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch an die Stiftungen vergeben wurden (Interview mit Renate Tenbusch, Friedrich-Ebert-Stiftung Südafrika, Johannesburg, 14. März 2014). In Südafrika werden globale Normen übernommen, aber auch angepasst. Der *Climate Justice*-Frame wird dabei vor allem mit sozialen Fragen verbunden, um das Thema auf lokaler Ebene erfahrbar zu machen. Hierzu gehören Themen, die insbesondere für die armen Bevölkerungsschichten relevant sind, wie die hohe Arbeitslosigkeit, Stromversorgung, soziale Ungleichheit und Wasserversorgung. Hierbei sind Subframes unter dem *Climate Justice*-Frame entstanden, beispielsweise der Subframe „*Climate Jobs*“.

5 | „Climate Jobs“

Im Jahr 2011 startete die *One Million Climate Jobs Campaign*, der über 40 Mitglieder aus unterschiedlichen Organisationen in Südafrika angehören, neben zivilgesellschaftlichen Organisationen auch Forschungsinstitute und Universitäten sowie unabhängige Expert_innen aus den Bereichen Tourismus oder Energie⁵. Die Kampagne ist angegliedert an das *Alternative Information Development Center* (AIDC), eine Organisation mit Sitz in Kap-

stadt. Das AIDC ist keine Umweltorganisation als solche, sondern wurde Anfang der 1990er mit dem Ziel gegründet, soziale Gerechtigkeit in Post-Apartheid-Südafrika stark zu machen⁶. Eine besondere Herausforderung ist dabei die hohe Arbeitslosigkeit. Offiziell schätzt die Regierung die Arbeitslosenzahlen im Land auf rund 25 Prozent⁷. Viele Aktivist_innen, aber auch Expert_innen in Südafrika gehen allerdings von Arbeitslosenzahlen bis hin zu 35 oder gar 40 Prozent aus. Vor diesem Hintergrund verfolgt die *One Million Climate Jobs Campaign* das Ziel, soziale Fragen mit Umweltfragen zu verbinden und sich für nachhaltige Jobs stark zu machen.

Die *One Million Climate Jobs Campaign* wurde ursprünglich in England entwickelt und dann in den Vorbereitungen für die Klimakonferenz im Jahr 2011 vom AIDC übernommen. Ein Großteil der Organisationen aus dem C17-Komitee ist Teil der Kampagne, die während des Zivilgesellschaftsgipfels vorgestellt wurde. Die Kampagne verbindet die globalen Krisen mit spezifischen südafrikanischen Herausforderungen: „Die Finanzkrise, die ökonomische



Krise, die Klimakrise und die südafrikanische Krise der Arbeitslosigkeit. Und dann, auf der Basis Arbeitsplätze für Leute zu schaffen, wollen wir auch den Klimawandel betrachten.“ (Interview mit Jeff Rudin, AIDC, Kapstadt, 24. August 2012) Insgesamt gibt es zehn Forderungen rund um die Kampagne, die sich unter der Forderung nach neuen Produktionsmethoden im Land zusammenfassen lassen könnten: weg von einer fossilen Wirtschaft hin zu nachhaltigeren Produktionsmethoden (Interview mit Trevor Ngwane, Aktivist, Johannesburg, 17. August 2012). Ein Ziel sei es auch, die Gewerkschaften zu erreichen, um eine Brücke zu den organisierten Arbeiter_innen zu schlagen „denn die meisten sozialen Bewegungen bestehen aus Arbeitslosen oder Arbeiter_innen, die in Haushalten arbeiten, also gibt es keine wirkliche Brücke zwischen dem Arbeitsplatz und uns (...). So ist die *One Million Climate Jobs Campaign* also auch (...) eine Taktik, um die Handelsgewerkschaften zu erreichen. Das ist nötig, denn wenn wir neue Produktionsmethoden wollen, dann brauchen wir die Gewerkschaften auf unserer Seite.“ (Interview mit Trevor Ngwane, Aktivist, Johannesburg, 17. August 2012)

Die Gewerkschaften spielen in Südafrika eine besondere Rolle: Die meisten von ihnen sind als Mitgliedsgewerkschaften des *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) auch gleichzeitig Teil der Regierung. Südafrika wird seit 1994 von einer Dreiparteien-Allianz bestehend aus dem *African National Congress* (ANC), der *South African Communist Party* (SAPC) und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU regiert. In den letzten Jahren haben die Spannungen über die politische und ideologische Ausrichtung von COSATU immer weiter zugenommen. Während Teile der Allianz lange Zeit die wirtschaftsfreundlichen Reformen des ANC unterstützten, ist die Kritik der eher marxistisch und sozialistisch orientierten Mitgliedsgewerkschaften in den letzten Jahren gewachsen. Die National Union of South African Metalworkers (NUMSA), die größte Mitgliedsgewerkschaft in COSATU, ist

seit Dezember 2013 auf Distanz zur Regierungsallianz gegangen und hat den ANC in diesem Jahr auch bei den Wahlen nicht unterstützt. Sie plant den Aufbau einer sozialistischen Bewegung und einer „*United Front*“ und hat dabei auch angekündigt, stärker mit den Bewegungen zusammen zu arbeiten (Müller 2014). Hier könnten sich Anknüpfungspunkte für politische Initiativen im Klima- und Umweltbereich auftun. Aber auch in anderen Mitgliedsgewerkschaften von COSATU besteht Interesse an einer Zusammenarbeit im Klimabereich. Im November 2013 fand die erste Kampagne der *One Million Climate Jobs Campaign* statt. Die beteiligten Organisationen der Kampagne beschloss, aus der Kampagne heraus eine eigenständige Organisation zu gründen. Mittlerweile wurde ein Lenkungskreis gewählt, bestehend aus Basisorganisationen, Mitgliedern von Gewerkschaften und anderen Nichtregierungsorganisationen, der die Aktivitäten der neuen Organisationen weiter koordinieren soll. Darüber hinaus sollen Sektoren identifiziert werden, in denen klimafreundliche Arbeitsplätze geschaffen werden können (Interview mit Sandra van Niekerk, AIDC, Kapstadt, 08. April 2014).

Wichtig für den Erfolg der Kampagne bleibt aber die Basis- und Informationsarbeit. Um sich auch an die Menschen zu richten, die nur eingeschränkt lesen und schreiben können, hat der AIDC ein Booklet über die *One Million Climate Jobs Campaign* in einfacher Sprache veröffentlicht (Interview mit Jeff Rudin, AIDC, Kapstadt, 24. August 2012). Ziel ist es durch Workshops und Diskussionen in Townships und ländlichen Gebieten und die Initiierung von Pilotprojekten zur Energieversorgung und Energieeffizienz auch ärmere Bevölkerungsgruppen für Themen wie Klimawandel und Energietransition zu gewinnen und so ökologische mit sozialen Problemen zu verbinden – die Forderung nach mehr Arbeitsplätzen mit eingeschlossen. Eine erste Initiative für ein Nachhaltigkeitsprojekt an südafrikanischen Schulen, an dem sich die Kampagne beteiligt, ist bereits gestartet. Momentan läuft darüber

hinaus eine Unterschriftenkampagne der *One Million Climate Jobs Campaign*, die sich an die südafrikanische Regierung richtet. Diese wird dazu aufgefordert, ihre Emissionen zu reduzieren und dadurch – durch eine Energiewende im Land – neue Arbeitsplätze mit Klimabezug schaffen (Interview mit Sandra van Niekerk, AIDC, Kapstadt, 08. April 2014).

6 | Zusammenfassung

Die Klimakonferenz in Durban hat für die Umweltbewegung in Südafrika einige Veränderungen mit sich gebracht. Erst im Zuge der Konferenz wurde das Thema Klima für die dortigen Umweltorganisationen zum Thema. In die Mobilisierung rund um den Gipfel ist viel Arbeit und persönliches Engagement der südafrikanischen Aktivist_innen geflossen. Viele sehen die Arbeit mittlerweile kritisch, denn in Durban wurde erneut deutlich, wie zäh internationale Verhandlungen verlaufen und dass die Mobilisierung bei internationalen Gipfeln im eigenen Land viel Energie von der Arbeit auf lokaler und nationaler Ebene abzieht. Fast drei Jahre nach der Konferenz in Durban ist ein verbindliches internationales Abkommen nach wie vor nicht in Sicht, und viele südafrikanische Organisationen legen ihren Fokus wieder stärker auf die Arbeit im eigenen Land. Doch das Thema Klimawandel ist vielen Organisationen erhalten geblieben, wie die Ausführungen rund um die *One Million Climate Jobs Campaign* zeigen.

Umwelt- und Klimafragen in einer Gesellschaft zu verankern, die mit starken sozialen Herausforderungen zu kämpfen hat, ist kein leichtes Unterfangen. Auch wenn an vielen Stellen immer wieder deutlich wird, wie stark Umweltfragen und soziale Fragen zusammen hängen, sich teilweise auch bedingen, so sind in Südafrika die hohe Arbeitslosigkeit und Ungleichheit drängender. Im Vorfeld der Wahlen 2014 spielten Themen wie Klima oder Umwelt keine Rolle – die hohe Arbeitslosigkeit dagegen schon. Allerdings gelingt es Aktivist_innen in Südafrika, breitere und auch

ärmere Bevölkerungsschichten für Umweltfragen zu gewinnen, insbesondere dann, wenn sie diese mit Themen wie der hohen Arbeitslosigkeit, Elektrizitätsversorgung in den ländlichen Gebieten und der Forderung nach einer dezentralen Energieversorgung verbinden.

Melanie Müller ist Politikwissenschaftlerin und promoviert an der Freien Universität Berlin über die Entwicklung der Umweltbewegung in Südafrika. Die Arbeit wird durch ein Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert. Kontakt: mueller@ztg.tu-berlin.de

Anmerkungen

- ¹ Webseite UNFCCC: <https://unfccc.int/2860.php> [20.06.2014]
- ² Für hilfreiche Kommentare zu diesem Artikel danke ich Bettina Engels.
- ³ „Black“ wurde von der Anti-Apartheidsbewegung und vielen Menschen, die in diese Kategorien eingeteilt wurden zur Selbstbeschreibung genutzt, auch um eine weitergehende Separation durch die Zuschreibung in drei Klassen zu vermeiden.
- ⁴ WWF 2014: http://www.wwf.org.za/who_we_are/how_we_work/ [20.06.2014]
- ⁵ Webseite der One Million Climate Jobs Campaign: <http://www.climatejobs.org.za/> [20.06.2014]
- ⁶ Webseite des AIDC: <http://www.aidc.org.za/> [20.06.2014]
- ⁷ Statistics South Africa: http://beta2.statssa.gov.za/?page_id=737&cid=1 [20.06.2014]

Literatur

- Beinart, William* 2003: *Social History and African Environments*. Ohio: University Press.
- Beinart, William* 2008: *The Rise of Conservation in South Africa*. Oxford: Oxford University Press.
- Bergfeld, Mark* 2011: *The Birth of the Climate Justice Movement*. In: *Essex Graduate Journal of Sociology*, Heft 10, 63-70.

Bond, Patrick 2012: The Politics of Climate Justice. Paralysis Above. Movement Below. Durban: University of Kwa-Zulu Natal Press.

Cock, Jacklyn 2006: Connecting the Red, Brown and Green. The Environmental Justice Movement in South Africa. In: Ballard, Richard et. al. 2006: Voices of Protest. Social Movements in Post-Apartheid-South Africa. Durban: University of Kwa-Zulu Natal Press, 203-225.

Della Porta, Donatella/Parks, Louisa 2014: Framing Processes in the Climate Movement: from Climate Change to Climate Justice. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko: Routledge Handbook of the Climate Change Movement. New York/London: Routledge International Handbooks, 31-43.

Hallowes, David/Reddy, Trusha/Reyes, Oscar 2012: COPin - COPout - COP17. A review of civil society participation in the UN

conference on Climate Change, Durban 2011. Johannesburg: Earthlife Africa.

McDonald, Michael 2005: Why Race Matters in South Africa. Cambridge: Harvard University Press.

Müller, Melanie 2014: Südafrika in Bewegung. Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika verändert. In: PERIPHERIE, Jg. 34, Heft 136/137, i.E.

Schlichting, Inga/Andreas Schmidt 2012: Strategische Deutungen des Klimawandels. Frames und ihre Sponsoren. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 25, Heft 2, 29-41.

Russell, Bertie et. al. 2012: Movements and Moments for Climate Justice: From Copenhagen to Cancun via Cochabamba. In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, 2012, Jg. 11, Heft 1, 15-32 .

„Glokale“ Kämpfe: Konflikte um hohe Nahrungsmittelpreise in Burkina Faso

Bettina Engels

1 | Einleitung¹

Globale Krisen – die Klimakrise, die Energiekrise, die Nahrungskrise, die Finanzkrise – haben sich in den letzten Jahren weltweit wirtschaftlich, gesellschaftlich und ökologisch auf lokaler Ebene ausgewirkt – und vielerorts Proteste sozialer Bewegungen hervorgerufen. Dieser Beitrag untersucht Proteste im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008. Am Beispiel Burkina Fasos wird gezeigt, dass die Mobilisierung dort vergleichsweise intensiv war und lang andauerte, weil starke oppositionelle Bewegungen existierten, die aufbauend auf frühere Auseinandersetzungen ihre Klientel anlässlich des Preisanstiegs mobilisieren konnten. Gleichwohl Gegenstand der Kämpfe die Auswirkungen einer globalen Krise sind, be-

ziehen sich die Protestakteure in ihrer Mobilisierung dezidiert auf die nationale Ebene. Sie erkennen die Preiskrise grundsätzlich als global an, verorten die Ursachen sowie die Verantwortung für die Problemlösung in ihrem *framing* jedoch auf nationaler Ebene. Die empirische Analyse zeigt, dass dafür nachvollziehbare strategische und pragmatische Gründe vorliegen. Im Konflikt zwischen Gewerkschaften, Studierenden- und Menschenrechtsorganisationen auf der einen und der burkinischen Regierung auf der anderen Seite ist die Verortung der Ursachen des Problems der hohen Nahrungsmittelpreise sowie der Verantwortung für seine Lösung auf unterschiedlichen Ebenen (global vs. national) ein zentraler Aspekt, in Bezug auf den beide Seiten um Deutungshoheit streiten.

Materialgrundlage der Fallstudie stellen neben der Sekundärliteratur Dokumente der burkinischen Regierung, von Internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, Berichte der burkinischen Presse, Flugblätter, Presseerklärungen sowie Zeitungen der Gewerkschaften und von anderen an den Protesten beteiligten Organisationen dar. Dazu kommen rund 35 Interviews, die 2011 und 2012 an vier Standorten in Burkina Faso geführt wurden. Interviewt wurden an den Protesten Beteiligte, FunktionärInnen von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, AktivistInnen sozialer Bewegungen sowie VertreterInnen lokaler Verwaltungen.

Im Folgenden stelle ich zunächst kurz die Proteste im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 generell dar. Anschließend skizziere ich, wie die Aktivitäten sozialer Bewegungen hinsichtlich lokal-globaler Beziehungen in der Forschung untersucht werden. Im Mittelpunkt der darauf folgenden Fallstudie steht die Analyse des *framings* der Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten, mit dem die einflussreichsten sozialen Bewegungen in Burkina Faso (Gewerkschaften, Menschenrechtsbewegung, SchülerInnen- und Studierendenbewegung) ihre jeweils zentralen Forderungen verknüpfen. Im nächsten Schritt untersuche ich die zwischen den Konfliktakteuren umkämpfte Verortung des Problems sowie der Verantwortung für seine Lösung.

2 | Hungeraufstände

Der Nahrungsmittelpreisindex der FAO stieg zwischen Februar 2007 und Februar 2008 um das Anderthalbfache.² Insbesondere in armen Ländern, die Nettoimporteure von Getreide sind, nahmen die Preise für Grundnahrungsmittel auf den lokalen Märkten rapide zu. 2009 sanken die Preise zwar vorübergehend, stiegen 2011 jedoch wieder und haben sich seither auf hohem Niveau stabilisiert. Neben dem hohen Ölpreis liegen die Ursachen in der Expansion der Agrarkraftstoffproduktion (die freilich nicht unabhängig vom Ölpreis ist) und in Spekulationen.

Innerhalb weniger Monate fanden Anfang 2008 in mehr als 20 Städten weltweit so genannte Hungeraufstände statt, die meisten davon in Afrika.³ Menschen versammelten sich zu unangekündigten Demonstrationen, teilweise kam es zu Plünderungen von Geschäften und Tankstellen, Straßenblockaden wurden errichtet und in Brand gesteckt.

Gesellschaftlich und politisch wirkte sich die Nahrungsmittelpreiskrise in den betroffenen Staaten unterschiedlich aus. Ein Grund hierfür besteht darin, dass Regierungen unterschiedlich auf die Preiskrise reagierten und damit in manchen Staaten den Preisanstieg besser abfederten als in anderen (vgl. FAO 2008). Auch nichtstaatliche Akteure, darunter soziale Bewegungen, spielen eine zentrale vermittelnde Rolle. Proteste waren im Zuge der Preiskrise insbesondere dort zu beobachten, wo starke oppositionelle Bewegungen bestehen, die den Anlass steigender Preise zur Mobilisierung nutzen. Makrostrukturelle Bedingungen sind bedeutend dafür, inwiefern und auf welche Weise Krisen auf dem Weltmarkt sich auf nationale Ökonomien auswirken (vgl. Berazneva/Lee 2013). Ob es zu Protesten kommt und wie diese verlaufen, ist hingegen auch von Faktoren auf nationaler und lokaler Ebene abhängig: „Food riots are generated at the intersection of local grievances and national or even international forces of economy and politics.“ (Walton/Seddon 1994: 33)

3 | Bewegungen zwischen global und lokal

Die Bewegungs- und Protestforschung befasst sich seit den 2000er Jahren systematisch mit inter- und transnationalen Prozessen (etwa Della Porta 2007; Tarrow 2005). Das Forschungsinteresse richtet sich dabei auf Globalisierungsprozesse, die neue soziale Bewegungen, etwa die transnationale Bauernbewegung (Borras et al. 2008) und die globalisierungskritischen Bewegungen (Routledge 2000; Starr 2006), hervorbrachten, sowie sich auf die politischen Gelegenheitsstrukturen auswirkten. Die Glo-

balisierung ginge mit neuen Herausforderungen und neuen Möglichkeiten der politischen Intervention für soziale Bewegungen einher – beispielsweise, indem neue potenzielle Verbündete und Arenen der Einflussnahme entstünden (Della Porta/Kriesi 1999; Tarrow 2005: 5; Smith 2004: 314).

Besonderes Interesse in der Forschung erfahren Prozesse des *scale jumping*, in denen lokale und nationale Bewegungen ihren Protest internationalisieren, um ihre Anliegen geltend zu machen. Tarrow (2005) argumentiert, die durch die Globalisierung veränderten Strukturbedingungen ermöglichten Bewegungen den Sprung von lokalen in internationale Arenen wie die UN-Konferenzen oder Weltsozialforen. Zahlreiche Fallstudien analysieren, wie lokale Bewegungen ihre Anliegen an globale Diskurse und Normen, beispielsweise im Bereich Umweltschutz oder Menschenrechte, anschlussfähig rahmen, um damit Unterstützung durch transnationale NGOs und internationale Organisationen zu gewinnen (etwa Seidman 2000). Die Einbindung in und Unterstützung durch transnationale AktivistInnennetzwerke und NGOs bergen für lokale Bewegungen gleichermaßen Chancen (etwa finanzielle Unterstützung, Druck auf nationale Regierungen) und Risiken (etwa Kooptierung, Abkopplung von der lokalen Basis). Gelegentlich müssen soziale Bewegungen im Globalen Süden die diskursiven Rahmungen ihrer Forderungen strategisch ändern, um den von Akteuren und Normen aus dem Norden geprägten internationalen Diskursen zu entsprechen (Brysk 2000). Damit dies gelingt, benötigen lokale Bewegungen Führungsfiguren, die in der Lage sind, auf internationalem Parkett zu agieren und die Anliegen ihrer jeweiligen Basis dort zu artikulieren (Bob 2005). Einige Studien untersuchen, wie lokale Bewegungen globale Normen aneignen und strategisch umdeuten (etwa Hemment 2004; Obi 2004).

Zahlreiche Forschungen befassen sich damit, wie oppositionelle zivilgesellschaftliche Akteure ihre Aktivitäten auf unterschiedliche Weise an der internationalen Ebene orientie-

ren (*scale jumping*), oder wie sie versuchen, die Problemlösungskompetenz auf eine andere Ebene zu verschieben, von der sie sich Entscheidungen in ihrem Sinne erhoffen oder auf der ihre Einflussmöglichkeiten größer sind (*re-scaling*). Beides bezieht sich auf die Ebene der faktischen politisch-institutionellen Entscheidungs- und Handlungskompetenz, die George Towers (2000) als „*scales of regulation*“ bezeichnet. Weniger Beachtung findet bislang die Ebene der diskursiven Bedeutungszuweisung, die „*scales of meaning*“ (ebd.), die jedoch gleichermaßen ein zentrales Element in Konflikten zwischen sozialen Bewegungen und staatlichen Akteuren darstellt, wie am Beispiel der Proteste in Burkina Faso deutlich wird. Dort geht es nicht darum, dass die Akteure ihren Protest oder die Entscheidungskompetenz in einem umkämpften Politikfeld auf eine andere Ebene zu verlagern versuchen. Vielmehr stellt die Zuweisung von Problemursachen und Verantwortlichkeiten zur Problemlösung an unterschiedliche Ebenen einen zentralen Aspekt dar, der zwischen den Konfliktakteuren umstritten und in der Mobilisierung zu Protest von erheblicher Bedeutung ist. In der Fallstudie wird deutlich, dass die Verortung eines Phänomens auf unterschiedlichen Ebenen zugleich Gegenstand und Produkt politischer Kämpfe ist und dabei für das *framing* in diesen Konflikten und die Mobilisierung zu Protest eine zentrale Rolle spielt.

4 | Proteste in Burkina Faso

In Burkina Faso fanden Ende Februar 2008 innerhalb einer Woche in den vier größten Städten des Landes Hungeraufstände⁴ statt. Es kam zu umfangreichen Sachschäden und Hunderten Verhaftungen.⁵ Ende Februar 2008, am Tag der Hungeraufstände in der Hauptstadt Ouagadougou, versammelten sich die Gewerkschaftsführungen. Sie kritisierten die von der Regierung angekündigten Maßnahmen als ungenügend und riefen andere zivilgesellschaftliche Organisationen zu einem Treffen am 06.03.2008 und zu einer zentralen Kundge-

bung auf. Eine Woche später schlossen sich alle großen Gewerkschaften des Landes mit KonsumentInnen- und Berufsverbänden, Menschenrechtsorganisationen sowie Vereinigungen von SchülerInnen und Studierenden zur „Nationalen Koalition gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheiten“ (*Coalition nationale de lutte contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés*, CCVC) zusammen (CCVC 2008a). Das Bündnis organisierte zwei landesweite Generalstreiks im April 2008 und mehrere Großkundgebungen. Angeführt von den Gewerkschaften war die CCVC die treibende Kraft in der Mobilisierung zu den Protesten gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Für die Gewerkschaften lag es nahe, die gestiegenen Preise im Anschluss an die Hungeraufstände aufzugreifen und zur Mobilisierung zu nutzen, weil das Thema schon seit einigen Jahren auf ihrer Agenda stand.

Die CCVC konnte deshalb so unmittelbar nach den Hungeraufständen gegründet werden und erfolgreich zu Protest mobilisieren, weil sie institutionell, personell und inhaltlich auf ein bestehendes Bündnis aufbaute: das „Kollektiv der demokratischen Massenorganisationen und politischen Parteien“ (*Collectif d'organisations démocratiques de masse et de partis politiques*), kurz „Collectif“ genannt. Das „Collectif“ war Anfang 1999 von Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, SchülerInnen und Studierenden gegründet worden, um die zivilgesellschaftlichen Kämpfe gegen die Straflosigkeit nach der Ermordung des regimekritischen Journalisten Norbert Zongo im Dezember 1998 zu bündeln (vgl. Harsch 2009). Im Unterschied zum „Collectif“, das mit großen personellen Überschneidungen weiter besteht, haben in der CCVC die Gewerkschaften die Federführung.

Die burkinische Regierung ergriff eine Reihe von Maßnahmen, um die Auswirkungen der Preiskrise abzufedern. Sie setzte zeitweise die Importzölle und Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel aus und errichtete Ausgabestellen für subventionierte Lebensmittel (AN 2008;

Zahonogo et al. 2011). Die ersten Maßnahmen wurden kurz nach den Hungeraufständen im März 2008 angekündigt; andere erfolgten später nach erneuten Protesten. Unter anderem erhöhte die Regierung die Gehälter im öffentlichen Dienst, was die CCVC als Erfolg ihrer Proteste verbucht.

5 | Framing „das teure Leben“

Für die Mobilisierung in Burkina Faso spielte das *framing* der Protestakteure eine ausschlaggebende Rolle. Es erklärt, warum dort so intensive und lang andauernde Proteste im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise auftraten. Ähnliche Proteste waren 2007 und 2008 in zahlreichen Staaten des Globalen Südens zu beobachten – jedoch längst nicht in allen, in denen die Preise für Grundnahrungsmittel auf den lokalen Märkten in dieser Zeit rapide anstiegen. Nur in wenigen Fällen waren die Auseinandersetzungen vergleichbar heftig (etwa in Haiti, Guinea und Kamerun) und hielt die Mobilisierung wie in Burkina Faso über mehrere Jahre an. Darüber hinaus zeigt sich am *framing* der hohen Lebensmittelpreise die Bedeutung der „*scales of meaning*“ für das Verhältnis von globalen Krisen und lokalen Protesten. Im Konflikt zwischen sozialen Bewegungen und staatlichen Akteuren in Burkina Faso ging es weniger darum, welche institutionelle Ebene die Nahrungsmittelpreise tatsächlich politisch reguliert; gestritten wurde vor allem um die Rahmungen und Bedeutungszuweisungen.

Mit dem *frame* „das teure Leben“ („*la vie chère*“) gelang es, die meisten gegenwärtig einflussreichen sozialen Bewegungen Burkina Fasos, ihre zentralen Themen und Forderungen zusammenzubinden. Wie breit diese Rahmung angelegt war, wird bereits am Namen des Bündnisses sichtbar („Koalition gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheiten“). Vor diesem Hintergrund ließe sich „das teure Leben“ auch als „*master frame*“ bezeichnen. Auch der zentrale Forderungskatalog der CCVC vom Juli

2008 spiegelte die Bandbreite der in dem Bündnis vertretenen Organisationen wider: Er umfasste Forderungen nach Erhöhung der Gehälter im öffentlichen und privaten Sektor ebenso wie nach einer „signifikanten und effektiven Preiskontrolle“ für Grundnahrungsmittel und nach Versammlungsfreiheit (CCVC 2008b).

Der *frame* „das teure Leben“ bezog sich nicht nur auf die hohen Preise für Grundnahrungsmittel, sondern auf die hohen Lebenshaltungskosten allgemein. Er beinhaltete drei zentrale Ursachenanalysen. Diese spiegelten die thematischen Felder der einflussreichsten sozialen Bewegungen Burkina Fasos sowie die Tatsache, dass die Protestakteure sich in ihren Argumentationen strategisch aufeinander beziehen, wider. Zunächst wurde anschließend an gewerkschaftliche Forderungen „das teure Leben“ als ein Problem der immer größer werdenden Lücke zwischen Löhnen und Preisen dargestellt. Ausgehend von dem Argument, dass nicht der Preisanstieg als solcher das Problem sei, sondern die Kombination von steigenden Preisen und stagnierenden Einkommen, war die zentrale Forderung der Kämpfe „gegen das teure Leben“ jene der Gewerkschaften: eine deutliche Erhöhung der Gehälter, um die Kaufkraft zu erhöhen (CCVC 2008b).

Zweitens stellen in der Ursachenanalyse der CCVC die gestiegenen Kosten für soziale Grundversorgung, insbesondere für Bildung, aufgrund von Privatisierung und struktureller Unterfinanzierung eine zentrale Ursache für „das teure Leben“ dar. Über diese Argumentation wurde die SchülerInnen- und Studierendenbewegung, die seit den späten 1980er Jahren eine starke und einflussreiche politische Kraft in Burkina Faso darstellt, in die Proteste integriert. Bei steigenden Preisen und stagnierenden oder nur geringfügig steigenden Einkommen blieben den Familien erst recht keine Mittel für Bücher, Schul- und Studiengebühren oder andere Kosten für die weiterführende oder akademische Ausbildung der Kinder, argumentierten SchülerInnen und Studierende. Die Forderungen der Studierendenbewegung fügten sich nahtlos in den *frame* „das teure

Leben“ ein, richteten sich die Kämpfe der Studierenden doch stets auf die prekären ökonomischen Bedingungen, unter denen die große Mehrheit der Studierenden in Burkina Faso lebt und arbeitet (vgl. Mazzocchetti 2010). „Das teure Leben“, so argumentierten AktivistInnen der Studierendenbewegung, perpetuiere die ohnehin schwierige Situation der Studierenden noch.

Drittens wurde „das teure Leben“ als Menschenrechtsthema gerahmt. Die Protestierenden stellten die steigenden Preise eher als Indikator denn als Ursache des „teuren Lebens“ dar. Sie argumentierten, neben stagnierenden Einkommen und der Unterfinanzierung des Bildungs- und Gesundheitssektors seien Korruption und „schlechte Regierungsführung“ ursächlich relevant für die hohen Lebenshaltungskosten. Eine machtvolle, der Regierung nahe stehende Elite bereichere sich auf Kosten der Bevölkerung; öffentliche Mittel würden in der Korruption versickern. Über diese Argumentation wurde die Menschenrechtsbewegung in die Proteste einbezogen.

Eine wichtige Bedingung dafür, dass in dem *frame* „das teure Leben“ die bestehenden Forderungen der einflussreichsten sozialen Bewegungen kohärent verknüpft werden konnten, war die Verortung der Ursachen, Verantwortlichkeiten und Lösungsmöglichkeiten auf der nationalen Ebene.

6 | Verantwortungszuweisung

Mit dem *frame* „das teure Leben“ schrieben die Protestakteure die Verantwortung für die hohen Preise und insbesondere für die Problemlösung der nationalen Regierung zu. Dies war aus pragmatischen und strategischen Gründen für die erfolgreiche Mobilisierung von zentraler Bedeutung.

Die Protestakteure und die burkinische Regierung stritten um die Deutungshoheit hinsichtlich der Verortung des Problems der hohen Preise auf der globalen oder nationalen Ebene. Beide versuchten, das Problem so zu rahmen, dass ihre Argumentation am besten

gestützt wurde. Die burkinische Regierung bezog sich dabei primär auf die globalen Krisen – die Finanzkrise, die hohen Preise auf dem Weltmarkt und den Klimawandel – und verlagerte das Problem damit auf eine Ebene, auf der ihr eigener Einfluss gering ist. So heißt es etwa im Bericht der Ad-hoc-Kommission des burkinischen Parlaments zu den hohen Lebenshaltungskosten vom Mai 2008: „Der Preisanstieg (...) ist das Resultat einer Kombination verschiedener Faktoren: der außergewöhnliche Anstieg der Ölpreise; die weltweit gestiegene Nachfrage, insbesondere getrieben durch das wirtschaftliche Wachstum Asiens; die gegenwärtige Expansion der Agrarkraftstoffproduktion, die zusätzlichen Druck auf die Nachfrage nach Getreide ausübt; die gestiegenen Transportkosten; die internationale Finanzkrise.“ (AN 2008: 6)

Die Protestakteure negierten die globalen Krisen keineswegs, stellten in ihrer Argumentation aber die hohen Steuern und die schwache Kaufkraft, die den niedrigen Gehältern im öffentlichen Dienst sowie den staatseigenen Betrieben geschuldet sei, als Ursachen „des teuren Lebens“ in den Vordergrund. Gegen den hohen Ölpreis könne man nichts tun, argumentierten sie, aber die Regierung könne die Steuern senken, um die Verbraucherpreise zu beeinflussen. Ihre drei zentralen Ursachenanalysen – die wachsende Differenz zwischen Preisen und Einkommen, die strukturelle Unterfinanzierung der sozialen Grundversorgung sowie Korruption und „schlechte Regierungsführung“ – beziehen sich klar auf die nationale Ebene. Gestritten wurde im Konflikt um die hohen Preise also weniger um die „*scales of regulation*“ denn vielmehr um die „*scales of meaning*“.

Auf die Frage hin, wer für die Lösung des Problems der hohen Preise verantwortlich sei, verwiesen Protestierende und FunktionärInnen von Bewegungsorganisationen einhellig auf die burkinische Regierung. „Wenn sich jemand dafür entscheidet, ein Land zu regieren, ist er der Erste, der für die Ernährungssicherung verantwortlich ist“, erklärte beispielsweise der Vorsitzende einer der Mitgliedsorganisationen der

CCVC.⁶ Die sozialen Bewegungen in Burkina Faso nahmen zur Kenntnis, dass Politiken ausgehend von IWF, Weltbank und WTO eng mit den strukturell ursächlichen Bedingungen „des teuren Lebens“ verbunden seien. Dennoch, so argumentierten sie, müsse sich der Protest nicht gegen die internationalen Organisationen, sondern gegen die nationale Regierung richten, denn diese sei „schließlich nicht verpflichtet, sich zur Musterschülerin der Weltbank zu machen“⁷.

7 | „Glokale“ Kämpfe

Angesichts rasant steigender Nahrungsmittelpreise handeln die Menschen, individuell oder kollektiv: Sie reduzieren die Zahl ihrer täglichen Mahlzeiten von drei auf zwei oder von zwei auf eine; sie schränken ihre Ausgaben in anderen Bereichen, etwa für Bildung, ein; sie demonstrieren für höhere Löhne, subventionierte Nahrungsmittel und Preiskontrollen. Javier Auyero warnt jedoch zu Recht: „Reasoning from megatrends (global economy) (...) to local collective action (riots) should be done with great care since there are intra-national, intra-regional and intra-city political effects of those macro-processes. (...) [W]e see that these riots are glocal political struggles, the (socio)logical result of the vernacular articulations of global pressures and local dynamics.“ (Auyero 2001: 49f) Diese Einschätzung trifft auf die Proteste im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise gleichermaßen zu. Es steht außer Zweifel, dass die gestiegenen Nahrungsmittelpreise gravierende Folgen für die armen Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden hatten und haben. In politischem Protest artikulieren sich die Preiskrise und ihre sozioökonomischen Folgen aber erst, wenn oppositionellen Akteuren die Mobilisierung zu kollektivem Handeln gelingt. Strukturelle Bedingungen sind hierfür begünstigend oder hemmend, erklären allein aber nicht, warum Mobilisierung gelingt oder scheitert. Mobilisierung zu kollektivem Handeln baut auf der Ursachenanalyse, Verantwortungszuschreibung und Formulierung von Lösungsmöglichkeiten sowie politischen Alternativen

tiven durch die Protestakteure auf, die gesellschaftliche Probleme (etwa hohe Lebenshaltungskosten) in bestimmter Weise rahmen. Für dieses *framing* sind die Verortung des Problems, seiner Ursachen und der Verantwortung für seine Lösung auf räumlichen Referenzebenen (lokal, national, international, global) zentral.

Im burkinischen Beispiel bezog sich das *framing* der Protestakteure vor allem auf die nationale Ebene. Hierfür liegen nachvollziehbare strategische und pragmatische Gründe vor. Gleichwohl die Protestakteure grundsätzlich anerkannten, dass die Nahrungsmittelpreiskrise ihre Ursachen in der globalen Politischen Ökonomie habe, spielte die globale Ebene in ihrem *framing*, welches das Problem der hohen Preise als ein nationales darstellte, allenfalls eine marginale Rolle – im Unterschied zum Diskurs der burkinischen Regierung, die sich in ihrer Argumentation dezidiert auf die globalen Krisen bezog.

In anderen Fällen rahmen lokale Bewegungen ihre Anliegen so, dass sie an internationale Diskurse anschlussfähig sind, um Unterstützung von transnationalen AktivistInnennetzwerken, NGOs und internationalen Organisationen zu gewinnen oder um über den „Umweg“ der internationalen Ebene Druck auf die nationale Regierung auszuüben. Auch in den Protesten im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise

wäre ein auf die internationale Ebene ausgerichtetes *framing* möglich gewesen. So ließen sich die hohen Lebenshaltungskosten im Globalen Süden und die Anfälligkeit gegenüber Preiskrisen auch als Folge der Strukturanpassungspolitik rahmen, für welche die internationalen Finanzinstitutionen verantwortlich gemacht werden, und die Mobilisierung als Fortsetzung der „Austeritätsproteste“ (Walton/Seddon 1994) der frühen 1990er Jahre betreiben. Denkbar wäre auch ein *frame* „Recht auf Nahrung“, der an internationale Diskurse anschlussfähig und in der Lage wäre, Unterstützung durch einflussreiche transnationale Bewegungen und NGOs zu gewinnen. Welche *frames* entwickelt werden, sich durchsetzen, Erfolg haben oder nicht, ist fallspezifisch angesichts der jeweiligen strukturellen Bedingungen, Bewegungsgeschichten und Akteurskonstellationen zu erklären. Für die Protestakteure in Burkina Faso ist es – wie für viele andere lokale Bewegungen auch, insbesondere im Globalen Süden – aus Gründen von Kapazitäten und Ressourcen (Sprachbarrieren, vergleichsweise geringe internationale Vernetzung) schwieriger, die internationale als die nationale Ebene zu adressieren.

Dr. Bettina Engels vertritt derzeit die Juniorprofessur für Entwicklungspolitik und Poli-



tik Afrikas an der Universität Bayreuth. Kontakt: bettina.engels@fu-berlin.de

Anmerkungen

- ¹ Für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung danke ich Teresa Koloma Beck, Melanie Müller und Alex Veit.
- ² www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/foodpricesindex/en/ [28.11.2013]
- ³ Vgl. Africa News vom 18.07.2008, 12.08.2008, 16.12.2008, 12.02.2009, 28.05.2009, 12.06.2009 und 08.08.2009; The Guardian vom 09.04.2008; IRIN vom 31.03.2008; Harsch 2008; Maccatory et al. 2010; Schneider 2008
- ⁴ Beteiligte und BeobachterInnen in Burkina Faso selbst sprechen von den Ereignissen als „Hungeraufstände“.
- ⁵ Le Pays vom 20.02.2008 und 30.03.2009; L'Observateur Paalga vom 22.-24.02.2008 und 19.08.2008; l'Événement vom 25.02.2008; IRIN vom 04.03.2008
- ⁶ Interview, Ouagadougou, 02.09.2012
- ⁷ Interview, Studierendenbewegung, Bobo-Dioulasso, 25.11.2011

Literatur

AN 2008: Rapport de la Commission ad hoc sur la vie Chère. Ouagadougou: L'Assemblée Nationale du Burkina Faso.

Auyero, Javier 2001: Glocal Riots. In: International Sociology, Jg. 16, Heft 1, 33-53.

Berazneva, Julia/Lee, David R. 2013: Explaining the African Food Riots of 2007-2008: An Empirical Analysis. In: Food Policy, Jg. 39, 28-39.

Bob, Clifford 2005: The Marketing of Rebellion. Insurgents, Media, and International Activism. Cambridge: Cambridge University Press.

Borras, Saturnino/Edelman, Marc/Kay, Cristobal (Hg.) 2008: Transnational Agrarian Movements Confronting Globalization. Malden, MA: Wiley.

Brysk, Alison 2000: From Tribal Village to Global Village: Indian Rights and Internati-

onal Relations in Latin America. Stanford: Stanford UP.

CCVC 2008a: Acte de naissance de la CCVC. Ouagadougou, 12.03.2008.

CCVC 2008b: Platform revendicative. Ouagadougou, 15.07.2008.

Della Porta, Donatella (Hg.) 2007: The Global Justice Movement: Cross-National and Transnational Perspectives. Boulder, CO: Paradigm.

Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter 1999: Social Movements in a Globalizing World: An Introduction. In: Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter/Rucht, Dieter (Hg.): Social Movements in a Globalizing World. New York: St. Martin's, 3-23.

FAO 2008: The State of Food Insecurity in the World 2008. Rome: FAO.

Harsch, Ernest 2008: Price Protests Expose State Faults. Rioting and Repression Reflect Problems of African Governance. In: Africa Renewal, Jg. 22, Heft 2, 15.

Harsch, Ernest 2009: Urban Protest in Burkina Faso. In: African Affairs, Jg. 108, Heft 431, 263-288.

Hemment, Julie 2004: Global Civil Society and the Local Costs of Belonging: Defining Violence against Women in Russia. In: Signs, Jg. 29, Heft 3, 815-840.

Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics. Ithaca: Cornell UP.

Maccatory, Bénédicte/Oumarou, Makama Bawa/Poncelet, Marc 2010: West African social movements „against the high cost of living“: from the economic to the political, from the global to the national. In: Review of African Political Economy, Jg. 37, Heft 125, 345-359.

Mazzocchetti, Jacinthe 2010: Entre espoirs et désillusions: représentations politiques des étudiants burkinabè. In: Hilgers, Mathieu/Mazzocchetti, Jacinthe (Hg.): Révoltes et oppositions dans un régime semi-autoritaire. Le cas du Burkina-Faso. Paris: Karthala, 205-222.

Obi, Cyril I. 2004: Structuring Transnational Spaces of Identity, Rights and Power in

the Niger Delta of Nigeria. In: Globalizations, Jg. 6, Heft 4, 467-481.

Rothman, Franklin Daniel/Oliver, Pamela E. 1999: From Local to Global: The Antidam Movement in Southern Brazil. In: Mobilization, Jg. 4, Heft 1, 41-57.

Schneider, Mindi 2008: "We are Hungry!" A Summary Report of Food Riots, Government Responses, and States of Democracy in 2008. Cornell University, Ithaca, NY.

Seidman, Gay W. 2000: Adjusting the Lens: What Do Globalizations, Transnationalism, and the Anti-apartheid Movement Mean for Social Movement Theory? In: Guidry, John A./Kennedy, Michael D./Zald, Mayer N. (Hg.): Globalizations and Social Movements: Culture, Power, and the Transnational Public Sphere. Ann Arbor: The University of Michigan Press, 339-359.

Smith, Jackie 2004: Transnational Processes and Movements. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, MA: Blackwell, 311-335.

Tarrow, Sidney G. 2005: The New Transnational Activism. Cambridge: Cambridge UP.

Towers, George 2000: Applying the Political Geography of Scale: Grassroots Strategies and Environmental Justice. In: The Professional Geographer, Jg. 52, Heft 1, 23-36.

Walton, John/Seddon, David 1994: Free Markets and Food Riots: The Politics of Global Adjustment. Oxford u.a.: Blackwell.

Zahonogo, Pam/Bitibale, Soumaila/Kabre, Adama 2011: Etude sur la structure des prix des biens et services de grande consommation. Ouagadougou: Ministère de l'industrie, du commerce et de l'artisanat.

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing?

Effekte zivilgesellschaftlicher Kooperation zwischen Peripherie und Zentrum: Gewerkschaftsbewegungen in Ghana und Benin und die Friedrich-Ebert-Stiftung

Frauke Banse

Wegen ihrer schlechten finanziellen Ausstattung werden Gewerkschaften in peripheren Ländern häufig von Geldgebern aus Europa oder den USA gefördert. Die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine dieser geldgebenden Organisationen und eine der wenigen mit Büros in den jeweiligen Ländern des „Globalen Südens“. Seit den 1960er Jahren fördert die FES Gewerkschaften, unter anderem durch themenspezifische Fortbildungen von Gewerkschaftsfunktionär_innen. Die Gewerkschaftsarbeit ist eine der traditionellen Kernaufgaben der Stiftung und bestimmt wesentlich ihre sozialdemokratische Identität. Afrika war über viele Jahrzehnte der Schwerpunkt der Auslandsarbeit der FES; die Stiftung ist heute in 19

Ländern des Kontinents vertreten. Welche Effekte hat die Arbeit der FES auf afrikanische Gewerkschaften und wie erklären sich Unterschiede in den Wirkungen ihrer Förderung trotz eines einheitlichen Förderansatzes? Basierend auf 50 Expert_inneninterviews, teilnehmender Beobachtung und Dokumentenanalyse diskutiere ich diese Fragen am Beispiel der Gewerkschaften Ghanas und Benins.¹ Ich untersuche das Förderprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Abkommen von Cotonou, einem Vertrag zwischen der EU und unter anderem afrikanischen Staaten, dessen ökonomisches Kernstück umfassende Freihandelsabkommen sind, die so genannten *Economic Partnership Agreements* (EPAs). Die FES entwarf ein För-

derprogramm, das zivilgesellschaftliche Akteure in Afrika befähigen sollte, sich an der Implementierung des im Jahr 2000 unterschriebenen Cotonou-Vertrages zu beteiligen. Schwerpunkt des so genannten AKP-EU-Projekts² waren die sechs westafrikanischen Länder mit FES-Büros. Die ghanaischen und beninischen Gewerkschaften nahmen in dem AKP-EU-Projekt der Stiftung eine herausragende Stellung ein, weshalb sie für die vergleichende Studie ausgewählt wurden, auf der dieser Beitrag beruht (vgl. ausführlich Banse 2013).

Die FES sieht sich generell in ihrer Förderpolitik als Moderatorin ohne explizite eigene Position. Jedoch zeigt sich in der Art und Weise, wie und mit welchen Gewerkschaften sie kooperiert, deutlich ihre Nähe zur bundesdeutschen Sozialdemokratie. In Bezug auf die EPAs und das Abkommen von Cotonou kann zudem rekonstruiert werden, dass die FES die EPAs und das Abkommen von Cotonou zwar kritisch begleitet, im Grundsatz aber befürwortet.

Die Ergebnisse der vergleichenden Studie stehen nicht nur zum Sprichwort „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ im Widerspruch, sondern auch zu einer immer wieder vertretenen Position in der wissenschaftlichen Diskussion um die Wirkung von zivilgesellschaftlicher Förderung (z.B. Hearn 2007; Wallace 2004; zum Literaturüberblick vgl. Banse 2013: 24ff.). Die empirischen Daten zeigen, dass der Geldgeber, in diesem Fall die FES, nicht notwendigerweise die politische Agenda der geförderten Organisationen vorgibt. Vielmehr wird deutlich, dass die Wirkung der Gewerkschaftsförderung nicht nur von der inneren Verfasstheit der geförderten Gewerkschaften, sondern in den untersuchten Beispielen vor allem von deren politischer Umgebung und damit von der Institution gewordenen Geschichte der Arbeiter_innenbewegung der jeweiligen Länder abhängt. Dies bestimmt wesentlich die Dynamik zwischen Empfänger- und Geberorganisationen, in diesem Fall zwischen FES und den Gewerkschaften in Ghana und Benin.

Im Folgenden wird zunächst das Förderprogramm der FES dargestellt, um dann die EPAs-Agenden der geförderten Gewerkschaften und ihr jeweiliges Verhältnis zur FES zu beschreiben. Anschließend werden die Ursachen für die ausgemachten Differenzen analysiert und im letzten Schritt die Frage erörtert, welche Schlussfolgerungen aus der Untersuchung für andere Kooperationsbeziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen der Peripherie und der Metropolenstaaten zu ziehen sind.

1 | Das AKP-EU-Projekt

Das westafrikaweite AKP-EU-Projekt der Ebert-Stiftung begann im Jahr 2002 und war sowohl regional als auch national angelegt. Auf nationaler Ebene veranstaltete die FES für Gewerkschaften, Parlamentarier_innen, Medienrepräsentant_innen Seminare zum Abkommen von Cotonou. Auf regionaler Ebene förderte sie im so genannten Regionalen Arbeitskreis (RAK) vorwiegend die gewerkschaftliche Arbeit zum Abkommen von Cotonou, allen voran zu den EPAs. Teilnehmende des RAK waren Gewerkschaftsfunktionär_innen aus den sechs Partnerländern. Die Gewerkschaften Benins und Ghanas waren die anglophone (Ghana) bzw. frankophone (Benin) Kontaktstelle; ihnen kam koordinierende Funktionen für die Arbeit des RAK zu.

Trotz insgesamt übereinstimmender Förderpraktiken der FES in beiden Ländern unterscheiden sich die EPAs-Agenden der Gewerkschaften in Ghana und Benin deutlich. Während der *Ghana Trade Union Congress* (GTUC) die EPAs bzw. das Vorgehen der EU als erpresserisch und neokolonial brandmarkte, nahm das beninische gewerkschaftliche Netzwerk *Réseau des Organisations Syndicales du Bénin* (ROSYB) eine weit moderate Position ein und betonte z.B., dass die EPAs auch positive Effekte für die beninische Wirtschaft hätten. In dem Positionspapier der beninischen Gewerkschaften wird das Vorgehen der EU im Gegensatz zum ghanaischen nicht di-

rekt kritisiert. Im Vergleich der beiden Positionspapiere fällt auf, dass das ghanaische sehr viel stringenter und inhaltlich kompetenter verfasst wurde. In den Interviews bestätigte sich, dass die ghanaischen Gewerkschaften über ein weit umfassenderes Wissen bezüglich der EPAs verfügten als ihre beninischen Kolleg_innen. Auch in den konkreten EPAs-Aktivitäten sind deutliche Unterschiede auszumachen: Während sich die Aktivitäten der beninischen Kolleg_innen weitgehend auf die Seminare mit der FES beschränkten, waren die ghanaischen Gewerkschaften in der nationalen Stop-EPAs-Koalition verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure aktiv und vertraten diese in der ghanaischen Verhandlungsdelegation.

Zudem fiel auf, dass die Ebert-Stiftung in beiden Ländern eine grundsätzlich unterschiedliche Rolle in den Agenda-Prozessen der untersuchten Gewerkschaften spielte. Während sie in Ghana bestehende Prozesse z.B. durch die Finanzierung von Seminaren und Pressekonferenzen unterstützte, die Gewerkschaften aber bereits unabhängig von der Stiftung in zivilgesellschaftliche Netzwerke gegen die EPAs eingebunden waren, initiierte die FES in Benin die gesamte gewerkschaftliche EPAs-Arbeit. In Ghana gingen die Gewerkschaften auf die FES zu und schlugen eine Kooperation in Bezug auf die EPAs vor. In Benin hingegen nahm die FES über das beninische Handelsministerium zunächst Kontakt zur einzigen handelspolitisch arbeiten Nichtregierungsorganisation GRAPAD (*Groupe de Recherche et d'Action pour la Promotion de l'Agriculture et du Développement*) auf, die in Benin zum Abkommen von Cotonou tätig war, und schlug dann der wichtigsten Partnergewerkschaft der Stiftung, der CSA-Bénin (*Confédération des Syndicats Autonomes du Bénin*), vor, sich einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Handelsministerium, FES und GRAPAD anzuschließen. Daraufhin entsandte die CSA-Bénin den Zuständigen für Bildungsfragen in die Arbeitsgruppe. Auf Initiative dieses Arbeitskreises bildete sich in Benin die zivilgesellschaftliche Plattform PASCIB (*Plate-forme des acteurs de la société civile au*

Bénin), die zu den EPAs arbeitete, und als Teil dieser Plattform, das gewerkschaftliche Netzwerk ROSYB. ROSYB verband die sieben Dachgewerkschaften Benins für die Arbeit zum Abkommen von Cotonou miteinander. Beide Zusammenschlüsse – PASCIB wie ROSYB – wurden über Jahre wesentlich bzw. ausschließlich von der FES finanziert. Während sich PASCIB nicht zuletzt wegen der vorherigen Aktivitäten GRAPADs zu einem aktiven Netzwerk entwickelte, blieb ROSYB weitgehend passiv. Allein sein Geschäftsführer – der damalige Entsandte der CSA – sowie sein Stellvertreter nahmen an Aktivitäten PASCIBs und des westafrikanischen Gewerkschaftszusammenschluss RAK teil. Die anderen Mitglieder ROSYBs trafen sich letztlich nur auf den Seminaren der FES.

Während der von der FES verfolgte proaktive Ansatz in Ghana auf bereits vorhandene EPAs-Aktivitäten der Gewerkschaften stieß, diese stärkte und die ghanaischen Gewerkschaften unter anderem durch ihre bereits vorhandene gute Vernetzung mit nationalen NGOs inhaltlich wenig von der Ebert-Stiftung beeinflusst waren, schuf die FES mit ihrem Vorgehen in Benin überhaupt erst eine gewerkschaftliche EPAs-Agenda. Entsprechend waren die beninischen Gewerkschaften finanziell wie inhaltlich von der Stiftung abhängig, und entsprechend gering waren ihre Aktivitäten in den gewerkschaftlichen Alltag rückgekoppelt. Letztendlich schuf die FES mit ROSYB ein gewerkschaftliches Satelliten-Netzwerk, dessen Aktivitäten sich darauf beschränkte, für seine Mitglieder Fortbildungen zu organisieren. Für die gewerkschaftliche Praxis war es jedoch irrelevant.

2 | Ursachen für die Unterschiede

Um die Unterschiede hinsichtlich der gewerkschaftlichen EPAs-Agenden und Rollen der FES in den jeweiligen Agenda-Prozessen zu erklären, könnten verschiedene Einzelaspekte herangezogen werden. So wäre zum Beispiel zu argumentieren, dass die Unterschiede bei den

EPAs-Agenden vor allem auf die unterschiedlichen ökonomischen Interessen der beninischen und ghanaischen Gewerkschaften zurückzuführen seien. Eng damit verbunden wäre die Annahme, dass die ghanaische Vorreiterstellung in Fragen der EPAs allein durch das frühe Engagement der Landarbeiter_innengewerkschaft *General Agricultural Workers Union* (GAWU), Mitgliedsgewerkschaft des GTUC, im Konflikt um den Bananenhandel zu erklären sei. Die Auseinandersetzung mit dem ghanaisch-europäischen Bananenhandel entspann sich für GAWU Mitte der 1990er Jahre in einem Tarifkonflikt und führte dazu, dass die Gewerkschaft sich mit Fragen internationalen Handels beschäftigte. Andere Vermutungen könnten dahin gehen, dass die Unterschiede vor allem mit der Praxis der Geberorganisation, also der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu erklären seien.

Diese und andere Aspekte sind wichtig zu beachten, können die Unterschiede aber nicht hinreichend begründen. Die Untersuchung zeigt, dass GAWUs frühe Beschäftigung mit dem internationalen Bananenhandel unzweifelhaft dazu beitrug, dass die Landarbeiter_innengewerkschaft a) schon vor dem Kontakt mit der Ebert-Stiftung über Expertise in Handelsfragen verfügte und b) sie auf Grund dieser Expertise und zivilgesellschaftlicher Kontakte weit unabhängiger von der Stiftung agierte als die beninischen Gewerkschaften. Doch dieses Ergebnis des Vergleichs erklärt noch nicht, welche Voraussetzungen GAWU mitbrachte, die Probleme im europäisch-ghanaischen Bananenhandel überhaupt zu behandeln, sie öffentlich zu politisieren und sich zivilgesellschaftlich in Handelsfragen einzubinden. GAWUs allgemeinpolitische Agenda beschränkt sich zudem bei weitem nicht nur auf den Bananenhandel. Wäre dies der Fall gewesen, hätte sie den EPAs zustimmen müssen – schließlich drohte die EU, bei Nicht-Unterzeichnung der EPAs Zölle auf ghanaische Bananen zu erheben (Patel 2007: 10f). Darüber hinaus sagt GAWUs Expertise noch nichts darüber aus, weshalb die beninischen Gewerkschaften

eine vergleichbare Expertise hinsichtlich der EPAs nicht hatten. Ebenso wenig erklärt sie, wieso die beninischen Gewerkschaften in ihrem gesamten EPAs-Engagement von der FES abhängig waren und weshalb das Thema EPAs so wenig in die jeweiligen Gewerkschaften rückgebunden wurde.

Hinsichtlich der Praxis der Geberorganisation, also der FES, lassen sich die beschriebenen Unterschiede weder durch das individuelle Handeln der FES-Repräsentant_innen vor Ort noch durch konzeptionelle Unterschiede in den Förderprogrammen erklären. Durch interne Regularien zur Vereinheitlichung des Stiftungshandelns und aufgrund der Tatsache, dass das AKP-EU-Projekt für alle westafrikanischen FES-Büros konzipiert war, verfolgte die FES in Benin und Ghana den gleichen Ansatz. Die konkrete Ausgestaltung des Projektes richtete sich jedoch nach den örtlichen Gegebenheiten. Dies führte zu unterschiedlichen Arten der Kontaktaufnahme der FES zu den nationalen Partnerorganisationen und zu unterschiedlicher Gestaltung der jeweiligen Kooperation in Bezug auf die EPAs bzw. dem Abkommen von Cotonou. Entsprechend konnte in Ghana die FES nicht die Rolle spielen, die sie in Benin einnahm: Während die Stiftung in Benin die Vernetzung zwischen Gewerkschaften und NGOs zentral förderte, so bestanden diese Kontakte in Ghana, insbesondere zwischen GAWU und der handelspolitisch führenden NGO, bereits lange vor dem AKP-EU-Projekt der FES. Doch war nicht nur die Frage entscheidend, inwiefern die Gewerkschaften vor der Kooperation mit der Stiftung zu den EPAs arbeiteten. Auch beeinflusste die sozialdemokratische Förderpolitik der FES und damit die einem konkreten Projekt übergeordnete Stiftungspraxis maßgeblich die jeweilige nationale Ausgestaltung des Projektes und die Ergebnisse der Kooperation zwischen FES und Gewerkschaften. Denn die Stiftung traf in den beiden Ländern auf unterschiedliche Gewerkschaftstraditionen, -strukturen und -praktiken; mit Richard Hyman (1994) auf verschiedene „Gewerkschaftsidentitäten“.

3 | Gewerkschaftsidentitäten

Zwar teilen Gewerkschaften überall auf der Welt die gemeinsame Grundfunktion der Interessenvertretung von Lohnabhängigen. Gewerkschaftsprogramme und -strategien entwickeln sich jedoch in spezifischen sozialen, ökonomischen und politischen Kontexten. Diese müssen untersucht werden, um die Grenzen und Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns verstehen zu können. Gewerkschaften handeln innerhalb historisch gewachsener und gleichzeitig wandelbarer Strukturen (Fairbrother/Webster 2008: 209; Rüb 2009: 59). Diese vererbten Traditionen nennt Hyman „Gewerkschaftsidentitäten“. Gewerkschaftsidentitäten entwickeln sich einerseits durch organisationsinterne Entscheidungen und Auseinandersetzungen, andererseits durch die Interaktion mit und in Reaktion auf das gewerkschaftliche Umfeld (Ökonomie, Staat, Kapital, zivilgesellschaftliche Organisationen). Gewerkschaften sind damit sowohl Subjekte als auch Objekte ihrer Geschichte. Ihre Identitäten strukturieren ihr Handeln, determinieren es aber nicht (Hyman 1994: 132).

Um nationale Gewerkschaftsbewegungen zu vergleichen, schlägt Hyman vor, Gewerkschaftsidentitäten in vier Kategorien zu unterteilen:

1. Interesse (Reichweite, Struktur und Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Interessenvertretung)
2. Demokratie (interne Machtverteilung und Partizipationsmöglichkeiten in den Gewerkschaften)
3. Agenda (thematische Schwerpunkte und politische Ausrichtung der Gewerkschaften)
4. Macht (strukturelle Voraussetzungen, Form und Praxis der Einflussmöglichkeiten)

Jede dieser Kategorien lässt sich daraufhin untersuchen, inwiefern sie die Unterschiede der FES-Kooperation in Ghana und Benin erklären hilft. Die Kategorien stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander, keine von ihnen kann allein erklärend sein. Der Schlüs-

sel zum Verständnis der unterschiedlichen EPAs-Agenden liegt jedoch insbesondere in der Verbindung der Kategorien „Agenda“ und „Macht“. Denn über diese Verbindung lässt sich das spezifische Verhältnis zur *sozialdemokratischen* Friedrich-Ebert-Stiftung verstehen.

In Benin sind die Gewerkschaften durch die französische Tradition der Richtungs-gewerkschaften geprägt. Die meisten der zum Untersuchungszeitraum (2002-2008) sieben Dachverbände waren sozialdialogisch ausgerichtet, gehörten dem globalen Gewerkschaftsdachverband *International Trade Union Confederation* (ITUC) an und verfügten über eine nur wenig ausgeprägte Agenda zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie. Hervorstechende Ausnahme sowohl der sozialdialogischen Ausrichtung wie der Beschäftigung mit Themen der internationalen Ökonomie war der eng mit der kommunistischen Partei Benins verbundene und weltverbandsunabhängige Gewerkschaftsdachverband *Confédération des Syndicats de Travailleurs du Bénin* (CSTB). Dieser entstand ebenso wie die kommunistische Partei Benins PCB in Opposition zum sich sozialistisch nennenden Regime von Matthieu Kérékou (1972-1989/1990). Die CSTB verortet sich ebenso wie die PCB in der Tradition des autoritären Staatssozialismus und ist mit Abstand der stärkste der sieben beninischen gewerkschaftlichen Dachverbände. Der Generalsekretär der CSTB bezeichnete die FES als „Spion“ (Interview Generalsekretär CSTB, Cotonou, 18.11.2010), die er sofort aus dem Land werfen wolle, so er denn an der Macht wäre. Die Vertreter_innen der CSTB in das von der FES geförderte Netzwerk ROSYB habe der Generalsekretär nur wegen der „allgemeinen Misere“ entsendet. Obwohl die CSTB sich viele Jahre mit den Folgen der Strukturanpassungspolitik beschäftigt und vielfach ihre Mitglieder gegen die Politiken von IWF und Weltbank mobilisiert hatte, waren weder der Generalsekretär der CSTB noch der die Gewerkschaft politisch beratende intellektuelle Kopf der kom-

munistischen Partei über die Bedeutung der EPAs für die beninische Ökonomie informiert.

Die FES selbst steht der CSTB zwar nicht genauso feindlich, jedoch sehr distanziert gegenüber. Als sozialdemokratische Stiftung weicht sie nur in Ausnahmefällen von ihrer Praxis ab, nur mit Gewerkschaften zu kooperieren, die der ITUC angehören.

Im Gegensatz dazu ist das Verhältnis des mit Abstand stärksten gewerkschaftlichen Dachverbandes in Ghana, des GTUC, zur FES ein freundlich-kritisches. Für die FES ist der GTUC als eine der stärksten Dachgewerkschaften Afrikas ein wichtiger Partner. Der GTUC ist in seinen Ursprüngen zum einen durch die britische Tradition der Einheitsgewerkschaft, zum anderen durch die – in Ghana im Gegensatz zu Benin sehr starke und erfolgreiche – Unabhängigkeitsbewegung geprägt. Er ist sozialdialogisch ausgerichtet, positioniert sich gleichzeitig aber in Tradition der Unabhängigkeitsbewegung dem europäischen Einfluss gegenüber kritisch. Der Einfluss der Unabhängigkeitsbewegung zeigt sich auch bei der in Fragen der EPAs besonders aktiven Landarbeiter_innengewerkschaft GAWU. Bereits in den 1960er Jahren organisierte GAWU in der panafrikanischen Tradition des Unabhängigkeitsführers Kwame Nkrumah vertriebene migrantische Kakaobäuerinnen und -bauern und legte damit den Grundstein für eine heute starke Organisation von Kleinbäuerinnen und -bauern: Diese machen inzwischen mehr als 50% der GAWU-Mitgliedschaft aus. Der hohe Anteil von Kleinbäuerinnen und -bauern prägt GAWUs Agenda wesentlich. Da Kleinbäuerinnen und -bauern keinen direkten Arbeitgeber haben, stellt GAWU die Forderung an die Regierung, um die Marktposition ihrer Mitglieder zu verbessern. GAWU trat entsprechend beispielsweise gegen das Dumping europäischer Hühnchenschenkel oder Tomaten ein und forderte höhere Zölle zum Schutz heimischer landwirtschaftlicher Produkte. Aber auch der GTUC engagierte sich zu allgemeinen politischen Themen – z.B. gegen die Privatisie-

rung der Wasserversorgung oder ghanaischer Banken.

Der GTUC ist im Gegensatz zur CSTB dezidiert parteipolitisch unabhängig. An Stelle der Kooperation mit politischen Parteien ist die Koalition mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen offiziell verfolgte Politik des GTUC (Akwetey/Darkenoo 2010: 49f). Die unterschiedlichen Koalitionstraditionen der beninischen und ghanaischen Gewerkschaftsbewegungen haben letztendlich auch die stärkste Erklärungskraft für die unterschiedlichen EPAs-Agenden. Die Koalitionen können nicht losgelöst von den anderen Aspekten der Gewerkschaftsidentitäten gesehen werden, sind aber der entscheidende Faktor zur Erklärung der Unterschiede. Koalitionen zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bzw. NGOs werden in der neueren Diskussion um Strategien gewerkschaftlicher Erneuerung als mögliche Kompensation struktureller oder Organisationsmacht von Lohnabhängigen verstanden. Auch dann, wenn Gewerkschaften ihnen nur wenig bekannte Thematiken bearbeiten, liegt es nahe, dass sie sich für Expertise und Unterstützung an andere zivilgesellschaftliche Organisationen wenden (Frege et al. 2004: 145ff). Im handelspolitischen Bereich sind diese Koalitionen für verschiedene Gewerkschaften von großer Bedeutung (McGuire/Scherrer 2010: 51ff, 57f).

In Ghana bestanden Koalitionen zwischen GTUC/GAWU und handelspolitisch arbeitenden NGOs, insbesondere dem *Third World Network* (TWN) schon lange vor dem AKP-EU-Projekt der FES. In Benin hingegen wurden die Kontakte zwischen der handelspolitischen NGO und Gewerkschaften durch die FES-Kooperation erst hergestellt. Koalitionen zwischen Gewerkschaften und NGOs gab es in Benin zwar auch unabhängig von der FES. Sie waren aber weit schwächer und später etabliert als in Ghana und vor allem auf Fragen demokratischer Rechte beschränkt. Sozioökonomische Themen wie die Folgen von Privatisierungen wurden im Gegensatz zu Ghana von den beninischen Ge-

werkschaften weitgehend allein, ohne Koalition mit NGOs bearbeitet.

4 | Koalitionen zwischen Gewerkschaften und NGOs

Die Ursachen für diese verschiedenen Koalitionstraditionen sind vor allem in der Geschichte der linken Bewegungen beider Länder zu suchen. In Ghana bestehen durch die marxistischen Bewegungen der frühen 1980er Jahre langjährige persönliche Kontakte zwischen Aktiven im TWN und den GTUC-Gewerkschaften (vgl. ausführlich Banse 2013: 308ff). Verbindendes Element sind, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, positiv-kritische Bezüge auf den ersten Präsidenten und Führer der Unabhängigkeitsbewegung Ghanas, Kwame Nkrumah. Führende Gewerkschaftsfunktionär_innen, die sich mit den EPAs und anderen handelspolitischen Fragen befassten, konnten auf Grund der gemeinsamen Geschichte und ideologischer Orientierung auf Kontakte zu führenden Personen in den relevanten NGOs, insbesondere dem TWN und damit auf ihre Expertise und internationalen Netzwerke zurückgreifen. In Benin manifestierte sich Ende der 1970er/Anfang 1980er Jahre eine enge Verbindung zwischen einem Teil der Arbeiter_innenbewegung und der kommunistischen Partei Benins, die bis heute Bestand hat. Aus der beninischen Demokratiebewegung Ende der 1980er Jahre entstanden keine politisch relevanten Kontakte zwischen Aktivist_innen, die heute in den Gewerkschaften bzw. NGOs tätig sind, und auf die in handelspolitischen Fragen hätte zurückgegriffen werden können. Durch die fehlende Information der kommunistischen Partei über die EPAs konnte die Partei als Think Tank des stärksten und allgemeinpolitisch aktivsten Gewerkschaftsverband CSTB diesen auch nicht über die Handelsabkommen informieren bzw. ihn zu Aktivitäten anregen. Alle Informationen zu den Abkommen erhielten die CSTB-Kolleg_innen über die FES-Kooperati-

on – und diese wurde von der Führung der CSTB abgelehnt.

Die unterschiedlichen Koalitionstraditionen sind auch auf unterschiedliche ideologische Orientierungen der NGOs selbst zurück zu führen. Die in Fragen der internationalen Ökonomie zentralen NGOs beider Länder (TWN und GRAPAD) orientierten sich unterschiedlich in Bezug auf die Gewerkschaften. Während sich das TWN in Ghana explizit auf die Arbeiter_innenbewegung als strategischen Partner bezog und enge Kontakte zu den verschiedenen Gliederungen der Gewerkschaften pflegte, hatte GRAPAD bis zur Initiative der FES faktisch keine Kontakte zu Gewerkschaften. Im Gegensatz zu Ghana gab es in Benin also weder auf Seiten der NGOs noch auf Seiten der Gewerkschaften „Brückenbilder“ (Frege et al. 2004), die eine von der FES unabhängige und analytisch starke Koalition hätten bilden können.

Im vorliegenden Fall trafen die historisch geformten ideologischen Orientierungen der stärksten Fraktionen der Arbeiter_innenbewegung der drei Länder (Deutschland, Benin und Ghana) aufeinander: Die FES agiert als wichtige Institution der durch Korporatismus und Sozialpartnerschaft geprägten deutschen Sozialdemokratie. In Benin traf die FES in einer durch den französischen Kolonialismus geprägten Kultur der Richtungsgewerkschaft auf die kommunistische CSTB. Diese wiederum war stark durch die harten Auseinandersetzungen während der Kérékou-Ära geprägt. Das doktrinaire Auftreten der kommunistischen Partei und der CSTB trug mit dazu bei, dass die beninischen Dachgewerkschaften dem Thema EPAs letztendlich keine Aufmerksamkeit schenkten – schließlich ignorierte der stärkste und ansonsten in allgemeinpolitischen Fragen aktivste Gewerkschaftsverband die Freihandelsabkommen EPAs, auch weil das Thema von der sozialdemokratischen FES an die Gewerkschaften herangetragen wurde.

In Ghana traf die FES hingegen auf Vertreter_innen der Gewerkschaften, die durch

die Unabhängigkeitsbewegung und die politischen Umbrüche in den 1980er Jahren anders geprägt waren als ihre beninischen Kolleg_innen. Der linke Flügel der Gewerkschaften war im Gegensatz zu Benin durch die Prägung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den 1950er, 1960er und 1980er Jahren nicht ungeboren an einer Partei ausgerichtet. Die so beeinflussten Gewerkschafter_innen koalierten in den verschiedenen Fragen mit ihnen ideologisch nahen Personen in den betreffenden NGOs und hatten ein kritisch-offenes Verhältnis zur sozialdemokratischen, durch den deutschen Korporatismus geprägten FES. So nutzen sie das Angebot der Stiftung für ihre bereits vorhandenen gewerkschaftspolitischen Ziele und wichen zumindest rhetorisch stark von der inhaltlichen EPAs-Agenda der Stiftung ab.

5 | Fazit

Die Institutionen gewordene Geschichte, die sich in den Gewerkschaftsidentitäten und hier im Speziellen im Koalitionsverhalten der Gewerkschaften widerspiegelt, zeigt, dass Fördergelder trotz gleicher Programme sehr unterschiedliche Effekte und finanzielle wie inhaltliche Abhängigkeiten nach sich ziehen können. Abstrahiert von der in diesem Beitrag untersuchten Förderbeziehung heißt es letztlich, dass insbesondere solidarische Kooperationen, bei denen Geld fließt oder evtl. lukrative Kontakte geschaffen werden, die Verfasstheit der Gewerkschaften beachtet werden muss: Wenn das geförderte Projekt in die konkrete Gewerkschaftsarbeit eingebunden ist und die Gewerkschaft auch noch politische Unterstützung außerhalb der finanziellen Kooperation hat, ist die Chance sehr viel größer, dass durch die Förderung nicht ein „Satellitennetzwerk“ wie im Falle ROSYBs entsteht, sondern die bereits vorhandene Arbeit gestärkt wird und die geförderte Organisation inhaltlich weit unabhängiger vom Geldgeber ist. Auch sind andere, in diesem Artikel nicht behandelte Folgen der Förderbeziehung zu beachten, etwa negative Auswirkungen externer Geberbeziehungen auf

die gewerkschaftsinterne Demokratie. Fördergelder sollten beispielsweise nicht die Mitgliedsbeiträge ersetzen, da sich damit Gewerkschaftsfunktionär_innen besser der demokratischen Kontrolle entziehen können (vgl. Banse 2013).

Inwieweit die untersuchte Kooperation zwischen FES und den Gewerkschaften in Ghana und Benin tatsächlich exemplarisch für die Gewerkschaftsarbeit der Ebert-Stiftung ist, müssen weitere Forschungen zeigen. So wären die Ergebnisse der vorliegenden Studie beispielsweise mit der Gewerkschaftsarbeit der FES in einer ggf. politisch brisanteren Auseinandersetzung, etwa während des arabischen Frühlings zu kontrastieren. Hier wäre beispielsweise zu untersuchen, inwieweit die FES den geförderten Gewerkschaften wie im Falle Ghanas große inhaltliche Spielräume einräumt und auch deutlichen Dissens zu den eigenen politischen Zielen zulässt.

Frauke Banse promovierte an der Universität Kassel zum in diesem Artikel behandelten Thema. Heute arbeitet sie für die Kampagne für Saubere Kleidung. Kontakt: frauke.banse@gmx.de

Anmerkungen

- ¹ Der Forschungszeitraum der Studie liegt zwischen 2002 und 2008, im Jahr 2010 wurden die letzten Daten erhoben.
- ² Die Freihandelsabkommen EPAs und das Abkommen von Cotonou werden nicht allein zwischen den Ländern Subsahara-Afrikas und der EU verhandelt, sondern auch mit Staaten aus der Pazifik-Region und der Karibik. Diese Staatengruppe wird als „AKP-Staaten“ zusammengefasst. Entsprechend wurde das Förderprojekt zum Cotonou-Abkommen innerhalb der FES informell „AKP-EU-Projekt“ genannt.

Literatur

Akwetey, Emmanuel/Darkenoo, David 2010: Disengagement from Party Politics: Achie-

vements of Challenges for the Ghana Trade Union Congress. In: Beckman, Björn/Lloyd M. Sachikonye/Buhlungu, Sakhela (Hg.): Trade Unions & Party Politics. Labour Movement in Africa. Cape Town: HSRC Press, 39-58.

Banse, Frauke 2013: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“? Das AKP-EU-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung und die EPAs-Agenden der beninischen und ghanaischen Gewerkschaften. Eine vergleichende Analyse zivilgesellschaftlicher Geber-Empfänger-Beziehungen. Dissertation, Universität Kassel: Veröffentlichung ausstehend.

Fairbrother, Peter/Webster, Edward 2008: Social Movement Unionism: Questions and Possibilities. In: Employee Responsibilities and Rights Journal, Jg. 20, Heft. 4, 309-313.

Frege, Carola M./Heery, Edmund/ Turner, Lowell 2004: The New Solidarity? Trade Union Coalition-Building in Five Countries. In: Frege, Carola/Kelly, John (Hg.): Varieties of Unionism. Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy. Oxford: Oxford University Press, 137-158.

Hearn, Julie 2007: African NGOs: The New Compradors? In: Development and Change, Jg. 38, Heft 6, 1095-1110.

Hyman, Richard 1994: Changing Trade Union Identities and Strategies. In: Hyman, Richard/ Ferner, Anthony (Hg.): New Frontiers in European Industrial Relations. Oxford, Cambridge: Blackwell, 108-139.

McGuire, Donna/Scherrer, Christoph (2010): Developing a Labour Voice in Trade Policy at the National Level. Global Labour University Working Papers, Nr. 8. Berlin: GLU.

Patel, Mayur 2007: Economic Partnership Agreements between the EU and African Countries: Potential Development Implications for Ghana. www.realizingrights.org/pdf/EPAs_between_the_EU_and_African_Countries_-_Development_Implications_for_Ghana.pdf, zugegriffen am 20.6.2012.

Rüb, Stefan 2009: Die Transnationalisierung der Gewerkschaften. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der IG Metall. Berlin: Edition Sigma.

Wallace, Tina 2003: NGO Dilemmas: Trojan Horses for Global Neoliberalism? In: Socialist Register, Jg. 40, 232-252.

Studierendenbewegungen in Mali und Kenia

Anna Deutschmann

Studierende – junge Menschen, die durch Bildung und ihre gesellschaftliche Position einen besonderen Status haben – zählen weltweit zu einer mobilisierenden und mobilisierbaren Gruppe, die in vielen Ländern politische Prozesse beeinflussen (Altbach 1984; Hanna 1971). In Afrika waren bis in die 1960er Jahre die Unabhängigkeitsbestrebungen zentrales politisches Thema von Studierenden. Studierende, die in anderen Teilen der Welt Universitäten besuchten, und solche, die mit dem Aufbau von Hochschulen im eigenen Land ausgebildet wurden, waren in den unabhängigen afrikanischen Staaten

aktiv an der Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Prozesse beteiligt (Balsvik 1998; Amutabi 2002). Ab den 1960er Jahren richteten sich die Proteste in den meisten afrikanischen Staaten verstärkt auf nationale Politiken. Gründe für Unruhen lagen in der Beziehung zwischen Universitäten und Staat, die von gegenseitigem Misstrauen und Enttäuschungen gezeichnet war (Balsvik 1998). Obwohl viele autoritäre Regierungen repressiv gegen protestierende Studierende vorgingen – etwa in Togo, Benin, Zaire und Kenia – fanden politische Transformationsprozesse wie die äthiopische Revolution von 1974

ihren Ausgang in Studierendenprotesten (Marx 2004: 320).

Ab 1989 begann in Afrika eine Welle der Liberalisierung (Wiedner 1997), und im Zuge von Demokratisierungsprozessen waren Studierende Teil der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die Mehrparteiensysteme forderten und politische Transformationen (mit) auslösten. Studierende zählen gleichzeitig zur Elite ihrer Länder, und auch diese doppelte Funktion macht sie zu zentralen Akteuren in politischen und gesellschaftlichen Prozessen (Lipset 1966).

In der wissenschaftlichen Literatur werden Studierende als politisch relevante Akteure Afrikas häufig benannt, selten jedoch systematisch untersucht (Ausnahmen z.B. Altbach 1970, 1998; Balsvik 1998; Zeilig/Ansell 2008).

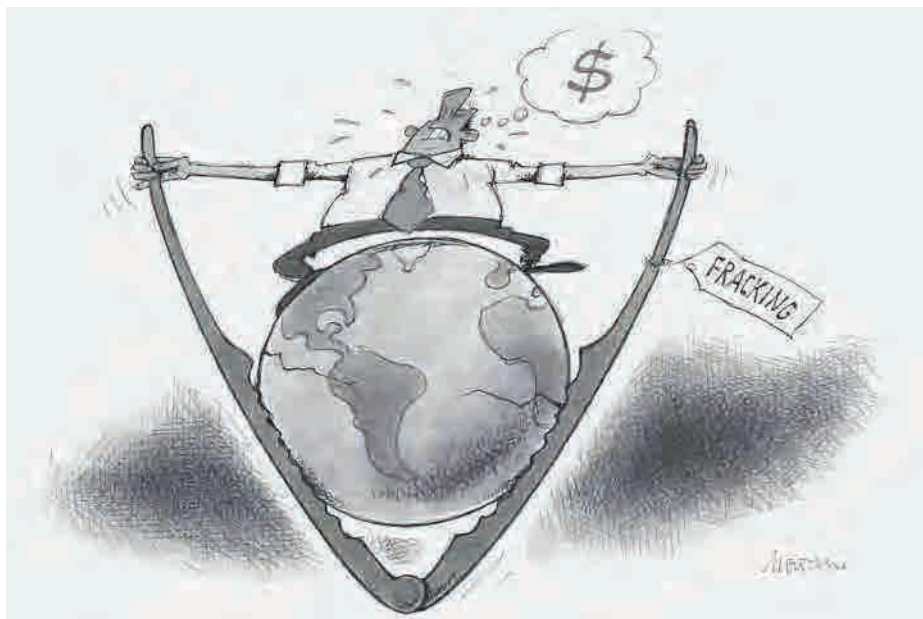
Wie verändern sich die studentischen Bewegungen mit dem (partiellen) Erreichen der Ziele, die Auslöser für die Mobilisierung darstellten? Wie wirken bzw. wie interagieren Teilnahmemotive der Aktivist_innen, Mobilisierung und Organisationsstrukturen der Studierendenbewegungen?

Diesen Fragen werde ich in diesem Beitrag anhand der Beispiele studentischer Bewegun-

gen in Mali und Kenia nachgehen. Dazu werden zuerst theoretische Bezugspunkte zur Analyse der Mobilisierung und der Organisation von Studierenden ausgelotet (1). Auf der Grundlage der Analyse von Interviews mit studentischen Aktivist_innen und Hochschulangehörigen, die zwischen 2007 und 2013 geführt wurden, erfolgt die Darstellung der kontrastierenden Fallstudien zu Mali (2) und Kenia (3). Ich gehe dabei jeweils auf zentrale historische Aspekte, den Kontext der Mobilisierung, die Organisationsstrukturen und Motive der Studierenden und Aktivist_innen ein. Am Ende des Beitrags erfolgt die Zusammenführung der Fallstudien (4).

1 | Bewegungsverläufe und Institutionalisierungsprozesse

Soziale Bewegungen lassen sich als Prozess verstehen, der von Mitgliedern bestimmter gesellschaftlicher Gruppen getragen wird. Dieser Prozess verläuft in Phasen, an deren Ende oftmals die Institutionalisierung steht (Rammstedt 1978), innerhalb derer sich eine Organisation in die jeweiligen politisch-insti-



tutionellen Strukturen einfügt. Die Institutionalisierung muss nicht notwendigerweise das Ende einer sozialen Bewegung, sondern kann auch die Stabilisierung der sozialen Bewegungsorganisation als Institution bedeuten (Eder 1994: 49).

Während anfangs Bewegungen meist wenig organisiert sind, besteht das Ende oder die Transformation sozialer Bewegungen oft darin, dass sich die Bewegung zu einem anderen zivilgesellschaftlichen oder politischen Akteur entwickelt, beispielsweise einer Interessengruppe, NGO oder politischen Partei. Dies ist abhängig davon, wie sich soziale Bewegungen gesellschaftlich und politisch integrieren bzw. wie sie integriert werden, und davon, welche ihrer Ziele sie erreichen. Wie die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen auf soziale Bewegungsorganisationen wirkt, kann sich in veränderten Organisationsstrukturen (z.B. der Gründung einer Partei), der Auflösung, dem Verschwinden oder Zersplittern der Bewegung niederschlagen.

Um den Prozess der Institutionalisierung zu verstehen, sollten die Zusammenhänge zwischen den persönlichen Motiven von Bewegungsakteuren, Organisationen sowie gesellschaftlichen und politischen Gelegenheitsstrukturen erfasst werden.

Gelegenheitsstrukturen bilden den Rahmen für das Handeln sozialer Bewegungen; von ihnen hängen Erfolg und Folgen von Bewegungsaktivitäten ab (Tarrow 1994). Der Staat und seine Beziehung zu sozialen Bewegungen, d.h. zwischen staatlichen Eliten und Bewegungsakteuren, ist dabei zentral (Amenta et al. 2002).

Die Interaktion zwischen politischen Akteuren und sozialen Bewegungen ist fallspezifisch unterschiedlich. Wie die Prozesse der Veränderung von Organisationsstrukturen in Ländern mit unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Strukturen verlaufen, zeige ich anhand der Fallstudien zu Mali und Kenia. Die Fallstudien analysieren explorativ die Bedeutung von studentischem Aktivismus. Mali und Kenia unterscheiden sich hinsichtlich ih-

rer politischen Vergangenheit, geopolitischen Lage sowie der ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur. Gemeinsam ist beiden Ländern, dass Ende der 1980er Jahre Demokratisierungsbestrebungen aus der Zivilgesellschaft hervor gingen, in denen Studierende eine Rolle spielten.

2 | Mali: zwischen Protest und Eliterekrutierung

Nach der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 war der Aufbau staatlich gelenkter Industriebetriebe in Mali ein zentrales Ziel des ersten Präsidenten Modibo Keita – der Versuch, ein subsistenzorientiertes Land in ein sozialistisches Gemeinwesen umzugestalten, bis sich 1968 Moussa Traoré an die Macht putschte und Mali autoritär durch eine Einheitspartei regiert wurde (Hanke 2001: 88). Nach anhaltenden Massenprotesten, die hauptsächlich von Studierenden, Intellektuellen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter_innen und Angestellten ausgingen, wurde Moussa Traoré 1991 gestürzt (Poulton/ag Youssouf 1998). Mali wurde in den Folgejahren zu einem vermeintlichen Musterbeispiel der Demokratisierung in Afrika (Sissoko 2004), bis sich dieses Bild mit dem Putsch am 21. März 2012 veränderte.

Seit den 1990er Jahren wird versucht, zentralistischen Strukturen mit Dezentralisierungsprogrammen entgegenzuwirken – auch im Bildungsbereich. Die Entwicklung der Hochschulen im Land setzte relativ spät ein. Die Universität in ihrer heutigen Form existiert seit 1996 in der Hauptstadt Bamako. Zuvor gab es bereits andere Bildungseinrichtungen, die später in die Universitätsstruktur eingegliedert wurden.

1979 ist die *Union Nationale des Etudiants et des Elèves du Mali* (UNEEM) als eine studentische Bewegung gegründet worden, die von der Regierung verboten wurde. Konfrontationen zwischen Regierung und Studierenden wurden unter anderem durch erschwerte Studienbedingungen und unterlassene Stipen-

dienzahlungen, aber auch durch ideologische Differenzen ausgelöst. 15 Studierende wurden im Dezember 1979 von der Polizei getötet. Dem Tod des Studentenführers Abdul Karim Camara, der im Jahr 1980 verhaftet wurde und ums Leben kam, wird noch immer jährlich gedacht (Imperato/Imperato 2008). Oumar Mariko wurde Generalsekretär der UNEEM und war 1991 Mitbegründer der Folgeorganisation, der *Association des Elèves et Etudiants du Mali* (AEEM) aller Schüler_innen und Studierenden des Landes. In der Übergangsregierung bis zu den ersten Wahlen 1992 hatten Studierende ein institutionalisiertes Mitspracherecht, in der Mariko für die AEEM engagiert war. Später gründete er seine eigene Partei und trat dreimal bei den Präsidentschaftswahlen an.¹

Ehemalige studentische Aktivist_innen haben oftmals Vorbildfunktion für die derzeitigen AEEM Mitglieder. Sie kommen immer wieder auf bekannte und erfolgreiche Personen wie beispielsweise Mariko zu sprechen, die ihnen als Vorbild für die eigene Karriere dienen. Studentischer Aktivismus wird als Ausgangspunkt gesehen, von dem aus sich bedeutende (politische) Akteure entwickelt haben.

Die AEEM organisiert sich landesweit. Auf Universitärebene setzt sich der Verband aus Vertreter_innen aller Fakultäten zusammen; außerdem verfügt er über ein zentrales Büro für die nationale Koordination. Die Einflussnahme von Schüler_innen und Studierenden funktioniert oft über Streiks und Proteste, die sich jedoch für die Bildungsinstitutionen als problematisch erweisen können. Die Unterbrechungen führen öfter zu *années blanches*: Schuljahren, in denen effektiv überhaupt kein Unterricht stattfindet. Das Verhältnis von Staat und Studierenden ist konfliktreich; die Proteste und Streiks werden oft von Problemen mit oder Verzögerung bei der Vergabe von Stipendien aus öffentlicher Hand, schwierigen Studienbedingungen und prekärer Beschäftigungsverhältnissen ausgelöst (Diakitè 2000: 28f). Dies führt bei den Studierenden auch dazu, dass sie sich marginalisiert fühlen.

Die Aktivitäten und Mitglieder der AEEM als Interessenvertretung werden von Studierenden, Hochschulangehörigen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ambivalent eingeschätzt (vgl. Smith 1997). Aktivist_innen werden oft als Unruhestifter_innen mit dem primären Ziel der Selbstprivilegierung dargestellt. Ein 28jähriger Student in Bamako, der selbst nicht aktives Mitglied der AEEM ist, sagte im Interview: „Ich finde nicht, dass die Studierenden eine wirkliche Vertretung haben, die ihre Interessen vertritt, ich würde sagen, die AEEM basiert mittlerweile auf [den] persönlichen Interessen [der Aktivist_innen].“

Die Selbsteinschätzung der Aktivist_innen wird durch die frühere Rolle der Studierenden als tragende Gruppe des Widerstandes und die zivilgesellschaftliche Beteiligung am Demokratisierungsprozess bestimmt. Auf der persönlichen Ebene unterstreichen die aktiven Mitglieder der AEEM, dass sie soziale Ziele vor Augen hätten und daran interessiert seien, die allgemeine Situation für die Studierenden zu verbessern. Sie betonen die Nützlichkeit ihres Engagements in Bezug auf starke – auch transnationale – Netzwerkbildung, die nach dem Studium hilfreich sein kann – etwa in Bezug auf eine berufliche Karriere. Meist bestehen multiple Motive sich aktiv in der studentischen Organisation zu beteiligen. Vorteile, welche die aktive Mitgliedschaft mit sich bringt, spielen jedoch auch oft eine Rolle. Beispielsweise verfügen sie über die besten Zimmer im Wohnheim, da die Wohnheime durch AEEM-Mitglieder verwaltet werden. Andere Privilegien und Freiheiten die sich aktive AEEM Mitglieder auf dem Campus herausnehmen (können) sind ebenfalls relevant.

Die politische Bedeutung der Organisation und die Tatsache, dass viele ehemalige Aktivist_innen eine Rolle in der nationalen Politik spiel(t)en, wird oft benannt. Die Motivation für die eigene aktive Teilnahme beschreibt ein AEEM-Mitglied so:

„Das Problem eines anderen ist auch meines. Das hat mich dazu gebracht mich der AEEM anzuschließen. Außerdem: politische

Gründe. Die AEEM ist eine wichtige Plattform, wenn man eine politische Karriere starten möchte. Schau dir unsere Führungskräfte an, sie waren alle bei der AEEM, auch wenn sie da noch nicht den Namen AEEM hatte. Diese Leute gingen durch die Vereinigung der Schüler und Studenten. Es ist eine Vorbereitung für die Zukunft.“

Zentrale Ziele der Bewegung wurden mit der Verwirklichung des Mehrparteiensystems erreicht, anhaltende Probleme wie Schwierigkeiten bei der Vergabe von Stipendien führen nach wie vor zu studentischen Protesten.

Die anfangs relativ spontane Verbindung von Studierenden hat sich zu einer etablierten zentralen Organisation der Interessenvertretung der Schüler_innen und Studierenden entwickelt. Viele Studierendenvertreter_innen werden bereits zu Schulzeiten aktiv und setzen ihr Engagement dann auf UniversitätsEbene fort. Neben den Aufgaben als Studierendenvertretung (wozu u.a. Verhandlungen mit der Administration gehören sowie mittlerweile die Verwaltung der Wohnheime), der Organisation von Streiks und Protesten, bietet die aktive Beteiligung in der AEEM auch die Möglichkeit Netzwerke zu bilden und kann von den Studierenden genutzt werden, um die eigene Karriere vorzubereiten. Diese Funktionen und Möglichkeiten spiegeln sich auch in den divergierenden Beschreibungen und Einschätzungen der Organisation und ihrer Mitglieder wider.

3 | Kenia: Professionalisierung studentischer Politik

Kenia erlangte 1963 die Unabhängigkeit von Großbritannien. Unter Jomo Kenyatta entwickelte sich die *Kenya African National Union* (KANU) zur Staatspartei, und Kenyatta baute die Macht des Präsidentenamts zunehmend aus. Ab 1967 war Kenia de facto ein Einparteiensstaat, und nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Daniel arap Moi nach dem Tod Kenyattas erwirkte dieser 1982 einen Artikel, der Kenia de jure zu einem Ein-

parteiensstaat machte. Die ethnische Fragmentierung und fundamentale Interessenkonflikte vor allem auch auf Grund von Landrechtproblematiken sind im Zusammenspiel mit der klientelistischen politischen Kultur in der kenianischen Politik gegenwärtig. Die Ethnisierung der Politik wurde lange gefördert und die Verwaltung des Landes zunehmend zentralisiert. Ein Putschversuch 1982 durch Angehörige der Luftwaffe scheiterte, und die Repression nahm weiter zu. (Mair 1998: 239-247)

Kenia weist eine relativ lang bestehende und differenzierte zivilgesellschaftliche Struktur auf, die von zahlreichen NGOs und Selbsthilfegruppen geprägt ist (Neubert 1997). Ab Mitte der 1980er Jahre formierten sich zivilgesellschaftliche Kräfte, zu denen neben Journalist_innen, der Rechtsanwaltsvereinigung und den Kirchen auch Studierende zählten. Die Zahlungsunterlassung der internationalen Geber setzte die Regierung unter Druck, bis sie sich auf die (bedingte) Zulassung eines Mehrparteiensystems einließ. In den Wahlen 1992 wurde die bereits regierende KANU unter dem amtierenden Staatspräsidenten Moi legitimiert (Mair 1998: 239).

Die älteste Universität, die University of Nairobi, entstand 1956. Bis 1970 war sie Teil der University of East Africa.² In allen Teilen des Landes finden sich heute Hochschulen.

In den 1960er Jahren profitierten Studierende von staatlicher Unterstützung, hatten im Anschluss an ihren Hochschulabschluss relativ sichere berufliche Perspektiven und waren politisch weniger aktiv. Nach 1970 entwickelte sich politischer Aktivismus, der zu Konfrontationen mit der Regierung führte. Das Moi-Regime ließ die Universität in Nairobi mehrere Monate lang schließen und ging gegen jede Art von Demonstration brutal vor (Amutabi 2002).

Zwischen Mitte der 1970er und Mitte der 1990er Jahre gab es immer wieder studentische Proteste, die mit der Forderung nach demokratischen Reformen Hand in Hand gingen. Studierende setzten sich für diverse politische Ziele ein: Sie kämpften gegen Strukturanpas-

sungsprogramme (SAP), Arbeitslosigkeit, Kürzungen und Aufnahmestopps im öffentlichen Sektor, von denen sie direkt betroffen waren. Die Präsidenten Kenyatta und Moi erkannten die Bedeutung von studentischem Aktivismus, versuchten ihn zu kontrollieren und durch restriktives Vorgehen zu schwächen (Amutabi 2002: 159f; Marx 2004: 320ff).

In den 1990er Jahren organisierten die Studierenden der Universität von Nairobi Demonstrationen und andere Formen zivilgesellschaftlichen Widerstands, der Moi und die KANU unter Druck setzte (Amutabi 2002). Politische und wirtschaftliche Reformen wurden schließlich aber auch durch Druck der Weltbank-Konsultativgruppe durchgesetzt (Mair 1998: 248). In dieser Zeit gab es bei den Protesten mehrere Tote unter den Studierenden. Aktivist_innen wurden mitunter jahrelang inhaftiert, andere gingen ins Exil. Ehemalige Aktivist_innen berichteten in Interviews, wie ihr politisches Engagement Auswirkungen auf ihr Leben hat, da sie verfolgt und inhaftiert wurden. Manche unterbrachen das Studium für längere Zeit, andere beendeten es nicht.

Die Mitsprache der Studierenden in Kenia ist heute stark formalisiert. So existiert an allen Universitäten des Landes eine feste Repräsentationsstruktur, wie beispielsweise die *Students Organisation of Nairobi University* (SONU) an der University of Nairobi.³ Sie gleicht der des nationalen Parlaments, und der jährliche Wahlkampf um die Posten ist stark professionalisiert; vom Druck der Plakate über die Wahlprogramme bis zu den Wahlkampfversammlungen. Dabei werden Studierendenvertreter_innen von Politiker_innen unterstützt, die im Gegenzug z.B. für den eigenen Wahlkampf mobilisiert werden können. Viele der Studierendenführer_innen äußern explizit den Wunsch, nach der Universität eine politische Karriere einschlagen zu wollen.

Wie in Mali wird der Campus dazu genutzt, persönliche Fähigkeiten zu fördern und Netzwerke aufzubauen. So sagt ein aktives SONU-Mitglied:

„Studierendenführer zu sein kann dir wirklich helfen [...] weil du die Möglichkeit bekommst einflussreiche Leute zu treffen. Du weißt, wann es Workshops oder Leadership-Trainings für Studierende gibt, und du kannst Beziehungen, Verbindungen knüpfen, die dir später für eine Karriere nützlich sein können, die dabei helfen, einen Job zu bekommen.“

Diese Netzwerkfunktion stellt für viele Studierende bereits eine hinreichende Motivation dar, den aufwendigen Weg – Ressourcen müssen mobilisiert, Wahlkampf betrieben, Verbündete überzeugt und andere Kandidat_innen übertroffen werden – in die Studierendenvertretung auf sich zu nehmen. Dazu werden Anwärter_innen von Politiker_innen unterstützt. Klientelistische Beziehungen zwischen Politiker_innen und Studierendenführer_innen verbinden die studentische mit der nationalen Politik. Die Entwicklung der Mobilisation und Organisation hat sich auch in Nairobi von einer politischen Bewegung zunehmend zu einer professionellen institutionalisierten Struktur studentischer Politik entwickelt.

4 | Zwischen Mobilisierung und Institutionalisation

Philipp Altbach (1998) schreibt Studierenden die Rolle eines politischen Barometers ihrer Gesellschaften zu. Diese Beschreibung trifft auch auf Mali und Kenia zu.

Die Mobilisierungsphasen und Organisationsstrukturen stehen im engen Zusammenhang mit nationalen und internationalen politischen Prozessen. Vernetzungen zwischen nationaler Politik und studentischer Organisation existieren in beiden Ländern. Obwohl die historischen Verläufe der Demokratisierungsprozesse und die gesellschaftlichen Strukturen in Mali und Kenia sehr unterschiedlich sind, ist den Studierendenbewegungen gemeinsam, dass sie sich organisiert haben, um politische Veränderungen zu bewirken. In beiden Ländern fand gezielte Repression gegenüber studentischer Mobilisierung statt. Die Veränderung der politischen Regime zu Beginn der 1990er Jahre

wurde von studentischen Aktivist_innen (mit angestoßen. In Mali waren die Studierenden aktiv in der Übergangsregierung beteiligt. In Kenia bildeten Studierende eine Gruppe zwischen verschiedenen anderen Gruppen und Organisationen (etwa von Journalist_innen). Kooperationen mit anderen Akteuren (wie Gewerkschaften oder Kirchen) gab es in beiden Ländern.

Die Bewegungen haben sich mit der Liberalisierung der Regime zunehmend institutionalisiert und professionalisiert. Ehemalige studentische Aktivist_innen, die sich beispielsweise in der nationalen Politik oder in der Zivilgesellschaft engagier(t)en, haben Vorbildfunktion für die aktiven Studierendenführer_innen. Beziehungen zur Elite und die Möglichkeiten, neben NGOs politischen Parteien beizutreten bzw. selbst welche zu gründen, werden von (ehemaligen) Studierendenvertreter_innen in Interviews als Karriereoptionen benannt. Motive für das Engagement in den Studierendenorganisationen sind meist sowohl soziale Ziele als auch persönliche Interessen: Sie richten sich einerseits auf die gesellschaftliche Gruppe der Studierenden insgesamt, andererseits auf persönliche und professionelle Möglichkeiten, die den Aktivist_innen in den Organisationen geboten werden. Teilnahmen an Workshops, Verbindungen zur politischen Elite des Landes und die Möglichkeiten aktiver Netzwerkbildung sind zentral für die Aktivist_innen, die die etablierte Organisationsstruktur studentischer Politik bereit hält. Studierendenvertreter_innen werden – etwa aktuell in Kenia – teilweise direkt von Politiker_innen unterstützt. Diese Patronage zwischen studentischen Vertreter_innen und Politiker_innen ist in Kenia anscheinend oft ethnisch bestimmt. Klientelistische Strukturen gibt es in beiden Ländern. Auch in Mali kennen sich die (ehemaligen) Studierendenführer_innen oft untereinander. Die aktive Netzwerkbildung ist für die Mitglieder der Organisationen wichtig und zählt für derzeitige Aktivist_innen mit zu den Gründen, sich in der studentischen Politik zu engagieren.

Die Bewegungen haben sich in ihrer Bedeutung und in ihrer Organisationsstruktur immer wieder im Wechselspiel mit den Gelegenheitsstrukturen verändert, auf die sie selbst Einfluss genommen haben. Die Organisationen der Studierendenbewegungen haben sich im Zuge der Demokratisierungsprozesse als Institutionen an den Hochschulen verfestigt. Die zunehmende Professionalisierung studentischer Politik und Verbundenheit mit (internationaler) nationaler Politik führt in beiden Fällen – wenn auch unterschiedlich dazu – dass die Bewegungen institutionalisierte Relevanz bekommen. Mit dem partiellen Erreichen der (politischen) Ziele, die Auslöser für die Mobilisierung waren, veränderten sich teilweise die Schwerpunkte und Ziele studentischer Politik. In den veränderten politischen Strukturen konnten sie Organisationen etablieren, die als Interessenvertretung der Studierenden agieren. Die Organisation ist Sprecherin für die Studierenden und sie bezieht auch Position zu aktuellen politischen Fragen. Die Organisationen dienen weiter als Ausgangspunkt für studentische Mobilisierung und zur Organisation von Studierendenstreiks und anderen Protesten. Studierende und ihre Organisationen zählen auch weiterhin zu den wichtigen politischen Akteuren in Mali und Kenia. Die Rolle und Bedeutung der Studierenden und ihrer Organisationen hat sich jedoch mit den veränderten Rahmenbedingungen und den modifizierten Organisationsstrukturen gewandelt.

Anna Deutschmann ist Lektorin am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien und promoviert an der Bayreuth International Graduate School of African Studies (BIGSAS). Kontakt: anna.deutschmann@univie.ac.at

Anmerkungen

¹ Vgl. www.oumarmariko.com [24.4.2014]

² Vgl. www.uonbi.ac.ke/ [24.04.2014]

³ Vgl. http://sonu.uonbi.ac.ke/?page_id=50 [24.4.2014]

Literatur

- Altbach, Philip G.* 1970: The International Student Movement. In: *Journal of Contemporary History*, Jg. 5, Heft 1, 156-174.
- Altbach, Philip G.* 1984: Student Politics in the Third World. In: *Higher Education*, Jg. 13, No. 6, 635-655.
- Altbach, Philip G.* 1998: Comparative Higher Education: Knowledge, the University, and Development. London: Ablex.
- Amenta, Edwin/Caren, Neal/Fetner, Tina/ Young, Michael P.* 2002: Challengers and States: Toward a Political Sociology of Social Movements. In: *Research in Political Sociology* 10, 47-83.
- Amutabi, Maurice N.* 2002: Crisis and Student Protest in Universities in Kenya: Examining the Role of Students in National Leadership and the Democratization Process. In: *African Studies Review*, Jg. 45, Heft 2, Special Issue: African Universities in Crisis and the Promotion of a Democratic Culture, 157-177.
- Balsvik, Randi Rønning* 1998: Student Protest - University and State in Africa 1960-1995. In: *Forum for Development Studies*, Heft 2, 301-325.
- Diakité, Drissa* 2000: La crise scolaire au Mali. In: *Nordic Journal of African Studies*, Jg. 9, Heft 3, 6-28.
- Eder, Klaus* 1994: Die Institutionalisierung kollektiven Handelns. Eine neue theoretische Problematik in der Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg.7, Heft 2, 40-52.
- Hanke, Stefanie* 2001: Systemwechsel in Mali. Bedingungen und Perspektiven der Demokratisierung eines neopatrimonialen Systems. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Hanna, William J.* 1971: Student Protest in Independent Black Africa. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Jg. 395, Heft 1, 171-183.
- Imperato, Pascal J./Imperato, Gavin H.* 2008: Historical Dictionary of Mali. Metuchen u.a.: Scarecrow Press.
- Lipset, Martin Seymour* 1966: University Students and Politics in Underdeveloped Countries. In: *Comparative Education Review*, Jg. 10, Heft 2, Special Issue on Student Politics, 132-162.
- Marx, Christoph* 2004: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart. Paderborn: Schöningh.
- Mair, Stefan* 1998: Kenia - Eine blockierte Demokratie trotz starker Opposition. In: Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer (Hg.): *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*. Leverkusen: Leske+Budrich, 239-265.
- Neubert, Dieter* 1997: Entwicklungspolitische Hoffnungen und gesellschaftliche Wirklichkeit. Eine vergleichende Länderfallstudie von Nicht-Regierungsorganisationen in Kenia und Ruanda. Frankfurt/New York: Campus.
- Poulton, Robin-Edward/ag Youssouf, Ibrahim* 1998: A Peace of Timbuktu. Democratic Governance, Development and African Peacemaking. New York/Geneva: United Nations.
- Rammstedt, Otthein* 1978: Soziale Bewegungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Sissoko, Ibrahim F.* 2004: Der Demokratisierungsprozess in Afrika am Beispiel Mali. Hamburg: Dr. Kovac.
- Smith, Zeric Kay* 1997: From Demons to Democrats: Mali's Student Movement 1991-1996. In: *Review of African Political Economy*, Jg. 24, Heft 72, 249-263.
- Smith, Zeric Kay* 2001: Mali's Decade of Democracy. In: *Journal of Democracy*, Jg. 12, Heft 3, 73-79.
- Tarrow, Sidney* 1994: Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wiedner, Jennifer A.* 1997: Political Parties and Civil Society in Sub-Saharan Africa. In: Ottaway, Marina (Hg.): *Democracy in Africa: the hard road ahead*. London: Lynne Rienner, 65-81.
- Zeilig, Leo/Ansell, Nicola* 2008: Spaces and Scales of African Student Activism: Senegalese and Zimbabwean University Students at the Intersection of Campus, Nation and Globe. In: *Antipode* Jg. 40, Heft 1, 31-54.

Grüner Aufbruch

Michael Kellner

Windräder und Solaranlagen erobern das Land – es wird jeden Tag ein Stück grüner. 83 Prozent der Bevölkerung fordern höhere Ziele für den Klimaschutz. Trotzdem war das Ergebnis der Bundestagswahl aus grüner Sicht enttäuschend. Wir haben auf ein deutlich besseres Ergebnis hingearbeitet und es auch als realistisch erachtet. Die Umfragen bis in den August des letzten Jahres hinein haben uns hierbei bestätigt. Die Wahlrealität war doch eine deutlich andere. Es war ein sehr empfindlicher Dämpfer nach Jahren des kontinuierlichen und organischen Wachstums. Jetzt gilt es, das Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen. Unser gutes Ergebnis bei der Europawahl war dabei ein wichtiger Schritt. Wir haben einen neuen Aufbruch geschafft, auch wenn wir noch einen Weg vor uns haben. Wir stellen uns der Übermacht der großen Koalition entgegen. Das ist der Auftrag, den uns 3.694.057 Menschen bei der Bundestagswahl gegeben haben. Für uns bedeutet das, eine konstruktive Rolle in der Opposition zu spielen – mit einer großen Portion Selbstbewusstsein. Dieses Selbstbewusstsein tragen wir auch in die Partei hinein, die nach der Niederlage nach der Bundestagswahl erst wieder Tritt fassen muss. Die Europawahl und Kommunalwahlen, die gleichzeitig stattgefunden haben, waren dazu ein wichtiger Schritt: Die Ergebnisse wurden von der Basis mit Erleichterung aufgenommen und geben Rückenwind für die kommenden Herausforderungen. Bei den drei Landtagswahlen im Herbst in Brandenburg, Thüringen und Sachsen wollen wir auf jeden Fall den Einzug in die drei Landtage wieder erreichen. So zeigen wir, dass das Ergebnis der Bundestagswahl und nicht das Umfragehoch in den Jahren davor ein Ausrutscher war.

Im Europawahlkampf haben wir auf urgrüne Themen gesetzt: Klimaschutz, europaweiter Atomausstieg, humane Flüchtlingspolitik und Ausstieg aus der Gentechnik. Der Erfolg zeigt uns: Die Konzentration auf unseren grünen Markenkern spielt eine wichtige Rolle, damit die Menschen wieder wahrnehmen, wofür wir Grüne stehen. Daraus ziehen wir die Konsequenz, dass wir unsere Politik insgesamt wieder deutlich stärker über unsere Kernkompetenzen herleiten und erzählen – aber ohne uns thematisch zu verengen. Beispiel Energiewende: Im Bundestagswahlkampf drehte sich die Debatte um das Thema fast allein um die Frage des Preises. Diese Diskussion ist ohne Zweifel wichtig, doch wir Grüne können in dieser ökonomischen Dimension nur schwer punkten. Stattdessen sollten wir in den Vordergrund stellen, warum wir die Energiewende vorrangig betreiben: weil wir weg wollen von gefährlicher Atomkraft und dreckiger Kohle, weil Klimaschutz essentiell ist für die Zukunft unserer Erde und unserer Kinder, weil von sauberen Energien alle profitieren, weil wir nicht auf Energieimporte angewiesen sein wollen. Wir wollen nicht länger Politik mit dem Taschenrechner betreiben und für jedes Beispiel eine Statistik liefern können, sondern unsere Normen und Werte in den Mittelpunkt stellen und die Hemdsärmel hochkrempleln. Das ist eine der wichtigsten Lehren der Bundestagswahl.

Interpretation der Oppositionsrolle

Wir konzentrieren uns darauf, unsere konstruktive Oppositionsrolle gegenüber der Allmacht der Großen Koalition auszufüllen. Dabei geht es uns nicht darum am lautesten zu schreien, sondern unsere Oppositionsrolle mit Gestaltungswillen auszufüllen. Anders als die Links-

partei werden wir nicht aus Prinzip gegen alles und jeden sein, sondern sehr genau prüfen, was die Große Koalition in den kommenden Jahren vorschlägt, umsetzt und vergisst. Gleichzeitig werden wir grüne Konzepte entwickeln, die sich um die drängendsten Fragen unserer Zeit drehen. Wir müssen in den nächsten Jahren an unserer Unterscheidbarkeit arbeiten, denn heute sagen laut einer Umfrage 70% der Menschen, dass man nicht mehr genau weiß, wofür die Grünen stehen. Wir wollen wieder klarer vermitteln, wofür wir stehen, damit unsere Sympathisanten sagen können: Darum Grün!

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Land eine starke grüne Partei braucht. Dies zeigt sich zum Beispiel in den sieben Bundesländern, in denen Grüne in den Landesregierungen mitarbeiten und sie in Baden-Württemberg sogar anführen. Sie bringen grüne Inhalte voran, setzen grüne Akzente und zeigen gleichzeitig, dass wir Regierungsverantwortung übernehmen können und wollen. Außerdem können wir auf diesem Weg durch den Bundesrat an entscheidenden Stellen Politik aktiv mitgestalten. Das unterscheidet uns von der Linkspartei und verleiht uns in der Opposition zusätzliche Gewichte. Hierbei gibt es für uns aber aus Bundesperspektive zwei Herausforderungen: Erstens sind die Landesregierungen natürlich in erster Linie ihren Landesbevölkerungen verantwortlich. Das führt dazu, dass sich ihre Interessen nicht unbedingt mit denen der Bundesebene decken müssen. Außerdem befinden sie sich in Koalitionen und müssen auf ihre Partner Rücksicht nehmen. Zweitens, sind die grün(mit)regierten Länder kein homogener Block, sondern haben an verschiedenen Stellen unterschiedliche Interessen – unter anderem dadurch, dass es neben rot-grünen und einer grün-roten Landesregierung nun auch eine schwarz-grüne Regierung gibt. Hinzu kommt die Bundesebene mit ihrer Agenda. Somit entsteht ein sehr hoher Koordinierungsaufwand, den wir als Partei so bisher nicht kannten. Hier sind wir dabei unsere Strukturen anzupassen: Die Gremien werden enger verzahnt, es gibt regelmäßige Treffen der Bundes- und Landesspitzen vor den

Bundesratssitzungen und wir haben in der Parteizentrale erstmalig eine Bund-Länder-Koordination installiert. In diesem Zusammenspiel werden wir alle die uns eigene Rolle spielen und hart dafür arbeiten, dass alle am Ende profitieren – ob als Regierung oder als Opposition.

Grüne Wachstumsstrategie

Die Umfragewerte in den vergangenen Jahren sowie verschiedene Potenzialanalyse zeigen, dass wir weiter wachsen können. Viele Menschen wollen grüne Ideen realisieren und können sich vorstellen, uns zu wählen. Gerade in Zeiten, in denen die Regierungsoptionen unklar sind, haben wir das vorrangige Ziel als grüne Partei stark zu sein. Eine tragfähige Wachstumsstrategie zu entwickeln ist aber keine einfache Aufgabe. Damit wir das schaffen können, müssen wir einen Spagat schaffen: Einerseits unsere Kernmilieus nicht zu vernachlässigen und andererseits neue Wählergruppen anzusprechen. Bei letzterem werden wir sehr zielgenau analysieren, wer für grüne Politik in einer Art ansprechbar ist, die unsere Kernwählerinnen und -wähler nicht verschreckt. Dazu müssen wir uns nicht neu erfinden. Doch Aufgabe für die Zukunft ist es, ein Narrativ und eine Tonalität zu finden, die beiden Zielgruppen gerecht wird. Dies kann nur gelingen, wenn es von der Gesamtpartei getragen wird.

Programmatische Debatten anstoßen und aufnehmen

Wir wollen die Zeit bis zu den für uns als grüne Partei sehr wichtigen Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für programmatische Debatten nutzen. Dabei gilt es Lehren aus dem vergangenen Jahr umzusetzen, auch mit Blick auf das Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl. In den kommenden Monaten werden wir uns eingehend mit Themen auseinandersetzen. Statt über Detailregelungen wollen wir in erster Linie über die Ziele unserer Politik sprechen. Wo wollen wir hin? Wie sieht eine lebenswerte Gesellschaft aus? Wie lässt sich die ökologische Modernisierung verwirklichen? Wir werden als Partei nicht den An-

spruch erheben, den Menschen zu erklären, wie sie zu leben haben und was aus unserer Sicht die dafür notwendigen Schritte sind.

Konkret wollen wir über das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Selbstbestimmung sprechen und streiten. Wir Grüne sehen uns als Partei, die sich immer für die individuellen Rechte jedes Menschen stark gemacht hat. Wir stehen in einer Tradition emanzipatorischer und selbstbestimmter Lebensentwürfe und waren und sind VorkämpferInnen für eine vielfältige und bunte Gesellschaft. In der Fremdwahrnehmung scheint dies aber abhanden gekommen zu sein. Und wir haben sicherlich an einigen Stellen auch die Tendenz zur Detailregulierung. Wir werden daher herausstellen, in welchen Bereichen wir mehr Selbstbestimmung für eine aktive Bürgergesellschaft ermöglichen wollen. Doch klar ist auch, dass eine Gesellschaft nicht ohne Regeln funktionieren kann. Im Kern geht es dabei um zwei Dinge, um die Frage von Ökologie und Freiheit und um unser grünes Verständnis vom Staat. Es geht nicht darum, die Vier-Prozent-Restwähler der FDP zu gewinnen. Die sind für uns nicht erreichbar. Aber auch an unseren Kernkompetenzen müssen wir weiter arbeiten. Umfragen zeigen, dass wir im Bereich Umwelt und Energie die Kompetenzführerschaft innehaben. Mit dem Atomausstieg in Deutschland ist uns ein wichtiges Mobilisierungsthema erfreulicherweise abhanden gekommen. Die Aufgabe, die Energiewende in Deutschland zum Erfolg zu führen, bleibt grüne Verpflichtung, doch allein damit werden wir keine Wahlen gewinnen. In den vielen technischen Debatten um Preise, technische Lösungen und Grenzwerte ist die wichtigste Frage „Warum machen wir das eigentlich alles?“ untergegangen. Hier sind wir gefragt, dies wieder zu thematisieren und für Unterstützung zu werben. Die drohende Klimakatastrophe erfordert weiterhin schnelles und entschiedenes Handeln. Dies gerät aber manchmal in Vergessenheit. Deshalb setzen wir auf Themen wie den Kampf gegen dreckige Kohleschleudern, gegen die Verseuchung unsers Trinkwassers durch Überdüngung in der Landwirtschaft oder

für giftfreie Lebensmittel. Das sind Themen mit hoher Alltagsrelevanz und hoher ökologischer Bedeutung, die es stark zu besetzen gilt.

Familien und insbesondere junge Frauen sind für uns zentrale Zielgruppen, die wir wieder stärker an uns binden wollen. Wir müssen uns fragen, wie der Eindruck entstehen konnte, dass für uns nur das Doppelverdienerpaar mit Kindern zählt und wir alle anderen Lebensmodelle vernachlässigen. Auch müssen wir darüber nachdenken, was es heißt, dass wir mit der Forderung nach dem Abschmelzen des Ehegattensplittings auf so starken Widerstand gestoßen sind. Hier müssen wir programmatische Antworten finden. Eine wichtige Debatte hierbei ist sicherlich auch die Frage der Zeitpolitik – wie lassen sich Job, Familie und eigene Entfaltung zeitlich und finanziell unter einen Hut bringen?

Und wir werden uns der Debatte um die Ausgestaltung unserer Wirtschaft stellen. Gelingt eine Ökologisierung unserer Wirtschaft, braucht es dafür eine dritte Industrielle Revolution oder einen völlig neuen Wachstumsbegriff und eine Abkehr vom bisherigen Wachstumspfad. Es drängt sich die Frage auf, wie wir Wohlstand und Lebensqualität messen und verbessern können. Für uns als Partei ist es immer wieder aufs Neue eine wichtige und schwierige Aufgabe das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft auszutarieren. Hier müssen wir klären, welche Rolle wir dem Wettbewerb geben und was Staatsaufgabe ist. Gerade der Umgang mit der Wirtschaft hat in unserer Partei in den letzten Monaten eine turbulente Debatte ausgelöst.

Wer mit wem und warum eigentlich?

Eine wichtige Frage der politischen Strategie ist natürlich die machtpolitische Aufstellung für die nächste Bundestagswahl. Wir haben bei der letzten Bundestagswahl zum wiederholten Mal erlebt, dass es keine Mehrheit für Rot-Grün auf Bundesebene gab. Ab dem Sommer war die rot-grüne Erfolgsaussicht gering. Die entsprechend geringe Mobilisierung war ein zentraler, wenn auch bei weitem nicht der einzige Grund für unsere Wahlniederlage. Daraus

sollten wir Lehren ziehen. Wir müssen die Frage beantworten, wie wir im nächsten Wahlkampf einer mangelnden Mobilisierung durch fehlende Machtoptionen vorbeugen. Dazu kommt: 2017 wird es höchstwahrscheinlich keinen klassischen Lagerwahlkampf mehr geben. Es ist höchst unsicher, ob die FDP dann wieder eine relevante politische Kraft ist und welche Rolle die AfD dann spielt. Bei allen Unsicherheiten bleibt aber klar, für uns gehen Inhalte vor Macht. Dies war der Grund, warum die Sondierungsgespräche mit der Union nicht in Koalitionsgesprächen gemündet sind. Unsere Präferenz bleibt klar: Die meisten inhaltlichen Übereinstimmungen haben wir mit den Sozialdemokraten. Aber wir dürfen uns nicht wieder nur auf diese eine Option versteifen, sondern müssen daran arbeiten andere Machtperspektiven und -optionen auszubauen. Schwarz-Grün in Hessen ist der Versuch in eine Richtung. Der Versuch von Rot-Grün-Rot wäre wünschenswert in einem Bundesland, damit die Balance gewahrt wird und beide Optionen den Praxistest durchlaufen haben. Ohne rot-grün-rote Option könnten wir leicht Wählerinnen und Wähler verlieren, die unsere einzige weitere Machtoption Schwarz-Grün ablehnen. Doch es liegt nicht nur an uns, neue Bündnisse auszuloten. Deshalb begrüßen wir die Öffnung der SPD hin zur Linkspartei.

Um die Realisierungschance der Möglichkeiten auszuloten, müssen alle miteinander reden. Es reicht nicht, wenn die AnhängerInnen von

Rot-Grün-Rot mit der Linkspartei sprechen und die BefürworterInnen von Schwarz-Grün mit der Union sprechen. Nein, hier dürfen wir uns nicht durch Flügelnscheuklappen einengen lassen, sondern müssen offen abwägen, welche Kompromissmöglichkeiten existieren. Klar ist, zum Schluss besteht eine Regierung aus allen Teilen der verschiedenen Parteien und diese müssen alle gemeinsam die Politik mittragen. Ansonsten wird es keine starke Regierung geben. Deshalb ist das ein Maßstab, den wir nicht nur an uns selber anlegen, sondern genauso von den möglichen Koalitionspartnern erwarten und einfordern.

Fazit

Die Bundestagswahl war für uns Grüne eine Zäsur. Das Ergebnis war enttäuschend, eine neue Generation hat übernommen. Sie sieht sich und die Partei vor gewichtigen Aufgaben. Es gilt einerseits die aktuellen Wählerinnen und Wähler zu behalten und neue Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Das Potenzial dafür ist da. Aber dies erfordert eine programmatische Weiterentwicklung und den Mut zu neuen Ufern in der Koalitionsfrage aufzubrechen. Beides haben wir uns für die kommenden Jahre vorgenommen. Unser Ziel ist es diesem Land weiterhin den grünen Stempel aufzudrücken.

Michael Kellner ist politischer Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen. Kontakt: buero.kellner@gruene.de.

Der Liberalismus ist tot! Lang lebe der Liberalismus!

Volker Wissing/Hartmut Höppner

Die Abwahl der FDP war auch eine herbe Niederlage für den politischen Liberalismus in Deutschland. Zwar war er in Deutschland schon vorher nie eine politische Massenbewegung, aber trotz allem war er doch als politi-

sches Korrektiv auf allen Ebenen präsent. Ein Grund mag das Erscheinungsbild der Partei gewesen sein. Die Ursachen liegen aber tiefer. Freiheit ist in Deutschland nicht wirklich en vogue.

Diese Entwicklung hat auch die FDP deutlich zu spüren bekommen. Die marktwirtschaftliche Überzeugung der FDP wurde als Lobbyismus gegeißelt und ihre Zurückhaltung gegenüber einer Politik staatlicher Eingriffe als Laissez-faire. Obwohl die Finanzkrise nach rund 11 Jahren sozialdemokratischer Finanzpolitik über Deutschland hereinbrach, wurden die Auswüchse vor allem der FDP angelastet, ungeachtet der Tatsache, dass der gescheiterte finanzpolitische Ordnungsrahmen das Ergebnis der Arbeit mehrerer SPD-Finanzminister war.

Ein Wertewandel

Lange Zeit war in Deutschland das konservative Milieu wert- und damit auch maßgebend. Grundlagen des konservativen Wertbildes waren die Nation, die Religion und im Privaten die Familie. Normativ wirkte die Gesellschaft, getreu dem Motto „Was sollen denn die Leute denken?“.

Die traditionellen Normen haben an Bedeutung verloren. Die Kirchen sind zwar nach wie vor von Bedeutung, die Wertediskussion in Po-

litik und Gesellschaft wird von ihnen aber nicht mehr dominiert. Diese Rolle haben NGOs wie Amnesty, Attac oder Greenpeace übernommen.

Begonnen hat dieser Prozess in Kunst und Kultur, die sich kritisch mit kirchlichen Werten und deren Umsetzung auseinandersetzen und diese durch sogenannte Tabubrüche infrage stellten. Mittlerweile sind nahezu alle traditionelle Tabus in irgendeiner Form gebrochen worden, aber heißt das jetzt, dass wir tatsächlich eine freiere Gesellschaft geworden sind?

In Bezug auf traditionelle Normen gewiss, aber die gesellschaftlichen Tabus sind in der Summe nicht weniger geworden, sie haben sich nur verlagert.

Ein Herrenwitz

Ein sogenannter Herrenwitz war vor ca. 20 Jahren ein Schenkelklopfer, vor 10 Jahren latent peinlich und heute ist er ein Tabu, wie die Aufschrei-Debatte gezeigt hat. Die Tabus von heute leiten sich nicht mehr kirchlich und gesellschaftlich her, sondern werden politisch



oder ethisch begründet. Das heißt aber nicht, dass ihre Einhaltung weniger vehement eingefordert wird.

War früher der Kirchengang eine allgemein anerkannte gesellschaftliche Pflicht, so gilt dies heute für die ordentliche Mülltrennung. So wie die Gesellschaft früher kirchliche Ferne missbilligt hat, verachtet sie heute falsche Mülltrennung.

Die gesellschaftspolitische Deutungshoheit liegt derzeit beim links-alternativen Milieu. Seine Anhänger mögen dabei ökologischer sein, toleranter sind sie aber nicht, wenn es um die eigenen Werte und Überzeugungen geht. Viele Linke halten sich zwar für liberal, meinen bei Freiheit aber vor allem die eigene Freiheit, Normen für andere festlegen zu können. Gerade weil sie von der ethisch-moralischen Überlegenheit ihrer Werte überzeugt sind, sehen sie im Eingriff in die Freiheit anderer keinen Freiheitsverlust, sondern einen gesellschaftlichen Qualitätsgewinn. Das Gute heiligt die Mittel, könnte man diese Einstellung verkürzt zusammenfassen.

Liberalismus im Zeichen des Veggie-Days
Ein Paradebeispiel ist der Veggie-Day. Damit ist ein Tag gemeint, an dem in Kantinen ausschließlich fleischlose Gerichte angeboten werden sollen. Es gibt zweifellos sehr viele und auch sehr gute Gründe, weniger Fleisch zu essen oder gar ganz darauf zu verzichten. Die entscheidende Frage aus liberaler Sicht ist aber: Rechtfertigen diese Gründe den Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit des Einzelnen oder ist diese höher zu bewerten? Der liberale Ansatz will die Freiheit des Individuums schützen und erhalten.

Ein staatlicher Eingriff sollte deshalb stets nur dann und dort erfolgen, wo damit ein gravierender Schaden für die Gesellschaft verhindert werden kann. Der Veggie-Day mag eine gute Sache sein, aber er rechtfertigt aus liberaler Sicht kein Ge- oder Verbot. Wer sich fleischlos ernähren will, kann dies tun, es gibt kein Freiheitsproblem für Vegetarier. In Rede steht kein Freiheitsgewinn für Vegetarier, sondern

ein Freiheitsverlust für die anderen. Es geht nicht um den Schutz des Individuums, den eigenen Werten entsprechend leben zu können, ihm soll der Lebensstil der anderen bindend vorgeschrieben werden. Der Veggie-Day mag aus übergeordneten politischen oder gar gesundheitlichen Gründen eine feine Sache sein, liberal ist er nicht. Liberale wollen ihr Leben auch nach eigenen Werten gestalten, sie wollen diese aber nicht für die gesamte Gesellschaft vorschreiben.

Der mündige Bürger als Fixpunkt des Liberalismus

Dem Liberalismus ist der missionarische Ansatz anderer Parteien vollkommen fremd. Wenn Du etwas tun willst, tu es, heißt das liberale Credo. Der Fixpunkt der liberalen Politik ist nicht die Kirche, es ist nicht die Friedens- und Umwelt- oder die Arbeiterbewegung, es ist der mündige Bürger. Die Grenze bildet stets der Schutz der Freiheit anderer, nicht aber der Wertekompass einer Mehrheit.

Deutlich wird das bei der Positionierung der FDP bei echten Gewissensentscheidungen. Der FDP geht es stets darum, dass jeder möglichst frei seinem Gewissen folgen kann. Wenn Konservative dagegen Abtreibung erschweren oder Stammzellforschung verhindern, verfolgen sie nicht das Ziel, für sich selbst darauf zu verzichten. Sie wollen vielmehr ihre Gewissensentscheidung als normativen Maßstab für die gesamte Gesellschaft festschreiben.

Den Liberalismus zeichnen eine tiefe Demut und ein großer Respekt vor den Menschen aus. Er maßt sich nicht an, dem Einzelnen zu sagen, was gut oder richtig ist. Er weiß und respektiert, dass andere aus anderen Gründen zu anderen Entscheidungen kommen können. Dafür müssen sie weder ethisch noch moralisch in irgendeiner Weise schlechter sein.

Das ist der Unterschied zu Konservativen oder Grünen. Wo diese bestimmte Werte verpflichtend in die Gesellschaft tragen wollen, setzen Liberale auf die Freiheit des Einzelnen. Das liberale Ideal ist nicht die Verpflichtung der Gesellschaft auf bestimmte Normen,

sondern ihre Verpflichtung auf den Schutz der Freiheit.

Alles Liberale?

Die FDP als Partei des politischen Liberalismus verfügt über ein echtes Alleinstellungsmerkmal im Parteienspektrum Deutschlands. Während alle anderen Parteien, von der CDU/CSU über die SPD bis hin zu Grünen und Linken, die Gesellschaft vor allem über Normen prägen wollen, vertritt nur die FDP den Grundsatz andere anders sein zu lassen. Der Liberalismus ist daher für eine pluralistische Gesellschaft nach wie vor nicht nur die modernste, sondern auch die freieste aller politischen Gesellschaftsmodelle.

Dieser freiheitliche Ansatz macht die Liberalen regelmäßig zu Feindbildern, da sie sich vereinfachenden Politikansätzen entziehen. Die Linke hat eine große Kompetenz in der Identifizierung und Beschreibung von sozialen Problemen, allerdings nicht in deren Lösung.

Linke Politik folgt einem einfachen Strickmuster: Problem beschreiben, Problem an den Staat delegieren, Problem als gelöst betrachten. Dieses monokausal lineare Denkschema ist zwar von einer faszinierenden Schlichtheit, weshalb linke Thesen in der Regel auch schnell Beifall finden, aber die Praxis ist meist komplexer als es die Theorie suggeriert. Kein Wunder also, dass linke Theorie vielfach begeistert, während linke Praxis oft enttäuscht.

Die Beispiele für diesen Politikansatz sind zahlreich: Menschen werden zu schlecht bezahlt, deshalb muss ein Mindestlohn her. Die Mieten sind zu hoch, dann brauchen wir eben eine Mietpreisbremse. Die Vermögensverhältnisse entwickeln sich auseinander, dann brauchen wir eine Vermögensteuer. Es gibt zu wenige Kinder in Deutschland, dann brauchen wir ein Elterngeld.

Es ist nicht ohne Ironie, dass ausgerechnet die sich latent staatsfeindlich gebende Linke grundsätzlich auf den Staat als Lösung setzt. Dieses führt allerdings nicht zu einer besseren Akzeptanz des Staates, sondern zu mehr Staats- und Politikverdrossenheit. Wenn den Bürger-

innen und Bürgern die Lösung des Problems durch den Staat in Aussicht gestellt wird, fordern sie diese auch von ihm ein und werden dabei in schöner Regelmäßigkeit bitter enttäuscht.

Weder löst der Staat das Problem schlechter Bezahlung, noch hat er ein Patentrezept für billigen Wohnraum oder kann gar die Menschen animieren, mehr Kinder zu zeugen. Im Gegenteil, er verzettelt sich, indem er immer neue Aufgaben an- und wahrnimmt. Er macht immer mehr und das immer schlechter. Ein Staat, der sich dagegen auf seine Kernkompetenzen besinnt, muss kein schwächerer oder gar schlechterer Staat sein. Alle Erfahrungen zeigen: Wer sich auf seine Kernaufgaben konzentriert ist, wirkungsvoller und erfolgreicher.

Der liberale Politikansatz kann zwar in puncto Schlichtheit mit dem linken Politikansatz nicht konkurrieren, in qualitativer Hinsicht aber schon. Liberale Politik sieht im Unterschied zu anderen Parteien im Staat keinen universellen Problemlöser, sondern bestenfalls einen Notbehelf in Bereichen, in denen die Zivilgesellschaft überfordert ist.

Diese Staatsskepsis wurde und wird der FDP oft als Laissez-faire-Mentalität und Politikverweigerung ausgelegt, was aber nicht richtig ist. Schließlich verweigert die FDP nicht staatliche Maßnahmen, sie sieht darin aber kein Allheilmittel.

Wenn es in Deutschland zu viele schlecht bezahlte Menschen gibt, reicht es eben nicht aus, bestimmte Lohnhöhe festzuschreiben, solange die Preise vom Markt bestimmt werden. Wo Ausbildungsdefizite die Ursache für niedrige Löhne sind, muss mehr in Ausbildung investiert werden. Vor allem aber müssen Arbeitsplätze entstehen, damit eine hohe Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu steigenden Löhnen führt. Ein gesetzlicher Mindestlohn mag dem linken Parteienspektrum das gute Gefühl geben, etwas getan zu haben, ob damit den Betroffenen tatsächlich geholfen wird, ist mehr als fraglich. Schließlich geht der Mindestlohn nicht mit einer Beschäftigungsgarantie einher, so dass für viele der Mindestlohn kein höheres

Gehalt sondern eher den Verlust des Arbeitsplatzes bringen dürfte.

Liberale Politik ist nach wie vor relevant und hat einiges zur gesellschaftlichen Debatte beizutragen. Ein Blick auf den derzeitigen Deutschen Bundestag zeigt das deutlich. Eine kritische Reflexion der Regierungspolitik erfolgt nur noch aus linker Perspektive. Kritisiert wird vor allem, dass nicht genug verteilt wird. Die generelle Sinnhaftigkeit von Maßnahmen wie der Mütterrente oder der Rente mit 63 wird ohne die FDP nicht ernsthaft infrage gestellt.

Dass die FDP so abgestraft wurde hat wenig mit den Werten der Partei oder gar der Aktualität ihres Programms zu tun, sondern ist im Wesentlichen auf eigene Fehler zurückzuführen. Eine Partei lebt nicht vom Programm allein, sie braucht auch Menschen, die diese Werte in der Öffentlichkeit repräsentieren. Wenn die wichtigsten liberalen Politiker in den Beliebtheitsumfragen, wie zu Zeiten der schwarz-gelben Koalition, regelmäßig die hinteren Ränge belegen, wäre es überraschend, wenn die Partei als solche populär wäre. Eine starke liberale Partei braucht starke liberale Persönlichkeiten, über die sie mit Christian Lindner oder Wolfgang Kubicki heute verfügt.

Aber auch in programmatischer Hinsicht kann die FDP einiges tun. Sie kann und muss den politischen Freiheitsbegriff in ganzer Breite annehmen und mit Leben erfüllen. Eine Freiheit, die nicht auch den Hartz-IV-Empfänger sowie den Arbeitslosen und die Alleinerziehende umfasst, ist keine.

Der Liberalismus muss also auch dorthin, wo es für ihn unbequem wird. Wo es nicht reicht, Eigenverantwortung einzufordern, sondern wo ein klares Bekenntnis zur gesellschaftlichen Solidarität gefordert wird. Es gibt Menschen, für die der Schutz ihrer Freiheit zu wenig ist, weil sie nicht genug davon haben. Liberale dürfen das nicht übersehen. Eine Verengung des politischen Freiheitsbegriffs auf die wirtschaftliche Freiheit war und ist deshalb nicht liberal. Das war aber auch nie die Position der FDP.

Wohlstand ist allerdings ein Schlüsselement für Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe. Nur wer materiell unabhängig ist, ist auch wirklich frei. Deshalb tut sich die FDP mit der traditionellen Sozialpolitik manchmal schwer. Der Liberale will nicht Armut verwalten, er will Armut bekämpfen. Die Qualität einer Sozialpolitik bemisst sich für die FDP nicht an der Höhe bestimmter Leistungen, sondern ob es gelingt, Menschen erfolgreich in die Unabhängigkeit zu begleiten.

Der liberale Sozialstaat ist ein aktivierender, der sich nicht darauf beschränkt Arme in ihrer Situation zu unterstützen, sondern der sie aus dieser Situation herausführen will.

Die FDP muss und wird den Kampf um die politische Deutungshoheit auch in der Sozialpolitik aufnehmen. Ein Liberalismus, der nicht auch die Ärmsten der Armen einbezieht, ist nicht liberal, er ist elitär. Der FDP geht es nicht um mehr Freiheit für einige, es geht ihr um mehr Freiheit für alle. Das schließt diejenigen mit ein, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Ausblick

Die Zeiten mögen derzeit hart für die FDP sein, die Aussichten sind trotz allem gut. Der Liberalismus ist in idealer Weise zugeschnitten auf die Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft. Er will keine einheitlichen Werte vorschreiben, sondern die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in einer Gesellschaft unterschiedliche Werte gelebt werden können. Das macht den liberalen Politikansatz so aktuell und zeichnet ihn gegenüber den politischen Mitbewerbern aus.

Hier liegt auch das Potential der FDP als Partei der Freiheit. Freiheit ist für die FDP nicht die Freiheit, andere im Stich zu lassen, vielmehr heißt Freiheit für uns, Chancen und Möglichkeiten zu schaffen.

Die FDP hat das Zeug zur eigentlichen Arbeitnehmerpartei in Deutschland zu werden. Sie steht nicht für die postmaterielle Arroganz der Grünen, für die materiellen Bedürfnisse etwas Gestriges sind, auch teilt sie nicht die

Umverteilungsgelüste der Sozialdemokratie, die vor allem die Beschäftigten teuer zu stehen kommen.

Es gibt in Deutschland Bedarf für eine moderne Arbeitnehmerpartei, die Sozialpolitik weniger als Versorgungs-, sondern als Chancenspolitik begreift. Eine Partei, die sich nicht an dem finanziellen Überbietungswettbewerb der anderen in der Sozialpolitik beteiligt, aber sehr wohl den Wettbewerb um erfolgreichere Sozialpolitik aufnimmt. Die Durchlässigkeit der Bildungssysteme, eine aufstiegsorientierte und vor allem qualifizierte Fortbildung von Arbeitslosen, das alles müssen Elemente einer liberalen sozialpolitischen Agenda sein.

Zielgruppe einer modernen FDP sind alle diejenigen, die an sich und die Gesellschaft glau-

ben. Es wird eine der Hauptaufgaben der FDP sein, den Liberalismus nicht nur abstrakt politisch zu definieren, sondern ihn als positives Lebensgefühl in die Gesellschaft zu tragen.

Freiheit ist nichts Schreckliches, Freiheit ist nichts, vor dem man sich fürchten muss, Freiheit ist kein Privileg für Stärkere, Freiheit ist, was das Leben lebenswert macht.

Dr. Volker Wissing ist Mitglied des Präsidiums der FDP und Vorsitzender der FDP Rheinland-Pfalz. Kontakt: info@fdp-landau.de.

Hartmut Höppner leitete mehrere Jahre das Abgeordnetenbüro von Volker Wissing und übernimmt ab Oktober 2014 das Amt des Hauptgeschäftsführers der FDP Rheinland-Pfalz. Kontakt: hartmut.hoepfner@gmail.com.

Gewinnen als Juniorpartner

Thorsten Schäfer-Gümbel

Wer nicht wagt, der nicht gewinnt! Die SPD hat es gewagt. Sie ist trotz der schlechten Erfahrungen der letzten Großen Koalition wieder in eine solche Regierungskonstellation eingetreten. Sie hat verantwortungsvolle Koalitionsgespräche geführt und konnte wichtige sozialdemokratische Projekte durchsetzen. Hat die SPD damit schon gewonnen? Was genau heißt nun gewinnen? Wie kann die SPD von einer Großen Koalition profitieren, obwohl wir der Juniorpartner sind? Dabei soll im Folgenden ein kurzer Rückblick auf die letzte Große Koalition gegeben werden. Ohne die Erfahrungen und Analysen dieser letzten Koalitionszeit ist die aktuelle Aufstellung der SPD nicht möglich. Im Anschluss möchte ich versuchen, eine strategische Einordnung zu geben, um aufzuzeigen: Gewinnen ist möglich. Auch für die SPD!

Die Große Koalition 2005-2009: Die Krise der SPD

Eins kann vorweg genommen werden: Die SPD hat in der letzten Großen Koalition nicht gewonnen. Sie rutschte stattdessen von 34,2 Prozent in 2005 auf 23,0 Prozent in 2009 ab. Das schlechteste Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl. Eine klare Fehler- und Kommunikationsanalyse ist daher wichtig, um Rückschlüsse für die heutige Strategie zu ermöglichen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die SPD kein Juniorpartner in der letzten Koalition war. Natürlich stellte die Union die Kanzlerin. Doch mit nur einem Prozentpunkt Vorsprung hatten die Konservativen nicht eindeutig die Nase vorn. Die steigende Fokussierung auf Merkel als Kanzlerin wurde jedoch zu einem Problem der SPD. Gerne wird darauf auch in den Medien verwiesen. Auch Umfragen und Beliebtheitswerte zeigen auf,

wie gut Merkel von ihrem Kanzleramtsbonus profitiert. Doch dies ist nicht der einzige Grund für den Verlust der SPD.

Eine wichtige Erkenntnis war das Fehlen einer klaren Botschaft für die sozialdemokratischen Projekte. Unser Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit war nicht erkennbar. Zwar konnte die Koalition eigentlich viele Erfolge verzeichnen. So sank die Arbeitslosigkeit bis zur Krise 2008 rapide ab und das Wirtschaftswachstum stieg überdurchschnittlich. Finanzminister Steinbrück verfolgte das Ziel des ausgeglichenen Haushalts. Doch diese Erfolge konnten nicht bei der SPD verbucht werden. Stattdessen verprellten wir unsere Stammwählerschaft nach den Agenda-Reformen mit einer Mehrwertsteuererhöhung – die wir im Wahlkampf noch Merkel-Steuer nannten – und mit der Rente mit 67. Diese beiden Projekte fügten sich ein in das Bild der Vernachlässigung sozialdemokratischer Kernanliegen: soziale Sicherung und soziale Gerechtigkeit. Warum diese Reformen für richtig erachteten wurden, konnte kommunikativ nicht vermittelt werden. Statt auf Zukunftssicherheit als Leitmotiv zu setzen, wirkten Verunsicherung und die wichtige „staatspolitische Verantwortung“.

Die Botschaft der Alternativlosigkeit erstreckte sich von der Regierung Schröder auf die Große Koalition von Merkel bis hin zur Schwarz-Gelben Regierung. Während jedoch die Wählerinnen und Wähler des bürgerlichen Lagers diesen Politik- aber auch Kommunikationsansatz honorieren, strafen die klassischen SPD-Wählergruppen diese Politik ab.

Eine weitere Herausforderung bestand in den unterschiedlichen Arenen, in denen wir agierten – die SPD als Teil der Regierung und als selbständige Partei. Während die Akteure in der Regierung ein harmonisches, zielgerichtetes Gestaltungsbild abgaben, wurden die innerparteilichen Querelen bis hin zum Rücktritt von Kurt Beck als wahres Bild der SPD dargestellt. Der Parteivorsitzende war nicht Teil der Regierung. Man bekam das Gefühl, dass die Partei nicht an einem Strang zog, sondern selbst hin- und hergerissen agierte.

Die Union nutze diese fehlende Einheit und Sicherheit in der SPD und entwickelte sich weiter zur Mitte. Die Botschaften waren auf einmal schwer zu drehen: Die SPD wurde als unsozial und die Union als modern wahrgenommen. Die SPD wurde als zerstrittene Gruppe ohne erkennbare Richtung gesehen und die Union als fester Anker der Regierung mit der Kapitänin Merkel an der Spitze.

Selbst in der Krise ab 2008, als die SPD neben dem beliebten Außenminister Steinmeier mit einem starken Finanzminister Steinbrück eine Person in der Regierungsführung hatte, die medial präsent und entschlossen auftrat, konnte dies nicht über vorherige Kommunikationsprobleme hinwegtäuschen. Das Zusammenrücken der Koalition, beispielsweise beim Schutz der Spareinlagen, hat nicht dazu geführt, dass Angela Merkels Sympathiepunkte auf die SPD abgestrahlt hätten. Und auch Maßnahmen wie die Abwrackprämie, die vielen Arbeiterinnen und Arbeitern, vor allem Facharbeiterinnen und Facharbeitern zu Gute kamen, zahlten nicht auf das SPD-Konto ein.

Der rote Faden sozialdemokratische Programmatik, der sich durch einzelne Projekte ziehen muss, war nicht erkennbar. Zudem führten die Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs und die Botschaft der Alternativlosigkeit des eingeschlagenen Kurses zu einer Glaubwürdigkeitskrise. Letztlich sind wir an uns selbst gescheitert!

Die Lehren der Großen Koalition

Daher sind hieraus verschiedene Schlüsse zu ziehen, die die SPD für das aktuelle Regierungshandeln und Kommunikation beachten sollte:

Die SPD ist eine eigenständige Partei. Wir sind selbst verantwortlich für unser Handeln und unsere Entscheidungen. Der Vorwurf, dass Angela Merkel alle Koalitionspartner „auffrisst“ ist nicht zu halten. Daher müssen wir eine ehrliche Kommunikation entwickeln und unsere Erfolge benennen, statt schnell abzuhaken.

Die SPD muss wieder Vertrauen und Glaubwürdigkeit erlangen. Dazu sind zwei elementare Dinge Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politikkonzepte: Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Dabei geht es nicht um alte Antworten und Rezepte von gestern. Jede Zeit braucht ihre Antworten, es geht aber um den Anspruch der politischen Gestaltung für eine gerechte Gesellschaft.

Die SPD regiert! Dies tun wir nicht zum Selbstzweck. Wir tun dies nicht aufgrund von staatspolitischer Rason. Wir wollen etwas verändern. Die SPD hat sich mit dem Mitglieder-votum eine hohe Hürde für eine Regierungs-beteiligung gesetzt. Wir sollten unseren Gestaltungsanspruch wahrnehmen und uns nicht wegdrücken oder gar Gesetzesvorhaben verschieben.

Die SPD kann Zukunft. Wir haben Regierungsverantwortung. Wir werden die Gesellschaft gerechter gestalten. Doch eine Große Koalition verlangt Kompromisse. Die SPD darf jedoch nicht stehenbleiben. Wir müssen uns programmatisch weiterentwickeln. Wir müssen uns stärker an gesellschaftlichen Debatten beteiligen – auf allen politischen Ebenen – und müssen Lösungen entwickeln.

Die Große Koalition 2013-2017: Die SPD als Motor

Gewinnen als Juniorpartner – das heißt natürlich am Ende der Legislaturperiode die Führung der nächsten Regierung. Die SPD möchte erneut ins Kanzleramt. Doch dafür sind verschiedene Schritte nötig, um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen.

Das kurzfristige Ziel: Unterstützung für die Große Koalition

Die Regierungsbildung der letzten Großen Koalition ist vielen noch gut in Erinnerung. Gerhard Schröders TV-Auftritt in der Wahl-nacht 2005 hat die Gespräche sicherlich nicht vereinfacht. 2013 wurden die Gespräche seriös, ergebnisoffen und respektvoll geführt. Das Resultat: ein Koalitionsvertrag mit sozialdemokratischer Ausrichtung. Für viele Kommentatoren war dies bereits ein Erfolg der SPD. Doch ist dies bereits als „Gewinnen als Juniorpartner“ einordnen? Sicherlich nicht.

Die kommunikative Herausforderung in dieser Phase ist das Gewinnen der Mitglieder. Die SPD hat hier mit dem Weg des Mitgliederentscheids einen wichtigen Beitrag geleis-



tet. Die Basis wurde so stark eingebunden wie noch nie in der Geschichte der Partei. Während der Verhandlungsführung wurden die Ergebnisse kontinuierlich an die SPD-Genossinnen und Genossen weitergeleitet. Der Druck des Mitgliedervotums erhöhte die Erfolgchancen bei den Verhandlungsergebnissen. Dies ist quasi als eine Erfolgsspirale zu verstehen, bei der die SPD nur gewinnen konnte. Auch die Wahlergebnisse der Parteispitze auf dem Leipziger Parteitag sind ehrlich gewesen. Sie zeigten uns: Eine Große Koalition ist nur richtig, wenn wir damit Politik in unserem Sinn gestalten können. Ihr bekommt von uns keinen Freifahrtschein!

Trotz der großen anfänglichen Skepsis kann der Entscheid als sehr großer Erfolg verbucht werden. Fast 370.000 Menschen haben sich an dem Votum beteiligt. 76 Prozent entschieden sich für den Vertrag. Dies war ein wichtiger Schritt für die Große Koalition. Doch hier darf nicht Schluss sein. Die SPD darf nicht vergessen, dass die Basis unser wichtigster Multiplikator auf dem Weg zum Gewinnen ist. Unsere Mitglieder sind unsere Sprachrohre in der Fläche. Sie müssen von der sozialdemokratischen Prägung der GroKo weiterhin überzeugt bleiben. Dies ist eine große Herausforderung. Denn Regierung bedeutet auch Kompromisse. Hier ist eine kontinuierliche Kommunikation inklusive Rückkopplungsschleifen von Nöten. Die SPD hat dies erkannt und plant regelmäßige Regionalkonferenzen. Nur so schaffen wir es, in Diskussionen weiterhin die Unterstützung für die Große Koalition aufrecht zu erhalten.

Das mittelfristige Ziel: Die SPD ist der Motor der Regierung

Rentenreform, Mindestlohn, Mietpreisbremse und Wegfall der Optionspflicht. Die SPD war gut in den Verhandlungen aufgestellt aufgrund einer Phase der inhaltlichen Erneuerung in der Oppositionszeit. Und bereits in den ersten Monaten gilt die SPD als Motor der Regierung – nicht nur in schönen SPD-Flyern, sondern auch in der breiten Medienberichterstat-

tung zu 100 Tagen GroKo. Allerdings führt dies bisher noch nicht zum gewünschten Gewinn, denn die Umfragen für die SPD steigen noch nicht. Hier sollte jedoch Ruhe bewahrt werden. Der schnelle Start der SPD in der Großen Koalition sowie die zahlreichen Projekte, die von den Ministerinnen und Ministern der SPD angegangen wurden, sind sozial gerecht. Vor allem der Mindestlohn ist ein Herzensprojekt der Sozialdemokratie, unserer Wählerschaft, aber auch der gesamten Bevölkerung. Auf längere Sicht wird die SPD Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurück erlangen – die größte aller Herausforderungen.

Die SPD muss hier die klare Botschaft vertreten: Wir bringen die Gerechtigkeit zurück. Wir sind die Gestalter der Politik von morgen. Dabei sollten wir folgende Dinge nicht außer Acht lassen:

- **Bündnisse** – Die SPD hat viel Glaubwürdigkeit verloren, da wir zu stark in Regierungshandeln gedacht haben. Dabei wurde befreundeten Verbänden, Vereinen und Initiativen zu wenig Bedeutung geschenkt. Die SPD hat dies erkannt. Auch wenn dies ein beschwerlicher Weg ist, müssen wir wieder stärker Seit an Seit schreiten. Zu einem tragfähigen Verhältnis mit den Gewerkschaften gehört allerdings auch, dass man unterschiedliche Positionen respektiert.
- **Verlässlichkeit** – Der Koalitionsvertrag steht. Und dies ist die Vereinbarung, an der wir die Regierungsarbeit messen müssen. Jede Besserung ist willkommen. Jede Änderung gegen die SPD-Position ist nicht hinnehmbar. Die Verlässlichkeit darf nicht nur vom Juniorpartner ausgehen. Sie muss für die Union genauso gelten.
- **Menschen in den Vordergrund** – Die SPD macht Politik für die Menschen. Also her mit den Köpfen, für die wir Politik machen. Zeigen wir, was wir konkret verändern. Wir müssen auch klar kommunizieren, welche bitteren Pillen wir geschluckt haben. Doch lasst uns endlich weg von der abstrakten Kommunikation hin zu direkten Gesprächen und klaren Worten.

- **Geschlossenheit** – Die SPD ist geschlossen wie lange nicht mehr. Die Führungsfrage ist klar entschieden. Wichtige inhaltliche Debatten und Richtungskämpfe wurden in den letzten Jahren geführt und haben zu einer Befriedung beigetragen. Während in der letzten Großen Koalition die unterschiedlichen Arenen Regierung – Partei zu Zwisten und chaotischem Bild geführt haben, gibt es aktuell nur wenige Debatten zwischen den Arenen Bundesebene und Landesebene der SPD. Diese Auseinandersetzungen dürfen jedoch nicht das Bild der Geschlossenheit unterminieren und sollten vorwiegend für visionsgeleitete Debatten genutzt werden.

Das langfristige Ziel: Partei der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit und die SPD sind die Zielmarken der Mehrheit

Auf der langfristigen Ebene kann die SPD nur gewinnen, wenn das Thema der sozialen Gerechtigkeit im Vordergrund der politischen Agenda bleibt. Wir müssen ein überzeugendes sozialdemokratisches Programm schaffen. Wir müssen unsere Werte sichtbar machen und

dokumentieren, dass sozialdemokratische Antworten zukunftsfähig sind. Ausgangspunkt dafür ist, dass die SPD als Partei der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit zukunftsfähige Konzepte auflegt! Was wir brauchen ist eine Vision von einer Gesellschaft, in der die Balance wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Themen herbeigeführt wird. Wir müssen offen sein für neue Themen und gesellschaftspolitische Trends. Hier gibt es viel zu tun und viele Debatten zu führen. Wenn die SPD innerhalb ihrer Parteiorganisation – nicht innerhalb der Regierung – diese Offenheit zulässt, können wir zu unserem Markenkern der sozialen Gerechtigkeit zurück gelangen.

Die Machtfrage sollte dabei auch gestellt werden. Natürlich gewinnt die SPD nur als Teil einer Koalition. Die Frage welche Koalition am Ende herauskommt, sollte die Sozialdemokratie weniger beschäftigen als die Frage, mit welchen Themen wir überzeugen.

Thorsten Schäfer-Gümbel ist Stellvertreter der Parteivorsitzender der SPD. Kontakt: t.schaefer-guembel@ltg.hessen.de

„Jenseits von Angela Merkel“

Die strategischen Herausforderungen der SPD in der großen Koalition

Yasmin Fahimi

„Man kann nicht zweimal in den selben Fluss steigen“, hat Heraklit bereits vor mehr als 2500 Jahren erkannt. Dennoch stellt sich der Volkspartei SPD zu Beginn dieser zweiten großen Koalition selbstverständlich die Frage, wie sie ihre parteipolitische Identität im Regierungsbündnis mit der Union nicht nur bewahrt, sondern ihr Profil auch in einem Maße schärft, dass sie für künftige politischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe gewappnet ist. Zu frisch noch ist die Erinnerung an die letzte

große Koalition, als die SPD das erste Mal in Heraklits Fluss stieg und nach vier Regierungsjahren an der Seite von CDU/CSU eine verheerende Niederlage einstecken musste.

Die Entscheidung, im Jahr 2013 erneut eine große Koalition einzugehen, ist dennoch richtig gewesen. Nicht allein aus machtpolitischen Kalkül oder staatspolitischer Verantwortung. Die Voraussetzungen für das erneute Regierungsbündnis mit der Union unterscheiden sich in zwei zentralen Punkten von der Ausgangs-

ge in 2005: Die SPD besetzt die richtigen Themen. Und die Regierungsbeteiligung wird von der Partei in ganzer Breite getragen.

Das Mitgliedervotum ist eine historische Leistung gewesen. Knapp 370 000 SPD-Mitglieder beteiligten sich an dieser Abstimmung, drei Viertel der Befragten stimmten klar für das Bündnis mit der ungeliebten Union. Dieses Votum ist ein überwältigender Vertrauensbeweis. Zuvor hatte die Partei auf Veranstaltungen und Regionalkonferenzen den Koalitionsvertrag mit seinen Inhalten sehr genau diskutiert. Diese Legitimation schafft Vertrauen in die Partei und ihre Führung. Und bedeutet enormen Rückhalt für die Parteispitze mit Blick auf die anstehenden Regierungsaufgaben. Beides ist nötig, um eine solche parteipolitische schwierige Konstellation eingehen zu können.

In den Koalitionsverhandlungen ist es der SPD gelungen, ein zweiter fundamentaler Unterschied zu 2005, zentrale Projekte durchzusetzen und sich wichtige Ressorts der künftigen Regierung zu sichern. Mit den Ministerien Energie & Wirtschaft, Bauen & Umwelt, Justiz & Verbraucherschutz, Arbeit & Soziales, Familie, Jugend, Frauen & Senioren sowie dem Auswärtigen Amt erhält die SPD die Möglichkeit, selbst als vermeintlicher Juniorpartner einer großen Koalition, ihr Image zu schärfen und neues Profil zu gewinnen. Das sind gute Voraussetzungen, den nächsten Bundestagswahlkampf erfolgreicher zu bestreiten.

Die Bundestagswahl 2013: Analysen und Implikationen

Denn die SPD muss einige Lehren aus der Bundestagswahl 2013 ziehen, als sie mit 25,7 Prozent ein historisch miserables Ergebnis eingefahren hatte. Tatsächlich ist es ihr im Wahlkampf nicht gelungen, eine Wechselstimmung in Deutschland zu erzeugen. Wie auch? Die relativ stabile Beschäftigungssituation und relativ stabile Wirtschaft haben Deutschland, so die nüchterne Erkenntnis, inmitten der europäischen Turbulenzen vielen Bürgerinnen und Bürgern als eine Art Insel der Glückseligkeit erscheinen lassen. Diese Ausgangslage spielte

der Regierungspartei und ihrer Kanzlerin ganz klar in die Hände.

Noch wichtiger als diese vermeintlich objektive Datenlage war die Meinungs- und Gefühlslage im Land. Wenige Wochen vor der Wahl beschrieben 78 Prozent der befragten Deutschen ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut. Lediglich ein Fünftel der Befragten zeigte sich unzufrieden. Die Sehnsucht, diesen Status quo zu bewahren, war groß: „Am besten alles so lassen, wie es ist“, fasste das Rheingold-Institut damals die Lage zusammen. Die Übermacht von CDU/CSU in wirtschaftspolitischen Fragen und Fragen der Beschäftigungssicherung taten ihr übriges, um gar nicht erst den Wunsch nach einem Politikwechsel in Deutschland aufkommen zu lassen.

Die Gerechtigkeitsfrage hat sich bei der letzten Bundestagswahl relativiert. Denn die Deutungshoheit über Gerechtigkeit hat sich mit der Finanzkrise von 2010 und ihren Folgen in Richtung der Konservativen verschoben. Angela Merkel konnte mit ihrem Stabilitäts- und Sicherheitsversprechen punkten, ohne dass die SPD dem ein aufgeklärtes, progressives Narrativ entgegenstellen konnte. Es ist uns nicht genug gelungen, ein Versprechen zu platzieren, das sich eher über die Faktoren Innovation und Gerechtigkeit definiert, statt wie die Kanzlerin auf Abgrenzung und Abschottung, auf Sparen und Deregulieren zu setzen. Ein Versprechen, das Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und Innovationen setzt, über die der Staat neue Spielräume gewinnt, um ein anderes Bild von Gerechtigkeit und sozialer Entwicklung zu zeichnen.

Als SPD neigen wir oft dazu, mit unseren Begriffen von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität an den gesellschaftlichen Rändern anzusetzen, um die wir uns natürlich auch kümmern wollen und müssen, statt in der Mitte der Gesellschaft und ihrer Lebenswirklichkeit. Wir Sozialdemokraten müssen uns die Frage stellen, wie das Versprechen von Stabilität und Sicherheit aussehen kann, das eben nicht à la Merkel funktioniert, das Portemonnaie fest zuklappt und die tief im gesellschaftlichen Bewusstsein ver-

ankerte Stabilitätstradition von Bundesbank und Deutscher Mark beschwört. Sondern dass sich ganz im Sinne Deutschlands als starker Exportnation definiert, dessen Bruttosozialprodukt sich eben massiv aus dem Handel mit dem (europäischen) Ausland speist. Wir brauchen eine neue, eine linke, eine sozial gerechte Antwort, wie wir Stabilität und Sicherheit ökonomisch sichern wollen. Diese Antwort muss die Partei in den nächsten Monaten und Jahren finden.

Unsere Versuche, mit Steuerpolitik und Energiewende im vergangenen Bundestagswahlkampf zu punkten, waren selbst in unserer Kernwählerschaft nicht unumstritten. Insbesondere in der Steuerpolitik zeigte sich die eigene, rot-grüne Wählerschaft deutlich irritiert und fragte sich, ob sie die vorgeschlagenen Ideen eigentlich richtig finden soll oder nicht.

Der Einsatz der SPD gegen Niedriglöhne, gegen prekäre Beschäftigung war und ist von zentraler Bedeutung der Partei, nicht nur, weil das irgendwie nach Gerechtigkeit klingt, sondern weil sie damit wirtschaftliche Impulse auslösen und einen Effekt schaffen kann, der weit über die eigentliche Problematik hinausreicht. Allein die Debatte über einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn führte beispielsweise dazu, dass Sozialpartner anfangen, im Vorgriff doch eigene Tarifverträge zu verhandeln, die eine Lohnuntergrenze festlegten, die sie zuvor noch strikt abgelehnt hatten.

Doch die SPD darf ihre Projekte nicht allein von den Rändern her denken, sondern für die Mitte der Arbeitnehmerschaft. Natürlich findet diese Arbeitnehmerschaft vieles wichtig und gerecht, was wir in diesem Segment tun, natürlich fühlt auch sie sich von der Deregulierung des Arbeitsmarktes bedroht. Doch der Mindestlohn allein ist kein Gewinn für sie selbst. Und darin liegt der wichtige Unterschied: Die SPD muss die Probleme und Interessen der Arbeitnehmer*innen wieder stärker ins Zentrum ihrer Überlegungen rücken.

Die SPD hat es im vergangenen Wahlkampf überdies nicht ausreichend geschafft, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Die Bertelsmann-Studie „Prekäre Wahlen“ hat deutlich gemacht,

dass nicht nur die Wahlbeteiligung allgemein abnimmt, sondern vor allem dass jene Wählerschaften sich aus der politischen Arena zurückziehen, die eher am unteren sozialen Rand sind, die in schwierigen Lebenslagen und in schwierigen Familiensituationen stecken, die mit vielen Problemen behaftet sind und eigentlich umso mehr ein Interesse an gestaltender Politik haben müssten.

Zunehmend leben wir in einer gespaltenen Demokratie; in einem Land, in dem die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Teilhabe sich immer stärker auch auf die Frage der politischen Teilhabe auswirkt. Das muss ein Alarmsignal sein für alle demokratischen Parteien.

Bei der Wahlverweigerung muss man allerdings zwei Dinge klar voneinander unterscheiden: die kurzfristige Wählerentscheidung, die immer volatil wird. Hierin liegt bei allem Pessimismus auch ein bisschen Hoffnung, dass diejenigen, die dieses Mal von der Urne ferngeblieben sind, es sich nächstes Mal wieder anders überlegen könnten. Wer allerdings zwei, drei Mal nicht zur Wahl gegangen ist, geht gegebenenfalls nie wieder wählen. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass ihr Anteil nicht noch größer wird.

Das Profil der SPD

Ein erfolgreiches und glaubhaftes Profil entsteht nicht als Produkt einer kurzfristigen Wahlkampagne, sondern ist das Ergebnis eines längeren Prozesses, der Zeit und eine Strategie der mittelfristigen Bindung braucht. Genau auf eine solche Strategie wird die SPD setzen mit ihren Nachbarschaftskampagnen und dem kontinuierlichen Dialog mit den Bürger*innen und Bürger. Der Mitgliederentscheid hat uns dafür neuen Schwung verliehen.

Ein zentraler Faktor für das Profil der SPD wird unsere Regierungsarbeit sein. Die Partei ist gut in diese zweite große Koalition gestartet, weil sie mit einem ziemlichen Tempo ihre zentralen Projekte auf den Weg gebracht und komplexe Gesetzentwürfe vorgelegt hat – zur Energie, zur Rente, zum Mindestlohn, zur Mietpreisbremse. Und weil wir das Prinzip von Dia-

log, vom Ausgleich der Interessen, vom Herstellen einer Balance bislang beherzigen. Unsere Ministerinnen und Minister werden als Aktivposten in dieser Regierung wahrgenommen – weil sie einen guten Stil pflegen, untereinander, im Umgang mit dem politischen Mitbewerber und vor allem mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger. Auf diese Weise erhalten wir nicht nur Sympathien, wir erobern auch Kompetenzzuschreibungen zurück. Die SPD muss weiter konsequent auf ihre Themen setzen.

Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Zu den Kernkompetenzen der SPD gehören Arbeit und Rente. Mit unseren Positionen können wir in der sozialdemokratischen Kernwählerschaft Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückzugewinnen. Die Rente nach 45 Beitragsjahren, der Mindestlohn gehören für mich selbstverständlich dazu. Wir müssen aber auch klären, wie wir mit Werkverträgen umgehen wollen, mit befristeten Verträgen, mit Leiharbeit. Hier werden wir wichtige Regulierungen anstreben, die unseren Rückhalt in unserer Kernwählerschaft stärkt.

Wirtschaftliche Kompetenz

Doch wir dürfen uns nicht auf bereits eroberte Felder beschränken. Die SPD muss ihre wirtschaftspolitische Kompetenz stärken. Wir wollen kluge wirtschaftspolitische Impulse setzen. Die Energiewende ist ein herausragendes Projekt, mit dem die SPD beweisen kann, dass sie nicht nur den Stillstand der schwarz-gelben Regierung beenden, sondern auch die widerstreitenden Interessen von Ökonomie und Ökologie auf intelligente Weise miteinander versöhnen kann. Die Wirtschaft wird diesen klugen Ausgleich, der ihr wieder eine gewisse Planbarkeit beschert, genauso honorieren wie die Gesellschaft, die zu Recht nach einer sauberen Umwelt, sicheren Energieversorgung und bezahlbaren Strom verlangt.

Gesellschaftliche Modernisierung

Als drittes müssen wir uns auf die neuen Bürgerthemen stürzen, denn gerade diese Themen

berühren die Lebenswirklichkeiten der Wählerinnen und Wähler. Angefangen bei der Mietpreisbremse, über den Doppelpass, die Frauenquote, Datenschutz und Verbraucherschutz gibt es eine ganze Reihe von Themen, die gegenwärtig politisch nicht klar verortet sind, die auch (noch) nicht dem Kern der SPD zugeordnet werden, die aber unser Profil substantiell stärken und erweitern können.

Die Bindung zu einer Partei entsteht nicht allein über einzelne Sachthemen, sondern häufig und viel belastbarer über ein Lebensgefühl. Deswegen ist dieser dritte Komplex der neuen Bürgerthemen wesentlich, um deutlich zu machen, dass die SPD nicht nur Vernunft und Stabilität und Sicherheit als Lebensgrundlage definiert. Sondern dass wir Sozialdemokraten auch eine Vorstellung von einer offenen, modernen Gesellschaft haben, in der man Lust hat, seine eigenen Lebenswünsche mit Freude zu verwirklichen.

Über die Große Koalition hinausdenken

Die Große Koalition wird längst nicht alle Fragen lösen können, deshalb müssen wir schon heute damit beginnen, über das Bündnis mit CDU/CSU hinauszudenken. Die SPD braucht einen Vorrat an Ideen, der sich nicht allein aus dem Regierungshandeln speist. Dies betrifft neue Regeln für den Finanzmarktkapitalismus genauso wie die das Thema Einwanderung. Es bezieht sich auf unsere Vorstellung von der Gestaltung des Arbeitsmarkts genauso wie von einer ökologischen Industriepolitik, nachhaltigem Wachstum oder einem lebenswerten Umfeld in Städten und Gemeinden. Mit unserem Koalitionspartner werden wir in den nächsten Jahren häufig genug auf halber Strecke steckenbleiben. Die SPD muss Vorstellungen entwickeln, wie der ganze Weg aussehen könnte.

Wir dürfen nicht nur über eine Politik sprechen, die das Notwendige und Machbare angeht, sondern über kühnere Reformvorhaben, die den Alltag der Menschen gestalten und erleichtern und ihnen eine Perspektive bietet.

Wenn die SPD auf diese Weise an ihrem Profil gearbeitet hat, mag sie sich 2017 auch

der Frage zuwenden, welche Macht- und Regierungskonstellationen es jenseits von Angela Merkel für die Partei gibt. Der Leipziger Parteitag hat im November 2013 dazu einen klaren Beschluss gefasst mit drei Vorgaben: Für ein künftiges Regierungsbündnis muss es eine verlässliche parlamentarische Mehrheit geben, einen verbindlichen und finanzierbaren Koalitionsvertrag und eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik.

Klar ist: Regierungsarbeit und Koalitionsoptionen sind am Ende nicht allein eine Frage der Beschlusslage einer Partei, sondern vor allem eine Frage des Vertrauens zwischen den handelnden Personen. Die Protagonisten eines Bündnisses müssen der Überzeugung sein, dass sie sich aufeinander verlassen und den Weg gemeinsam gehen können. Ein solches Vertrauen entsteht nicht per Parteitagsbeschluss, und es entsteht nicht über Nacht. Es muss behutsam aufgebaut werden. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig miteinander ins Gespräch zu kommen.

Für die SPD hat Rot-Grün eine absolut zentrale Bedeutung. Die Grünen sind der Koalitionspartner, mit denen wir die größten inhaltlichen wie habituellen Übereinstimmungen haben. Sollte es für Rot-Grün allein aber nicht zu einer Mehrheit reichen, schließen sich für uns eine ganze Reihe von Fragen an: Ist die Linke bereit, Regierungsverantwortung zu

übernehmen? Führt der neue Vorsitzende Christian Lindner die FDP aus dem Tal der Tränen heraus? Sind die Grünen überhaupt zu einer Dreierkoalition bereit? Oder entscheiden sie sich in dem Fall vielleicht beim nächsten Mal für Schwarz-Grün?

Diese Fragen zeigen, wie viel in der politischen Farbenlehre gerade in Bewegung geraten ist. Und wie schwierig es sein wird, eine verlässliche Regierungsalternative für 2017 zu ersinnen. Die Spannungsbreite zwischen der Renaissance einer sozial-liberalen Koalition auf der einen Seite und der Öffnung zu Rot-Grün-Rot auf der anderen, werden wir Sozialdemokraten sicherlich nicht nach der Wahl 2017 aushalten. Dazu wird es früher klare Gespräche und Entscheidungen geben müssen.

Je klarer zu diesem Zeitpunkt das (neue) Profil der SPD bereits erkennbar ist, je stärker die Partei im Alltag der Bürgerinnen und Bürger verankert ist, und je mehr die Wählerinnen und Wähler den Eindruck haben, dass sich mit der deutschen Sozialdemokratie eine Idee verbindet, die ihre Sorgen und Nöte sehr genau kennt und berücksichtigt, umso stärker wird die politische Position der SPD sein am Ende dieser zweiten großen Koalition.

Yasmin Fahimi ist Generalsekretärin der SPD. Kontakt: yasmin.fahimi@spd.de.

Strategische Überlegungen der LINKEN – Selbstverständlichkeiten, Modelle, Rahmenbedingungen

Gregor Gysi

Die Selbstverständlichkeiten

Es gibt sicher gute Gründe dafür, über eine Zukunft jenseits von Angela Merkel nachzudenken. Deren Projekt lautet: Verwaltung der Widersprüche. Das ist aber nicht mit Stillstand zu verwechseln. Es bedeutet umwelt- und energiepolitisch einen Schritt zurück, es bedeu-

tet sozialpolitisch ein begrenztes Innovationspotenzial, es bedeutet europa- und außenpolitisch einen eigentümlichen Hang zur Renationalisierung durch Dominanz.

Es gibt ein paar Weisheiten, die alle immer etwas zu den Möglichkeiten von Rot-Rot-Grün sagen, die deshalb jedoch nicht falsch sind. Erstens,

es muss eine parlamentarische Mehrheit geben. Dass diese allein nicht reicht, wissen wir. Es hat sie bereits 2005 gegeben und es gibt sie auch jetzt. Noch sind die Umstände so beschaffen, dass die rot-rot-grüne parlamentarische Mehrheit die große Koalition nach sich zieht.

Für eine Regierungskoalition benötigt man, so wird weiter gesagt, eine tragfähige inhaltliche Grundlage. Die müsse inhaltlich in den Parteien akzeptiert werden. Schließlich muss es eine Wechselstimmung, eine gesellschaftliche Akzeptanz für eine derartige Konstellation geben, die über das eigene Lager hinausgreift. Mit anderen Worten, Rot-Rot-Grün darf nicht mit dem Untergang des Abendlandes identifiziert werden.

Politprofis sagen dann gern noch Dinge wie die: Man müsse sich in die Augen schauen und vertrauen können.

Die Modelle

Aber ganz so simpel geht es nicht zu im Leben und daher auch nicht in der Theorie bzw. im Denken über politische Prozesse. Das zeigt sich zum Beispiel daran, wie politische Kooperation modelliert werden kann.

Inhaltliche Aspekte: Hier sind zwei Modelle geläufig: das „Schnittmengen“-Modell und das „Ergänzungsmengen“-Modell. Bei den drei zur Debatte stehenden Parteien fällt die „Schnittmenge“ in einen Bereich, den man so charakterisieren könnte: Sicher gut, wenn es gemacht wird, aber nicht aufregend, geschweige denn begeisternd. Aber genau das: etwas Begeistertes und Mobilisierendes wäre nötig. Die Wahlkampf-Strategie der Union zielte darauf ab, kontroverse Themen nicht erst aufkommen zu lassen, stattdessen die fast schon präsidierte Kanzlerin als Bewahrerin der Sicherheit und Stabilität in einer als unsicher und nicht stabil empfundenen Welt zu präsentieren. Die tief sitzenden Ängste vor sozialem Statusverlust konnten so in eine Angst vor politischen Richtungswechseln transformiert werden.

Sollte man also statt des Schnittmengenmodells das Ergänzungsmengenmodell wählen? Ein solches Modell geht davon aus, dass es

eine größere Partei als Kern gibt, an den sich Partner insofern anbinden, als dass sie „Markenkerne“ aufweisen, die von der Kernpartei nicht (mehr) bedient werden (können). Diese Parteien „ergänzen“ daher die Programmatik der Kernpartei. Gerade das Mitte-Links-Spektrum Westeuropas weist trotz nationaler Besonderheiten ähnliche Strukturen auf: Es gibt eine Sozialdemokratie, die zwischen gemäßigttem Neoliberalismus und Sozialstaatsbewahrung operiert und an guten Beziehungen zu Gewerkschaften und kapitalistischem Unternehmertum gleichermaßen interessiert ist, dann gibt es linkssozialistische Parteien, die die Interessen sozial Ausgegrenzter oder von Ausgrenzung Bedrohter, aber auch die Mitte der Gesellschaft, im Blick haben und sich neoliberalen Politiken entgegenstellen (es gibt natürlich noch einige Motivationskerne dazu), schließlich gibt es grüne Parteien, die die ökologischen Risiken rücksichtsloser Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen kritisch im Blick haben. Die unterschiedlichen sozialen und politischen Interessen, die Mitte-Links-Parteien aufgreifen, sind in ihrer Gesamtheit zu widersprüchlich, als dass eine große Grün-Sozialdemokratische Partei mit Linksdrall existenz- und handlungsfähig wäre. In der Bundesrepublik Deutschland kommt noch hinzu, dass die LINKE eine Tradition fortsetzt, die einmal Konsens der Bundesrepublik war, aber so richtig keiner mehr ist: dass Deutschland in seiner Geschichte einfach genug Kriege geführt habe. Eine Gesamt-Linke gibt es daher erst einmal nur im Sinn eines politischen Potenzials, um das diese Parteien konkurrieren, es gibt darüber hinaus diskursive Vermittlungen etwa in politischen Debatten um Reformpolitiken und es gibt die Möglichkeit, dass dieses „linke Lager“ irgendwann und irgendwie auch strategiefähig werden könnte, was es derzeit nicht ist.

Ändern sich Rahmenbedingungen oder bleiben sie konstant?

Schnell ist man versucht, die Diskussion über Rot-Rot-Grün unter die Prämisse zu stellen, dass bestimmte Rahmenbedingungen konstant

bleiben. Diese Rahmenbedingungen treten in verschiedenen Kontexten auch schon einmal explizit auf. So erinnere ich mich an eine Aktuelle Stunde im Bundestag, die von der damaligen schwarz-gelben Koalition dazu genutzt wurde, das damals neu beschlossene Grundsatzzprogramm der LINKEN zu thematisieren. Das war schon etwas Außergewöhnliches. Damals konnte man „lernen“, nicht nur von den Rednerinnen und Rednern der Koalition, dass der demokratische Sozialismus etwas ganz Schlimmes, nämlich mit dem Grundgesetz Unvereinbares, sei. Abgesehen davon, dass das Unsinn ist: die Voraussetzung, die da nicht nur still mitschwang, lautet: der Kapitalismus hat Verfassungsrang. Unmittelbar auf dem Höhepunkt von Finanz- und Eurokrise das zu behaupten, ist mehr als abwegig. Es zeigt auch, dass ein großer Teil der „politischen Klasse“ an dieser Ideologie noch festhält, obwohl ihre Plausibilität bereits erheblich angegriffen ist.

Ein anderer Punkt ist die mantraartig eingeforderte „Verlässlichkeit in der Europa- und Außenpolitik“. So etwas einzufordern wäre bestimmt völlig unproblematisch, wenn diese Europa- und Außenpolitik, Sicherheitspolitik inklusive, ihrerseits unproblematisch wäre. Das

ist sie aber nicht. Wer sich die Mühe macht, die Außenpolitik des Westens, gerade dort, wo man Kriege führte oder in Bürgerkriege einstieg, einmal zu bilanzieren, muss zu dem ernüchternden Ergebnis kommen, dass Kriege nicht etwa die ultima ratio, sondern zu Problemlösungen völlig ungeeignet sind. Ob ich das Fiasko Afghanistan oder den Irak als Beispiel nehme (hier hat sich die Bundesrepublik glücklicherweise nicht an der Aggression aktiv beteiligt): die Ergebnisse sind einfach indiskutabel. Interessanterweise ist die Bundesrepublik sehr zurückhaltend geworden, wie auch Libyen zeigte. Und die USA waren sichtlich froh darüber, dass sie nicht dem selbsterzeugten Druck nachgeben mussten, doch noch in Syrien zu intervenieren, was sie schon in Libyen erkennbar widerwillig taten. Was bei den USA als Reaktion auf ein overstretching während der neokonservativen Periode gedeutet werden kann, sollte in der Bundesrepublik bewusst reflektiert werden.

Dabei könnte auffallen, dass es verschiedene Möglichkeiten einer die neokonservativen Doktrinen ablösenden Politik geben kann. So ist der amerikanische Drohnenkrieg, bei dem es sich immerhin um extralegale Tötungen als



gängige Praxis handelt, eine Politik, die neo-konservative Doktrinen aus der Haltung der Defensive fortsetzt. Zu den Selbstverständlichkeiten des imperialen Dominanzgehaves gehört es, andere Länder, auch verbündete, komplett auszuspionieren. Da gibt es wenig Änderungsbereitschaft, auch wenn es die viel beschworene „Partnerschaft“ untergräbt. Der Prozess des Untergrabens wird weitergehen.

Es kommt aber noch etwas anderes hinzu. Wer die erste Regierungserklärung der Kanzlerin vom 29.01.2014 aufmerksam gelesen hat, wird über den folgenden Gedanken gestolpert sein: dass der deutsche Staat als „Hüter der Ordnung“ auftreten muss. Er soll dies nach innen, er soll dies in Europa, und er soll das außenpolitisch tun. Das, was die Bundesrepublik bereits ist, eine ökonomisch und europapolitisch dominante Macht, soll auch außenpolitisch aufgefüllt werden. Nichts anderes tut gegenwärtig die Bundesregierung, und hier justiert sie das Verhältnis zu den europäischen Mitgliedsstaaten, aber auch zu den USA und zu Russland. Da spielen dann auch Gesichtspunkte wie Ressourcensicherheit eine Rolle, für eine exportorientierte Volkswirtschaft keine Kleinigkeit. Ich denke, hier ändert sich der Rahmen, zu dem die LINKE „verlässlich“ Ja sagen soll, gewaltig. Das ist eine europäische Großmachtrolle, in die Merkel die Bundesrepublik drängen möchte. Um nicht missverstanden zu werden: „Großmachtrolle“ muss nicht zwingend die Wiederbelebung eines Militarismus alter preußisch-kaiserlicher Prägung sein, schließt aber das Militärische nie aus. Großmacht heißt hier erst einmal nur, die „außenpolitische Kohärenz“ der EU durch deutsche Dominanz sicherzustellen. Aber auch das ist eine Form der Renationalisierung Europas.

Was heißt das für Rot-Rot-Grün?

Wenn ich das wüsste, würde ich es sagen. Meiner Meinung nach ist eine kritische Bestandsaufnahme der letzten zehn, zwanzig Jahre nötig. Sie kann zeigen, dass eine orthodoxe Bejahung des Kapitalismus in die soziale, ökonomische und auch europapolitische Landschaft

des Krisenkapitalismus geführt hat. Ich will und kann nicht von den Grünen und der SPD verlangen, dass sie eine Kapitalismuskritik beachtlichen Ausmaßes betreiben. Ich muss jedoch einfordern, dass radikale Impulse des Protests nichts Staatsfeindliches sind, sondern zumindest einen vernünftigen Kern haben. Ohne sie hätte ein rot-rot-grünes Projekt auch gar keinen Sinn.

Falls die nagende Kritik der Reflexion ein wenig bewusst machen sollte, dass transatlantische Partnerschaft und „Wertegemeinschaft“ keineswegs die Garanten einer glücklichen Zukunft sein müssen, könnte auch das den Raum für fruchtbare Debatten zur Zukunft der Außenpolitik nach sich ziehen. Schließlich bin ich mir nicht sicher, wie SPD und Grüne sich zu Merkels Großmachtambitionen stellen werden. Werden sie sie mittragen? Noch scheint die SPD auf Deeskalation zu setzen, auf verständigungsorientierte Modelle der Außenpolitik. Im Gegensatz dazu spielen die Grünen zumindest in der Ukraine-Krise einen passgenauen Part zur europäischen Großmachtrolle, in die Merkel die Bundesrepublik drängen möchte. Aber auch das muss nicht so bleiben. Ernüchterung über die Realitäten in der Ukraine setzen ja hier und da schon ein. Und vielleicht bewegt sich da auch etwas noch bei den Grünen.

Gegenwärtig kann ich aber nicht genau genug abschätzen, wie sich die Rahmenbedingungen tatsächlich ändern und falls ja, wie sich SPD und Grüne dazu verhalten werden. Deshalb macht DIE LINKE auch erst einmal ordentlich Opposition im Bundestag und europaparlamentarisch. Sie sucht engere Kontakte zu außerparlamentarischen Bewegungen wie Gewerkschaften, occupy, attac, Friedensbewegungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Keineswegs verwehrt sie sich gegen Gespräche mit SPD und Grünen. Im Interesse nicht nur des Landes muss geprüft werden, was geht und was nicht.

Gregor Gysi ist Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Kontakt: gregor.gysi@bundestag.de.

Blockade der Kleinparteien

Ralf Tils/Joachim Raschke

Auch nach einem halben Jahr seit der Bundestagswahl 2013 und etwas über 100 Tagen Amtstätigkeit der neuen Bundesregierung ist die strategische Lage der Bundespolitik gekennzeichnet durch drei zentrale Probleme: das Mehrheitsproblem, das Lagerproblem und das Große Koalitionsproblem.

Das Mehrheitsproblem

Die Große Koalition ist eine Notlösung unseres Parteiensystems. Die erdrückende Mehrheit der jetzigen Regierungskoalition zeigt, dass das Parteiensystem Probleme mit der Mehrheitsbildung hat. Große Koalitionen entstehen aus dem Fehlen einer genuin demokratischen Mehrheit. Für diese gilt das Wechselspiel der Kräfte, die reale Alternative zwischen Regierung und Opposition und die minimal winning coalition, d.h. die kleinstmögliche Mehrheitskoalition. Bisher waren Große Koalitionen im Bund stets Koalitionen des Übergangs. Sie bildeten den Vorlauf für neue, kleinere Mehrheitskoalition, 1969 die einer sozialliberalen, 2009 die einer schwarz-gelben Koalition. Heute sind solche Perspektiven nicht erkennbar. Deshalb haben wir ein Mehrheitsproblem, dessen Ausdruck die gegenwärtige, übergroße Mehrheit ist.

Weil ganz besonders unklar ist, wo die Mehrheit liegt, verschärfen sich die Konkurrenzverhältnisse. Jeder zieht gegen jeden zu Felde. Eine präformierte Mehrheit, sich herausbildende und abzeichnende Bündnisse existieren nicht.

Die Parteien der Großen Koalition werden vor der nächsten Bundestagswahl nicht für eine Fortsetzung ihres jetzigen Bündnisses werben – dieser jederzeit möglichen, aber jederzeit schlechtesten Lösung des Mehrheitsproblems.

Die Kleinparteien Grüne und FDP können vielleicht nach der nächsten Wahl über die Mehrheit entscheiden, zugleich aber – aus unterschiedlichen Gründen – vor der Wahl nicht für eine bestimmte Mehrheit werben und beteiligen sich deshalb am Kampf aller gegen alle. Die Linkspartei in ihrer heutigen Form ist ein Notnagel, nicht ein Katalysator für eine Mehrheitsbildung.

Im Dreiparteiensystem war die Mehrheitsbildung einfach. Für jede der drei Parteien gab es zwei Optionen. Das war schwierig genug, aber das konnte man schaffen.

Im Vierparteiensystem bildeten sich zwei Lager heraus. Seit 1983 regierte das schwarz-gelbe Lager, anfangs mit 12 Prozent Vorsprung vor Rot-Grün. 1998 war Rot-Grün dran, der Vorsprung vor Schwarz-Gelb betrug aber nur 6 Prozent. Seit 2005 haben wir ein etabliertes Fünfparteiensystem und seither auch zweimal eine Große Koalition. Beide Male wurde dieser Ausweg gesucht, weil die vorhandene, rechnerische rot-rot-grüne Mehrheit nicht als tragfähig galt. 2009 wanderte die Mehrheit an Schwarz-Gelb zurück – die beiden bürgerlichen Parteien waren stärker als das gesamte linke Spektrum. 2013 blieb vom bürgerlichen Lager im Bundestag nur die Union übrig. Sie ist heute zwar schwächer als ein Linksbündnis, das aber verfügt auch über keine politisch realisierbare Mehrheit. Im so strukturierten Fünfparteiensystem ist es schwer, eine plausible und tragfähige Mehrheitskoalition zu benennen.

Das Lagerproblem

Die Mehrheitsfrage wäre weniger problematisch, wenn es nicht das Lagerproblem gäbe. Über Lager kann man viel Gutes oder Schlech-

tes sagen. Sie haben aber unbestreitbar zwei positive Funktionen: sie helfen Wählerinnen und Wählern bei ihrer Orientierung und sie dienen einer koalitionspolitischen Vorstrukturierung.

Die Existenz politischer Lager lässt sich über Indikatoren wie die Zweitpräferenz, die Koalitionspräferenz und das Stimmensplitting von Wählerinnen und Wählern messen. Das bürgerliche Lager zeigte sich bei der Bundestagswahl 2013 mit 46,3 Prozent nach wie vor mehrheitsfähig. Nur waren die Stimmen falsch verteilt. Der FDP fehlten bei 4,8 Prozent nur etwa 90.000 Stimmen (z.B. von CDU-Wählerinnen und Wählern), dann hätte das bürgerliche Lager weiter regieren können.

Der Abstand des bürgerlichen zum rot-grünen Lager beträgt mehr als 12 Prozent. Noch gravierender ist allerdings: Rot-Grün scheiterte seit 2005 bei drei Anläufen, eine Mehrheit zu gewinnen. Drei ist eine magische Zahl mit einem rationalen Kern. Beim ersten Scheitern hält man es für einen Unfall. Beim zweiten Scheitern wundert man sich nachhaltig. Beim dritten Scheitern wird zur Gewissheit, dass man etwas grundlegend ändern muss. Das rot-grüne Lager wird auf Bundesebene mangels Praxis vergilben. Das schwarz-gelbe Lager behält seine Mehrheitschance. Zur Asymmetrie der Lager kommt eine Asymmetrie der Lagerhoffnungen.

Nachdem das bürgerliche Lager beim Regieren erodiert und eine Lagerbildung links von der Mitte nicht vorangekommen ist, zeigt sich die Lagerdynamik erstmal abgeschwächt. Die vielleicht nur vorübergehende Abschwächung der Lager erklärt sich aus dem Leistungsversagen der FDP in der Regierung, ihrem Ausscheiden aus dem Parlament und durch die Blockierung eines rot-rot-grünen Lagers, das weder eine Mehrheit noch Kohärenz aufweist. Starke Minderheiten bei SPD und Grünen würden ihre Partei nicht mehr wählen, wenn sie in eine rot-rot-grüne Koalition gingen.

Geht der Trend weg von der Lagerorientierung? Es sieht erst einmal so aus, muss aber

nicht irreversibel sein. Möglich sind unterschiedliche Entwicklungen:

1. Das Lagermuster wird reaktiviert. Das hängt vor allem von zwei Faktoren ab: den Entwicklungen der FDP und der Linkspartei. Wenn sich die Linkspartei nicht wandelt, gibt es 2017 zwar möglicherweise noch einmal (wie 2005) eine rot-rot-grüne Mehrheit, aber kein regierungsfähiges Mitte-Links-Bündnis. Das erneute Aufleben eines bürgerlichen Lagers mit einer wiedererstarkten FDP und der Chance auf eine zurückgewonnene Regierungsmehrheit dagegen ist nicht aus der Welt.
2. Die Orientierung auf Lager wird von einer Mitte-Orientierung abgelöst. Das ist die These von Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen (Angela Merkels Sieg in der Mitte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48-49/2013, S. 9-20). Danach seien die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Mitte-Orientierung schon weiter als die ideologisch aufgeladenen Parteien, die noch zu sehr in Lagern dächten. Die Wählerinnen und Wähler müssten die widerspenstigen Parteien erst durch ihr Votum in die gewollte Mitte-Regierung zwingen.
3. Es bilden sich neue Lager. Addiert man die AfD, die bei der letzten Bundestagswahl auf 4,7 Prozent kam, zu Schwarz-Gelb hinzu, wäre das bürgerliche Lager schon 2013 auf 51 Prozent gekommen. Falls die AfD nach erfolgreicher Europawahl und in Ostdeutschland gewonnenen Landtagswahlen Aussichten auch für den Bundestag hätte, ständen sich im Sechsparteiensystem zwei hoch fragmentierte Lager mit je drei, ziemlich unverträglichen Parteien gegenüber. Rechte und linke Flügelparteien sowie zwei unvollständige Lager würden den Trend zur Koalitionsbildung in der Mitte verstärken – aber gleichzeitig das Lager-Potential vergrößern.

Das sind drei mögliche Szenarien einer weiteren Entwicklung. Am wahrscheinlichsten ist, dass sich bis 2017 das Orientierungs- und Beobachtungsschema „Mitte“ durchsetzt. Unge-

stört dadurch – sozusagen im Rücken der Mitte-Rhetorik – könnte 2017 das Lager wieder aufleben, das aus heutiger Sicht die strukturell besten Voraussetzungen dafür hat: das schwarz-gelbe, bürgerliche Lager.

Das Große-Koalitionsproblem

Das Große-Koalitionsproblem erweist sich zunächst einmal als ein Problem für die beteiligten Hauptakteure. Die grundlegende Schwierigkeit besteht darin, in der Regierung gemeinsam etwas Vorzeigbares herzustellen, gleichzeitig aber eine Erfolgs- und eine Exitstrategie zu entwickeln.

Die erste Frage lautet, was das Vorzeigbare und besondere Leistungsprofil der Großen Koalition sein könnte. Heißt die Gleichung „Große Koalition löst große Aufgaben“ oder doch eher „Große Koalition ist der kleinste gemeinsame Nenner von zwei Großparteien“? Bislang ist das nach außen sichtbare Anspruchsniveau allenfalls „mittelhoch“. Außer bei der Energiewende arbeitet die Große Koalition zwar an vielen Baustellen, aber nicht an einem zweiten Großprojekt. Fast sieht es so aus, als hoffe man, dass sich die Regierungsleistung am Schluss aus der Addition vieler kleiner Bauteile ergibt.

Zum zweiten Punkt: Wie sehen die Erfolgsstrategien der Koalitionspartner aus?

Es sind zwei Parteien mit latenter, im Wahlkampf 2017 wieder manifester Konkurrenz. Man könnte denken: Wer von beiden in der Großen Koalition mehr Leistung bringt, habe am Ende auch den größeren Erfolg. Da das mit wirklich erbrachten und den von Wählerinnen und Wählern zugerechneten Leistungen immer problematisch bleibt, lautet unsere These: Aufs Ganze gesehen ist Strategiefähigkeit, also geklärte Führung und Richtung sowie Strategiekompetenz, noch wichtiger als Leistung. Nur wer strategiefähig ist, kann seine Linie in der Koalition dauerhaft durchhalten und erscheint am Ende als der einflussreichere und stärkere Partner – dafür wird er von den Wählerinnen und Wählern mit zusätzlichen Stimmen belohnt.

Für die Kanzlerin Merkel ist die Große Koalition das ideale Bündnis. Sie scheint für eine

solche Konstellation geboren zu sein. Ihr Motto lautet: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch die Mitte.“ Die Führungsfrage ist in der Union geklärt, solange sie regiert. Die Richtung markiert Merkel durch eine vollständig entideologisierte Mitte – ähnlich wie Helmut Kohl, aber ohne dessen Polarisierung aus der Mitte heraus. Strategiekompetenz hat Angela Merkel selbst, unterstützt von einem verschwiegene Stab und dem von ihrem Vertrauten Peter Altmaier geführten Kanzleramt, gegen das man auch in einer Großen Koalition kaum ankommt. Die schwach gewordenen CDU-Sozialausschüsse werden quasi durch die SPD ersetzt. Die stärkste der Oppositionsparteien, die SPD, wird in die Kabinettpolitik eingebunden und schon allein dadurch domestiziert. Die Poleposition der Kanzlerschaft erlaubt – wenn es einem nichts ausmacht – sich mit fremden Federn zu schmücken, sich die sozialdemokratischen Regierungsleistungen als die eigenen anzueignen. Konflikte werden ignoriert, absorbiert, integriert.

Und die SPD? Die zweite, kleinere Partei in einer Großen Koalition ist strukturell immer unterlegen. Man brauchte einen hohen Grad an Strategiefähigkeit, um dieses Handicap zu überwinden. Das gelang der SPD nur 1969, gegenüber dem vergleichsweise schwachen Kanzler Kiesinger und einer erschöpften CDU. Wie ist es um die Strategiefähigkeit der SPD bestellt? Die Führungsfrage der SPD scheint zugunsten von Sigmar Gabriel geklärt. Niemand weiß, ob das stabil bleibt oder mit alten Stereotypen von außen wieder angreifbar wird. Eine strategische Reserve für die Spitzenposition hat die SPD nicht. Die Richtungsfrage wirkt mit Mitte-Links umrissen und beruhigt, kann aber über die Fragen alternativer Koalitionsoptionen oder weggedrückter Sachthemen (z.B. Steuer- und Finanzpolitik) wieder aufbrechen. Dann könnten sich die alten Positionen von sozial-liberal (mit der Ampel als Wunschkoalition) und links-sozialdemokratisch (mit dem Bündniswunsch Rot-Rot-Grün) erneut gegenüberstehen. Bei der Strategiekompetenz fehlt natürlich ein „Vizekanzleramt“, offen bleibt, wie sich die Leistungsfähigkeit des Willy-

Brandt-Hauses entwickelt. Die Sozialdemokraten können sich unter der Kanzlerin Merkel nicht darauf verlassen, dass ihre Regierungsleistungen auch ihnen zugerechnet werden. Ihr wichtigster Mann in der Regierung, der Vizekanzler Gabriel, ist auf dem Kompetenzfeld der Union tätig (Wirtschaftspolitik). Formen des begrenzten Konflikts, die es bedarf, um die SPD wirtschaftspolitisch zu profilieren, sind, wenn sie in der Regierung ausgetragen werden, in Deutschland sehr unbeliebt. Sie brauchen populäre Themen und Akteure.

Bleibt der dritte Punkt des Große-Koalitionsproblems: Haben die beteiligten Akteure eine Exitstrategie? Genauer gesagt: In welchem Zustand und mit welchen Optionen kommt man als Partei 2017 aus der Großen Koalition heraus? Die Schlüsselfrage liegt hier vor allem bei der Linkspartei. Ist sie bis dahin (außen- und innenpolitisch) nicht regierungsfähig, verfügt die Union über die strategische Mehrheit, kann also keine Mehrheit jenseits von ihr gebildet werden. Der SPD droht nach wie vor ein Ende wie nach der Großen Koalition von 2005-2009. Sie würde dann ohne anerkannte Erfolge und ohne alternative Bündnismöglichkeit aus der Großen Koalition heraus kommen. Also als Verlierer.

Ausblick

Am Ende sollen die Überlegungen zur Problem-Republik nochmal kurz aus der Optionsperspektive der beteiligten Akteure reflektiert werden. Wie viele strategische Optionen hat jede Partei und vor allem: Wer hat die besten?

Die CDU hat drei Optionen und muss sich als Mehrheitspartei nur bereithalten, um im Lichte der nächsten Wahl eine der drei Handlungsmöglichkeiten zu ergreifen. Vor ihr liegen am wenigsten Aufgaben, sie hat die beste Ausgangsposition.

Die SPD, die auf Rot-Grün in der nächsten Zeit nicht rechnen kann und für die eine Fortsetzung der Großen Koalition wahrscheinlich nicht attraktiv ist, muss sich umsehen nach den schwierigen Dreierkoalitionen, jeweils mit einer Randpartei. Sie kann als Partei der Großen Koalition nicht ernsthaft und offen an ei-

nem alternativen Bündnis, das sie braucht, arbeiten. Deshalb geht die Koalitionsfrage für sie in die Latenz über. Im Stillen etwas dafür tun, ohne den Wählern eine klare Alternative bieten zu können. Es gibt schönere Lagen.

FDP und Linke, die beiden Flügelparteien, müssen ihre Optionen aktiv erhöhen, um ins Spiel zu kommen. Die Linkspartei hat eine, die FDP zwei Optionen. Die Linkspartei kann den Status quo ihrer Selbstblockade nur durch ernsthafte Öffnung zu einem Mitte-Links-Bündnis überwinden. Die FDP kann sich immerhin auf zwei Optionen vorbereiten: die Erneuerung eines Lagerbündnisses mit der Union und die lagerübergreifende Ampelkoalition.

Während FDP und Linkspartei über zu wenige Optionen verfügen, haben die Grünen eher zu viele. Um genau zu sein vier, inklusive Rot-Grün. Das grüne Problem heißt nicht: Optionen vermehren, sondern Optionen kontrollieren. Die Partei am Ende überzeugend in eine der Optionen einbringen, ohne sie vorher innerlich zu zerreißen und von ihren Wählerinnen und Wählern abgestraft zu werden.

Die ungleiche Verteilung von Optionen – CDU, SPD und Grüne mehr, FDP und Linke weniger – hängt mit der Architektur unseres Parteiensystems zusammen. Die drei Großthemen der Gesellschaft (Wirtschaft, Soziales, Ökologie) sind den beiden Großparteien und den Grünen zugeordnet (Kernkompetenzführerschaft). Hauptvertreter des Sozialen ist nach wie vor die SPD, Hauptvertreter der Ökonomie die CDU, die Grünen haben ihr Alleinstellungsmerkmal bei der Ökologie. FDP und Linke erfüllen bei diesen Kompetenzzuordnungen nur eine begrenzte Funktion. Sie radikalisieren jeweils das, was als Großthema schon besetzt ist: Die Position des Marktes (FDP) und die des Sozialen (Linkspartei). Vom Zentrum her gibt es mehr, von der Peripherie her weniger Optionen.

Ralf Tils und *Joachim Raschke* betreiben gemeinsam mit Elmar Wiesendahl die Agentur für Politische Strategie. Kontakt: tils@politischestrategie.de; raschke@politischestrategie.de

INTERVIEW

„Uran ist ein Thema internationaler Kooperation und Solidarität“

Der kongolesische Anti-Uran-Aktivist Golden Misabiko im Interview

Golden Misabiko setzt sich seit vielen Jahren kritisch mit Uranabbau auseinander. Er ist Vorsitzender der Afrikanischen Vereinigung für den Schutz der Menschenrechte (Association Africaine de Défense des Droits de l'Homme, ASADHO) der kongolesischen Provinz Katanga sowie Mitglied der Afrikanischen Uranallianz (African Uranium Alliance, AUA). Die AUA, ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen, leistet Widerstand gegen Uranminen in Afrika und klärt über die Gefahren des Uranabbaus auf. Im Jahr 2009 berichtete Golden Misabiko über ein geheimes Abkommen zwischen dem französischen Atomkonzern AREVA und der kongolesischen Regierung. Daraufhin wurde er in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) verfolgt und inhaftiert. Seit seiner Freilassung setzt er seine Arbeit als Menschenrechts- und Anti-Uran-Aktivist im Exil fort. Im Interview mit Cathrin Klenck spricht er über den illegalen Uranabbau im Kongo, die Rahmenbedingungen der kongolesischen und afrikanischen Zivilgesellschaft im Kampf gegen Uranabbau und über Potenziale und Probleme der Zusammenarbeit in transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken.

Cathrin Klenck: Herr Misabiko, Sie veröffentlichten im Jahr 2009 einen Bericht, in dem Sie die kongolesische Regierung der Unterstützung illegalen Uranabbaus in der Region Katanga bezichtigten. Darüber hinaus machten Sie auf einen geheimen Vertragsabschluss zwischen AREVA und der Demokratischen Republik Kongo aufmerksam, der unter undurchsichtigen Umständen zustande gekommen war. Was hat es mit diesem Abkommen

zwischen AREVA und der DRC auf sich? Und was passierte, nachdem Sie die Unterzeichnung öffentlich gemacht hatten?

Golden Misabiko: Im Jahr 2009 erfuhr ich, dass eine französische Delegation, zu der unter anderem der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy sowie die damalige Chefin von AREVA Anne Lauvergeon gehörten, für politische Gespräche in den Kongo kommen sollte. Als sie am 26. März in Kinshasa eintrafen, verhandelten sie in weniger als fünf Stunden eine Vereinbarung, mit der Areva das Recht zur Exploration und Ausbeutung von Uran auf dem gesamten kongolesischen Territorium zugesprochen bekam. Wenige Tage später machte ich in einer Pressemitteilung meiner Organisation ASADHO darauf aufmerksam und forderte, den Inhalt des Deals zwischen der DRC und Areva zu veröffentlichen. Nach meiner Analyse des Sachverhalts war mir klar, dass diese kurze Verhandlungszeit – keine fünf Stunden – absolut nicht angemessen war, um ein derart weitreichendes Abkommen zu verabschieden, geschweige denn zu diskutieren. Es gab keine Debatte dazu, weder im Parlament noch in einem anderen Rahmen. Wir wussten einfach nichts über die Details des Abkommens, weder über die Mengen, die Areva zugesichert worden waren noch über die Zahlungen, die AREVA dafür leisten würde. Aufgrund dieser Intransparenz entschied ich mich, diesen Deal öffentlich anzuprangern. Daraufhin wurde ich verfolgt und vom kongolesischen Geheimdienst verhaftet. Ich hatte offensichtlich ihre Pläne durchkreuzt ...

... weil Sie öffentlich machten, was eigentlich unter Geheimhaltung vereinbart worden war.

Ganz genau. Ich veröffentlichte diesen Deal auch, weil ich schockiert darüber war, wie AREVA in Ländern wie Niger, Gabun oder der Zentralafrikanischen Republik agiert. Meine Überlegung war wie folgt: Wenn dieses Unternehmen beginnt im Kongo zu operieren, wird es die gleichen Probleme, die wir in diesen Ländern beobachten, auch in den Kongo brin-



gen. Unsere Bevölkerung wird unter den gleichen Konsequenzen leiden, mit denen die Bevölkerung in diesen Ländern, beispielsweise im Niger, bereits zu kämpfen hat. Deshalb veröffentlichte ich den Bericht. Die kongolesischen Autoritäten waren empört und beschlossen mir Schaden zuzufügen.

Was wurde aus dem Abkommen? Finden heute – also fünf Jahre nach der Unterzeichnung – Aktivitäten im Rahmen des Abkommens statt?

Offiziell nicht, nein. Aber wir wissen, dass das Abkommen am Leben erhalten werden soll. Im Geheimen läuft einiges. Beispielsweise sind in der Region internationale Vertreter von Areva unterwegs, die mit diesem Deal zu tun haben. Wir haben allerdings keine genauen Einblicke, was sie dort machen. Es läuft wie gesagt alles unter Geheimhaltung. Auch das Dokument

selbst, also das Abkommen zwischen Areva und der Demokratischen Republik Kongo, ist nach wie vor geheim.

Nachdem Sie über den Deal berichtet hatten, wurden Sie unter anderem beschuldigt, die staatliche Sicherheit zu gefährden. Sie wurden verfolgt und festgenommen. Nach Ihrer Freilassung, die auch durch internationalen Druck zustande kam, sind Sie aufgrund der für Sie gefährlichen Situation ins Exil geflohen. Ihre Partner sind weiterhin vor Ort. Wie sieht der aktuelle Kontext für zivilgesellschaftliche Arbeit in der Demokratischen Republik Kongo aus? Welche Rahmenbedingungen prägen die Arbeit Ihrer Kollegen?

Es ist extrem schwierig als zivilgesellschaftliche Führungspersönlichkeit oder als Menschenrechtsverteidiger in einem Land zu arbeiten, in dem das politische, wirtschaftliche und so-

ziale Umfeld sowie die Sicherheitssituation einem positiven Wandel entgegenstehen. Das korrupte Regime in Kinshasa klebt an der Macht und versucht momentan sogar unsere Verfassung dahingehend zu ändern, dass der Präsident für eine dritte Amtszeit kandidieren kann. Der Machterhalt und die Interessen des Regimes stehen über allem. So sehen die Bedingungen aus, unter denen meine Kollegen und Freunde ihrer Arbeit nachgehen. Die DRC hat mit massiven Problemen zu kämpfen. Unser Land belegt beim Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen nach wie vor einen der letzten Ränge. Da ist der Kampf gegen den Uranabbau nur eine von vielen Baustellen.

In welcher Form setzt sich die kongolesische Zivilgesellschaft momentan mit dem Uranabbau auseinander? Und wie hat sich die Debatte nach Ihren Veröffentlichungen und Ihrer Verfolgung im Jahr 2009 entwickelt?

Viele meiner Kollegen und Freunde in der DRC haben ihre Arbeit zu Uran auch nach meiner Verfolgung fortgesetzt. Sie haben weiter nachgeforscht. Vor ungefähr zwei Jahren brachten sie weitere Details an die Öffentlichkeit. Die gesundheitlichen Auswirkungen waren beispielsweise ein Thema. Meine Kollegen haben mit Ärzten in der Region Katanga gesprochen und dabei hochgefährliche und schockierende Entwicklungen dokumentiert. So werden zum Beispiel viele Kinder mit furchtbaren Missbildungen geboren. Die Ärzte sehen hier einen klaren Zusammenhang mit dem Uranabbau in der Region, der ohne jegliche Standards, zum Beispiel im Hinblick auf die Gesundheit, betrieben wird. Ich bin froh, dass es diese Nachforschungen und Aktivitäten gibt und dass inzwischen weitere Berichte und Ergebnisse vorliegen, die meinen Bericht von 2009 und meine Kritik unterstützen. Aber ich muss auch ganz klar sagen, dass unsere Arbeit in der DRC gefährlich ist und bleibt. Offiziell gibt es im Kongo keinen Uranabbau. Wo Uranabbau offiziell ist, lassen sich die involvierten Unternehmen leicht identifizieren, man kann

das Thema hochziehen und öffentlich debattieren. Aber im Kongo ist das eben nicht der Fall, es läuft alles im Geheimen ab, in Anarchie. Offiziell wurde der Uranabbau in der Region Katanga im Süd-Osten des Landes – hier findet der Großteil des Abbaus statt – im Jahr 2004 verboten. Damit hat die kongolesische Regierung auf einen Bericht der Vereinten Nationen reagiert. Diese hatten eine Kommission in die Region entsandt, die in einem Bericht die Gefahren, die anarchischen Zustände und das Ausmaß radioaktiver Strahlung, die mit dem Uranabbau in Katanga einhergehen, thematisiert. Offiziell ist die Region also dicht. Das wird aber nicht überwacht und so geht die Ausbeutung des Urans illegal weiter. Ich habe Videos, die belegen, wie Lastwagen in die Region fahren, das Material aufladen und abtransportieren. Man kann sogar hören, wie Leute in ihren privaten Unterkünften die Uranerze zerhämmern.

Inwiefern reagiert die kongolesische Regierung – neben dem offiziellen aber offensichtlich ineffektiven Verbot des Uranabbaus in Katanga – auf die erwähnten Rechercheergebnisse ihrer Kollegen vor Ort?

Jeder vernimmt die Beschwerden der Zivilgesellschaft oder der Ärzte, aber es gibt keine Reaktion von offizieller kongolesischer Seite. Das gilt aber auch für andere Akteure wie die Afrikanische Union oder die Vereinten Nationen. Seit dieser Kommission im Jahr 2004 gab es von UN-Seite keine weiteren Aktionen. Sie haben nur auf all diese Probleme hingewiesen, und das war's.

Diese Untätigkeit wird von Ihnen kritisiert. Wie organisieren Sie und Ihre Mitstreiter in der DRC diese Kritik und den zivilgesellschaftlichen Protest gegen den Uranabbau?

Ein Problem im Kampf gegen Uran besteht darin, dass es manchmal nur Einzelpersonen sind, die die Situation umtreibt und die aktiv werden. Wir haben kein breites Netzwerk zu diesem Thema im Kongo. Wir sind eher ein paar Individuen, die dazu arbeiten, eine ziem-

lich isolierte Angelegenheit. Das ist natürlich ein Problem für unsere Arbeit. Die Vertreter der Staatsmacht können uns dadurch auch leichter kleinhalten und unsere Aktivitäten behindern. Viele Akteure halten still, zum Beispiel die Kirchen. Die Kirchen im Kongo beschäftigen sich nicht näher mit dem Thema Uranabbau, leisten keinen Beitrag in diesem Kampf. In anderen Ländern sieht das anders aus, da hinterfragen die Kirchen das Thema oder haben sogar Programme dazu laufen. Aber im Kongo scheinen alle stillzuhalten. Wie dem auch sei, wir sind eine kleine Gruppe, die dazu arbeitet und ein Großteil unserer Arbeit besteht darin, Informationen an unsere internationalen Partner ins Ausland zu geben. Als ich zum Beispiel das Verhalten von AREVA und diesen erwähnten Deal öffentlich anprangerte, dachte ich, ich würde diesen Kampf alleine kämpfen. Aber letztlich habe ich gemerkt, dass ich Partner habe, dass es großes Mitgefühl gibt und eine starke Unterstützung von Organisationen aus aller Welt.

*Wie sieht diese internationale Unterstützung und wie sieht die Kooperation mit Aktivist*innen und Nichtregierungsorganisationen aus anderen Ländern konkret aus?*

Wir organisieren zum Beispiel gemeinsam internationale Konferenzen in afrikanischen Ländern, um über die negativen Konsequenzen von Uran zu informieren und zu diskutieren. An diesen Konferenzen nehmen Delegierte aus vielen verschiedenen Ländern teil, aus Afrika, Europa und darüber hinaus. Experten berichten dann zum Beispiel über die gesundheitlichen Auswirkungen oder die wirtschaftlichen Konsequenzen des Uranabbaus. Denn die Erfahrung zeigt, dass überall, wo Uran ausgebeutet wird, die Gewinne an die Unternehmen fließen und die Bevölkerung sehr arm bleibt.

Können Sie die Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern näher erläutern? Ist diese in eine feste transnationale Struktur eingebettet oder arbeiten Sie eher in ad-hoc-Zu-

sammenschlüssen zu speziellen Themen oder für Konferenzen?

Wir haben im Jahr 2009 ein Netzwerk gegründet, die Afrikanische Uranallianz (AUA). Die AUA entfaltet ihre Wirkung dadurch, dass sie verschiedene afrikanische Akteure zusammenbringt, die in der Allianz mit Partnern aus Europa und der ganzen Welt zusammenarbeiten. Wir organisieren das gemeinsam. Die AUA versetzt uns in die Lage, Delegationen aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern zusammenzubringen und zu vernetzen. Der Austausch untereinander, das Knüpfen neuer Kontakte und der Ausbau von Expertise, etwa im Hinblick auf Strahlung, sind enorm wichtig. Das ist der große Wert unserer Konferenzen. Wir haben solche Konferenzen 2009 in Tansania, 2012 in Mali und letztes Jahr erneut in Tansania durchgeführt. Wir hatten zum Beispiel eine Delegation aus Namibia auf der Konferenz und wissen jetzt alle ziemlich gut darüber Bescheid, was in der Rössing-Mine abläuft. Das macht den Mehrwert dieser Konferenzen aus. Oder im Rahmen der Konferenz in Mali, da haben wir beispielsweise gemeinsam ein Dorf besucht, Falea, wo Uran abgebaut werden soll. Wir haben der lokalen Gemeinschaft dort unsere Unterstützung gezeigt und verdeutlicht, dass sie in ihrem Kampf nicht allein ist. Im November 2014 findet die nächste Konferenz statt, dieses Mal in Niger.

Inwiefern gibt es neben den Konferenzen noch weitere Formen der Zusammenarbeit mit Ihren Partnern auf afrikanischer oder internationaler Ebene?

Diese Konferenzen sind schon sehr wichtig, aber es gibt weitere Elemente in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Uranabbau. Neben den Konferenzen halte ich unsere Bemühungen, durch eine internationale Vernetzung näher an Entscheidungsträger in verschiedenen Ländern auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu kommen, für entscheidend. Entscheidungsträger müssen wissen, was in Afrika passiert. Denn die meisten – sei es in Europa, in Asien oder den Vereinigten Staaten

– kennen Uran nur aus den Atomkraftwerken. Der Großteil der internationalen Gemeinschaft, der Großteil der EU, scheint nicht zu wissen – oder scheint nicht wissen zu wollen – was dort passiert, wo das Uran abgebaut wird. Deshalb versuchen wir überall, wo wir hinreisen, auch politische Entscheidungsträger zu treffen und sie zu informieren. Manche Leute in Europa haben die Gefahren des Urans überhaupt nicht auf dem Schirm, weder bei der Exploration und beim Abbau noch beim Transport oder beim Verbrauch. Wissen Sie, manchmal wird das Uran ohne irgendwelche adäquate Vorrichtungen transportiert, zum Beispiel auf Trucks, und der radioaktiv kontaminierte Staub wird dann von den Menschen dort eingeatmet. Über diese Dinge wollen wir aufklären. Unsere Kampagne und Strategie zielt also nicht nur auf die Konferenzen ab, sondern auch auf politische Entscheidungsträger. Sie sollen wissen, was in Afrika passiert in Sachen Uran. Deshalb versuche ich zum Beispiel jedes Mal, wenn ich in Deutschland bin, auch Repräsentanten des Bundestages zu treffen, um mit ihnen darüber zu sprechen. Dieser Aspekt unserer Arbeit ist Teil unserer Stärke und unseres großen Potenzials.

Sie haben das Potenzial von transnationaler Zusammenarbeit anhand verschiedener Beispiele beschrieben, etwa im Rahmen der Konferenzen. Mich würde interessieren, inwiefern es bei dieser Zusammenarbeit auch zu Problemen oder zu Schwierigkeiten kommt. Wie gehen sie beispielsweise mit Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Akteuren um?

Das ist eine sehr wichtige und eine sehr heikle Frage. Ich sage ihnen: Wir arbeiten nicht alle auf dieselbe Art und Weise. Manche Mitstreiter brennen für die Sache, andere sind deutlich distanzierter. Unsere Arbeit im Rahmen der Kampagnen – gerade wenn sie sich gegen jemanden oder gegen etwas richten – erfordert oft ziemlich viel Mut, Bestimmtheit und Standhaftigkeit. Insbesondere standhaft zu bleiben, ist wichtig. Wir lehnen Uran kom-

plett ab, denn es ist immer und überall gefährlich. Hier haben wir mit manchen unserer Mitstreiter im Kampf gegen Uran ein Problem. Einmal habe ich mich zum Beispiel mit einem Menschenrechtsaktivisten ausgetauscht, von dem ich dachte, er sei auf meiner Seite. Dann erläuterte er mir, warum europäische Länder ihren Atommüll in den großen Wüsten in Afrika entsorgen könnten. Doch dass Europäer erst das Uran aus Afrika holen und dann ihren Müll zurückbringen, ist inakzeptabel. Ich erzähle das, weil ich verdeutlichen möchte, wie schwierig es ist, alle hinter der gleichen Position zu vereinen und alle auf einer Linie mitzunehmen in diesem Kampf. Ein anderes Problem ist, dass manche Mitstreiter den Verlockungen von Macht und Geld nicht standhalten. Sie verändern ihre Position, ihre Sprache, sie verändern alles wegen der Korruption. Ich habe schon mehrfach erlebt, dass ehemalige Mitstreiter ihre Meinung komplett ändern. Natürlich geht es beim Abbau von und Handel mit Uran um viel Geld. In diese Aktivitäten sind viele sehr mächtige Akteure involviert, und diese haben oft die Unterstützung der Politik. Wir, die diese Aktivitäten verhindern wollen, verfügen nicht über diese Macht und dieses Geld. Wir haben keine politische Autorität, die einzige Autorität, die wir haben, ist die moralische.

Der vernetzte Widerstand gegen Uranabbau benötigt auch finanzielle Mittel. Innerhalb Ihres transnationalen Netzwerkes bestehen unter den beteiligten Akteuren Ungleichheiten, was die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen angeht. Inwiefern beeinflussen diese ungleichen finanziellen Ressourcen die Zusammenarbeit?

Manchmal wird uns von unseren nicht-kongolisischen Partnern tatsächlich angetragen, wie wir uns verhalten sollen, um die Mächtigen nicht zu provozieren. Dann geht es darum, bestimmte Sachverhalte nicht offen anzusprechen, die Dinge nicht beim Namen zu nennen. Unsere Partner äußern diese Haltung, weil sie bestimmte Reaktionen befürchten, zum Beispiel, dass ihr Büro geschlossen wird. Sie

sagen, dass sie unseren Ansatz der Arbeit in Afrika akzeptieren, bitten uns aber andererseits, bestimmte Dinge nicht zu tun oder zu äußern. Man steht also unter einem gewissen Druck durch die Partner, die zum Beispiel Angst haben, dass man die Dinge ruiniert, indem man bestimmte Sachverhalte öffentlich anspricht. Das rührt natürlich auch aus einer gewissen Sorge um einen selbst. Die Partner machen sich ja Sorgen, wollen zum Beispiel nicht, dass man festgenommen wird. Aber damit üben sie natürlich oft Druck auf einen aus. Das kann sich auch zuspitzen, dann wird einem zum Beispiel gesagt: ‚Du passt nicht zu unserem Arbeitsansatz, wir wollen eine Person, die sich kooperativ zeigt, die die Regierung nicht provoziert.‘ Ich kann Ihnen sagen, dass ich schon einige große Probleme mit den Partnern und Freunden, mit denen ich arbeite, hatte. Aber der überwiegende Teil ermutigt mich. Und ich bleibe standhaft in meinem Kampf gegen Uran. Ich will Areva nicht im Kongo, ich will Areva nicht in Afrika. Sie müssen ihre Aktivitäten einstellen. Die Debatten hier gehen weiter, viele afrikanische Länder haben inzwischen zum Beispiel Interesse an Atomkraft geäußert oder verfolgen entsprechende Pläne.

Wie werden diese Debatten zu Atomkraft geführt? Inwiefern spielt etwa der deutsche Atomausstieg in den afrikanischen Debatten zu Atomenergie eine Rolle?

Natürlich sind sich viele afrikanische Länder der Gefahren bewusst, die Atomkraft mit sich bringt. Momentan gibt es zum Beispiel in Kenia eine Debatte. Dort hat die Regierung Interesse geäußert in die Atomkraft einzusteigen. Das wird debattiert und viele bezweifeln die Notwendigkeit und verweisen auf die Gefahren. Natürlich richten wir bei diesen Debatten einen Blick auf den deutschen Atomausstieg, aber noch viel mehr ist zum Beispiel Fukushima Thema. Die Bilder aus Fukushima oder Tschernobyl bringen die Menschen dazu, die Entscheidungen der politischen Eliten zu hinterfragen. Sie wollen wissen: ‚Warum zieht

ihr uns in solch ein Abenteuer, das in der Katastrophe enden kann?‘ Im Januar 2012 habe ich beispielsweise in Niger mit Premierminister Brigi Rafini über genau dieses Thema diskutiert. Auch Niger will in die Atomkraft einsteigen. Das Problem, das ich damit habe, ist nicht nur die offensichtliche Gefahr, sondern auch, dass in vielen Ländern zusätzlich die Expertise fehlt. Wie wäre es denn, wenn beispielsweise die nigrische Regierung eine Gruppe junger Ingenieure auf Informationsreise in ein Land entsenden würde, das über Atomkraft verfügt, um sich dort eingehend über die Details und Gefahren zu informieren? Ich bin mir sicher, sie würden zu dem Schluss kommen: Lasst uns das nicht versuchen.

Eine Frage zum Abschluss: Was erwarten Sie vom Kampf gegen Uranabbau in der Zukunft?

Wir sind überzeugt, dass unsere Stimme gehört wird, auch wenn die Reaktionen auf unsere Bemühungen noch nicht so sind, wie wir sie uns vorstellen. Wir werden nicht nachlassen auf die Gefahren von Uran aufmerksam zu machen. Uranabbau ist ein internationales Thema und es ist in jeder Phase gefährlich: bei der Exploration, beim Abbau, beim Transport, in den Atomkraftwerken und bei der Entsorgung. Deshalb ist es ein Thema für internationale Kooperation und internationale Solidarität. Deshalb werden wir weiter gemeinsam daran arbeiten, dass der Uranabbau gestoppt wird – in der DRC, in Afrika, in der ganzen Welt.

Herr Misabiko, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Cathrin Klenck arbeitet zu rohstoff- und entwicklungspolitischen Themen und ist als Referentin für die Post-2015-Agenda beim Forum Umwelt und Entwicklung tätig. Kontakt: klenck@forumue.de

BERICHT

„Southern Struggles, Northern Theory?“ – Debatten aus dem Arbeitskreis „Soziale Bewegungen in Afrika“

Im Sommer 2013 wurde der Arbeitskreis „Soziale Bewegungen in Afrika“ gegründet, einen informellen Zusammenschluss von Forscher_innen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen, die sich mit sozialen Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent beschäftigen. Wir kommunizieren über eine Mailingliste und organisieren in regelmäßigen Abständen Diskussionen und Treffen. Unter anderem beschäftigen wir uns mit der Frage, ob die Ansätze der Bewegungsforschung, die vorrangig vor dem Hintergrund von sozialen Kämpfen im so genannten Globalen Norden (also Europa und Nordamerika) entstanden sind, auch für die Untersuchung empirischer Phänomene im Globalen Süden hilfreich ist. Im Folgenden stellen wir die bisherigen Ergebnisse unserer Debatten vor.

Eine überfällige Debatte

Im deutschsprachigen Raum gibt es bislang kein Netzwerk, welches die Forschung zu sozialen Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent zusammenbringt. Zwar haben sowohl der Verein *AfricaAvenir* als auch einige parteinahe Stiftungen immer wieder Debatten oder Konferenzen zum Thema „Afrikanische Bewegungen“ organisiert und sind Zeitschriftenausgaben mit entsprechenden Heftschwerpunkten erschienen (etwa *Stichproben* Nr. 20/2010 und *Prokla* 170/2013). Trotzdem beziehen sich die Beiträge aus den unterschiedlichen Forschungsrichtungen und Fachdisziplinen wenig aufeinander und werden bei der Entwicklung theoretischer Zugänge in der Bewegungsforschung kaum berücksichtigt.

Im Arbeitskreis „Soziale Bewegungen in Afrika“ setzen wir uns daher mit der Frage

auseinander, inwiefern die Theorien der Bewegungsforschung als Zugang zu Bewegungen in Afrika hilfreich sind. Ausgangspunkt für diese Diskussion war eine Sitzung des Kolloquiums „Politik von unten“ am Institut für Protest- und Bewegungsforschung im Frühjahr 2013. Hierbei berichteten verschiedene Forscher_innen, die auf dem afrikanischen Kontinent arbeiten über ihr Unbehagen, die bestehenden Theorien der Bewegungsforschung zu verwenden. Denn die theoretischen Ansätze, Analyseperspektiven und Konzepte der Forschung über „*contentious politics*“, soziale Bewegungen und politischen Protest wurden mehrheitlich vor der Hintergrundfolie historisch-politischer Erfahrungen und makrostruktureller Bedingungen in Europa und Nordamerika entwickelt. Auch empirisch gibt es einen starken Bias in der Bewegungsforschung: Nach wie vor bezieht sich der überwiegende Teil der empirischen Studien, die sich in diesem Forschungszweig verorten, auf den „Globalen Norden“, also vorrangig auf Europa, die USA und Australien. Demgegenüber steht ein theoretisch und empirisch breites Feld von Arbeiten, die sich mit unterschiedlichen Formen von Widerstand, sozialen Bewegungen und kollektivem Handeln im „Globalen Süden“ befassen. Forscher_innen, die sich mit anderen Weltregionen beschäftigen, stellen sich die Frage, wie theoretische Ansätze, die im globalen Norden entstanden sind, auf empirische Phänomene im Süden bezogen werden können und vice versa. Aus ersten Ideen und Fragen entstand ein Diskussionspapier, welches wir im Rahmen des Kolloquiums „Politik von unten“ in Berlin im November 2013 sowie im Bachelorseminar „Contentious politics, soziale Bewegungen und politischer Protest in Subsahara-Afrika“ an der Universität Bayreuth im Juli 2013 diskutiert haben. Dabei ging es uns nicht darum, neue Konzepte zu formulieren, sondern zunächst einmal die Frage der Übertragbarkeit und Erweiterung von Theorien generell zu diskutieren.

Die Frage der Übertragbarkeit ist wichtig

Die Auseinandersetzung mit der Frage der Übertragbarkeit ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens aus normativ-politische Gründen: Denn die Auseinandersetzung mit diesen Fragen hilft uns, mögliche eurozentrische Schief lagen in der Forschung über soziale Bewegungen und Kämpfe zu erkennen, zu thematisieren, zu vermeiden und zu beheben. Sie ermöglicht uns einen besseren Blick auf die politischen Kämpfe in allen Weltregionen. Als eurozentrische Schief lagen haben wir verschiedene Aspekte identifiziert. Einer bezieht sich auf den Begriff der Neuen Sozialen Bewegung als westeuropäisches und amerikanisches Phänomen der 1960er und 1970er Jahre. Befreiungsbewegungen in kolonialisierten Ländern tauchen in der Bewegungsforschung als Phänomen nur marginal auf. Ob sich bei der empirischen Untersuchung dieser Bewegungen neue Erkenntnisse für die Theorieentwicklung ergeben könnten, ist offen. Die Frage stellt sich aber auch umgekehrt. Denn die Erfahrungen von Kolonialisierung und Dekolonialisierung in Süd und Nord sind unterschiedlich, aber untrennbar verknüpft („*entangled histories*“). Inwiefern haben die Erfahrungen aus den Befreiungsbewegungen einen Einfluss auf die Entstehung späterer sozialer Bewegungen in den postkolonialen Staaten? Inwiefern haben sich aus diesen Abhängigkeitserfahrungen heraus auch alternative Formen von Widerstand entwickelt, die von gängigen Theorien und Konzepten gar nicht als solche verstanden werden (können)? In diesem Zusammenhang ist auch zu nennen, dass spezifische sozioökonomische und politische „*grievances*“ sowie soziale Ungleichheit in der Bewegungsforschung oft nachrangig beachtet werden. Haben diese Faktoren in anderen Weltregionen einen größeren Einfluss auf Mobilisierung als in Europa? Und falls ja, was bedeutet dies für die Theorien sozialer Bewegungen? Kann der „Blick in den Süden“ dazu führen, dass Ungleichheit hierzulande (wieder) mehr Aufmerksamkeit in der Bewegungs- und Protest-

forschung zuteil wird? Auch der in der Bewegungsforschung vernachlässigte Aspekt der politischen Kultur eines Landes könnte durch die Betrachtung anderer Regionen eine neue Bedeutung erhalten.

Zweitens aus erkenntnistheoretischen Gründen, denn sie verweisen generell auf das Verhältnis von Theorie(entwicklung) und Empirie: Die Ansätze der Bewegungsforschung haben dabei eine breite Erklärungskraft. Sie erklären die Entstehung von Bewegungen, ihren Verlauf und ihren Zerfall. Auch wenn viele der theoretischen Ansätze stark abstrahiert worden sind, stellen sich die Fragen ihrer Reichweite und inwiefern diese Theorien überhaupt Geltung über alle zeitlich-räumlichen Kontexte hinweg beanspruchen können. Ist letztlich alles kontingent? Wir müssen uns hierbei auch mit unserem Theorieverständnis generell auseinandersetzen: Welche Ansprüche kann Theorie überhaupt erfüllen? Reicht es, sich auf die Variablen zu konzentrieren, wie Vincent Boudreau (1996) es vorschlägt und neue zu identifizieren, die als funktionale Äquivalente dienen (z.B. im Rahmen der Ressourcenmobilisierungsansätze Einsatz und Netzwerk statt finanzieller Ressourcen)? Oder laufen wir dann Gefahr, empirische Phänomene einem Begriff unterzuordnen, obwohl das Phänomen mit dem Begriff doch nur schwer zu erfassen ist („*conceptual stretching*“). Begriffe wie Ressourcen und politische Gelegenheitsstrukturen sind breit: Ressourcen umfassen beispielsweise nicht nur materielle Ressourcen, sondern auch Zeit und personelle Ressourcen. Allerdings sieht sich die Bewegungstheorie vor diesem Hintergrund auch mit dem Vorwurf konfrontiert „alles und nichts“ zu erklären. Die bestehenden Spezifizierungen der Theorien bzw. die aus ihnen abgeleiteten Hypothesen hingegen sind häufig von den Bedingungen und Erfahrungen sozialer Bewegungen des 20. und 21. Jahrhunderts im Norden geprägt: beispielsweise der Zusammenhang zwischen Regimetyp und Protestwahrscheinlichkeit, das Konzept der „neuen

sozialen Bewegungen“ (s.u.) oder der Fokus vieler Arbeiten zur Ressourcenmobilisierung auf materielle Ressourcen (Spenden etc.).

Der Westen und der Rest

Auffällig ist, dass bislang kaum ein Süd-Nord-Theorietransfer in der Bewegungsforschung stattfindet. Welche theoretischen Ansätze, Konzepte und analytischen Perspektiven bestehen in diesen Debatten, die stärker in die europäische und nordamerikanische Bewegungs- und Protestforschung einfließen könnten oder sollten (s. beispielsweise Mamdani/Wambadiah/Wamba 1982, 1995)? Insbesondere in der lateinamerikanischen Forschung haben sich Arturo Escobar und Juan Martinez-Alier (1992) mit dem Phänomen sozialer Bewegungen beschäftigt und hierbei etwa im Bereich der Umweltpolitik unterschiedliche Wahrnehmungen von Umwelt in den Blick genommen (vgl. Guha Ramachanda/Martinez-Alier 1997). Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig es ist, beispielsweise bei der Analyse von Frames und Identitäten von Bewegungen „westliche“ Normen und Werte zu hinterfragen: Wie kontextabhängig sind Konzepte wie Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit oder Menschenrechte?

Auffällig ist darüber hinaus die zentrale Rolle, die der Staat in der Bewegungsforschung spielt. Die „Nord-Forschung“ scheint sich als vergleichsweise „staatsfixiert“ zu erweisen: Beispielsweise ist die Gegenüberstellung von (autoritärem) Staat und (positiv konnotierter) Zivilgesellschaft in der Nord-Debatte stärker ausgeprägt, was an den Diskursen und Kämpfen etwa afrikanischer Bewegungen insofern vorbei geht, als diese ihren Gegenspieler häufig weniger im Staat als abstraktes Gebilde denn in konkreten Eliten (Parteien, Politiker_innen, Wirtschaftseliten) sehen. Reproduziert die „Staatsfixiertheit“ der Bewegungsforschung ein Ideal des Weberianischen „westlichen“ Staates (das dieser freilich selbst nicht erreicht, vgl. dazu Olivier de Sardan 2004)?

Aus einer postkolonialen Perspektive ist anzumerken, inwiefern wir mit der Frage nach der „Nord-Süd-Übertragbarkeit“ bereits die

Polarisierung zwischen „the West and the Rest“ (Hall 1992) reproduzieren. Möglicherweise unterstellen wir eine Vielfalt von unterschiedlichen Strukturbedingungen und vermeintlichen Heterogenitäten, die bei genauerem Hinsehen nicht existieren. Denn sicherlich ließen sich ähnliche Fragen auch für andere zentrale Differenzen, wie beispielsweise Stadt-Land-Gegensätze und einen möglichen „urban bias“ der Bewegungsforschung aufzeigen. Vielleicht entdecken wir bei genauerem Hinsehen aber tatsächlich auch Unterschiede, die aufgrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Kontextbedingungen entstehen (wie die Bedeutung von Ungleichheit, unterschiedliche Vorstellungen über Entwicklung oder ein anderes Verständnis von Normen und Werten) und tatsächlich eine Auswirkung auf den Verlauf oder die Entwicklungen von Bewegungen haben. Die Debatte in unserem Arbeitskreis befindet sich hier am Anfang. Doch wir hoffen in den nächsten Jahren durch eine intensive Diskussion unserer empirischen Ergebnisse mit dem Unbehagen bei der Übertragbarkeit besser umgehen zu können. Wer Interesse hat mitzudiskutieren, ist herzlich willkommen.

Melanie Müller ist Politikwissenschaftlerin und promoviert an der FU Berlin über die Entwicklung der Umweltbewegung in Südafrika, finanziert durch ein Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Kontakt: mueller@ztg.tu-berlin.de

Bettina Engels ist Politikwissenschaftlerin und vertritt derzeit die Juniorprofessur für Entwicklungspolitik und Politik Afrikas an der Universität Bayreuth. Kontakt: bettina.engels@uni-bayreuth.de

Literatur

Boudreau, Vincent 1996: Northern Theory, Southern Protest: Opportunity Structure Analysis in Cross-National Perspective, in: Mobilization: An International Quarterly, 1: 2, 175-189.

Escobar, Arturo/Alvarez, Sonia E. (Hg.) 1992: *The Making of Social Movements in Latin America: Identity, Strategy and Democracy*. Boulder: Westview.

Guha, Ramachanda/Martinez-Alier, Juan 1997: *Varieties of Environmentalism: Essays North and South*, London/New York: Routledge.

Hall, Stuart 1992: *The West and the Rest: Discourse and Power*. In: Hall, Stuart/Gieben, Bram (Hg.): *Formations of Modernity*. Cambridge u.a.: Polity Press, 275-330.

Mamdani, Mahmood/Wamba-dia-Wamba, Ernest (Eds.) 1995: *African studies in social movements and democracy*. Dakar: Codesria.

Mamdani, Mahmood/Mkandawire, Thandika/Wamba-dia-Wamba, Ernest 1988: *Social movements, social transformation and the struggle for democracy*, Dakar: CODESRIA.

Olivier de Sardan, Jean-Pierre 2004: *State bureaucracy and governance in West francophone Africa. Empirical diagnosis, historical perspective*, in: *Politique Africaine* 96, 139-162.

VERANSTALTUNGSBERICHT

Afrikanische soziale Kämpfe und das Weltsozialforum in Tunis

Über das Weltsozialforum (WSF) ist schon viel geschrieben worden. So sehr die Meinungen über den Sinn und Unsinn dieses zivilgesellschaftlichen Megaevents auseinandergehen, einig sind sich die meisten Autor_innen zumindest darin, dass es kaum möglich ist, das Weltsozialforum als Ganzes zu beschreiben. Das Forum versammelte vom 26. bis 30. März 2013 mehr als 30.000 Menschen in der tunesischen Hauptstadt Tunis. Über 4.000 Organisationen beteiligten sich an dem Veranstaltungsprogramm, das mit rund 650 Veranstaltungen, die in Englisch, Französisch und Arabisch angekündigt wurden, den Umfang einer größeren Wochenzeitung hatte.

Ich verbrachte die fünf Tage, die das Forum dauerte, als Teil eines deutsch-tunesischen Dokumentarfilmteams auf dem Campus der ElManar Universität im Zentrum von Tunis. Obwohl ich die gesamte Zeit dort anwesend war, habe ich nur einen kleinen Ausschnitt der riesigen Veranstaltung zu sehen bekommen. Es wäre vergeblich zu versuchen, einen umfassenden Überblick über das Forum zu geben und dabei der Vielfalt der Teilnehmer_innen und diskutierten Themen gerecht zu werden. Von daher möchte ich mich in diesem Artikel stattdessen auf einige Beobachtungen über afrikanische Kämpfe und Bewegungen auf dem Weltsozialforum 2013 beschränken.

Repräsentation afrikanische Akteure auf dem WSF 2013

Das Weltsozialforum wurde zum ersten Mal 2001 in Porto Alegre, Brasilien als Gegenveranstaltung zum jährlich stattfindenden Weltwirtschaftsforum in Davos abgehalten. Mit dem WSF sollte ein „Ort für Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen, Netzwerke und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die gegen Neoliberalismus, eine vom Kapital dominierte Welt und jede Form von Imperialismus kämpfen“ geschaffen werden, ein Ort des Austauschs und der Vernetzung (World Social Forum 2001). Unter dem Leitmotiv ‚Eine andere Welt ist möglich‘ hat sich das Forum seitdem zu einem zentralen Vernetzungspunkt der globalisierungskritischen Bewegungen entwickelt. Seit 2004 findet das WSF in wechselnden Ländern des globalen Südens statt. Das Forum in Tunis 2013 war nach Dakar 2011 und Nairobi 2007 das dritte Weltsozialforum, das auf dem afrikanischen Kontinent stattfand und zugleich das erste in der arabischen Welt.

Zwei Jahre nach dem Sturz des tunesischen Machthabers Ben Ali war das Forum 2013 stark von den Eindrücken des „arabischen Frühlings“ geprägt. Soziale Kämpfe, Aufstände und besonders die arabischen Revolten der letzten Jahre sowie die Herausforderung der demokratischen Transitionen in Nordafrika waren zentrale Themen. Passend dazu wählten die

Organisator_innen „Würde“ als Leitgedanken für die Veranstaltung.

Bedingt durch den Veranstaltungsort, aber auch den thematischen Schwerpunkt, waren Aktivist_innen und Organisationen aus dem arabischen Raum stark vertreten, und auch bei den Tunesier_innen schien das WSF auf großes Interesse zu stoßen. Es fanden zahlreiche Diskussionen zu den Themen Zivilgesellschaft, Revolution, Demokratie und Partizipation in den arabischen Ländern während und nach den Revolten statt. Deutlich weniger prominent wurden hingegen die im gleichen Zeitraum stattfindenden Kämpfe in Afrika südlich der Sahara thematisiert. In mindestens 23 afrikanischen Ländern kam es in den letzten drei Jahren zu Massenprotesten, Streiks und Aufständen. FirozeManji (2012) sieht hierin die größte Protestwelle auf dem afrikanischen Kontinent seit den antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen. Die Massenproteste im Senegal im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012, die „Food Riots“ in Burkina Faso, die „*Walkto Work*“-Proteste der ugandischen Opposition oder der erfolgreiche Kampf gegen die Streichung der Benzinsubventionen in Nigeria, um nur einige Beispiele zu nennen, wurden auf dem Forum jedoch kaum diskutiert. Ein offensichtlicher Grund hierfür besteht darin, dass Organisationen aus Subsahara-Afrika verhältnismäßig schlecht auf dem WSF in Tunis vertreten waren. Wenn soziale Kämpfe in Afrika auf Veranstaltungen thematisiert wurden, dann oft von einzelnen Aktivist_innen, die auf Einladung von Stiftungen und Universitäten, meist aus dem globalen Norden, oder internationalen NGOs an Podiumsdiskussionen teilnahmen. Hingegen gab es nur wenige afrikanische Organisationen, die ein eigenes Programm auf dem Forum präsentierten.

Hierin offenbart sich eine der zentralen Schwächen des Weltsozialforums: Die größte Repräsentanz, die lautere Stimme und damit oft auch den größeren Einfluss haben die Akteure mit mehr finanziellen und organisatorischen Ressourcen – und die kommen meist aus dem globalen Norden (vgl. Manji 2007).

Auch in Tunis waren neben arabischen Akteuren insbesondere Organisationen und Aktivist_innen aus Europa und den USA prominent vertreten. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, die Ungleichheiten innerhalb der Weltsozialforumsbewegung sowie die Hindernisse bei der Teilnahme ausschließlich aus der Struktur des Weltwirtschaftssystems herzuleiten (vgl. Siméant 2013: 294). Ebenso wenig wird es den afrikanischen Teilnehmer_innen in Tunis gerecht, den Blick nur auf ihre Abhängigkeiten von westlichen Gebern zu richten. Auch wenn diese ohne Zweifel bestehen, ist es afrikanischen Akteuren doch gelungen, wichtige Akzente während des Forums zu setzen. Die Debatten über die französische Militärintervention in Mali wurden beispielsweise stark von afrikanischen Aktivist_innen geprägt. Die ehemalige malische Kultusministerin und globalisierungskritische Autorin AminataTraoré gehörte zu den besonders gefragten Expert_innen auf diesem Gebiet. Sie und viele andere afrikanische Aktivist_innen nutzten die mediale Öffentlichkeit des WSF geschickt, um ihren Ansichten und Anliegen Gehör zu verschaffen. Einige wenige große afrikanische NGOs wie die senegalesische Organisation *Enda Tiers Monde* präsentierten zudem ein umfangreiches Programm mit zahlreichen eigenen Veranstaltungen. Unter dem Motto „Staat und Nation“ veranstaltete *Enda Tiers Monde* auch mehrere Diskussionen über soziale Bewegungen in Afrika, die gegen *landgrabbing* und hohe Lebenshaltungskosten kämpfen.

Bereits das Forum 2011 in Dakar zeigte, dass afrikanische Akteure es trotz begrenzter Ressourcen schaffen, Akzente auf dem WSF zu setzen. Während sich afrikanische Aktivist_innen in Tunis zum Thema der Militärintervention in Mali als Expert_innen etablierten, konnten afrikanische Akteure beim Forum 2011 besonders beim Thema ‚Land und Landwirtschaft‘ Schwerpunkte setzen. Daraus entstand unter anderem der in der transnationalen Agrarbewegung viel beachtete *Dakar Appeal against land grabbing*.

Soziale Kämpfe in Afrika und im arabischen Raum

Soziale Kämpfe und Aufstände standen im Zentrum des WSF 2013. Auch wenn soziale Kämpfe in Afrika eher am Rande diskutiert wurden, fanden sich doch einige Veranstaltungen, auf denen Vertreter_innen afrikanischer sozialer Bewegungen mit Aktivist_innen aus dem arabischen Raum, Lateinamerika und Europa diskutierten. Auffällig bei diesen, meist von westlichen Forschungsinstituten und NGOs veranstalteten Panels war, dass die Revolten in Nordafrika fast immer getrennt von den Protesten im restlichen Teil des Kontinents verhandelt wurden. Eine panafrikanische Deutung, welche die Ereignisse der letzten Jahre als afrikanische Protestwelle des gesamten Kontinents versteht, war bei kaum einer der von mir besuchten Veranstaltungen zu hören. Einzige Ausnahme bildete eine Diskussionsrunde, organisiert von *Enda Tiers Monde*, bei der Möglichkeiten einer stärkeren Solidarität zwischen Bewegungen in Afrika und dem Maghreb unter dem Konzept *Magh-Afrique* erörtert wurden. Das Konzept *Magh-Afrique* sieht den Anschlusspunkt zwischen Bewegungen und Proteste in Subsahara-Afrika und dem Maghreb darin, dass die (Neu-)konstruktion der Nation ein zentrales Anliegen vielfältigen Kämpfe ist und alle Bewegungen alternative Formen von Bürgerschaft entwickeln und vorantreiben (*Enda Tiers Monde* 2013).

Das Forum in Tunis bot zwar für die arabische Zivilgesellschaft einen wichtigen Ort des Austauschs. Aufgrund der positiven Resonanz soll auch das nächste WSF 2015 in Tunis stattfinden. Eine Vernetzung über die Region hinaus scheint jedoch weniger erfolgreich gewesen zu sein. Schon lange kritisieren Beobachter_innen und Teilnehmer_innen, dass das WSF keine konkreten Aktionen und gemeinsamen Strategien im Kampf gegen den Neoliberalismus und Imperialismus hervorbringt, sondern im bloßen Austausch von

Ideen verhaftet bleibt (Wallerstein 2013; Ventura 2011). Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist für viele Bewegungen des globalen Südens ein zentrales Anliegen. Viele Länder leiden unter den Folgen der Strukturpassungsprogramme (SAP), die im Sinne der neoliberalen Ideologie seit den 1980er Jahren eingeführt wurden. Unter diesen Programmen wurde die Privatisierung staatlicher Unternehmen vorangetrieben, öffentliche Dienstleistungen massiv reduziert und die Öffnung der Märkte erzwungen. Das führte in vielen Ländern zu maroden Strom- und Wasserversorgungen und hohen Nahrungsmittelpreisen, die in den letzten Jahren immer wieder Anlass für Massenmobilisierungen und Aufstände im globalen Süden waren. Durch die SAPs verschlechterten sich jedoch nicht nur vielerorts die Lebensbedingungen, sie führten auch dazu, dass die Wirtschaftspolitik der Länder nicht mehr von den Bürger_innen und ihren politischen Vertreter_innen bestimmt wird, sondern durch die Technokraten der internationalen Finanzinstitutionen. Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist daher auch deshalb für viele Bewegungen des globalen Südens so zentral, weil er ein Kampf für Selbstbestimmung ist (Manji 2012: 3ff.).

Allerdings stellt der Kampf gegen den Neoliberalismus einen breiten Schirm dar, unter dem sich Bewegungen mit unterschiedlichen Anliegen auf dem Forum versammeln. Wie in den fünf Tagen des Forums Solidarität zwischen Bewegungen aufkommen soll, die teils auf verschiedenen Kontinenten für eine Vielzahl von Anliegen kämpfen und dabei auf unterschiedliche Widerstandsstrategien und Protestrepertoires zurückgreifen, blieb auch in Tunis eine offene Frage. Die nur sehr vereinzelt stattfindende Vernetzung zwischen den Bewegungen des Maghreb und Subsahara-Afrikas lässt darauf schließen, dass es vorerst nicht gelungen ist, Tunis zum Ausgangspunkt für interregionale Solidarität oder eine globale Bewegung zu machen.

Soziale Bewegungen und andere Formen des Widerstands

Abschließend soll hier noch einmal auf die Formen von Bewegungen und Protest eingegangen werden, die auf dem Weltsozialforum repräsentiert sind. Auf dem WSF treffen sich organisierte Akteure, die ausreichende Ressourcen für die Teilnahme zur Verfügung haben. Bereits für Aktivist_innen von informell organisierten Gruppen und Graswurzelbewegungen mit nur geringen finanziellen Ressourcen ist eine Teilnahme schwierig. Wer nicht formal organisiert ist, kann keine Förderanträge schreiben und keine Veranstaltungen auf dem Forum anmelden. Dementsprechend schlecht waren selbst einige der großen westlichen Bewegungen der letzten Jahre wie Occupy oder die spanischen Indignados vertreten. Das führt dazu, dass auf dem WSF fast ausschließlich Themen verhandelt werden, zu denen organisierte Gruppen Proteste inszenieren, die medial sichtbar sind.

Formen alltäglichen Widerstands werden auf dem WSF hingegen nicht thematisiert. Assef Bayat zeigt in seinem Buch „Politik von Unten“, wie die städtischen Armen in Ägypten lange vor dem „arabischen Frühling“ alltäglichen Widerstand gegen die nationalen Eliten leisteten - nicht durch öffentlichen Massenprotest, sondern beispielsweise durch die illegale Besitznahme von Land und Wohnraum oder die Aneignung der städtischen Infrastruktur wie Strom, fließend Wasser und Telefon. Dazu gehört auch die Besetzung des öffentlichen Raumes, den zahlreiche Menschen nutzen, um sich ihren Lebensunterhalt durch Geschäfte und Werkstätten auf Bürgersteigen und öffentlichen Plätzen zu sichern. Diese Aktionen stellen eine Form von Widerstand dar, was sich auch an ihren Auswirkungen zeigt: Die Präsenz der städtischen Armen im öffentlichen Raum verändert ganze Stadtteile, und die illegale Aneignung der städtischen Infrastruktur greift die Privilegien der herrschenden Klassen an. Nicht nur durch organisierte Bewegungen und öffentliche Proteste, sondern auch auf diese Weise wird ein „Recht auf Stadt“ beansprucht.

Dies lässt sich nicht nur in Ägypten, sondern in vielen Städten Afrikas beobachten. Auch im ländlichen Raum äußert sich Widerstand nicht unbedingt in Form organisierter Bauernbewegungen, wie man sie aus Lateinamerika kennt. Widerstand gegen Enteignungen oder die Umnutzung großer Flächen von Land wird in afrikanischen Ländern trotzdem geleistet: Beispielsweise ernten Menschen nachts illegal auf Ländereien in privatem oder staatlichem Besitz, sie legen illegal Felder und Plantagen an, fällen Bäume in Naturschutzgebieten und sabotieren Bauarbeiten (Amanor 2005). Soziale Kämpfe dieser Art sind auf dem Weltsozialforum jedoch weder repräsentiert noch werden sie von den Vertreter_innen der etablierten Organisationen ernsthaft diskutiert. Um das WSF wieder enger an lokale Kämpfe im globalen Süden zu binden, wäre es wichtig, diese Formen des Widerstands anzuerkennen.

Gleiches gilt für vermeintlich spontane und unorganisierte Aufstände, wie die „Food Riots“ in Burkina Faso (vgl. den Beitrag von Bettina Engels in diesem Heft). Aufgrund ihrer größeren Sichtbarkeit werden diese im Rahmen des Forums häufiger diskutiert als alltäglicher Widerstand. In der Regel beanspruchen jedoch Führungspersonlichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Gewerkschaften, für all diejenigen zu sprechen, die sich an Aufständen beteiligen. Die Aufständigen selbst werden dabei häufig als frustrierte Jugendliche abgetan, deren Zorn auf die schlechten Lebensverhältnisse und Zukunftschancen zwar legitim ist, sich jedoch nur in spontanen Aufständen, nicht in durchdachten politischen Aktionen niederschlägt.

Das Format des WSF führt dazu, dass Aufstände und Bewegungen automatisch mit den Organisationen gleichgesetzt werden, die vorgeben sie zu repräsentieren. Die Organisationsstruktur begünstigt nicht nur Organisationen mit größeren finanziellen und organisatorischen Ressourcen. Es werden zudem vorrangig Formen von Protest und Widerstand verhandelt, die sich maßgeblich in Europa und den USA entwickelt haben: öffentliche Protes-

te, getragen von großen, formal organisierten Bewegungsorganisationen. Alternative Formen von Protest und Widerstand bleiben zu großen Teilen ausgeschlossen.

Das WSF könnte viel gewinnen, wenn es andere Formen des Widerstands ernst nähme. Es könnte einen Raum bieten, in dem Solidarität zwischen organisierten Bewegungen und Menschen entsteht, die auf alltägliche Formen des Widerstands zurückgreifen oder sich an anderen Formen wie Aufständen beteiligen. So könnten vom WSF doch noch neue Impulse für soziale Kämpfe ausgehen: Ein ernsthafter Austausch über die verschiedenen Formen, Taktiken und Strategien von Widerstand ermöglicht neue Ansatzpunkte für Solidarität und Allianzen. Das WSF und die transnationale globalisierungskritische Bewegung könnten auf diese Weise wieder – besonders im globalen Süden – stärker an lokale Kämpfe anschließen, wodurch eine andere Welt vielleicht doch noch möglich wird.

Louisa Prause ist Politikwissenschaftlerin und promoviert zu Kämpfen um Land in Westafrika an der Freien Universität Berlin. Kontakt: louisa.prause@gmail.com

Literatur

Amanor, Kojo Sebastian 2005: Night Harvesters, Forest Hoods and Saboteurs: Struggles over Land and Expropriation in Ghana. In: Moyo, Sam/Yeros, Paris (Hg.): Reclaiming the Land: The Resurgence of Rural Movements in Africa, Asia and Latin America. London, New York: Zed Books, 102–117.

Bayat, Assef 2012: Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. Berlin: Assoziation a.

Enda Tiers Monde 2013: Mass Lo Nous nous sentons tous maliens. <http://endatiersmonde.org/institut/index.php> [28.03.2014]

Manji, Firoze 2007: World Social Forum: just another NGO fair? In: Pambazuka News, 26.01.2007 (288). <http://www.pambazuka.org/en/category/features/39464>, [04.02.2014].

Manji, Firoze 2012: African awakenings: the courage to invent the future. In: Manji, Firoze/Ekine, Sokari (Hg.): African Awakening. Cape Town, Dakar, Nairobi, Oxford: Pambazuka Press, 1-18.

Ventura, Christophe 2011: Global tensions and „altermondialisme“. <http://www.medelu.org/Global-tensions-and>, [27.02.2014].

Wallerstein, Immanuel 2013: The World Social Forum: Still Meeting Its Challenge (Commentary, 350). <http://www.iwallerstein.com/commentaries/page/3/>, [27.02.2014].

World Social Forum (Hg.) 2001: World Social Forum Charter of Principles. <http://www.forumsocialmundial.org.br/main.php> [24.01.2014].

Analyse

(Keine) Politik im Stadion: Fußballfans als politische Akteur_innen

„Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemeinverbindlicher Regelungen und Entscheidungen (d.h. von ‚allgemeiner Verbindlichkeit‘) in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt“ (Patzelt 2001: 23). Ausgehend von dieser Definition wird anhand der Entwicklungen beim Fußballregionalligisten Alemannia Aachen aufgezeigt, inwiefern Fußballfans als politische Akteur_innen wirken, der „Kampf um die Kurve“ als „politischer Kampf“ zu sehen und wie das (Nicht-)Handeln der Vereine in dieser politischen Auseinandersetzung zu verorten ist.

Fußball und die extreme Rechte am Beispiel Aachen: Fans als politische Akteur_innen

In verschiedenen Vereinen des deutschen Fußballs gibt es seit Jahrzehnten Einflussnahmen von Fans mit rechtsextremen Bezügen (Römer 2013). Im Anschluss an die Forderungen Küh-

nens, „verstärkt die Fußball-Fans für uns [zu] gewinnen, um sie als gewalttätiges Potential für uns einsetzen zu können“, indem „Mitglieder verschiedener gewalttätiger Neonazigruppierungen [...] vor allem in die jeweiligen führenden Fanclubs eingeschleust“ (n. Blume 2013: 48) werden, erfolgten Versuche das Stadion als Anwerbungsort zu nutzen (Römer 2013: 31; Gabler 2011: 163; Endemann 2010: 8). Dabei sind einige Elemente der potentiellen Anschlussfähigkeit des Fandaseins zur rechten Szene zu betonen: Im Zuge der Begeisterung für Fußball und des Erlebnisses „Stadion“ entsteht ein zunehmendes Gemeinschaftsgefühl, das Elemente wie Gruppendruck bzw. Verantwortungsdiffusion oder „Solidarität“ bzw. „Kameradschaft“ (Gabler 2011: 176f.) impliziert. Im Kontext Fußball herrscht ein ausgeprägtes Freund-Feind-Schema (Gabler 2009: 18ff.) bzw. ein „bipolares Konfliktsystem“ (Winands 2014), bei dem rassistische Äußerungen zur Normalität gehören (können). Insbesondere im Rahmen der Auswärtsspiele können (rechtsextrem motivierte) Gewalttaten hinzukommen. In einem Umfeld, in dem ein starkes Männlichkeits- und Überlegenheitsdenken (Endemann/Dembowski 2010: 23) vorherrscht, können rechte Bestrebungen somit Anschluss finden (Borstel 2013; Gabler 2013: 25f.; Gabler 2010: 16). So sind insbesondere die Ultras für rechte Kreise von Interesse: „Ziel für AN-Strukturen ist es, bundesweit Zugang zu den Ultras zu bekommen [...] Die ganze Kultur ist ja anschlussfähig“, sagt ein Aussteiger (Ruf 2013: 130).

In Aachen entwickelte sich Mitte bis Ende der 1990er Jahre eine enge Verbindung rechtsextremer Personen mit der Aachener Fanszene. Ein Bruch mit diskriminierenden Äußerungen im Stadion erfolgte 2001, als der Verein für die üblichen „Asylanten“-Gesänge erstmals bestraft wurde. Freundschaftliche Gespräche zwischen Kadern der inzwischen verbotenen Kameradschaft Aachener Land (KAL) und Ordnern am Stadion oder ein durch die Hooligangruppe Westwall Aachen organisierter Auftritt von Kategorie C zeigten jedoch weiterhin die Verbindungen zwischen politischen

Gruppierungen und dem Fußball (Ruf 2013; Schultze/Heine 2014). Nachdem sich in Aachen 1999 die Aachen Ultras gegründet hatten und sich die Fanszene „repolitisiert[e]“ (Gabler 2011: 170), spaltete sich 2010 von den Aachen Ultras 99 (ACU) die Karlsbande Ultras (KBU) ab, die nach Pilz (2005) als „Hooltras“ bezeichnet werden können aufgrund ihrer Verbindungen zu lokalen Hooligangruppen (Schultze/Heine 2014).

Beliebtheit genossen die ACU, die sich zudem in einem eigenen Block isolieren mussten, in weiten Teilen der Fanschaft nicht. Während des Spiels gegen Aue erfolgte im November 2011 ein Überfall von 20-30 Vermummten auf die ACU. Der Hintergrund lag in einer vom Fanprojekt organisierten Lesung mit Ronny Blaschke zum Thema „Rassismus und Fußball“ im Vorfeld des Spiels, bei der die Rechten vor die Tür gesetzt worden waren. Die Mitglieder der ACU sollen zudem als „Juden“, „Homos“ und „Zecken“ titulierte worden sein (Ruf 2013: 157). Verbunden mit den Übergriffen war die Forderung, das Fanprojekt aufzulösen und auf Kleidervorschriften etc. zu verzichten (Ruf 2012). Involviert war Sascha Wagner (NPD), schon seit den 1990ern mit der Fanszene in Aachen verbunden (Kaiser 2011). Der Überfall hatte Stadionverbote und eine Verschärfung der Stadionordnung, auch mit dem Verbot „linksradikaler“ Symbole, zur Folge.¹ Nach weiteren Übergriffen wurden die KBU schließlich mit einem Bannerverbot belegt.

2012 erfolgte zudem eine Bombendrohung durch eine sich selbst als Deutsche Zelle der bisher unbekanntenen White Unity Underground Agency bezeichnenden Gruppe, die dem Gästefanblock aus St. Pauli und einer Antifa-Demo galt.² 2013 erfolgte von Mitgliedern des neonazistischen „Freies Netz Süd“ (Bayern) in Verbindung mit dem Kreisverbandsvorsitzenden der Partei „Die Rechte AC/HS“, Plum ein Stadionbesuch mit dem anschließenden Aufsuchen einer Demonstration der Linksjugend, bei dem ein Transparent der rechtsradikalen griechischen Partei „Goldene Morgenröte“ präsen-

tiert wurde. Bereits in der Vergangenheit hatte Plum die Internetseiten des Parteikreisverbandes genutzt, um Sympathien für den Verein zu äußern (Schultze/Heine 2014: 13f.).

Unterstützt von zahlreichen Ultras aus Deutschland verdeutlichten die ACU beim Spiel in Köln im Januar 2013 durch Transparente die Probleme: z. B. „Nazis am Tivoli? Nie gesehen!“.³ Die von den ACU mittels Bannern getätigten Äußerungen wurden von den KBU als Provokation gesehen, so dass es zu Unruhen kam und die ACU unter Polizeibegleitung aus dem Stadion geführt werden mussten. Es war der bislang letzte Auftritt der ACU im Stadion. Dembowski sprach von „einem schwarzen Tag für die demokratischen Verhältnisse“ (Schwickerath 2013).

Die personellen Überschneidungen der rechten Szene mit der lokalen Fanszene verdeutlichen den politischen Aspekt im Kontext Fußball, indem die entsprechenden Personen auf die „Herstellung und Durchsetzung

allgemeinverbindlicher Regelungen und Entscheidungen [...] in und zwischen Gruppen von Menschen“, hier innerhalb der Fangruppen, hinwirken und explizit politische Elemente mit denen der reinen Fankultur vermischen. Die Anwendung von politischen Symbolen, Äußerungen und politisch motivierter Gewalt untermauert die politische Komponente ihres Handelns. Politik wird hier verstanden als Durchsetzung und Verbreitung der rechts orientierten Ideologie im Sozialraum Stadion in Verbindung mit dem politischen Kampf gegen anders orientierte Gruppierungen. Der Kampf um die Macht in der Kurve ist dabei ein politischer, da er auf Basis politischer Überzeugungen ausgetragen wird.

(Keine) Politik im Stadion

Ein typisches Element ist dabei die „Keine Politik im Stadion“-Taktik (Endemann/Dembowski 2010: 24; Eichener 2003: 162). So geben sich auch die KBU unpolitisch.⁴ Auch in



der Stellungnahme der Alemannia Supporters vom 12.12.2011 heißt es: „Allerdings müssen wir uns dagegen verwehren, dass in diesem Zusammenhang von einer politisch gezielten Aktion gesprochen wird. Das entspricht nicht der Wahrheit!“.⁵ Selbst Wagner (NPD) argumentiert derart: Jegliche Politisierung wird den „Linken“ zugewiesen, während für die eigenen Reihen der von der in rechten Kreisen beliebten Band Kategorie C zitierte Slogan „Fußball bleibt Fußball und Politik bleibt Politik!“ gelte (Ruf 2013; Blaschke 2011: 84f.; Selmer 2011). Mit diesem Slogan begründet auch der Landesvorstand der NPD Thüringen seinen Antrag von 2013 mit dem bezeichnenden Titel „Sport frei! Politik raus aus dem Stadion“.⁶ So wird „die Gleichbehandlung aller Mitglieder und Fans ihrer Vereine, unabhängig ihrer politischen Einfärbung und Überzeugung“ gefordert. Verbunden mit der konkreten Forderung nach Abschaffung der (Video-)Überwachung und damit verbundenen Selbstdisziplinierung der Fankurven wird de facto damit den Rechten der Weg geöffnet, da ihre (scheinbar privaten) Betätigungen ausgeblendet bzw. unbeobachtet bleiben können (Blum 2013: 127f.; Gabler 2011). Eine „Selbstdisziplinierung der Fankurve“ bedeutet de facto die „Herstellung und Durchsetzung allgemeverbindlicher Regelungen und Entscheidungen [...] in und zwischen Gruppen von Menschen“ auf Basis rechter Ideologie, d.h. die Ausübung rechter Politik mit dem Ziel der „Herstellung alter Werte“ und des Ausschlusses der „Antifa“ (Brunßen/Müttel 2014: 11). Der Slogan „Keine Politik im Stadion“ ist ausschließlich auf die so genannte „linke“ bzw. „linksextreme Politik“ gerichtet, während sie in Bezug auf die eigenen politischen Aktivitäten das Gegenteil intendiert (Ruf 2013). Gleichzeitig verdeutlicht er ein „untaugliche[s] Bemühen, sich seiner gesellschaftlicher Verantwortung zu entziehen, ist eine Illusion und bedeutet gleichzeitig eine unausgesprochene Toleranz gegenüber Neonazis“ (ACU n. Ruf 2011: 160).

Mit „linker“ bzw. „linksextremer Politik“ im Kontext Fußball wird dabei zivilcouragiertes Engagement bezeichnet, das sich auf die Menschenrechte, das GG, das AGG oder die Statuten des DFB bzw. der Vereine beruft (Behn/Schwenzer 2008: 25). So spricht Wagner in dem o.g. Brief von einer „linksradiakalen Sozialarbeiterin“ (Ruf 2013: 159). Auch Vereine folgen mitunter diesem Muster, z.B. der SC Freiburg, der der Fangruppe „Wilde Jungs Freiburg“ verbot „politisch Stellung zu beziehen“.⁶ Auch zu Beginn der Saison 2013/14 wurde von Fortuna Köln beim Spiel gegen Aachen die Präsentation der regelmäßig ausgehängten Plakate mit den Aussagen „Kein Fußball den Faschisten“ bzw. „Fight Racism“ verboten (Ruf 2013). Auf Seiten der Vereine bzw. Verbände werden so politische Vorfälle entpolitisiert. Das Eintreten gegen Rassismus, Homophobie oder Sexismus wird somit dem Extremismusmodell folgend (Brünßen/Müttel 2014: 12) als „linksextrem dämonisiert“.⁷ Die Ablehnung von Rassismus sollte jedoch eine „Selbstverständlichkeit“ sein und „als eine der Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht zur Diskussion gestellt werden“ (Gabler 2011, 169). Zudem ist zu betonen, dass aktives Mitwirken als Fan im Sinne der Definition von Politik nach Patzelt per se politisch zu verstehen ist, so intendieren menschliche Handlungen im Stadion die „Herstellung und Durchsetzung“ der von den jeweiligen Fans geforderten „Regelungen und Entscheidungen“, bzw. „wo sie durch Protest Veränderungen und Verbesserungen [...] fordern“ (Gabler 2011: 171). So fällt an immer mehr Standorten das „No politics“-Dogma, denn in der Subkultur der Ultras gibt es zahlreiche Potentiale für politisches Wirken und Themen wie Überwachung, Repression oder Kommerzialisierung bzw. Äußerungen gegen den modernen Fußball oder Maßnahmen des DFB bzw. der DFL sind politisch zu verstehen (Ruf 2013: 120). Gabler nennt Ultras letztlich „eine in höchstem Maße politische Jugendkultur, weil sie sich für ihre Belange einsetzen und in die Öffentlichkeit gehen“ (Gabler 2011: 179).

Vom Versagen der Vereine

Es gibt sich wiederholende Reaktionsweisen von Vereinen im Umgang mit rechten Aktivitäten. So werden rechten Fans abgesprochen „Fan“ zu sein, wodurch sie symbolisch von der Fanszene ausgeschlossen werden: „Es verstellt den Blick auf die möglichen Andockpunkte von rechtsextremer Ideologie und Fan- kultur [...] und es fördert zudem die Solidarität anderer Fans mit den als Nicht-Fans Stigmatisierten, gerade wenn, wie beim Beispiel der Alemannia, ein möglicher politischer Hintergrund ignoriert wird“ (Selmer 2011). Durch das Ignorieren politischer Hintergründe glaubt man, sich des Problems entledigt zu haben. Dabei werden unscharfe Begriffe wie „Gewalt“ oder „Probleme“ verwendet und rechte Fans und die von rechter Gewalt Betroffenen gleich gesetzt. Dies kann bis zu einer „gefährliche[n] Gleichsetzung“ (Blaschke 2011: 211) von Rechtsextremismus und so genanntem „Linksextremismus“ führen, den Argumentationslinien der Rechten folgend (Brunßen 2013). Entlarvend ist in diesem Kontext auch der symbolhafte „Ehrenkodex“, der im November 2012 von Aachener Fangruppierungen veröffentlicht wurde: Hier ist die Rede von „politischem Extremismus“ und „politisch extremistisch motivierte[n] Verlautbarungen – egal, wie gerichtet – mündlicher und schriftlicher Art“, die unterlassen werden sollen.⁸ Das geforderte „Wir-Gefühl“ und der „gemeinsame Support“ widersprachen den individuellen Bedürfnissen verschiedener Fangruppierungen und übersahen die realen Gegebenheiten. Bereits im März 2012 war unter dem Motto „Rechts steht im Abseits“ eine medienwirksame Aktion des Vereins in Zusammenarbeit mit der Stadt erfolgt, bei der trotz der expliziten Nennung des Begriffes „Rechtsextremismus“ kaum entsprechende Konsequenzen erfolgten.⁹ In der offiziellen Stellungnahme des Vereins zum Rückzug der ACU wies der Verein seine (Mit-)Schuld von sich. Der Verein sei, „gegen Rechtsextremismus und Gewalt vorgegangen“ und habe die ACU unterstützt, zudem habe der Verein versucht, zwischen den „Gruppen

zu vermitteln“.¹⁰ Das Angebot „zwischen den einzelnen Gruppen zu vermitteln“ verdeutlicht die oben aufgeführte Wahrnehmung. Beim Benefizspiel gegen Bayern München im Januar 2013 erfolgte schließlich unter dem Motto „Wir sind die 99%! Gewaltfrei – Demokratisch – Alemannia – Fanatisch!“ der Versuch von Alemanniafans, durch ein Foto im Anschluss an das Spiel ein Zeichen zu setzen. Von 31.600 Zuschauern kamen 300 Fans. Parallel zu dieser Aktion veröffentlichte die Fang-IG eine Erklärung, u. a. mit folgender Aussage: „Wir verachten Gewalt, Rechtsextremismus und politische Agitation.“¹¹ Der Ausdruck „politische Agitation“ lässt dabei einen Deutungsspielraum - vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit den ACU eine bemerkenswerte Ausdrucksweise. Ein Monat nach dem Rückzug der ACU berichtet die lokale Presse: „Wunderbar‘ findet den Tag auch Christian Außem. Der ständige Einsatzleiter der Polizei am Tivoli und seine Kollegen haben nämlich rein gar nichts zu vermelden in Sachen Fan-Randale. Im Gegenteil, es versammeln sich etliche Anhänger nach dem Spiel noch auf der Tribüne, um sich gegen Rassismus und Extremismus in der Fan-Szene zu positionieren. Auch das ein klares Zeichen“ (Mohne 2013).

Fazit

Das Wirken von Fußballfans im Fußball als „soziales Subsystem“ (Bens/Kleinfeld 2014) bzw. als gesellschaftliches „Brennglas“ (Dembowski n. Blaschke 2011: 10) kann als explizit politisches gesehen werden: „Im Fußball geht es oft um Machtdemonstration – und Machtdemonstrationen sind immer politisch.“ (Heitmeyer n. Blaschke 2011: 79). Die Äußerung „Keine Politik im Stadion“ ist als strategische Weisung rechter Gruppierungen im politischen Kampf gegen antirassistisch auf Basis demokratischer Grundsätze wirkende Fans zu verstehen (Gabler 2010: 16). Auf Vereinsseite ist festzustellen, dass zwar einerseits symbolische Stellungnahmen und Aktionen stattfinden, es zum Teil im Rahmen der allgemeinen Gewalt-

repression Stadionverbote und Sanktionen gibt, ein konsequentes und explizites Eintreten gegen rechte Politik im und um das Stadion jedoch kaum erfolgt. Derartige (Nicht-)Reaktionen ermöglichen Erfolge rechter Fans im politischen Kampf um die Kurve. So bekannte die Band „Kategorie C“ im Juni 2013: „Das beste Beispiel war in Aachen, da wurden diese Antifa-Leute dann auch vertrieben aus dem Stadion und das sollte auch in ganz Deutschland mal passieren“ (Brunßen 2013: 13f.).

René Breiwe ist Lehrer, Fachkraft Rechts-extremismus Prävention und Bildungswissenschaftler. Er arbeitet an der Universität Duisburg-Essen. Kontakt: rene.breiwe@uni-due.de

Anmerkungen

- ¹ <http://www.alemannia-aachen.de/aktuelles/nachrichten/details/Stadionordnung-verschaerft-21480E/> [02.02.2012].
- ² <http://www.lap-aachen.de/cms/index.php/aktuell/meldungen/29-gewerkschaften-im-viesier-der-neonazis> [06.02.2012].
- ³ http://www.aachen-ultras.de/files/acu99_erklaerung.pdf [24.05.2014].
- ⁴ <http://www.karlsbande.de/?site=ueberuns> [22.05.2014].
- ⁵ <http://www.alemannia-aachen.de/aktuelles/nachrichten/details/Stellungnahme-Alemannia-Supporters-21439x/> [12.12.2011].
- ⁶ http://npd-thueringen.de/?page_id=2439 [26.02.2013].
- ⁷ <http://www.wilde-jungs-freiburg.de/> [19.11.2011]: Es war geplant, in Bezug auf die Ereignisse in Aachen zwei Spruchbänder zu präsentieren mit folgenden Botschaften: „Mit Köpfchen und Verstand gegen stupide Gewalt vom rechten Rand“ und „Aachen Ultras bleiben – Nazis vertreiben“.
- ⁸ http://www.deutschlandfunk.de/ein-trauriges-bild-im-kampf-gegen-neonazis.1346.de.html?dram:article_id=235575 [27.01.2013].
- ⁹ <http://www.alemannia-aachen.de/fans/faninfos/details/Ehrenkodex-der-Fans-20619P/> [05.11.2012].

¹⁰ <http://www.alemannia-aachen.de/aktuelles/nachrichten/details/Rechts-steht-im-Abseits-21534L/> [28.03.2012].

¹¹ <http://www.alemannia-aachen.de/aktuelles/nachrichten/details/Fan-Gruppen-Stellungnahme-der-Alemannia-21831M/> [14.01.2013].

¹² <http://www.alemannia-aachen.de/fans/faninfos/details/Aufruf-der-Fan-IG-20632I/> [16.01.2013].

Literatur

Behn, S./Schwenzer, V. 2008: „Politik gehört nicht ins Stadion?“ Fandiskurse, Selbstregulierungsmechanismen der Fanszene und antirassistische Strategien der sozialen Arbeit im Fußballkontext. In: Glaser, M./Elverich, G. (Hg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Leipzig: Deutsches Jugendinstitut e.V., 24-34.

Bens, J./Kleinfeld, S. 2014: Fußball, Macht und Politik: Eine Einführung. Kritische Blicke auf die Mythen rund um den Fußball. In: Bens, J. et al. (Hg.): Fußball. Macht. Politik. Interdisziplinäre Perspektiven auf Fußball und Gesellschaft. Bielefeld: transcript, 9-19.

Blaschke, R. 2011: Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen, Göttingen: Die Werkstatt.

Blume, K. 2013: Tatort Fankurve. Fußball, Gewalt und Rechtsextremismus. Berlin: Rotbuch.

Borstel, D. 2013: Schnittstelle Fußball – Ein Aussteiger berichtet über Fußballfans, Hooligans, Ultras und die rechtsextremen Schnittstellen. In: Journal Exit-Deutschland 2/2013, 214-219.

Brunßen, P. 2013: Verein(t) gegen Rechts. Was Vereine und Verbände tun können. In: Transparent. Magazin für Fußball & Kultur 7-2013, 10-15.

Brunßen, P./Mittel, K. 2014: Die rechte Allianz gegen antirassistische Ultras. Der Machtkampf um die Vorherrschaft im Stadion. In: Lotta 55/2014: Kampf um die Kurven. Antifaschistische Fankultur vor der Verdrängung?, 9-12.

- Eichener, M.* 2003: Keine Politik im Stadion? Über das Politische im sogenannten Unpolitischen. In: Bündnis Aktiver Fußballfans (Hg.): Ballbesitz ist Diebstahl. Fußballfans zwischen Kultur und Kommerz, Göttingen 2003, 161-165.
- Endemann, M.* 2013: Am Tatort Stadion. Versuch einer Bestandsaufnahme. In: Lotta 39/2010: Fußball, Rassismus und extreme Rechte, 7-9.
- Endemann, M./Dembowski, G.* 2010: Die wollen doch nur spielen. Fußballszene und Fußballvereine als Andockpunkte für neonazistische Einflussnahme im ländlichen Raum, in: Burschel, F. (Hg.): Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin, 22-51.
- Gabler, J.* 2009: Ultrakulturen und Rechts-Extremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln: PapyRossa.
- Gabler, J.* 2010: Einfach Ultra. Was ist die Ultra-Fankultur und wie politisch ist sie? In: Lotta 39/2010, 15.
- Gabler, J.* 2011: Die Ultras. Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland. Köln: PapyRossa.
- Kaiser, A.* 2011: Neonazi Wagner war ständiger Gast auf dem Tivoli. <http://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/neonazi-wagner-war-staendiger-gast-auf-dem-tivoli-1.396614> [28.05.2014].
- Mohne, S.* 2013: Im Eisregen wird den Fans warm ums Herz. <http://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/im-eisregen-wird-den-fans-warm-ums-herz-1.498646> [21.06.2014].
- Patzelt, W.* 2001: Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung, Passau: Rothe.
- Pilz, G.* 2005: Fußballfankulturen und Gewalt – Wandlungen des Zuschauerverhaltens: Vom Kuffenfan und Hooligan zum postmodernen Ultra und Hooltra. http://www.sportwiss.uni-hannover.de/fileadmin/sport/pdf/onlinepublikationen/pil_zuschauerverhalten.pdf [15.06.2014].
- Römer, P.* 2013: Fußball ist Politik und Politik war immer schon Fußball. <http://www.netz-gegen-nazis.de/beitrag/fu%C3%9Fball-ist-politik-und-politik-war-immer-schon-fu%C3%9Fball-8757> [21.06.2014].
- Römer, P.* 2013: Die politischen Wurzeln der heutigen Fankultur. Fußball ist Politik und Politik war immer schon Fußball. In: Transparent. Magazin für Fußball & Kultur, 5-2013, 30-33.
- Ruf, C.* 2012: Ultra-Fehde bei Alemannia: Alarmstimmung in Aachen. <http://www.spiegel.de/sport/fussball/ultra-fehde-bei-alemannia-alarmstimmung-in-aachen-a-811049.html> [12.06.2014].
- Ruf, C.* 2013: Kurven-Rebellen. Die Ultras – Einblicke in eine widersprüchliche Szene, Göttingen: Die Werkstatt.
- Schultz, T./Heine, T.* 2014: Explosive Mischung. Die Fanszene von Alemannia Aachen dominieren Neonazis und rechte Hools. In: Lotta 55/2014, 13-15.
- Schwickerath, B.* 2013: Ende der „Aachen Ultras“: Kapitulation im Kampf gegen Rechts. <http://www.spiegel.de/sport/fussball/aachen-ultras-loesen-sich-auf-a-877215.html> [02.06.2014].
- Selmer, N.* 2011: Das Unpolitische Wir der Fanszene. <http://www.publikative.org/2011/12/19/das-unpolitische-wir-der-fanszene/> [21.06.2014].
- Winands, M.* 2014: Fußball als Diskriminierungsagent? <http://www.bpb.de/gesellschaft/sport/156634/ausgrenzung-und-diskriminierung?p=all> [21.06.2014].

Kritik, soziale Medien und die Informationsgesellschaft

Neu als Taschenbuch erschienen ist der von Christian Fuchs und Marisol Sandoval herausgegebene Band „Critique, Social Media and the Information Society“. Das Buch ist das Ergebnis der Konferenz „Critique, Democracy, and Philosophy in 21st Century Information Society: Towards Critical Theories of Social Media“, die im Mai 2012 an der Uppsala Universität in Schweden stattgefunden hat. Der Band analysiert, inwieweit angesichts der globalen Krise des Kapitalismus kritische Theorie(n) eine Renaissance erleben. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der sozialen Medien, einerseits als Instrument sozialer Proteste und Rebellion, andererseits als kommerziell überformt und durch den Kapitalismus kontrolliert, untersucht. In diesem Kontext wird der Frage nachgegangen, welche Form von sozialen Medien und sozialer Gesellschaft wünschenswert und wie Kapitalismus, Machtstrukturen bzw. Machtkämpfe verbunden sind mit bestimmten Entwicklungen des Internets. Die Einleitung ist frei zugänglich unter <http://fuchs.uti.at/wp-content/intro.pdf>. Christian Fuchs/Marisol Sandoval 2014 (Hg.): Critique, Social Media and the Information Society. New York: Routledge.

Nachhaltig konsumieren mit OSKA

Nachhaltig zu leben, so etwa in Bezug auf Kleidung und Nahrung, ist auch für informationswillige KonsumentInnen nicht einfach. Um der teils unübersichtlichen Flut von Informationen oder auch Möglichkeiten zur Unterstützung nachhaltigen Konsums Herr zu werden, wurde das Projekt Online-Scout für Konsum- und Alltagsmanagement, kurz OSKA ins Leben gerufen. Der Online-Ratgeber hilft, vertrauenswürdige und umsetzbare Ansätze und Informationen zu nachhaltigem Konsum herauszufiltern und unterstützt Konsumenten, die sich zum Thema sozial vernetzen möchten, um beispielsweise Online-Petitionen einzureichen. Auch wer sich in Form von sozialen Protesten oder durch Mitarbeit in entsprechenden Orga-

nisationen für Nachhaltigkeit einsetzen möchte, findet Informationen. Hinter der Entwicklung von OSKA steht das DFG-geförderte Forschungsprojekt „Consumer Netizens“ an der Universität Siegen. Das Forschungsprojekt um die Projektleiterin Sigrid Baringhorst beschäftigt sich mit neuen Formen bürgerlichen Engagements im Bereich des nachhaltigen Konsums, vor allem auf digitalem Weg. Der Online-Ratgeber baut auf Ergebnissen dieser Forschung auf und berücksichtigt auch die unterschiedliche Internetkompetenz seiner NutzerInnen. Unter www.oska.phil.uni-siegen.de findet sich neben dem Ratgeber auch eine Dokumentation der wissenschaftlichen Grundlage des Projekts.

Moving the Social No. 50

Die aktuelle Ausgabe von Moving the Social, das Nachfolgemagazin des Mitteilungsblatts des Instituts für soziale Bewegungen in Bochum, ist im Mai 2014 erschienen. Es versammelt Texte in deutscher und englischer Sprache zu historischen, neuen und aktuellen sozialen Bewegungen, unter anderem zum Repertoire der lateinamerikanischen sozialen Bewegungen (Susan Eckstein), zu „Politics, Coexistence and Land Conflict in Salvador“ (Antonio Luigi Negro) und eine Analyse von sozialen Bewegungen aus dem Blickwinkel politischer Ökonomie (Sabrina Zajak). Einzelhefte der Zeitschrift kosten 14 Euro (plus Versand), das Abo (zwei Ausgaben im Jahr) 25 Euro. <http://www.klartext-verlag.de/movingthesocial.aspx>.

Grundrechtereport 2014

Der jüngst veröffentlichte Grundrechtereport 2014 setzt sich insbesondere mit Verletzungen von Demokratie und Rechtsstaat durch die NSA-Überwachungsgeschichte auseinander. Einleitend analysiert Rolf Gössner die Konsequenzen der verdachtlosen Massenüberwachung. Ein weiteres Thema des Reports ist die zunehmende Ausgrenzung von Flüchtlingen. „Der Zustand der Verfassungswerte zeigt sich gerade am Umgang mit den Schwächsten in der Gesellschaft“, führt Elke Steven vom Komitee für

Grundrechte und Demokratie aus. Dass der Zustand schlecht ist, belegt der Report mit zahlreichen Fallbeispielen, die die Marginalisierung diverser Personengruppen zeigt. Hierzu gehören etwa Obdachlose und psychisch Auffällige, aber auch Kinder und Jugendliche. Der alternative Verfassungsschutzbericht wird von acht Bürgerrechtsinitiativen herausgegeben, unter anderem von Pro Asyl, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. Der Report kann für 10,99 Euro über www.grundrechte-report.de bestellt werden. Rezensionsexemplare können zu Pressezwecken über die Humanistische Union bestellt werden (info@humanistische-union.de). T. Müller-Heidelberg u.a. (Hg.) 2014: Grundrechte-Report 2014 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag.

Firmencheck Textilindustrie

Die Clean Clothes Kampagne (Österreich) hat ihren Firmentest für 2014 veröffentlicht. Der „Firmen Check 2014“ offenbart über je 35 Fragen und Antworten, wie fair die Unternehmen der Textilindustrie produzieren. Befragt wurden die einflussreichsten Modehändler Europas, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in den meisten produzierenden Ländern ein existenzsichernder Lohn in der Bekleidungsindustrie nicht gezahlt wird. Textilproduzenten wie adidas, h&m, Gap, C&A oder auch Aldi und Tchibo standen Rede und Antwort – mit durchgehend schlechten bis sehr schlechten Ergebnissen. Viele Firmen, darunter Hugo Boss, S.Oliver, Benetton und Diesel, verweigerten die Befragung. Der Firmencheck ist auf den Internetseiten der Kampagne abrufbar, die NGO stellt nun außerdem die App fairfashion? zur Verfügung, mit der die Ergebnisse der Firmenbefragung auch während des Shoppens abrufbar sind. www.cleanclothes.at/de/firmencheck.

Förderpreis der Aktiven Bürgerschaft 2015

Bereits zum 16. Mal wird die Aktive Bürgerschaft (www.aktive-buergerschaft.de/foerderpreis) im kommenden Jahr ihren Förderpreis verleihen, um besonders erfolgreiche Bürgerstiftungen auszuzeichnen. Insgesamt ist der Förderpreis mit 40.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der 1. September 2014.

Tagung Technik und Protest

Vom 22. bis 23. September 2014 findet in der Technischen Universität Berlin (Hardenbergstr. 16-18) eine Tagung zu „Technik und Protest. Zwischen Innovation, Akzeptanzmanagement und Kontrolle“ statt. Veranstaltet wird die Tagung vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung im Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin sowie von der Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation. Die Tagung möchte das Verhältnis von Technik, Protest und sozialen Bewegungen untersuchen und durchleuchten, wie dieses Verhältnis in der aktuellen Innovationsforschung reflektiert wird. Ausgewählte Ergebnisse der Tagung werden in Heft 4 des Forschungsjournal veröffentlicht werden. Aktuelle Informationen finden sich unter www.zewk.tu-berlin.de/v-menue/kooperation_wissenschaftsgesellschaft/koop/.

Geld für Protestbewegungen

Mit 45.000 Euro haben die Bewegungsstiftung und die Stiftung bridge im Juni 2014 insgesamt vier Protestkampagnen gefördert. Die höchste Summe erhielt mit 13.700 Euro das Bündnis „Strukturwandel jetzt“, das sich gegen Nochten II, den in der Lausitz geplanten Braunkohletagebau, einsetzt. Je 10.000 Euro gingen an die Bürgerinitiative „Wittstock contra Industriehuhn“, die eine geplante Mastanlage in Brandenburg verhindern möchte, sowie an IPPNW, einer von Medizinern gegründete Friedensinitiative zur Verhütung von atomaren Kriegen. Gefördert wird ihre Kampagne gegen die Investitionen diverser Banken in das Atomwaffengeschäft. Eine Unterstützung in

Höhe von 11.000 Euro erhielt der Bürgerrechtsverein Digitalcourage für seinen Einsatz gegen Vorratsdatenspeicherung in Deutschland. Weitere Informationen unter www.bewegungsstiftung.de und www.stiftungs-bridge.de.

Zum Tod von Hans-Peter Dürr

Am 18. Mai 2014 verstarb der Autor und Physiker Hans-Peter Dürr im Alter von 84 Jahren in München. Dürr galt als wichtige Figur der internationalen Friedens- und Umweltbewegung. Er engagierte sich in Organisationen wie dem Club of Rome, der Internationalen Münchener Friedenskonferenz und dem World Future Council. Der Verein Global Challenges Network e.V., den Dürr 1987 gründete, setzt sich für die Bildung von Unternehmensnetzwerken ein, deren Ziel die gemeinsame Bewältigung von Umweltproblemen ist. Der Verein hat einen Nachruf ins Netz gestellt (www.gcn.de/index.html).

Internationale Dissidenz

Die an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main angesiedelte Forschungsgruppe zu internationaler Dissidenz hat ein neues Arbeitspapier herausgebracht. Janusz Biene, Daniel Kaiser und Holger Marcks analysieren darin das Verhältnis von Herrschaft und Widerstand am Beispiel von terroristischer Gewalt und der damit verbundenen Mobilisierungskraft. Die Autoren des Papiers zeigen auf, dass es notwendig ist, dass die zu mobilisierende Gruppe die Opfer des terroristischen Aktes als Mitglieder einer Herrschaft(sstruktur) ansieht, die als illegitim wahrgenommen wird.

Janusz Biene/Daniel Kaiser/Holger Marcks 2014: Widerstand im Spiegel von Herrschaft. Eine relationale Typologie terroristischer Gewalt. Workingpaper 2. <http://dissidenz.net/publikationen/working-papers>.

Interface feiert 10. Ausgabe

Die Online-Zeitschrift „Interface: a journal for and about social movements“, ein 2008 von BewegungsaktivistInnen und -forscherInnen begründetes Peer-Review-Journal, kann ihre 10. Ausgabe feiern. Das aktuelle Heft (vol. 6, issue 1) von Mai 2014 beschäftigt sich mit den emanzipatorisch-pädagogischen Aspekten von sozialen Bewegungen „Reinventing emancipation in the 21st century: the pedagogical practices of social movements“ lautet der Titel auch des einleitenden Beitrags, verfasst von Sara C. Motta und Ana Margarida Esteves. Die Artikel sind wie immer kostenfrei über das Internet zugänglich, meist in englischer oder spanischer Sprache (www.interfacejournal.net).

Neue „Mitte“-Studie

Das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung i.G. der Universität Leipzig hat im Juni 2014 ihre aktuelle Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland vorgestellt. Laut den Ergebnissen der Studie haben gefestigte rechtsextreme Haltungen und Ausländerfeindlichkeit abgenommen, rassistische Abwertungstendenzen insbesondere gegenüber AsylbewerberInnen, MuslimInnen, Sinti und Roma sind jedoch immer noch deutlich präsent – so unterstellt etwa die Hälfte der Befragten Sinti und Roma eine „Neigung zur Kriminalität“. „Wie die Ausländerfeindlichkeit so nimmt auch die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen insgesamt ab. Aber es gibt auch eine schlechte Nachricht: Bestimmte Gruppen von Migrantinnen und Migranten werden umso deutlicher diskriminiert“ (65), fassen Brähler, Decker und Kiess, die Autoren des Textes, zusammen. Die 75-seitige Studie erscheint seit 2002 alle zwei Jahre und ist als PDF-Datei frei abrufbar über www.uni-leipzig.de/~kredo/mitte-studien.html.

Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler 2014: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014.

Kritik an Änderungen des Anti-Terror-Gesetzes

Die Humanistische Union hat die vom Bundesverfassungsgericht veranlasste Änderung der Gesetze zur Anti-Terror-Datei (ATD) und zur Rechtsextremismus-Datei (RED) scharf kritisiert. Die von Polizei und Geheimdienst gemeinsam genutzten Datenpools beurteilt die HU als massiven Eingriff in die Grundrechte, das Gesetz als verfassungswidrig. Einzelregelungen des Gesetzes waren bereits im April 2013 als verfassungswidrig aufgehoben worden. Damals entschied das Bundesverfassungsgericht, dass im Einzelfall Informationen zwischen Polizei und Geheimdienst ausgetauscht werden können. Die Regeln, nach denen dies geschehen darf, bleiben jedoch mit der Neufassung des Gesetzes unberührt – mit fatalen Konsequenzen, da der vorgelegte Gesetzesentwurf die Recherchemöglichkeiten deutlich erweitert. Die Humanistische Union setzt diesen Plänen ihre Kampagne „ausgeschnüffelt: Verfassung schützen – Geheimdienst abschaffen“ entgegen; Infos hierzu unter www.verfassung-schuetzen.de.

Women-in-Exile-Aktionstour

Für Sommer 2014 hat die Initiative Women in Exile eine Floßtour von Nürnberg bis Berlin geplant, um so auf die schwierige Lage von Flüchtlingsfrauen aufmerksam zu machen und mehr Rechte für sie einzufordern. Mit an Bord ist der Liedermacher Heinz Ratz zusammen mit seiner Band Sturm und Wasser. Über Flüsse und Kanäle werden auf dem Weg verschiedene Flüchtlingsheime angesteuert, an denen die Band zusammen mit The Refugee Women auftreten wird. Tourtermine sind auf www.fluchtschiff.de notiert, auf den Seiten der Initiative (www.women-in-exile.net) finden sich Aufrufe an Flüchtlingsfrauen zur Beteiligung in diversen Sprachen.

DFG-Instrumentenkasten zu Gleichstellungsstandards

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat ihr Online-Informationssystem für Gleichstellungsmaßnahmen in Forschung und Lehre überarbeitet. Der sogenannte Instrumentenkasten möchte Impulse und Anregungen für die Gleichstellungsarbeit an deutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geben und helfen, geeignete Maßnahmen zu finden. Hierzu wurde eine Sammlung von aktuell 220 Gleichstellungsmaßnahmen bereitgestellt, die nach den Standards der DFG als besonders überzeugende Modellbeispiele erachtet werden. Die (erweiterte) Suchfunktion ermöglicht eine gezielte Recherche von passenden Maßnahmen sortiert nach Themenfeldern wie etwa Organisationsentwicklung, Personal oder Forschung & Lehre. Über die Rubrik „Maßnahmen vorschlagen“ können erprobte Maßnahmen eingebracht werden. www.instrumentenkasten.dfg.de.

TiSA auf dem Vormarsch?

Im Juni 2014 wird das Trade in Service Agreement (TiSA), eine Sammlung von Übereinkünften in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen den USA, der Europäischen Union und 21 weiteren Ländern, hinter verschlossenen Türen in der australischen UN-Botschaft verhandelt. Ziel des Vertrags ist der Abbau von Handelshemmnissen im Dienstleistungssektor. Nach dem am 19. Juni 2014 bei Wikileaks veröffentlichten Vertragsentwurfs (<https://wikileaks.org/tisa-financial>) sieht TiSA unter anderem einen ungehemmten Austausch von Kundendaten über Staatsgrenzen hinweg vor – faktisch ein Außerkraftsetzen des europäischen Datenschutzes. Darüber hinaus sind weitere Deregulierungen des globalen Dienstleistungsmarktes geplant – dies schließt bislang öffentliche Dienstleistung in der Wasser-, Energie- und Gesundheitsvorsorge ebenso ein wie Bildung. In einem weiteren Anlauf scheint hier also wieder versucht zu werden, was bei TTIP

und ACTA nicht gelang – Entscheidungen zu ausgeweitetem Freihandel unter Ausschluss der Öffentlichkeit und gegen vielfach bekundeten Bürgerprotest durchzusetzen. Erste Proteste und Petitionen zur Verhinderung des Abkommens finden sich bereits im Netz (z.B. www.stop-tisa.ch).

Jedes Kind hat Rechte

Am 20. November 2014 hat die UN-Kinderrechtskonvention Geburtstag. 25 Jahre nach Verabschiedung der Kinderrechte besteht immer noch ein hoher Bedarf an politischer Arbeit, um sie vollständig und global umzusetzen. Dies zeigt der im Mai veröffentlichte UNICEF Report 2014, der die Lage der Kinder weltweit anhand umfassenden Datenmaterials dokumentiert und ein Resümee des letzten Vierteljahrhunderts zieht. In den letzten 25 Jahren konnte die Zahl der an vermeidbaren Krankheiten gestorbenen Kinder auf 6,6 Millionen halbiert werden. Doch ein Fünftel aller Kinder weltweit erreichen Gesundheitsprogramme überhaupt nicht. Nur fünf Prozent der Kinder leben in Ländern, in denen Gewalt gegen Kinder verboten ist, rund 168 Millionen arbeiten in ausbeuterischen Verhältnissen, annähernd die Hälfte davon noch im Grundschulalter. Der Bericht ist im Buchhandel unter dem Titel „UNICEF Report 2014: Jedes Kind hat Rechte“ erhältlich. Auf den Seiten von UNICEF (www.unicef.org/sowc2014/numbers/) ist der englischsprachige Report unter dem Titel „The State of the World’s Children 2014 in Numbers: Every Child Counts. Revealing Disparities, Advancing Children’s Rights“ frei zugänglich.

Flashmob legales Streikmittel

2007 organisierte die Gewerkschaft Verdi einen Flashmob in einem Supermarkt, in dem Streikbrecher arbeiteten. Die Streikenden gingen in großen Gruppen für Centbeträge einkaufen oder ließen volle Einkaufswagen im Laden stehen und legten den Betrieb damit völlig lahm. Der Handelsverband Berlin-Brandenburg hatte dagegen geklagt – er wollte derartige Flashmobs verbieten lassen. Das Bundesverfassungsgericht hat nun Flashmobs als Streikmittel für legal erklärt: Die Grundrechte des Arbeitgebers seien nicht verletzt und Blitzaktionen als Mittel des Arbeitskampfes erlaubt, wenn sie auf Tarifverhandlungen bezogen und gewerkschaftlich organisiert seien. Wer sich in Sachen Flashmob-Organisation weiterbilden möchte, findet eine gute Anleitung unter www.wikihow.com/Organize-a-Flash-Mob.

Global Day of Citizen Action

Am 7. Juni 2014 fand der erste „Global Day of Citizen Action“ statt. Die Aktion ist Teil der „Be-the-Change“-Kampagne, die weltweit Aufmerksamkeit darauf lenken möchte, wie wichtig der öffentliche Raum ist und wie er geschützt werden kann. In über 20 Ländern gab es Aktionen, die darauf aufmerksam machen wollten, wie wichtig die Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind, und wo und wie diese Rechte verletzt werden. Tausende von Menschen haben in Videobotschaften berichtet, wie es um diese Rechte in ihrem Land bestellt ist. Diese Videos können auf der Internetseite der Aktion angesehen werden: www.civicus.org/bethechange/gdca/.

FES Analyse: Streik in der internationalen Arbeitsorganisation

Das Normüberwachungssystem der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) überprüft, ob international gültige Arbeitsnormen und Sozialstandards eingehalten werden. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) 2012 weigerte sich jedoch die Arbeitgeberseite, das Streikrecht als Bestandteil des Normsystems anzuerkennen. „Die Lösung der Streikfrage wird für die Zukunft der IAO wegweisend sein und über die Chancen für eine effektive Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen auch in internationalen Freihandelsabkommen entscheiden“, so Claudia Hofmann. Zentrale Aspekte der Überwachungsmechanismen der IAO seien aktuell außer Kraft gesetzt, führt die Autorin des Beitrags weiterhin aus. Der Artikel ist als PDF-Datei abrufbar unter: www.fes.de/lnk/15t.

Claudia Hofmann 2014: Streik(recht) in der internationalen Arbeitsorganisation. Steht das System zur Überwachung internationaler Arbeits- und Sozialstandards auf der Kippe? FES Perspektive, Mai 2014.

Was ist die grüne Erzählung?

Zu dieser Frage fand Anfang April 2014 in Berlin ein Kongress statt. Es wurde diskutiert, was die grüne Auffassung von Gerechtigkeit oder ökologischer Transformation sein kann, mit welchen Narrativen politische Vorschläge gerechtfertigt werden. Die Dokumentation dieser Debatten kann nun nachgesehen und – gelesen werden unter www.boell.de/dokumentation-was-ist-die-gruene-erzaehlung. Neben einer Umfrage finden sich dort auch zwei Interviews: Elisabeth Wehling erklärt aus linguistischer Perspektive, weshalb eine Rückbesinnung auf ihre ursprünglichen Werte für die Partei nötig ist. Im zweiten Interview berichtet Hans Hütt, Autor und Verfasser eines Rhetorik-Blogs, über die Besonderheiten der politischen Erzählung.

Petitionen 2013

14.800 Petitionen wurden im vergangenen Jahr beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingereicht, davon rund 6.650 auf elektronischem Weg. Damit setzt sich der Trend der vorangegangenen Jahre fort – immer mehr BürgerInnen nutzen das Internet, um sich mit ihren Gesuchen an das Parlament zu wenden. Dies geht aus dem aktuellen Jahresbericht 2013 des Petitionsausschusses hervor. Die meisten Petitionen fielen in den Bereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Mehr als ein Drittel der Eingaben waren erfolgreich. Der Bericht ist im Internet abrufbar unter: <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20463000.pdf>.

Partizipationsstudie 2014

In seiner Partizipationsstudie 2014 setzt sich das Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) mit der beteiligungspolitischen Struktur des Internets sowie den Nutzungsgewohnheiten der Engagierten auseinander. Zentral waren hierbei die Fragen, wer aktuell das Internet nutzt, um zu partizipieren, an welchen Themen/Methoden die NutzerInnen Interesse zeigen und welche Motivation dahinter steht, sich online zu beteiligen. Laut der Studie ist die größte bzw. aktivste NutzerInnengruppe die der 18- bis 36-Jährigen mit Hochschulabschluss. Insbesondere Online-Petitionen stehen als Beteiligungsform hoch im Kurs. Die 48-seitige Studie „Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014“ ist im Internet zugänglich unter www.hiig.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf

REZENSIONEN

Selbst Geschichte schreiben

AfricAvenir e.V. (Hrsg.) 2013: „Widerstand, Revolutionen, Renaissance – Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika“. Eigenverlag.

Die Proteste in der Arabischen Welt lenkten den Blick auf Länder, die sonst selten in europäischen Medien auftauchen. Dabei wurden Proteste andernorts ausgeblendet, darunter die in zahlreichen afrikanischen Staaten. Bereits 2012 erschien auf Englisch „African Awakening“; nun liegt mit „Widerstand, Revolutionen, Renaissance. Stimmen zum sozialen Aufbruch in Afrika“ ein Band auf Deutsch vor, der diese Lücke zu schließen versucht.

In Form von Artikeln, Blogbeiträgen, verschriftlichten Vorträgen, Interviews, Facebookbeiträgen sowie „literarisch-musikalischen“ Texten (9) bringen knapp zwanzig afrikanische Aktivist_innen, Künstler_innen und Wissenschaftler_innen ihre unterschiedlichen Perspektiven und Themen ein. Dass einzig Afrikaner_innen zu Wort kommen, ist angesichts einer ihnen eher verschlossenen deutschen Öffentlichkeit bemerkenswert und bereichernd zugleich.

Theoretische Beiträge stehen neben Beschreibungen von konkreten Projekten und persönlichen Erfahrungen und berichten von ermächtigenden Momenten sowie von (neuen) Machtstrukturen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene, oft miteinander verwoben. Sie zeigen, dass es täglich symbolische und epistemische, organisierte und kanalisierte sowie spontane und ausbrechende Interventionen gibt. Kurz, sie zeugen von der Vielfalt an Protesten, Widerständen und Bewegungen in den verschiedensten afrikanischen Ländern innerhalb der problematischen nationalen und internationalen Strukturen.

In Würde die eigene, panafrikanische Zukunft entscheiden

Bei aller Diversität ziehen sich einige Themen durch den gesamten Band. Dazu gehören die

Bedeutung von Widerstand für postkoloniale Emanzipationsprozesse, der Bezug zum Panafricanismus, sowie die kritische Auseinandersetzung mit dem Westen.

Immer wieder wird betont, dass der Massenprotest die „Rückeroberung einer verloren geglaubten Volksstimme und einer vergessenen Würde“ (115) ist. Die Demonstrationen in Nigeria, Uganda, in Burkina Faso, Kamerun, Senegal, in Südafrika, Tunesien, Ägypten und anderswo sind für viele Autor_innen ein Symbol der Selbstbestimmung. Denn – wie es der Theateraktivist Papy Maurice Mbwati ausdrückt – damit wird Geschichte nicht mehr „in Paris, Brüssel, Moskau und Washington [...] geschrieben“, sondern „bei uns und in uns“ (64). In einer Welt voller kolonialer Kontinuitäten und in Staaten, in denen sich die Bevölkerung nicht von den Regierenden repräsentiert sieht, ist die Erfahrung des Protests für die Regierten insofern äußerst ermächtigend und bedeutend.

Dabei sehen sich viele der Autor_innen mit ihren Brüdern, den Söhnen Afrikas (vgl. 65), verbunden, obwohl der Protest im lokalen oder nationalen Rahmen stattfindet. Während manche den Panafricanismus eher mitdenken oder mitfühlen, gibt es auch dezidiert panafrikanische Projekte wie Chimurenga, das panafrikanische Publikationen herausgibt, oder die Liga der Panafrikanischen Revolutionäre, die jährliche Austauschforen organisiert.

Des weiteren setzt sich ein Großteil der Beiträge mit der Rolle des Westens auseinander. Die Autor_innen, darunter Yash Tandon, Asume Osuoka, Aminata Traoré und Prince Kum'a Ndumbe III., kritisieren bestehende politische und ökonomische Abhängigkeiten und warnen im Zuge der Interventionen in Libyen und Mali vor neuen. Sie stehen angesichts (post)kolonialer Erfahrungen einer europäischen Unterstützung afrikanischer Kämpfe skeptisch gegenüber und rufen dazu auf, Kämpfe jeweils vor Ort zu führen.

In afrikanischen Ländern ist das zumeist ein Kampf gegen die Elite und die große Kluft zwischen den Regierenden und Regierten, gegen Neoliberalismus und Armut, sowie ein

Kampf für Partizipation und Transparenz. Und es ist ein Kampf um Zugehörigkeit. Mahmood Mamdani, Anthropologe und Politikwissenschaftler, hebt hervor, dass die Großdemonstrationen sich dadurch auszeichnen, dass eine breite Masse zusammenkommt und dabei politisierte kulturelle Identitäten (ethnischer, religiöser oder anderer Art) überwindet. Dabei geht es um die „Schlüsselfrage [...]: Wo verlaufen die Grenzen der politischen Gemeinschaft? Wer ist SüdafrikanerIn? Wer ist UganderIn? Wer ist ÄgypterIn?“ (77).

Unterschiedliche Perspektiven auf den Staat

Neben der thematischen und formalen Vielfalt fällt auch auf, wie unterschiedlich die Perspektiven auf den Staat sind. Das ist insofern spannend, als dass diese einerseits handlungsleitend für die Art des Protests sind, sowie andererseits für die Vision, für die die Autor_innen streiten.

Insbesondere für diejenigen Autor_innen, die in Nichtregierungsorganisationen aktiv sind (darunter Winfred Nyirahabineza und Nathan Irumba), scheint die Zivilgesellschaft außerhalb des Staates zu liegen, für Rechte zu kämpfen und so den Staat zu demokratisieren. Das trifft bspw. auf die Lake Victoria Development Initiative zu, welche Gemeinden dabei unterstützt, „ihre Rechte einzufordern“ (31).

Dieses liberale Staatsverständnis wird kontrastiert von marxistisch inspirierten Autor_innen wie Firoze Manji, Samir Amin, Masaké Kane, Yash Tandon, Prince Kum'a Ndumbe III. oder Aminata Traoré. In ihren Beiträgen gerät die internationale und die ökonomische Dimension stärker in den Blick, welcher zu Widerstand gegen internationale Abhängigkeiten aufruft. Dazu gehört auch das Einnehmen staatlicher Institutionen, um lokale Eliten, die den Neoliberalismus unterstützen, zu ersetzen. Auslandseinsätze wie die in Libyen oder Mali lehnen sie als Strategie der Vergrößerung imperialistischer Kontrolle ab, und besonders Masaké Kane befürwortet generell Süd-Süd-Kooperationen im Sinne einer Art Gegenhegemonie.

U.a. Nigel Gibson, Mahmood Mamdani und Ntone Edjabe argumentieren dagegen eher poststrukturalistisch und versuchen die Verworfenheit von Abhängigkeits- und Herrschaftsstrukturen aufzuzeigen. Denn im Widerstand finden sich bereits Momente der Manifestierung neuer Machtstrukturen. So wird nicht zuletzt deutlich, welche Gefahr von Protesten ausgehen kann: Nigel Gibson, Aktivist und politischer Philosoph, erklärt die Programme in Südafrika 2008 als Kampf um Inklusion, der sich nicht gegen die neoliberale Regierung richtete, sondern gegen diejenigen, die ohne Staatsbürgerschaft in dem Land leben. Die südafrikanische Bewegung der Slumbewohner_innen, Abahlali baseMjondolo, arbeitet deshalb bei aller Schwierigkeit bewusst inklusiv.

Noch mehr Komplexität und Diversität wagen

Es ist gerade die Komplexität der Kämpfe, der Macht- und Abhängigkeitsstrukturen, die gegenüber der dominierenden marxistischen Perspektive zu kurz kommt. So bleiben viele der Beiträge in Dichotomien verhaftet. China als „guten“ versus Frankreich als „schlechten“ Kreditgeber darzustellen oder anzunehmen, ein Ersetzen der nationalen Eliten führe zu einer gerechteren Gesellschaft, scheint zu einfach.

Wünschenswert wäre zudem eine differenziertere Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Religion im Zusammenhang mit Protestbewegungen, da vielerorts der Islam oder christliche Pfingstgemeinden eine große Rolle spielen. Was veranlasst Menschen, in der Religion eine Lösung für gesellschaftliche Probleme (die häufig dieselben sind, wie diejenigen, die die Autor_innen bemängeln) zu sehen? Das bleibt leider unbeantwortet.

Dem Anspruch, die unterbeleuchteten gesellschaftspolitischen Umwälzungen in afrikanischen Ländern ins Licht zu rücken, kann *AfricAvenir e.V.*, Herausgeberin des Bandes, nicht ganz gerecht werden. Auch wenn es explizit keinen Anspruch auf Vollständigkeit gibt, behandeln die Beiträge weitaus mehr nord- und westafrikanische Länder, wobei unklar bleibt,

weshalb andere Regionen wenig bis gar nicht vorkommen. So fehlen bspw. Beiträge über Angola, den Sudan oder Tansania. Der Band hätte stärker die Herausforderung annehmen können, auch diejenigen Länder in den Fokus zu rücken, über die noch weniger berichtet wird.

Doch die Kritik ist gegenüber den spannenden Analysen, Beschreibungen, Forderungen und Gefühlsausbrüchen nachrangig. Diese machen die Vielfalt des Protests deutlich, aber auch die machtvollen nationalen und internationalen Strukturen. Während einige reformieren und dabei an westliche Diskurse wie die „gute Regierungsführung“ anknüpfen, kämpfen andere gegen Imperialismus, und wieder andere stärken afrikanische Wurzeln. Das muss sich nicht immer gegenseitig ausschließen, kann es aber. Die Autor_innen teilen jedoch den Wunsch nach Selbstdefinition und danach, selbst Geschichte zu schreiben. Alle finden sie starke Worte, die zeigen, wie viel Kraft sie haben und wie groß ihr Wille ist, etwas zu verändern. Das inspiriert ungemein.

Franza Drechsel, Berlin



„Informal agency“: Das Verhältnis zwischen afrikanischen Gesellschaften und ihren Staaten

Ebenezer Obadare/Wendy Willems 2014: Civic agency in Africa: Arts of Resistance in the 21st Century. Martesham: James Currey

Der Band ‚Civic agency in Africa: Arts of Resistance in the 21st Century‘ bietet eine fundierte Ergänzung zur Forschungsliteratur über Soziale Bewegungen. Diese hat die bisher nur wenig systematisch über Akteure in afrikanischen Gesellschaften geforscht (Brandes/Engels 2011: 1-15), wenn sie nicht mit dem Ansatz der Zivilgesellschaft gleichgesetzt wird, der den Diskurs über alternative Zentren politischer Kontrolle und sozialer Gerechtigkeit seit den frühen 1990er prägte. Der Sammel-

band setzt durch seine Perspektive auf informelle Prozesse, Regeln und Institutionen sowie auf alltägliche Widerstandsformen zugleich einen skeptischen Kontrapunkt zu Hoffnungen auf eine zwingend progressive Entwicklung, die in den vergangenen Jahren besonders mit dem Arab Spring und anderen, occupy-ähnlichen Protesten auf dem Kontinent verbunden waren.

Soziologische und politologische Makrostudien werden in dem Band durch eine konsequente bottom-up Perspektive in einem afrikanischen Kontext ergänzt. Die Herausgeberin Wendy Willems und der Herausgeber Ebenezer Obadare legen den Fokus auf zivile Aktions- und Organisationsformen in einem Staatsverständnis, das vornehmlich von informellen Beziehungen geprägt ist, wie Patrice Chabal in seinem Vorwort (xii-xviii) betont. Die rahmende Einleitung von Willems und Obadare (1-24) enthält zu diesem Zweck zwei Unterscheidungen: Zum einen die Differenz von formalen und informellen Organisationsformen, um Aktionen und Prozesse zu erfassen, die sich nicht mit den klassischen Referenzen auf organisierte Formen wie Kirchen und Gewerkschaften erklären lassen. Zum anderen liegt der Beitrag des Bandes in der theoretischen Diskussion subalternen Handlungsformate: Es wird viel Raum darauf verwendet, um nicht den selben essentialisierenden Fehlschluss zu begehen, dem ungeklärte Blicke auf heroische subalterne Akteure erliegen: Perspektiven bedeuten nicht immer eindeutige Abgrenzungen zu oppressiven Staaten. Die Suche nach dem revolutionären Subjekt wird deshalb von vornherein zugunsten einer dringend notwendigen differenzierten Betrachtung von alltäglichen Handlungskontexten und -optionen in (subsaharischen) postkolonialen Staaten und ihren globalen Kontexten aufgegeben.

Zooming in: Handlungsrepertoires des ‚ordinary African‘

Inhaltlich ist der Band in vier Themenbereiche gegliedert, die die theoretischen Prämissen des Forschungsrahmens untermauern. Ein erstes

Kapitel führt sowohl in die globalen Rahmenbedingungen des postkolonialen Staates ein (Ndlovu-Gatsheni, 27-49), als auch in die Möglichkeiten, zivile Bewegungen in schwachen (Angola) und stärkeren Staaten (Südafrika) aufzubauen (von Lieres, 49-62). Vor allem im ersteren Beitrag wird deutlich, dass sich Widerstand in afrikanischen Gesellschaften nicht auf die Dekolonisationsphase beschränkt, sondern auch in postkolonialen Staaten anhält, ohne allerdings auf die reine Widerstandsgeste reduzierbar zu sein.

Ein zweiter Themenbereich bietet detaillierte Studien darüber, wie Akteure gegen staatliche Regulierungsversuche in Kenia Widerstand leisten (Lindell/Ihalainen, 65-84), staatlich vorgegebene Deutungsmuster gesellschaftlicher Entwicklung im ländlichen Ruanda uminterpretieren (Thomson, 104-124) oder globale Arenen nutzen, um lokaler Arbeitslosigkeit in Nigeria und Kamerun durch Trickserei zu entgehen (Ndjio, 84-103). Die Studien ziehen ihre analytischen Fokus aus dem von Foucault inspirierten Konzept der *body politics*, mithilfe dessen sich die Effekte disziplinierender Ordnungsversuche staatlicher Akteure erfassen lassen. Staatliche Interventionen wiederum werden in allen drei Studien aber auf verschiedene Weisen verhandelt, ohne dass sich eine eindeutige Gegenüberstellung von Staat und Zivilgesellschaft ergibt. Vielmehr sind die Akteure in allen drei Beispielen ineinander verschränkt und beziehen sich in vielfältigen Netzwerken aufeinander. Deutlich wird das an den Reaktionen von fliegenden Händlern (*hawkers*), die aus Image-Gründen aus dem Innenstadtbereich Nairobis auf einen zugewiesenen Marktplatz umgesiedelt werden sollen (Lindell/Ihalainen, 65-84). Nicht nur ist der Marktplatz von vornherein zu klein, um alle Betroffenen aufzunehmen, auch führten Verteilungskämpfe um den Platz vor Ort zu Interventionen durch Politiker und Berufsverbände zu einer räumlichen Verknappung auf dem neuen Markt und letztendlich zur finanziellen Benachteiligung marginalisierter Gruppen. Während der kenianische Staat eine steuerfördernde Ordnungs-

politik intendierte, standen Repräsentanten verschiedener Händlergruppen nicht zwingend in Opposition zu der Umsiedlung, sondern gestalteten diese aktiv mit. Damit allerdings gingen neue Ausschlüsse einher, weil die verdrängten Händlerinnen und Händler wieder in den innerstädtischen Bereich zurückkehrten und dort nicht mehr in Verbänden repräsentiert waren und zunehmend polizeilicher Gewalt ausgesetzt blieben.

Das dritte Forschungsfeld wendet sich diskursiven Formen des Handelns zu. Mediale Kommentare (Mhlambi, 127-146), Stand-up Komödie in Südafrika (Musila, 147-166) und Fela Kutis Musik in Nigeria (Hungbo, 167-182) wurden untersucht, um Handlungsweisen zu erfassen, mithilfe derer sowohl lokale und nationale Themen aber auch globale Akteure in einer sprachlichen und damit unkörperlichen (*disembodied*) Praxis politischer Kritik behandelt werden. Vor allem im Bereich der Stand-up Komödie als alternatives Forum werden die Erwartungen an ein sich selbstermächtigendes kritisches Subjekt erneut gedämpft. Sowohl Innocentia J. Mhlambi als auch Grace A. Musila kommen zu dem Schluss, dass die Verwendungsweisen der Komik eher zu einer Depolitisierung und Stabilisierung von Vorurteilen als zu einer Überwindung von Asymmetrien im gegenwärtigen Südafrika kommen.

Auch der vierte und letzte Teil des Bandes setzt die Dekonstruktion klassischer Annahmen über eine stets oppositionelle und kontrollierende Zivilgesellschaft fort. Gemeinsam kommen Dorothea Schulz für lokale Radiostationen in Mali (185-203) und Daniel Hammaret für Zapiros Karikaturen in Südafrika (204-225) zu dem Schluss, dass lokale Erwartungshaltungen der Rezipienten nicht immer zu mehr politischem Widerstand führen. Lokale Radiostationen in Mali unterliegen vielmehr Erwartungen identitätsstiftender Inhalte und weniger politischer Kontroversen. Und auch die Reaktionen auf die kritischen Karikaturen Zapiros weisen die Rezipienten in Südafrika bisweilen als konservativ und nicht per se als widerständig aus.

Zooming out: Neue Allianzen in Forschung und Protesten

Während der Sammelband die Komplexität afrikanischer Gesellschaften auf ihr Verhältnis zu informellen Regeln, staatlichen Repressionen und potenziellen Akteuren hin skizziert, bleiben für die bisher auf Akteure wie NGOs und Netzwerke konzentrierte Bewegungsforschung zwei Anreize, die zu neuen Forschungsallianzen führen können: Einerseits kann nun anthropologisch informiert gefragt werden, wie sich die informellen Akteure in afrikanischen Gesellschaften über die im Band versammelten Beispiele hinaus als politische Akteure konstituieren und unter welchen Umständen sie sich (vorübergehend) formalisieren. Diese Frage würde wiederum den Schwerpunkt der Herausgeber Willems und Obadare ergänzen, um Prozesse der Formalisierung und ihrer Gegenbewegung in den Blick zu bekommen, die es bei aller Informalität ebenfalls als Übersetzungs- und Aneignungsstrategien formellerer Handlungsformate gibt. Das muss analytisch auch nicht gleich zu einem neuen Optimismus wie zu Beginn der 1990er führen, nach dem formalisierte (osteuropäische) Zivilgesellschaften als strikte Antipoden zu staatlichen Apparaten konzipiert wurden.

Andererseits hat der Fokus auf die informellen Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und ihren Adressaten auch die Möglichkeit erneuert, auf informelle Netzwerke in sich rapide verändernden Gesellschaften außerhalb Afrikas zu blicken. Konservative und lokalorientierte Empfänger von Radiosendungen wie in Mali finden sich auch in Europa oder Nordamerika. Informelle Selbstorganisationen und Solidaritätsnetzwerke nehmen auch in Griechenland nach der Finanzkrise zu. Den begründeten Einzelfallstudien lassen sich nun deshalb auch wieder vergleichende Perspektiven auf postkoloniale oder post-transitionale Räumen zur Seite stellen.

Stefan Skupien, Berlin

Heilsbringer Partizipation?

Demokratische Innovationen im europäischen Vergleich

Brigitte Geißel/Marko Joas (Hg.) 2013: *Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?* Opladen: Barbara Budrich Publishers.

Repräsentativdemokratisch ausgerichtete Regierungssysteme sehen sich in den etablierten Demokratien des Westens einem zunehmenden Unbehagen ausgesetzt. Ihre Schwächen sind weidlich bekannt: Sie leisten einer Elitenbildung Vorschub, öffnen sich dem Einfluss von Lobbyisten und begünstigen dabei ressourcenstarke sowie konfliktfähige Interessen. Die Folge ist nicht selten eine Entfremdung von Regierenden und Regierten, und der Vorwurf steht im Raum, dass sich die repräsentative Demokratie nicht wirklich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, sondern nur noch am Mantra guter Regierungsführung orientiert. In sehr vielen Ländern wird deshalb gegenwärtig der Ruf nach einer Verjüngungskur des etablierten Parlamentarismus laut, der zwar nicht abgeschafft, aber durch partizipative, deliberative und direktdemokratische Verfahren der Bürgerbeteiligung ergänzt werden soll. Vielerorts findet dieser Ruf Gehör. Insbesondere auf der kommunalen Ebene wird gegenwärtig eifrig experimentiert. Bürgerhaushalte, Planungszellen, Konsenskonzile, Ordnungspartnerschaften oder auch direktdemokratische Bürgerentscheide sind nur einige wenige Beispiele für solche Maßnahmen, die die Politikwissenschaft neuerdings unter dem Oberbegriff der demokratischen Innovation zusammenfasst. Die Website *Democratic Innovations* listet viele Hundert weitere auf.

Doch welchen Mehrwert erzielen diese Maßnahmen überhaupt? Wird die Entscheidungsfindung tatsächlich demokratischer oder entpuppen sich solche Innovationen nicht als Rohrkrepiere, weil sie ihren eigenen Ansprüchen entweder nicht gerecht werden oder als Feigenblatt eines auf Effizienz getrimmten

Systems missbraucht werden? Diese Fragen haben Brigitte Geißel und Marko Joas den Autorinnen und Autoren ihres Sammelbandes vorgelegt. Sie verfolgen das Ziel, nicht nur einen Überblick über die Mannigfaltigkeit demokratischer Innovationen in Europa zu verschaffen, sondern die einzelnen Maßnahmen auch mit Hilfe eines gemeinsamen Analyserahmens zu vergleichen. Damit betritt der Sammelband tatsächlich Neuland, denn die Forschung zu demokratischen Innovationen kommt bislang zumeist nicht über Einzelfallstudien hinaus. Das gilt vor allem für den europäischen Raum mit seinen vielen Nationalstaaten, die sich durch sehr verschiedene demokratische Traditionen auszeichnen und deshalb zahlreiche Ansätze für die Etablierung neuer Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt haben.

Wie vergleichen?

Als demokratische Innovation bezeichnen Geißel und Joas Institutionen und Verfahren, die bewusst und zielgerichtet eingeführt wurden, um die Funktionsfähigkeit und die demokratische Qualität in einem Land zu verbessern. Dabei ist nicht relevant, ob eine Maßnahme in anderen Ländern bereits eingeführt worden ist, entscheidend ist vielmehr ihre Neuartigkeit in ihrem jeweiligen institutionellen Kontext. In der Tat ist eine Innovation in aller Regel keine Neuerfindung, sondern lediglich ein Transfer in einen anderen Handlungszusammenhang, die dort aber angepasst und weiterentwickelt werden muss. Der Sammelband unterscheidet drei Spielarten demokratischer Innovationen: (1) Co-Governance als direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am Entscheidungsfindungsprozess wie etwa Bürgerhaushalte, (2) deliberative Verfahren als Aushandlungsprozesse unter Beteiligung der Stakeholder ohne Entscheidungsbefugnis wie die sogenannten Consultation Councils und (3) direktdemokratische Innovationen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger per Referendum über eine konkrete Fragestellung abstimmen können. Schließlich enthält der Sammelband auch einen Beitrag

über E-Democracy, die nicht als eigener Innovationstyp sondern eher als Instrument demokratischer Innovationen untersucht wird.

Alle Beiträge des Sammelbands orientieren sich bei der Auswertung ihrer vergleichenden Fallstudien an einem von den Herausgebern vorgegebenen Analyserahmen, der den besonderen Nutzwert der Publikation ausmacht. Aufgestellt wird eine Reihe von Kriterien zur Beurteilung der demokratischen Innovationen, nämlich zunächst die partizipative Qualität der Maßnahme: Ist sie inklusiv, erreicht also tatsächlich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und steigert so die Input-Legitimität des politischen Systems? Ferner fragen die Autorinnen und Autoren nach den Auswirkungen der demokratischen Innovation auf die Output-Legitimität, indem sie die Effektivität der Innovationen auf den Prüfstand stellen. Schließlich fokussieren die Kapitel auch die Folgen der Maßnahme auf die demokratische Qualifizierung der Bürgerinnen und Bürger und die erreichte deliberative Qualität.

In den insgesamt zehn Beiträgen zum Sammelband halten sich die Autorinnen und Autoren mal mehr, mal weniger strikt an die Vorgaben der Herausgeber und präsentieren vergleichende Fallstudien ausgewählter demokratischer Innovationen aus Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Polen, Finnland, der Slowakei und Schweden, die in den meisten Fällen auf der lokalen oder regionalen Ebene angesiedelt sind. Besonders interessant ist dabei die Diskussion der Kontextbedingungen, unter denen die demokratischen Innovationen verwirklicht worden sind, macht sie doch deutlich, wie schwierig die Übertragung einer in einem Land weithin erprobten und erfolgreich durchgeführten Maßnahme wie etwa der Bürgerhaushalt in einem anderen Land ist, weil hier seitens der Bürgerinnen und Bürger völlig verschiedene Vorstellungen an die institutionelle Ausgestaltung der Mitbestimmung gerichtet werden. Mit anderen Worten: Eine demokratische Innovation, die in einem Land als großer Wurf gefeiert wird, kann andernorts ein Reinfall sein.

Knackpunkt Übertragbarkeit

Eine weitere große Stärke des Sammelbandes ist seine systematische Anlage und ihre Anwendung auf Europa. Besonders herauszustellen ist, dass sich die Herausgeber die Mühe gemacht haben, alle Fallstudien in einem abschließenden Kapitel vergleichend zusammenzuführen, sodass sich der eilige Leser, der sich vor allem für die Ergebnisse des Vergleiches interessiert, nicht jede der sorgfältig erstellten und schön illustrierten Fallstudien erarbeiten muss. Trotz der geringen Zahl der untersuchten Innovationen können die Herausgeber eine ganze Reihe von Hypothesen formulieren, die sie für einen Vergleich mit deutlich ausgeweitetem Sample vorschlagen. Demnach bestätigen sich beispielsweise in den meisten der untersuchten Fälle die Vorüberlegungen zur Wirksamkeit direktdemokratischer Verfahren, die einerseits einen Gewinn an Partizipation, Legitimität und Effektivität mit sich bringen, andererseits aber kaum die deliberative Qualität des Aushandlungsprozesses beeinflussen und auch nicht die demokratischen Einstellungen und Fertigkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Ferner verdeutlichen die Fallstudien eindrucksvoll die Herausforderungen, die sich für die Etablierung von partizipativen und deliberativen Verfahren stellen. Deshalb sind die Ergebnisse in Hinblick auf die Auswirkungen der Maßnahmen auf Input- und Output-Legitimität auch weniger eindeutig, als sie es für direktdemokratische Maßnahmen sind. Die Autorinnen und Autoren bestätigen die alte Annahme Robert Dahls, dass die sinnvolle Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse maßgeblich von der Zahl der betroffenen Stakeholder politischer Entscheidungen abhängt und desto schwieriger umzusetzen ist, je größer der Kreis der Bürgerinnen und Bürger wird.

Neben der abschließenden Forderung der Herausgeber, eine größere empirische Grundlage für die Beurteilung zu schaffen, sollte sich die Forschung künftig auch verstärkt mit den Voraussetzungen der Übertragbarkeit einer Maßnahme in ein anderes Politikfeld oder in

einen anderen nationalen Zusammenhang befassen, denn hier liegt offenbar der Knackpunkt aller demokratischer Innovationen.

Matthias Freise, Münster



Sowohl als auch statt entweder oder

Peter Ullrich 2013: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt – Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Göttingen: Wallstein.

Der vorliegende Band wirft einen erfreulich nüchternen Blick auf die sonst oft mit viel Zorn und Eifer geführte Nahostdebatte in der deutschen Linken. Im ersten Teil analysiert Ullrich die einseitigen, stark mit einer der Konfliktparteien identifizierten Positionen, die die Debatte in weiten Teilen geprägt haben. Er vollzieht aber auch nach, wie die jahrzehntelange Auseinandersetzung mit diesen Positionen allmählich einen Lernprozess hervorgebracht hat, den er als Komplexitätssteigerung versteht, und zwar auf der individuellen aber vor allem auch auf der sozialen Ebene. Der zweite und dritte Teil führen verschiedene bereits veröffentlichte, teils für diesen Band überarbeitete Texte des Autors zu den historischen Hintergründen, zur Nahostberichterstattung linker Medien sowie zur Debatte in der Linkspartei zusammen.

Mir ist kein anderer Text bekannt, der sich so differenziert und ausführlich mit diesem vielschichtigen Thema auseinandersetzt. Es zeigt sich, dass es mit hinreichender Sorgfalt durchaus kohärent möglich ist, sowohl den inflationären und damit entwertenden Gebrauch des Antisemitismusvorwurfs als auch seine reflexhafte Abwehr zu kritisieren; sowohl die Fiktion eines Tabus gegen Kritik an israelischer Politik als auch die Auswirkungen der Stigmatisierung solcher Kritik auf den Diskurs zu problematisieren; sowohl die Islamfeindlichkeit als gleichwertiges Problem neben den

Antisemitismus zu stellen und die ausnahmslose Geltung der Menschenrechte als Maßstab auch für israelische Politik einzufordern als auch den spezifischen historischen Hintergrund der Shoah zu betonen; sowohl den Einsatz für einen binationalen demokratischen Staat als legitime Position zu markieren als auch Israel-feindlichkeit mit antijüdischen Bezügen beim Namen zu nennen; sowohl schuldabwehrende Täter-Opfer-Umkehr abzulehnen als auch festzuhalten, „dass gerade das Opfersein auch ursächlich für Täterwerden sein kann“ (S. 123); und den ritualisierten, floskelhaften und teils instrumentellen Charakter der vermeintlich proisraelischen Bekenntnisse des deutschen Establishments anzusprechen, ohne dabei den Wert von Erinnerungs- und Verantwortungskultur an sich in Frage zu stellen.

Dabei handelt es sich bei diesem „sowohl als auch“ nicht um eine bloß formale Ausgewogenheit, hinter der sich bei Anderen nicht selten ein Mangel an eigener Positionierung verbirgt; es wird durchaus je nach Lage der Dinge im Einzelfall mal in eine, mal in eine andere Richtung gewichtet und gewertet. Ausgangspunkt ist dabei die konsequent universalistische Grundhaltung des Autors, seine klare Orientierung an den „berechtigten Interessen aller heute in der Region lebenden Menschen“ (S. 115), die den Text durchzieht und prägt. Beiden Polen der Debatte wird schonungslos ein Spiegel vorgehalten, in dem sichtbar wird, dass und wie die übermäßige Identifikation mit einer Konfliktpartei zu Partikularismen führt, die mit dem linken emanzipatorischen Selbstverständnis der Diskursbeteiligten in einem Spannungsverhältnis stehen, ja ihm zum Teil eklatant widersprechen.

Vertrautes in neuem Licht

Wer an der Nahostdebatte in der deutschen Linken beteiligt ist, wird viele Phänomene, die der Autor treffend beschreibt, aus eigener Erfahrung kennen – so die Reproduktion des Konflikts als „Nahostkonflikt zweiter Ordnung in den deutschen Solidaritätsszenen“ (S. 50), oder dass bisweilen aus dem Blick gerät,

„dass es neben den erinnerungspolitischen Befindlichkeiten der deutschen Nahostdiskussion auch noch einen realen Nahostkonflikt gibt, in dem politische Bewertungen getroffen werden müssen“ (S. 181). Doch auf diese vertraute Landschaft wirft das Buch neues Licht; es bietet viele Gelegenheiten, die eigene Position in einem breiteren Zusammenhang neu zu reflektieren und zuvor unbemerkt gebliebene Einseitigkeiten abzurufen. So besteht Anlass zu der Hoffnung, dass das Buch zu eben jenem „Lernen als Komplexitätssteigerung“ selbst einen signifikanten Beitrag leisten kann.

Ullrich analysiert, inwiefern der deutsche Nahostdiskurs nationalistisch geprägt ist. In Bezug auf den „israelkritischen“ Pol der Debatte ist das wenig überraschend; interessant ist diese Sichtweise aber in Bezug auf den Diskurs als Ganzes und auf einseitig „proisraelische“ Positionen. Die Nähe des deutschen Establishments zu Israel interpretiert der Autor als Identifikation mit dem „Staat der Opfer“, durch die auf dem Umweg über die vermeintlich erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung eine positiv konnotierte nationale Identität ermöglicht wird, zu der der direkte Weg aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit versperrt ist. In Bezug auf den linken Nahostdiskurs konstatiert er eine ethnozentrische Struktur, die aufgrund der Dominanz des Zugangs über die Themen Antisemitismus, Shoah und Erinnerungspolitik nichtdeutsche Perspektiven strukturell benachteiligt. Dies drückt sich insbesondere am „proisraelischen“ Pol der Debatte darin aus, dass Phänomene in muslimisch geprägten Ländern aus dem deutschen Kontext heraus und vor dem Hintergrund des deutschen Antisemitismus gedeutet werden und der Nahostkonflikt als eigenständiger Kontext negiert wird. Hier wäre im Rahmen der ansonsten sehr einsichtsreichen Behandlung von Islamfeindlichkeit, Rassismus und deutschem Exceptionalismus noch zu thematisieren gewesen, dass und wie der koloniale Kontext des Nahostkonflikts in großen Teilen der deutschen Linken ausgeblendet wird.

Einige Wermutströpfchen

Bei all seinen deutlich überwiegenden Vorzügen hat das Buch natürlich auch Schwächen. Obwohl es sich explizit nicht nur an die Wissenschaft wendet, sondern an unterschiedliche Zielgruppen im politischen Diskurs, ist es stark von soziologischem Jargon und kompliziertem, teils unnötig verkomplizierendem Satzbau geprägt. Formulierungen wie „es [ist nicht] wahrscheinlich, dass [der Nachweis] viel mit der Realität des Objektbereichs zu tun hat“ (S. 187) tragen mehr zum wissenschaftlichen Nimbus des Texts als zur Lesbarkeit und Verständlichkeit bei. Angesichts seiner sehr fundierten Analyse verschiedener Formen der Exklusion überrascht es, dass der Autor der potenziell exkludierenden Wirkung solcher Sprache für Teile des Zielpublikums nicht Rechnung trägt. Begriffsjuwelen wie „innerlinke Distinktionsökonomie“ und „argumentative Wappnung“, die vertraute Muster genial in wenige Worte verdichten, zeigen, dass die Ursache nicht in mangelnder Wortgewandtheit liegt.

Die Pole der Debatte werden, bei allem differenzierten Eingehen auf ihre jeweiligen Spezifika, im Wesentlichen als sich im linken Diskurs symmetrisch gegenüberstehend dargestellt. Die inhaltliche Überschneidung des „proisraelischen“ Pols mit der öffentlichen Meinung und des „israelkritischen“ Pols mit der überwiegenden Bevölkerungsmeinung wird zwar am Rande erwähnt, aber der Einfluss dieses Kon-

texts auf die innerlinke Debatte wird kaum thematisiert. Hier läge vielleicht ein lohnendes Feld für weiterführende Forschung; es stünde zu erwarten, dass eine solche Asymmetrie in Bezug auf die Herrschaftsstrukturen in einer linken Debatte nicht ohne Auswirkungen bleibt, zumal beide Pole bisweilen ihren einseitigen Fokus mit einer gefühlten Hegemonie des Gegenpols rechtfertigen.

Die ausführliche Widerlegung der Diffamierung der Linkspartei als geprägt von antisemitischem Antizionismus im letzten Kapitel des Buches ist ein wertvoller Beitrag, der die weitverbreitete Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs für parteipolitische Zwecke an einem konkreten Beispiel eindrucksvoll entlarvt. SPD und Grüne werden dagegen leider nur am Rande erwähnt; dabei hätten sich gerade an der medial weniger präsenten bündnisgrünen Nahostdebatte sowohl die beidseitigen Einseitigkeiten als auch das Lernen als Komplexitätssteigerung gut illustrieren lassen. In der Gegenüberstellung mit der Debattenlage in der Linkspartei hätte dann auch, wiederum mit Blick auf die oben erwähnte Asymmetrie, untersucht werden können, inwieweit Rollenzuschreibungen als „Oppositionspartei“ oder „potenzielle Regierungspartei“ Einfluss auf linke Positionierungen zum Nahostkonflikt haben.

Felix Pabl, Berlin

Ulrich Frey: *Friedensbewegung und Politik in Deutschland. Ansätze und Selbstverständnisse der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten* (FJ SB 3/2014, S. 7-23)

Die Friedensbewegungen in der BRD und in der DDR entwickelten sich in gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen im Kalten Krieg. Den Kirchen in der DDR gelang es, ihre eigenständige Rolle auch in der Friedensarbeit gegen den Monopolanspruch der SED zu erhalten. Sie wurden von Friedensgruppen im „Westen“ dabei unterstützt. Phasen der Entwicklung in der BRD waren der Kampf gegen die Wiederbewaffnung nach 1949, der „Kampf dem Atomtod“ ab 1955 und der Kampf gegen die sogenannte „Nachrüstung“ mit Cruise Missile- und Pershing 2-Raketen von 1979 bis 1987. Die Friedensbewegung konnte zwar deren Stationierung in der BRD und anderen europäischen Ländern nicht anhalten, veränderte aber durch Mobilisierung der Mehrheit der Bevölkerung grundlegend die sicherheitspolitische Kultur der Republik und förderte die Entspannungspolitik in Europa und zwischen den USA und der Sowjetunion.

Ulrich Frey: *Peace movement and politics in Germany. Approaches and self-images of the peace movement in both German states* (FJ SB 3/2014, pp. 7-23)

The peace movements in the FRG and the GDR developed within contrary societal systems during the Cold War. In working towards peace, the GDR's churches succeeded in retaining their independent role vis-a-vis the SED's monopolist claims. Peace groups in the „West“ supported them in this. In the FRG, development phases consisted of the fight against re-armament after 1949, the „fight against the nuclear death“ since 1955 and the fight against the so-called „additional armament“ with Cruise Missile and Pershing 2 missiles between 1979 and 1987. The peace movement could not stop their deployment in the FRG and other European countries, but in mobilising the majority of the population fundamentally changed the FRG's security culture and promoted a policy of detente in Europe and between the US and Soviet Union.

Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich: *„Montagsmahnwachen für den Frieden“ Antisemitisch? Pazifistisch? Orientierungslos?* (FJ SB 3/2014, S. 24-31)

Der Aufsatz stellt Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“ vor. Untersucht werden Ziele, Mobilisierungswege, Protesterfahrungen und politische Einstellungen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Rechts-Links-Verortung und der Prüfung rechtsextremer Einstellungen. Es demonstrieren vor allem relativ gut gebildete junge Menschen mit vielfältigen Anliegen. Sie sind zu großen Teilen politisch links geprägt, aber tendieren teilweise zu rechtsautoritären Einstellungen und Verschwörungsideologien.

Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Peter Ullrich: *Monday Vigils for Peace? Anti-Semitic? Pacifist? Disoriented?* (FJ SB 3/2014, pp. 24-31)

This article presents the results of a survey of participants of the „Monday Vigils for Peace“. The analysis focuses on political goals, channels of mobilization, experiences with previous protests, and political attitudes. Special attention is paid to the positioning on the left-right scale and right-wing orientations. The participants are mainly young people with high levels of education. Predominantly, they are left oriented but, in part, also tend towards right-authoritarian attitudes and conspiracy ideologies.

Walter Eberlei: *Afrikanische Soziale Bewegungen vs. Zivilgesellschaften in Afrika?* (FJ SB 3/2014, S. 32-38)

Der Autor diskutiert den vermeintlichen Gegensatz zwischen Zivilgesellschaften und Sozialen Bewegungen in Afrika. Er setzt sich kritisch mit Positionen auseinander, die den Begriff Zivilgesellschaft für eine westliche oder gar neo-liberal inspirierte Erfindung halten. Dagegen wird argumentiert, dass Zivilgesellschaften in Afrika – einschließlich Sozialer Bewegungen – eine lange Tradition in afrikanischen Gesellschaften haben und politisch zunehmend einflussreicher werden. Der Beitrag ist ein Plädoyer für die inklusive Interpretation und Nutzung des Begriffs Zivilgesellschaft als analytische Kategorie, auch für Forschungsarbeiten zu Sozialen Bewegungen in Afrika.

Walter Eberlei: *African Social Movements vs civil societies in Africa?* (FJ SB 3/2014, pp. 32-38)

This article critically discusses the supposed contradiction between *social movements* and *civil societies*. Some social movement theorists have criticised the use of the term *civil society* in an African context as it is seen as a western or even neo-liberal invention. However, the author argues that civil societies in Africa – including social movements – have a long tradition and an increasing impact on political processes. The article argues for an inclusive interpretation of the term civil society as an analytical category in research on social movements in Africa.

Daniel Kaiser: *Transnationale Dimensionen antikolonialen Widerstands in Mosambik* (FJ SB 3/2014, S. 38-45)

Dieser Beitrag setzt sich mit der Frage nach der Transnationalität antikolonialer Befreiungsbewegungen in Afrika auseinander. Am Beispiel des Unabhängigkeitskampfes der FRELIMO in Mosambik zwischen 1962 und 1975 wird deutlich, dass diese trotz ihres dezidiert „nationalen“ Befreiungskampfes stark in transnationale Netzwerke eingebunden waren. Diese bildeten sich bereits unter afrikanischen Studenten in den europäischen Metropolen und institutionalisierten sich schließlich in internationalen Foren und Organisationen. Die hier dargestellte Transnationalität zeigt zum Einen, dass (historischen) Bewegungen aus dem globalen Süden bei der Debatte um transnationale soziale Bewegungen größere Beachtung geschenkt werden sollte. Zum Anderen offenbart sich die Gefahr einer über transnationale Netzwerke vermittelten Reproduktion von Herrschaftsdynamiken in Widerstandsbewegungen.

Daniel Kaiser: *Transnational dimensions of anti-colonial resistance in Mozambique* (FJ SB 3/2014, pp. 38-45)

The article engages with the transnationalism of anti-colonial liberation movements in Africa. FRELIMO's struggle for independence in Mozambique between 1962 and 1975 shows that, despite having been labelled as „national“ liberation, the process was embedded in transnational networks. These networks had already been formed among African students in the Metropolis and were later further institutionalized in international fora and organizations. The analysis highlights to two major insights: On the one hand, (historical) cases from the global south should receive more attention in the ongoing debate on transnational social movements; the article indicates, on the other hand, that there is a danger that transnational networks contribute to reproducing preexisting power relations in resistance movements.

Antje Daniel: *Der Streit um Deutungen: Kenias Frauenbewegung im Kontext sich pluralisierender transnationaler Normen* (FJ SB 3/2014, S. 45-53)

Vor dem Hintergrund sich pluralisierender transnationaler Normen zeigt der Artikel, wie sich Aktivistinnen der kenianischen Frauenbewegung auf transnational zirkulierende Normen der UN Weltfrauenkonferenzen und des Weltsozialforums beziehen. Aktivistinnen der Frauenbewegungen deuten lokale geschlechtsspezifische Probleme mit Referenz auf transnationale Normen oder nutzen diese strategisch, um Ressourcen von Gebern der Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen. Der Bezug zu transnationalen Normen verläuft zwischen den Aktivistinnen der Frauenbewegungen jedoch nicht konfliktfrei und verweist auf einen Streit um Deutungen und um die Besetzung gesellschaftlich relevanter Räume.

Antje Daniel: *The row over interpretations: Kenya's women's movements in the context of pluralising transnational norms* (FJ SB 3/2014, pp. 45-53)

This article discusses how activists of the Kenyan women's movement refer to and draw on plural transnational norms which circulate at UN Conferences on Women or the World Social Forum. Women activists frame gendered local disparities by referring to transnational norms or use them strategically in order to access donor's financial support. These references to transnational norms reflect different activists' disagreements about their interpretation and their divergent strategies of appropriating socially relevant spaces.

Melanie Müller: *Nach der Klimakonferenz in Südafrika: Lokale Deutungen um Klimagerechtigkeit* (FJ SB 3/2014, S. 53-61)

Die Austragung der Klimakonferenz in Südafrika hat ihre Spuren hinterlassen: Gefördert durch internationale Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und andere Geber engagierten sich lokale Organisationen zum ersten Mal gezielt zum Thema „Klima“. Festzustellen ist ein Wandel des Framings von Klimafragen nach der Konferenz: Während sich die Organisationen im Vorfeld und während der Konferenz auf die Mobilisierung von Protesten und die Konferenz als Protestereignis konzentrierten, sind sie seit Anfang 2012 verstärkt damit beschäftigt, das Thema Klima auch lokal zu verankern. Dazu verbinden sie ökologische mit sozialen Fragen.

Melanie Müller: *After the climate conference in South Africa: Local interpretations of climate justice* (FJ SB 3/2014, pp. 53-61)

The holding of the climate conference in South Africa has left its traces: promoted by international NGOs, foundations and other donors, local organisations for the first time worked specifically on the issue of „climate“. It can be constituted that the framing of climate issues has changed after the conference: while organisations focused on mobilising protests and the conference as an occasion for protest before and during the conference, they have been more concerned with locally anchoring the subject climate since the beginning of 2012. In so doing, they link ecologic with social issues.

Bettina Engels: *„Glokale“ Kämpfe: Konflikte um hohe Nahrungsmittelpreise in Burkina Faso* (FJ SB 3/2014, S. 61-69)

Im Zuge der globalen Nahrungsmittelpreiskrise gingen ab Ende 2007 weltweit und insbesondere in Afrika zahlreiche Menschen auf die Straßen und protestierten mit Demonstrationen, Streiks und sogenannten Hungeraufständen gegen die rasant gestiegenen Preise für Getreide, Speiseöl und andere Grundnahrungsmittel. Der Beitrag untersucht das Beispiel Burkina Fasos, wo es zu besonders intensiven Auseinandersetzungen im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise kam. Im

Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie globale Krisen und ihre Auswirkungen durch die oppositionellen Akteure so gerahmt werden, dass sie anschlussfähig an bestehende Kämpfe und Forderungen deshalb erfolgreich in der Mobilisierung sind.

Bettina Engels: *„Glocal“ struggles: conflicts over high food prices in Burkina Faso* (FJ SB 3/2014, S. 61-69)

In response to the global food price crisis in 2007/2008, people marched the streets in a variety of places around the globe. Especially African cities witnessed protests, including strikes, demonstrations, and riots against the enormous price increase for food staples. This article engages with the case of Burkina Faso, where protests were particularly intense and enduring. The analysis focuses on how oppositional actors frame global crises and their socio-economic impacts in such a way that they can be linked to existing struggles and claims, which is why they can successfully mobilise collective (protest) action.

Frauke Banse: *Wess Brot ich ess, des Lied ich sing? Effekte zivilgesellschaftlicher Kooperation zwischen Peripherie und Zentrum: Gewerkschaftsbewegungen in Ghana und Benin und die Friedrich-Ebert-Stiftung* (FJ SB 3/2014, S. 69-77)

Wovon hängt es ab, dass entwicklungspolitische Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen trotz gleicher Ausrichtung sehr unterschiedliche Effekte haben? Diese Frage wird am Beispiel der Kooperation zwischen ghanaischen und beninischen Gewerkschaften auf der einen und der Friedrich Ebert Stiftung auf der anderen Seite untersucht. Im Fokus steht dabei die gewerkschaftliche Bildungsarbeit der FES in Bezug auf die Freihandelsabkommen EPAs. Der Vergleich zeigt, wie stark die politische (Gewerkschafts-) geschichte des jeweiligen Landes die Effekte der Beziehung zwischen FES und Gewerkschaften beeinflusst.

Frauke Banse: *He who pays the piper calls the tune? Effects of civil society cooperation between periphery and centre: trade union movements in Ghana and Benin and the Friedrich Ebert foundation* (FJ SB 3/2014, S. 69-77)

Why do cooperations between civil society organisations have widely varying effects although they have a similar focus? This question is discussed by asking as an example the cooperation between trade unions in Ghana and Benin on the one hand and the Friedrich Ebert foundation on the other hand. The focus is on FES' training of trade unionists on the free trade agreements EPAs. The comparison shows how strongly the political (trade union) history influences the effects of the relationship between FES and trade unions.

Anna Deutschmann: *Studierendenbewegungen in Mali und Kenia* (FJ SB 3/2014, S. 77-84)

Studierende zählen weltweit zu einer mobilisierenden und mobilisierbaren Gruppe. In Afrika spielten sie bei Unabhängigkeitsbewegungen und in den unabhängigen Staaten in Demokratisierungsprozessen zu Beginn der 1990er Jahre eine zentrale Rolle. Wie sich studentischer Aktivismus, Mobilisierung und Organisation seither entwickelt haben, untersucht der Beitrag auf der Grundlage von Fallstudien zu Mali und Kenia.

Anna Deutschmann: *Student movements in Mali and Kenia* (FJ SB 3/2014, pp. 77-84)

Students are a mobilizing and mobilized group worldwide. In Africa, they initially played a central political role in independence movements and later contributed to liberalization and democratization processes within these independent African states. Exploring the cases of Mali and Kenia, the article examines the recent development of student political activism, mobilization and organization.

Michael Kellner: *Grüner Aufbruch* (FJ SB 3/2014, S. 85-88)

Der politische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Michael Kellner analysiert zunächst die Ergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestags- und Europawahl. Daran anschließend legt er dar, wie die Partei ihre Oppositionsrolle konstruktiv gestalten will und welche Herausforderungen bestehen, um weitere Wähler hinzuzugewinnen. Nicht zuletzt betont er, dass es derzeit wichtig ist programmatische Debatten zu führen. Erst zum Schluss thematisiert er die koalitionspolitischen Optionen.

Michael Kellner: *Green Departure* (FJ SB 3/2014, pp. 85-88)

Michael Kellner, political manager of Alliance 90/The Greens, first analyses the results of Alliance 90/The Greens at the Federal and European elections. He then outlines how the party wants to use its opposition role constructively and which challenges exist in order to win new voters. He also emphasises the current importance of programmatic debates. Finally, he discusses options for coalitions.

Volker Wissing/Hartmut Höppner: *Der Liberalismus ist tot! Lang lebe der Liberalismus!* (FJ SB 3/2014, S. 88-93)

Volker Wissing, Präsidiumsmitglied des FDP-Bundesvorstandes und Hartmut Höppner werben in ihrem Beitrag für die liberale Idee. Dabei grenzen sie den Liberalismusbegriff der FDP von denen der Grünen und der SPD ab, die für sich ebenfalls in Anspruch nehmen, liberal zu sein. Insoweit werde die FDP auch weiterhin benötigt, weil nur sie diesen spezifischen Freiheitsbegriff politisch repräsentiere.

Volker Wissing/Hartmut Höppner: *Liberalism is dead! Long live liberalism!* (FJ SB 3/2014, pp. 88-93)

Volker Wissing, head of the federal board of the Free Democratic Party, and Hartmut Höppner tout the liberal idea in their contribution. They clearly distinguish the FDP's concept of liberalism from that of the Greens and Social Democrats, who both also claim to be liberal. The FDP continues to be necessary as the only political force representing that specific concept of freedom.

Thorsten Schäfer-Gümbel: *Gewinnen als Juniorpartner* (FJ SB 3/2014, S. 93-97)

Nachdem Thorsten Schäfer-Gümbel zunächst darlegt, welche Lehren die SPD aus der Großen Koalition 2005-2009 gezogen hat und die Unterschiede zur derzeitigen Großen Koalition herausstellt, analysiert er die strategischen Herausforderungen der Legislaturperiode von 2013-2017. Dabei unterscheidet er zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen. Während es kurzfristig vor allem bedeutsam ist, parteiintern Unterstützung für die Große Koalition zu gewinnen, müsse mittelfristig vor allem die SPD Motor der Regierung sein und auch als solcher wahrgenommen werden. Langfristig gehe es darum, dass die SPD wieder ihren Markenkern – die soziale Gerechtigkeit – deutlich macht und in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit stellt.

Thorsten Schäfer-Gümbel: *Winning as junior partner (FJ SB 3/2014, pp. 93-97)*

After outlining the lessons the Social Democratic Party (SPD) has drawn from the Grand Coalition between 2005 and 2009 and elucidating differences to the current Grand Coalition, Thorsten Schäfer-Gümbel analyses the strategic challenges of the 2013-2017 legislative term. He distinguishes between short, mid- and long term goals. While in the short term it is mainly important to win intra-party support for the Grand Coalition, in the mid term the SPD needs to act as motor of the government and be viewed as such. In the long run, it is vital for the SPD to mark its main distinguishing feature – social justice – and place it at the centre of its political work.

Yasmin Fahimi: *Strategische Probleme jenseits von Angela Merkel (FJ SB 3/2014, S. 97-101)*

Nachdem Yasmin Fahimi analysiert, welche Gründe dazu beigetragen haben, dass der Bundestagswahlkampf der SPD nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat, skizziert sie, wie das Profil der SPD geschärft werden könne. Insbesondere die Themen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, Wirtschaftskompetenz und gesellschaftliche Modernisierung müssten in den Fokus gerückt werden. Darüber hinaus sei ein klares Profil wichtig, um frühzeitig auf die Spannungen reagieren zu können, die durch die immer unberechenbarer werdende Koalitionsoptionen entstehen.

Yasmin Fahimi: *Strategic problems beyond Angela Merkel (FJ SB 3/2014, pp. 97-101)*

After analysing the reasons why the SPD election campaign did not succeed as desired, Yasmin Fahimi outlines ways of strengthening the SPD's profile. Particularly the themes labour market governance, economic competence and societal modernisation need to be focused on. In addition, a clear profile is important in order to react early to tensions which arise from increasingly unpredictable coalition options.

Gregor Gysi: *Strategische Überlegungen der LINKEN – Selbstverständlichkeiten, Modelle, Rahmenbedingungen (FJ SB 3/2014, S. 101-104)*

Der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE Gregor Gysi widmet sich in seinem Beitrag vor allem der Frage, inwieweit Rot-Rot-Grün eine strategische Option ist. Ausgehend von der Feststellung, dass neben einer rechnerischen Mehrheit auch inhaltliche Schnittmengen vorhanden sein müssten, legt er dar, welche Aspekte er als inhaltlich schwierig sieht.

Gregor Gysi: *Strategic considerations of the LEFT – Matters of course, models, framework conditions (FJ SB 3/2014, pp. 101-104)*

Gregor Gysi, Chair of the parliamentary group of the LEFT party, discusses the question of whether an SPD-LEFT-Green coalition is a strategic option. On basis of the statement that there need to be substantial overlaps in addition to a mathematic majority, he outlines aspects which he regards as substantially difficult.

Ralf Tils/Joachim Raschke: Blockade der Kleinparteien (*FJ SB 3/2014, S. 105-108*)

Ralf Tils und Joachim Raschke analysieren die strategische Situation der verschiedenen Parteien und stellen dabei vor allem die Koalitionsoptionen in den Vordergrund. Dabei stellen sie ein Mehrheitsproblem, ein Lagerproblem sowie Große-Koalitionsproblem fest. Davon ausgehend kommen sie zu folgendem Schluss: Die Union ist in einer relativ guten Lage, da sie prinzipiell über drei Optionen verfügt, eine Zweierkoalition zu bilden. Die SPD hingegen müsse jenseits der Großen Koalition ein Dreierbündnis eingehen, bei dem zudem zwei entgegengesetzte Richtungen im Widerstreit stehen: Rot-Rot-Grün oder eine Ampel-Koalition. Letztere wäre auch für die FDP eine Option, zusätzlich zum klassischen, schwarz-gelben bürgerlichen Lager. Die Linke Die Grünen verfügen über derart viele Optionen, dass die Herausforderung vor allem darin besteht, diese zu kontrollieren.

Ralf Tils/Joachim Raschke: Blocade of small parties (*FJ SB 3/2014, S. 105-108*)

Ralf Tils and Joachim Raschke analyse different parties' strategic situation with a particular focus on coalition options. They find a majority problem, a camp problem and a Grand Coalition problem. On this basis, they come to the conclusion that the CDU is in a relatively good position, as it has three in principle options in order to form a two-party coalition. Beyond the Grand Coalition, the SPD in contrast needs to enter into a three-party-coalition tugging into two opposite directions: an SPD-LEFT-Greens coalition or and SPD-FDP-Greens coalition. The latter would also be an option for the FDP, in addition to the classic bourgeois CDU-FDP camp. The LEFT and the Greens have so many options that their main challenge consists of controlling these.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 27, Heft 3, September 2014

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart

Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleša, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin/Wroclaw; Dr. Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Hans-Georg Feldbauer, Berlin; Nadine Kreitmeyer, Tübingen; Katrin Kwiatkowski, Berlin; Miriam Küller, Berlin; Maria Langethal, Berlin; Alexander Leistner, Leipzig; Dr. Aleksandra Lewicki, Bristol; Melanie Müller, Berlin; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin

Gastherausgeberin für den Themenschwerpunkt: Dr. Bettina Engels, Berlin/Bayreuth

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Melanie Müller, Berlin (V.i.s.d.P.); verantwortlich für den Sonder-
schwerpunkt: Tobias Quednau, Berlin; verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479
Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Aktuelle Analyse*: Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail:
ansgar.klein@snaufu.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für
Literatur: Tobias Quednau, Blumenthalstraße 24, 12103 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de; für *FJSB+*: Laura Sasse,
Berlin; für *Homepage und Social Media*: Regina Vierkant und Katrin Kwiatkowski (beide Berlin)

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried
Detling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof.
Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof.
Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.;
Heidemarie Wiczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail:
jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail:
ansgar.klein@snaufu.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007
5146 07

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2013: Bibliotheken € 72,-, persönliches Abonnement € 44,-, Studierende (gegen
Studienbescheinigung) € 30,-, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,-/Ausland € 8,-). Der Bezugspreis
schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum
reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des
Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 19,- (zzgl. Versandkosten).

Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen.

Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnementverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die
Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim

Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2014.

© 2014 Lucius & Lucius Verlagsges. mBH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder
verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme
in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern.
Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International
Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology)
bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 2192-4848

<p>Forschungsjournal <small>Zeitschrift für Demokratieteile und Zivilgesellschaft</small> Soziale Bewegungen</p>  <p>Praxisanalysen mit Tiefgang</p>	<p>Forschungsjournal Soziale Bewegungen</p> <p>Im nächsten Heft: Mutbürger oder Wutbürger? Protest und Beteiligung in der Technikentwicklung</p> <p>Mit Beiträgen von Stefan Böschen Achim Brunnengräber Leon Hempel Annette Ohme-Reinicke Thomas Saretzki Peter Ullrich Joscha Wullweber</p> <p>Dezember 2014</p>
--	---

Die Themenhefte 2014 im Überblick

- 1/14 Soziale Kämpfe in der
Postdemokratie
- 2/14 Stadt – Ort sozialer
Innovation
- 3/14 Lokal, global und vernetzt.
Soziale Bewegungen in Afrika
- 4/14 Mutbürger oder Wutbürger?
Protest und Beteiligung in der Technikentwicklung

Einzelheft € 19 • Jahresabonnement € 44 – für Studierende € 30

Bestellungen über Ihre Buchhandlung, direkt beim Verlag oder im Internet!
www.luciusverlag.com • www.forschungsjournal.de

LUCIUS
et
LUCIUS



Stuttgart